

Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Fachbereich II: Landschaftsnutzung und Naturschutz

M.Sc. Nachhaltige Regionalentwicklung:

Bildung – Management – Naturschutz

Spezialisierung Umweltbildung

Master-Arbeit



**Hochschule
für nachhaltige Entwicklung
Eberswalde**

Im Spannungsfeld zwischen Klimawende und Demokratie

**Die Bedeutung von Demokratie für eine gelingende
Klimawende in ländlichen Räumen am Beispiel Prignitz**

Name: Tessina Ott

Matrikelnummer: 22214728

1. Prüfer: Prof. Dr. Benjamin Nölting

2. Prüfer: M.A. Thomas Berg

Abgabetermin: 10.12.2024

Danksagung

An dieser Stelle bedanke ich mich von Herzen bei allen Menschen, die in irgendeiner Weise zur Entstehung dieser Masterarbeit beigetragen haben. Dazu gehören alle, die sich die Zeit für ein Interview genommen und mich bei der Ansprache weiterer Interviewpersonen unterstützt haben. Ich danke meinen beiden Betreuern Prof. Dr. Nölting und Thomas Berg für ihre konstruktiven Gedanken, Ratschläge und Verbesserungsvorschläge, die diese Arbeit geformt haben. Das Diskutieren über die Themen der Arbeit, über erste Erkenntnisse und aufkommende Fragen hat mir sehr geholfen. Vielen Dank dafür vor allem an Pheli, Jannick und die Masterarbeits-Coworking-Gruppe. Zum Feinschliff haben Jojo, Anna, Pheli, Jakob und Lennart beigetragen. Ein herzliches Dankeschön für stundenlanges Korrekturlesen und Kommentieren. Dank der finanziellen Unterstützung meiner Familie konnte ich mich weitgehend auf die Masterarbeit fokussieren. Danke auch für verständnisvolles Zuhören und all die Ermutigungen, meinen Weg zu gehen. Schließlich darf auch der Humor nicht fehlen: Ich bin froh, dass ich mit der Bande 26 über lustige Transkriptionsfehler lachen konnte, wie: „Adler-Ehe“ und „wenn ich das Telefon so anschwimme“.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	I
Abbildungsverzeichnis	IV
Tabellenverzeichnis.....	V
Abkürzungsverzeichnis	VI
1. Einleitung.....	1
1.1 Relevanz des Themas.....	1
1.2 Forschungsfrage.....	5
1.3 Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes.....	5
1.4 Aufbau der Arbeit.....	5
2. Forschungsstand	7
2.1 Stand der Forschung.....	7
2.1.1 Begriffsklärung.....	7
2.1.2 Theorien des Wandels	14
2.1.3 Im Spannungsfeld zwischen Klimawende und Demokratie.....	17
2.2 Begründung der Forschungsfrage anhand der Literatur	23
2.3 Untersuchungsrahmen	24
3. Methodik	25
3.1 Vorgehensweise.....	25
3.2 Methoden.....	26
3.3 Material	29
4. Ergebnisse.....	30
4.1 Zustand der Demokratie in der Prignitz.....	30
4.1.1 Datengrundlage	30
4.1.2 Demokratiesituation	30
4.1.3 Triggerpunkte	38
4.1.4 Kommentierung durch Fall-Expert*innen	38
4.2 Fall 1: Teilplan Windenergienutzung und Bürger*inneninitiative	39
4.2.1 Fallzusammenfassung.....	39
4.2.2 Datengrundlage	39
4.2.3 Ausführliche Fallbeschreibung	40
4.2.4 Ergebnisse zu U1.....	47
4.2.5 Ergebnisse zu U2.....	49
4.2.6 Ergebnisse zu F1	57
4.3 Fall 2: Bürgerteam gestaltet nachhaltige Mobilität in Wittenberge	60
4.3.1 Fallzusammenfassung.....	60

4.3.2 Datengrundlage	60
4.3.3 Ausführliche Fallbeschreibung	60
4.3.4 Ergebnisse zu U1.....	62
4.3.5 Ergebnisse zu U2.....	65
4.3.6 Ergebnisse zu F1	68
4.4 Kontrastiver Fallvergleich	71
5. Diskussion	74
5.1 Zusammenfassung der Ergebnisse	74
5.2 Beantwortung der Unterfragen und der Forschungsfrage	75
5.3 Interpretation und Einordnung vor dem Literaturhintergrund	77
5.4 Übertragbarkeit und Limitationen.....	83
6. Schlussfolgerungen, Ausblick	88
6.1 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	88
6.2 Ausblick in die Zukunft	90
Zusammenfassung.....	92
Quellenverzeichnis	94
Literaturverzeichnis	96
Gedruckte Texte.....	96
Internetquellen.....	107
Anhang	110
Persönliche Erklärung.....	166

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Siedlungsstrukturelle Kreistypen des BBSR.	7
Abb. 2: Thünen-Typologie ländlicher Räume.	7
Abb. 3: Matrix aktueller Demokratietheorien.	9
Abb. 4: Stufenmodell der Partizipation.	13
Abb. 5: Multi-Level-Perspektive auf Systeminnovationen.	15
Abb. 6: Zu untersuchende Wirkungsrichtungen im Spannungsfeld zwischen Klimawende und Demokratie, vereinfacht.	18
Abb. 7: Zu untersuchende Wirkungsrichtungen im Spannungsfeld zwischen Klimawende und Demokratie, komplexer.	18
Abb. 8: Dimensionen des Energiewende-Populismus.	21
Abb. 9: Kategorien zur Beschreibung des Zustandes der Demokratie in der Prignitz.	33
Abb. 10: In Fall 1 beteiligte Akteursgruppen.	40
Abb. 11: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe Bundes- und Landespolitik.	41
Abb. 12: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe regionale und kommunale Politik und Verwaltung.	42
Abb. 13: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe Infrastruktur.	43
Abb. 14: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe Gegner*innen.	44
Abb. 15: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe indirekte Beeinflussung.	45
Abb. 16: Chronologie Fall 1.	47
Abb. 17: Ergebnisse zu U1 mit ausgewählten Beispielen.	48
Abb. 18: Ergebnisse zu U2 mit ausgewählten Beispielen.	50
Abb. 19: Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Energiewende in der Prignitz, Gruppe Funktionierendes ausbauen.	57
Abb. 20: Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Energiewende in der Prignitz, Gruppe nicht Funktionierendes beheben.	59
Abb. 21: In Fall 2 beteiligte Akteursgruppen.	61
Abb. 22: Ergebnisse zu U1 mit ausgewählten Beispielen.	64
Abb. 23: Ergebnisse zu U2 mit ausgewählten Beispielen.	68
Abb. 24: Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Klimawende, Gruppen Funktionierendes ausbauen und nicht Funktionierendes beheben.	70

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Stichprobe der Vorab-Interviews.	20
Tab. 2: Stichprobe der Fall-Interviews zu Fall 1.	40
Tab. 3: Stichprobe der Fall-Interviews zu Fall 2.	60
Tab. 4: Vergleichstabelle.	73

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
AfD	Alternative für Deutschland
AG Wind	Arbeitsgemeinschaft Wind
BbgFzG	Brandenburgisches Flächenzielgesetz
BbgWindAbg	Gesetz zur Zahlung einer Sonderabgabe an Gemeinden im Umfeld von Windenergieanlagen
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EIKE	Europäische Institut für Klima & Energie
EU	Europäische Union
Fall-Interviews	Expert*inneninterviews zu den Fällen
IG	Interessengemeinschaft
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
LAG	Lokale Aktionsgruppe
LAG St. P.	LAG Storchenthal Prignitz
LEADER	französische Abkürzung für Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
MAZ	Märkische Allgemeine Zeitung
MLP	Multi-Level-Perspektive
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RES	Regionale Entwicklungsstrategie
RoW	Regimes-of-the-World-Schema
RPG P.-O.	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel
SDG	Sustainable Development Goal
SPSS	Sammeln, Prüfen, Sortieren, Subsummieren
TGZ	Technologie- und Gewerbezentrum
UN	Vereinte Nationen
Verein R. P.	Verein Regionalförderung Prignitzland e.V.
Vorab-Interviews	Expert*inneninterviews im Vorfeld
WBGU	Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

WindBG

Windenergieflächenbedarfsgesetz

ZUGG

Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten

1. Einleitung

In dieser Masterarbeit wird das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende betrachtet. Es wird die Bedeutung von Demokratie für eine gelingende Klimawende untersucht und der Frage nachgegangen, wie die Klimawende demokratisch gestaltet werden kann. Zu Beginn dieser Arbeit wird zunächst die Relevanz des Themas dargestellt. Auf dieser Grundlage wird die Forschungsfrage formuliert. Im Anschluss wird der Untersuchungsgegenstand eingegrenzt und der Aufbau dieser Arbeit beschrieben.

1.1 Relevanz des Themas

Der anthropogene Klimawandel ist bereits Realität. Es ist nachgewiesen, dass der Mensch Hauptverursacher der Erderwärmung, der Gletscher- und Eisschildschmelze und des Meeresspiegelanstiegs ist. Die Auswirkungen des Klimawandels auf den Menschen sind bereits jetzt deutlich: Fluten und Überschwemmungen nehmen zu, bei denen Menschen sterben und Infrastruktur zerstört wird, Hitze führt zu erhöhter Sterblichkeit, die Ernährungssicherheit und die Trinkwasserversorgung sind in Teilen der Welt gefährdet und global sind im Zusammenhang mit der Klimakrise Menschen auf der Flucht (IPCC 2023). Um diese und weitere Bedrohungen durch den Klimawandel zu reduzieren, haben sich im Jahr 2015 196 Staaten mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet (UNFCCC SECRETARIAT o.J.), die Erderwärmung deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen (UNITED NATIONS 2015a). Daran orientiert, sieht das deutsche Klimaschutzgesetz bis 2045 Netto-Treibhausgasneutralität vor (BUNDES-KLIMASCHUTZGESETZ 2019). Damit diese Klimaziele fristgerecht erreicht werden können, sind tiefgreifende Maßnahmen in fast allen Sektoren notwendig. Aufgrund mangelnden Klimaschutzes in der Vergangenheit ist dies sogar in doppeltem bis dreifachem Tempo als bisher erforderlich. Handlungs- und Zeitdruck sind bei gleichzeitig ambitionierten Zielen also sehr groß (BMWK 2023).

Daraus ergibt sich die Herausforderung, „angemessen drastische [...] Maßnahmen rechtzeitig [...] um[zusetzen, ohne demokratische Standards zu vernachlässigen“ (PIEPENBRINK 2022, S. 3). Die Bewältigung der Klimawende zeigt sich als Zumutung für unsere Demokratie (EBD.). Beispielsweise kann die Klima-Debatte polarisieren und durch Fundamentalisierung und Radikalisierung entstehen Feindbilder (REUSSWIG & KÜPPER 2022). Teile der Klimabewegung wünschen sich eine Expert*innenregierung und eine autoritäre Durchsetzung des Klimaschutzes, Protest radikalisiert sich stellenweise und die Gewaltbereitschaft steigt (VARWICK 2022). Unabhängig davon ist die Demokratie in Deutschland bereits gefährdet: Symptome einer Entdemokratisierung zeigen sich unter anderem in einem steigenden Misstrauen gegenüber repräsentativer Demokratie, in zunehmender Unzufriedenheit mit der aktuellen Ausgestaltung der Demokratie und politischer Deprivation, also dem Gefühl politischer Machtlosigkeit (KÜPPER, SANDAL-ÖNAL & ZICK 2023). Studien belegen außerdem eine gegenwärtige Ablehnung von Komplexität (RADTKE & DREWING 2020), zunehmenden Populismus, ein Rechtsruck der Gesellschaft (KÜPPER, SANDAL-ÖNAL & ZICK 2023) und wachsenden Rechtsextremismus (ZICK & MOKROS 2023). Es entsteht zudem eine affektive Polarisierung zwischen politischen Lagern, die der Demokratie ab einer gewissen Ausprägung schaden kann (TEICHLER ET AL. 2023). Auch wenn in der Gesellschaft ein breiter Konsens in Bezug auf Klimawandelsorgen besteht, stellen sich bestimmte Fragen, beispielsweise zu Klimaschutzmaßnahmen, als Triggerpunkte heraus, welche Debatten verschärfen und Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen entzünden (MAU ET AL. 2023, S. 210). Trotz aller Demokratiegefährdungen argumentieren Politikwissenschaftler*innen dafür, dass die Demokratie nicht in einer existenziellen Krise steckt (BEST ET AL. 2023; MERKEL 2022; LAUTH & LEMM 2022; LPB BW o.J.a). Global lässt sich jedoch eine demokratische Regression feststellen. Diese zeigt sich zum einen im Rückgang der Anzahl an Demokratien weltweit und zum anderen in der Verschlechterung der Qualität bestehender Demokratien (SCHÄFER & ZÜRN 2021). Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist im deutschen Grundgesetz

festgeschrieben. Unter anderem deshalb steht die Demokratie in ihren Grundsätzen als Herrschaftsform nicht zur Debatte, soll erhalten und durch eine schlecht gemachte Klimawende nicht weiter gefährdet werden (ZILLES ET AL. 2022; GESANG 2022; GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1949; BOESE 2021; KRÜGER 2021). Möglicherweise lässt sich die Demokratiequalität durch eine gut gemachte Klimapolitik sogar verbessern (KRÜGER 2021).

Relevant sind jedoch nicht nur die Auswirkungen der Klimawende auf Demokratie. Im Spannungsfeld zwischen Klimawende und Demokratie lassen sich Wirkungen auch in die umgekehrte Richtung betrachten; Demokratie beeinflusst auch die Klimawende. Beispielsweise wird die Zeit für aufwändige demokratische Aushandlungsprozesse angesichts der Dringlichkeit der Klimawende knapper und es stellt sich die Frage nach der Leistungsfähigkeit von Demokratien zur Bewältigung der Klimawende (SEEFRIED 2022). Außerdem können die quantitativen und verdinglichten Freiheitsbegriffe der liberalen Demokratien mit den für die Klimawende notwendigen qualitativen und sozialen Freiheitsbegriffen kollidieren (AMLINGER & NACHTWEY 2022; DIERKSMEIER 2022; HACKE 2021). Demokratie kann die Klimawende allerdings auch voranbringen, etwa durch Beteiligung (IASS 2018) und eine aktive Zivilgesellschaft (APCC 2023a). Einige Wissenschaftler*innen sind sich einig, dass die Klimawende nur in einer Demokratie bewältigt werden kann (z.B. VARWICK 2022; REUSSWIG & KÜPPER 2022; HANUSCH 2020; GESANG 2022; TREMMEL 2022; VON LUCKE 2022; SCHAIBLE 2024; KERSTING & ROTH 2018; APCC 2023a; WBGU 2011).

Das beschriebene Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende findet in ländlichen Räumen besondere Rahmenbedingungen: Vor allem strukturschwache ländliche Räume sind häufig durch Abwanderung von jungen, gebildeten Menschen und von Infrastruktur gekennzeichnet. Während Metropolregionen im Zuge der Urbanisierung attraktiver werden, steigt die übriggebliebene Bevölkerung auf dem Land sozioökonomisch ab (RECKWITZ 2020), was Klimawandelskeptizismus begünstigt (KIM ET AL. 2023). Mit der Schrumpfung des ländlichen Raums geht außerdem eine demografische und wirtschaftliche Entwertung einher (BÄTZING 2020). Die Bewohner*innen fühlen sich durch strukturelle Benachteiligung häufig abgehängt (TEICHLER ET AL. 2023). Zwischen Stadt und Land entsteht ein Wertgefälle (RECKWITZ 2020). Dieses wird noch dadurch verschärft, dass in ländlichen Räumen zum Beispiel Rohstoffe, Energie und Lebensmittel zugunsten von Städten produziert werden, dies aber auf Kosten der Umwelt in ländlichen Räumen geschieht (BÄTZING 2020, WBGU 2016). Einige Landbewohner*innen fühlen sich dadurch ausgenutzt und benachteiligt, dass erneuerbare Energie hauptsächlich in ländlichen Räumen erzeugt wird, aber vor allem in Städten konsumiert wird. Klimaziele werden aus Sicht befragter Landbewohner*innen von Stadtbewohner*innen über die Bedürfnisse und Rahmenbedingungen der ländlichen Bevölkerung hinweggesetzt. So ist die ländliche Bevölkerung aufgrund mangelnder nachhaltiger Alternativen stärker von der Mobilitätswende betroffen als in der Stadt lebende Menschen, was Gefühle von Ungerechtigkeit (KERKER 2022) und Vorbehalte gegenüber der Klimawende verstärkt (HOLZMANN & WOLF 2023). Diese Eindrücke werden bekräftigt, wenn statt der Anwohner*innen von erneuerbaren Energie-Anlagen externe Investor*innen profitieren (KERKER 2022). In der Zustimmung zum Ausbau von Windkraft existiert ein Stadt-Land-Gefälle. Außerdem befürchten Landbewohner*innen eher einen Wohlstandsverlust durch Klimaschutzmaßnahmen (MAU ET AL. 2023). Ländliche Räume sind umkämpfte Umsetzungsorte der Energiewende (REUSSWIG & KÜPPER 2022) und dadurch gefährdet, klimapolitisch polarisiert zu werden (OTTENI & WEISSKIRCHER 2022). Ländliche Räume sind jedoch nicht nur von der Klimawende betroffen, sondern gestalten diese in beträchtlichem Maße: 2024 befanden sich 77,4 % der installierten Leistung von Wind und Solar in ländlichen Räumen (EWALD ET AL. 2024). Außerdem können die Moore und Wälder der ländlichen Räume als Kohlenstoffsenken Kohlenstoff binden (BLPB 2024).

In ostdeutschen ländlichen Räumen findet Demokratie darüber hinaus besondere Rahmenbedingungen. In seiner Monographie „Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt“ beschreibt MAU (2024) ein unterschiedliches Verständnis von politischer Partizipation zwischen Ost- und Westdeutschen.

Während in Westdeutschland die Parteiendemokratie eine wichtige Rolle spielt, sind es in Ostdeutschland immer noch unkonventionelle Partizipationsformen und die Vorstellung einer unmittelbaren Durchsetzung des Volkswillens. Sichtbar wird dieser Unterschied an der Wahlbeteiligung (EBD.). Einzelne Demokratiegefährdungen sind in Ostdeutschland besonders stark ausgeprägt: Beispielsweise ist die Demokratiezufriedenheit geringer als in Westdeutschland (TEICHLER ET AL. 2023) und die politische Deprivation hoch (MAU 2024). Mit der Schrumpfung und Deklassierung erhält die AfD, die sich offen gegen eine Klimawende ausspricht, Zulauf (LUH & SIEBERT 2024; BOGUMIL & HOLTkamp 2023). Rechtsextreme infiltrieren die Zivilgesellschaft, das heißt, sie besetzen strategisch Ehrenämter (MAU 2024). Rechtsextremismus und Populismus sind verbreiteter als in Westdeutschland (ZICK & MOKROS 2023; TEICHLER ET AL. 2023). Abstiegsängste der Bewohner*innen und die Krisensituation in Ostdeutschland werden von der AfD gezielt ausgenutzt. Auf rechten Protesten im Herbst 2022 wurden zudem Elitenkritik, grundsätzliches Politikmisstrauen sowie Verschwörungserzählungen in Bezug auf die Klimawende sichtbar (BEGRICH 2022). Im Allgemeinen äußern ostdeutsche Befragte weniger Sorgen bezüglich des Klimawandels (IGLAUER ET AL. 2021), das Problembewusstsein zum Klimawandel ist geringer und damit auch die Bereitschaft, den Lebensstandard zu Klimaschutzzwecken zu reduzieren (LÜBKE 2021), auch wenn ein Wertewandel hin zu Klimabewusstsein beschrieben wird (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GMBH 2022). Zudem wandern Engagierte und Strukturen für Engagement ab (BEGRICH 2024). Selbst wenn die Klimakrise als Problem anerkannt wird, wird der Handlungsdruck aufgrund anderer Sorgen in strukturschwachen ostdeutschen Regionen wieder relativiert. Außerdem sind mit der Wende immer noch anhaltende Transformationserfahrungen vorhanden, die sich sowohl als förderlich, als auch als hinderlich für die Klimawende herausstellen können: Auf der einen Seite gelten Ostdeutsche als transformationsmüde und haben wegen erfahrener Transformationsnachteile mehr Abstiegs- und Verlustängste. Gleichzeitig sind sie durch die Transformation aber auch erfahrungstark (FRÖHLICH ET AL. 2022). Es wird diskutiert, wie viel von der Transformationskompetenz Ostdeutscher für aktuelle Herausforderungen noch übrig ist (RAGNITZ 2022). Ostdeutschland wird als „Pionierregion“ (FRÖHLICH ET AL. 2022, S. 8) für die sozial-ökologische Transformation bezeichnet, außerdem gibt es dort sogenannte Changemakers, die die Klimawende selbst in die Hand nehmen (LINKS & VOLKE 2009).

Die in Brandenburg gelegene Prignitz ist der am dünnsten besiedelte Landkreis Deutschlands (SPELLERBERG & KIRCH 2021). Sie wird als strukturschwach und Schrumpfungsregion klassifiziert (BBSR 2021). Damit erscheint sie als geeignetes Beispiel, um die Wechselwirkungen im Spannungsfeld zwischen Klimawende und Demokratie zu untersuchen. Abgeschiedenheit und ländliche Strukturen machen die landwirtschaftlich geprägte Region aus (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GMBH 2022). Beispielsweise fahren Prignitzer*innen im Schnitt eine Stunde bis zum nächsten Oberzentrum (SPELLERBERG & KIRCH 2021). Die Prignitz warb bereits mit dem Slogan „Hier wohnen mehr Bienen als Menschen“ (ROSE 2024, mündl. Auskunft). Die Prignitz zählt zu den sehr peripheren Regionen mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage (KÜPPER & MILBERT 2023). Trotz Aufwärtstrend hat der Landkreis das niedrigste Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Brandenburg (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GMBH 2022). Wittenberge, eine der drei Städte in der Prignitz, war bis 1990 Industriestandort. Hauptsächlich aufgrund der Wende und der Deindustrialisierung, verlor die Stadt zwischen 1990 und 2006 etwa ein Drittel ihrer Bevölkerung. In der Folge standen 2006 36 % der Wohneinheiten in der Innenstadt leer und die Arbeitslosigkeit betrug etwa 20 % (STADT WITTENBERGE 2007). Mit der Zentralisierung wurden ab 1990 auch dörfliche Infrastrukturen abgeschafft. Noch immer sind Ost-West-Unterschiede spürbar und Prignitzer*innen, die von der Wende nicht profitierten, sind mit der Transformation unzufrieden (BERG 2024, mündl. Auskunft). Durch den hohen Anteil älterer Einwohner*innen und durch die Abnahme von Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter (IHK 2019) ist der Anteil derer groß, die die DDR-Zeit und die Wende bewusst erlebt haben. Die DDR-Vergangenheit, aber auch Benachteiligungen durch die Wende sind noch präsent und nicht

aufgearbeitet (STEPHAN 2024, mündl. Auskunft). Dies zeigt sich unter anderem im Widerstand gegen Windenergieanlagen, da die Flächen für die Anlagen von westdeutschen Investor*innen zu geringen Preisen aufgekauft wurden. Weiterhin trägt zu diesem Gefühl von Ungerechtigkeit und Benachteiligung bei, dass die Anwohnenden meist nicht finanziell am Gewinn der Energieproduktion beteiligt werden (INSTITUT FÜR TREND- UND ZUKUNFTSFORSCHUNG 2015), obwohl die Prignitz bereits 2015 mehr als das Zweieinhalbfache des eigenen Stromverbrauchs mit erneuerbaren Energien deckte. Damit war der Landkreis drittgrößter erneuerbare Energien-Produzent in Deutschland (LANDKREIS PRIGNITZ 2015) und bezeichnet sich selbst als „Exzellenzregion für Erneuerbare Energien“ (INSTITUT FÜR TREND UND ZUKUNFTSFORSCHUNG 2015, S. 15). Ablehnung gegenüber Windenergieanlagen wird auch mit Schallemissionen und einer Veränderung des Landschaftsbildes begründet. Unverständnis erzeugt weiter die Tatsache, dass teilweise mehr Strom produziert wird als eingespeist werden kann und in der Folge Windenergieanlagen kurzfristig abgeschaltet werden müssen. Um die Einspeisekapazität zu erhöhen, werden die für den Netzausbau anfallenden Kosten auf die Prignitzer*innen umgelegt, sodass diese höhere Strompreise bezahlen als in anderen Regionen Deutschlands. Das sorgt für weiteres Ungerechtigkeitsempfinden (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GMBH 2022). Neben Klima- und Energiewendekonflikten ist die derzeitige politische Situation in der Prignitz allgemein interessant und aktuell: Gegen Windenergieanlagen und Politiker*innen der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird protestiert und im Jahresverlauf wurden mehrere Schilder mit der Aufschrift „Grüne und Grünenwähler werden hier nicht mehr bedient“ aufgestellt (NTV 2024; STEPHAN 2024, mündl. Auskunft). Der *III. Weg* hatte für die Kommunalwahl diesen Juni Wahlwerbung mit dem Plakat „Prignitzer Bauern misten aus“ gemacht, das an ein Wahlplakat der NSDAP zur Reichstagswahl 1932 erinnert (NORDKURIER 2024). Bei den Kommunalwahlen konnte die AfD ihre Sitze im Kreistag mit 24,1 % aller Stimmen fast verdoppeln, während SPD, DIE LINKE, Grüne und FDP je ca. 4 Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Wahl verloren. Der *III. Weg* erhielt erstmalig einen Sitz (LANDESWAHLLEITER BRANDENBURG 2024a). Bei der Landtagswahl wurden in beiden Prignitzer Wahlkreisen im Vergleich zum Landesschnitt mit über 32 % überdurchschnittlich die AfD gewählt und mit unter 2 % unterdurchschnittlich die Grünen. Mit der Zweitstimme konnte die AfD in beiden Wahlkreisen im Vergleich zur letzten Wahl etwa 10 % gewinnen. Das ist doppelt so viel wie im Landesdurchschnitt (LANDESWAHLLEITER BRANDENBURG 2024b; LANDESWAHLLEITER BRANDENBURG 2024c).

In der Prignitz sind jedoch nicht nur herausfordernde Rahmenbedingungen in Bezug auf Demokratie und Klimawende zu finden, sondern auch Potenzial zur demokratischen Ausgestaltung der Klimawende. Im Landkreis liegen die *Lokale Aktionsgruppe (LAG) Storchenland Prignitz* und das *Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe Brandenburg*, die die Themen Klimawende und Demokratie verknüpfen. In der Regionalen Entwicklungsstrategie (RES) der LAG für die Förderperiode 2023-2027 beispielsweise ist Klimaschutz als wichtiges Handlungsfeld verankert. Das LEADER-Prinzip (französische Abkürzung für „Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“; DVS o.J.) steht unter anderem für Partizipation und den Bottom-up-Ansatz (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GMBH 2022). Das Biosphärenreservat, als Teil der *Nationalen Naturlandschaften*, engagiert sich für Klimaschutz und bekennt sich zu Demokratie (LFU 2024). Mit *elblandwerker** gibt es in Wittenberge eine nachhaltige Community aus Menschen, die aus dem urbanen Raum (zurück) in die Prignitz ziehen und den Wandel in der Region gestalten (SOULT o.J.). Im Allgemeinen wird in Kommunen Klimaschutz praktisch umgesetzt, um die auf höheren politischen Ebenen gesetzten Klimaziele zu erreichen (VON STORCH ET AL. 2018). Trotzdem finden Kommunen und ländliche Räume im Klimadiskurs noch wenig Aufmerksamkeit (NAGORNY-KORING 2018).

1.2 Forschungsfrage

Zusammengefasst ist das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende in ländlichen Räumen Ostdeutschlands, und insbesondere in der Prignitz, aktuell und relevant. Wie oben beschrieben, findet vor allem die Demokratie hier besondere Rahmenbedingungen und es lässt sich ein relevanter Einfluss vom Zustand der Demokratie auf die Klimawende feststellen. Es geht also um die Bedeutung der demokratischen Situation für beziehungsweise um die demokratische Gestaltung der Klimawende. Auf dieser Grundlage lässt sich die folgende Forschungsfrage formulieren:

F1: Wie kann die Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden?

1.3 Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Der Untersuchungsgegenstand (Demokratische Gestaltung der Klimawende) wird auf vierfache Weise eingegrenzt: Das Raumbeispiel, anhand dessen der Gegenstand untersucht wird, ist der Landkreis Prignitz. Der Fokus liegt auf der kommunalen Ebene des Demokratiegeschehens und auf Demokratie als einer Gesellschafts- und Lebensform. Konkret wird das Spannungsfeld an zwei Fallbeispielen untersucht. Diese Eingrenzungen werden im Folgenden erklärt. (1) Die regionale Eingrenzung auf das Raumbeispiel Prignitz ist darin begründet, dass sich die Klimawende, wie oben beschrieben, in der Prignitz innerhalb besonderer demokratischer Rahmenbedingungen abspielt. Die Prignitz ist ländlich, strukturschwach und in Ostdeutschland gelegen. Mit der Wende sind Transformationserfahrungen vorhanden, der Anteil erneuerbarer Energien ist bereits sehr hoch und die politische Stimmung ist nicht nur wegen der aktuellen Kommunal- und Landtagswahlen aufgeheizt. Außerdem werden durch die LAG Storchenland Prignitz und das Biosphärenreservat Demokratie und Klimawende verknüpft. Abgesehen von diesen inhaltlichen Aspekten sind durch die Verbindung der Masterarbeit zum Verbundprojekt InNoWest Feldzugänge und Ansprechpartner*innen vorhanden. Außerdem könnten die Ergebnisse potentiell durch InNoWest genutzt werden. Grundsätzlich wird durch diese Einschränkung das Thema auf eine handhabbare Komplexität reduziert. (2) Die Entscheidung für das Politikfeld der kommunalen Ebene liegt unter anderem darin begründet, dass Klimaschutz zu einem großen Teil in Kommunen umgesetzt wird. Trotzdem finden ländliche Kommunen im Gegensatz zu Städten als Akteur*innen der Klimawende bisher wenig Aufmerksamkeit (s. Kap. 1.1). Im Allgemeinen gelten Kommunen als Experimentierräume für Beteiligungs- und Demokratieformen. Sie sind bürgernah, Probleme sind überschaubar und es gibt viele Mitgestaltungsmöglichkeiten. Kommunen gelten daher auch als „Schule der Demokratie“ (BOGUMIL & HOLTkamp 2023, S. 14). In Kommunen besteht das Potenzial, die Demokratie von unten zu demokratisieren (EBD.). Außerdem ist bereits Literatur zum allgemeinen Themenfeld Demokratie und Klimawende auf Bundes- und Gesellschaftsebene vorhanden. Eine Konkretisierung und Übertragung auf dieses Raumbeispiel konnte im Rahmen der Recherche zu dieser Arbeit nicht gefunden werden (s. Kap. 2.2). (3) Ein weiterer politikfeldspezifischer Fokus bezieht sich auf Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform: Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform stellt für meinen fachlichen Hintergrund, aber auch für meine Forschungsfrage einen geeigneten Gegenstand dar. (4) Die Konzentration auf Fallbeispiele ist darin begründet, dass diese das Thema greifbarer machen und einen Gesprächsanlass bieten.

1.4 Aufbau der Arbeit

Zunächst werden die für die Arbeit zentralen Begriffe geklärt und relevante Theorien und Konzepte zu Demokratie, Klimawende und dem Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende vorgestellt. Anhand des Forschungsstandes wird die Forschungslücke aufgezeigt und Unterfragen werden abgeleitet. Ergebnis des Unterkapitels zum Forschungsstand ist ein Untersuchungsrahmen, der deutlich macht, was die Handlungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene in Bezug auf Klimawende und Demokratie sind. Es folgt ein Methodenteil, in welchem dargelegt wird, wie die theoretische Forschungsfrage praktisch untersucht wurde, dann werden die Ergebnisse der empirischen Erhebung dargestellt. Anschließend

werden die Untersuchungsfragen beantwortet und die Ergebnisse kritisch diskutiert und vor dem Literaturhintergrund interpretiert und eingeordnet. Mit Schlussfolgerungen und einem Ausblick schließt die Arbeit.

Das Kapitel 1 lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: In dieser Arbeit geht es um die Bedeutung der demokratischen Situation für beziehungsweise um die demokratische Gestaltung der Klimawende. Ziel ist es, die folgende Forschungsfrage zu beantworten. F1: Wie kann die Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden? Dazu wird der Untersuchungsgegenstand, also die demokratische Gestaltung der Klimawende, eingegrenzt auf den Landkreis Prignitz als Raumbeispiel, auf die kommunale Ebene und auf Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform. Die Forschungsfrage wird an zwei Fallbeispielen untersucht. Es folgen Kapitel zum Forschungsstand, zur Methodik und zu den Ergebnissen. Die Ergebnisse werden anschließend diskutiert und es wird ein Ausblick gegeben.

2. Forschungsstand

In diesem Kapitel wird zuerst der Stand der Forschung zur Forschungsfrage dargelegt, welcher die Grundlage für diese Arbeit darstellt. Das Unterkapitel zum Forschungsstand gliedert sich erstens in eine Klärung der zentralen Begriffe ländliche Räume, Demokratie und Klimawende. Zweitens erfolgt eine Vorstellung der relevanten Theorien und Konzepte zu Demokratie, Klimawende und zum Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende. Auf Basis des Forschungsstandes wird in einem zweiten Schritt die Forschungsfrage anhand der Literatur begründet und Unterfragen werden formuliert. Das Kapitel schließt mit der Entwicklung eines Untersuchungsrahmens, der auf dem Forschungsstand aufbaut und eine Vorlage für die spätere Analyse des empirischen Materials bietet.

2.1 Stand der Forschung

2.1.1 Begriffsklärung

Ländliche Räume

Um ländliche Räume zu beschreiben, gibt es keine allgemeingültige und objektive Definition (BÄTZING 2020). Die beiden etablierten Abgrenzungen ländlicher Räume in Deutschland stützen sich vor allem auf die Einwohnerdichte und den Bevölkerungsanteil in Städten (MILBERT 2023): Entsprechend des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zählt die Prignitz zum siedlungsstrukturellen Kreistyp dünn besiedelte ländliche Kreise (s. Abb. 1). Das BBSR definiert diese als „Kreise mit einem Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten unter 50 % und Einwohnerdichte ohne Groß- und Mittelstädte unter 100 E./km²“ (BBSR o.J.). Das Thünen-Institut zieht für seine Typologisierung zusätzlich die sozioökonomische Lage der ländlichen Kreisregionen hinzu (MILBERT 2023). Die Prignitz wird hier eingeteilt in sehr ländlich mit weniger guter sozioökonomischer Lage (s. Abb. 2).

Abbildung 1
Siedlungsstrukturelle Kreistypen 2020

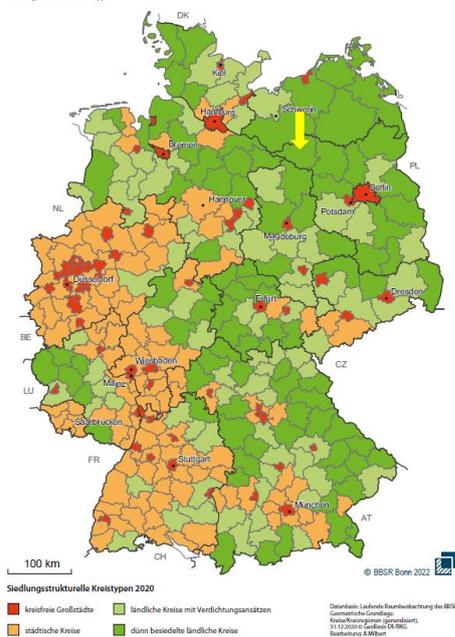


Abbildung 3
Thünen-Typologie ländlicher Räume

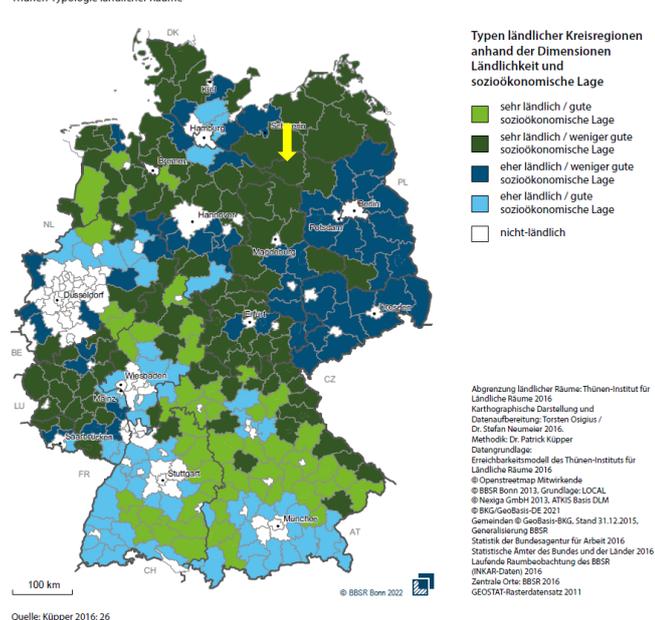


Abb. 1 (links): Siedlungsstrukturelle Kreistypen des BBSR. Die Prignitz ist der Landkreis im Nordwesten Brandenburgs, s. gelber Pfeil. KÜPPER & MILBERT 2023, S. 11.

Abb. 2 (rechts): Thünen-Typologie ländlicher Räume. Die Prignitz ist der Landkreis im Nordwesten Brandenburgs, s. gelber Pfeil. KÜPPER & MILBERT 2023, S. 15.

Da städtische und ländliche Lebenswelten eng miteinander verflochten sind (NEUBURGER 2019), Stadt und Land sich aufeinander beziehen und Unterschiede zwischen ländlichen Regionen zugenommen haben, fordern Wissenschaftler*innen, weniger vom ländlichen Raum im Singular und von Stadt und Land als Gegensätzen zu sprechen, sondern eher von einem Stadt-Land-Kontinuum und von ländlichen Räumen im Plural (BÄTZING 2020). Wie die Thünen-Typologie zeigt, gibt es eher ländliche und sehr ländliche Räume mit besserer und schlechterer sozioökonomischer Lage. Ländliche Räume können schrumpfen oder wachsen, weniger oder sehr peripher gelegen sein, sich in ihrer Anbindung, Arbeitslosenquote oder in ihrem BIP unterscheiden (KÜPPER & MILBERT 2023). Um diese Heterogenität hervorzuheben und um zu zeigen, dass es sich bei der Prignitz um eine ganz bestimmte ländliche Region mit speziellen Eigenheiten handelt, wähle ich in dieser Arbeit die Formulierung ländliche Räume. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass zwischen Stadt und Land relevante Unterschiede bestehen, beispielsweise in ihrer Auf- beziehungsweise Abwertung (BÄTZING 2020).

Demokratie

Ähnlich wie für ländliche Räume gibt es auch für das Konzept der Demokratie keine einheitliche Definition oder Beschreibung. Für eine erste Annäherung dient die Übersetzung aus dem Altgriechischen: Volksherrschaft; das Volk regiert sich selbst (MARSCHALL 2014). Demokratie ist „government of the people by the people for the people“ (LINCOLN, zitiert nach EBD. 2014, S. 16). Das bedeutet nicht nur, dass die Herrschaft vom Volk ausgeht, sondern auch, dass das Volk an der Regierung beteiligt ist und dass die Entscheidungen letztlich wieder dem Volk dienen sollen (EBD.). Wie in Kap. 2.3 festgelegt, fokussiert sich das Demokratieverständnis dieser Arbeit auf Demokratie als eine Gesellschafts- und Lebensform. HIMMELMANN (2016) teilt Demokratie in die drei Ebenen Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform. Diese Dreiteilung wird im Folgenden kurz beschrieben. Das Konzept der Demokratie als Lebensform geht auf John Dewey zurück. Er geht davon aus, dass Demokratie mehr als nur ein Regierungssystem ist, und beschreibt Demokratie als „Form des Zusammenlebens“ (DEWEY 1916, zitiert nach HIMMELMANN 2016, S. 41). Dewey argumentiert, dass Demokratie als Herrschaftsform auf eine bestimmte Haltung und auf ein bestimmtes Verhalten der Bürger*innen angewiesen ist. Diese demokratische Lebensweise beziehungsweise dieser demokratische Lebensstil wird bestimmt von „liberaler ‚Freiheitlichkeit‘, rechtsstaatlicher ‚Gleichberechtigung‘, sozialer ‚Gegenseitigkeit‘ [...] gesellschaftlicher ‚Kooperation‘ und schließlich bürgerschaftlicher ‚Verantwortung‘“ (DEWEY o.J., zitiert nach EBD., S. 49). Nach Eglin sind demokratische Tugenden unter anderem „Diskursbereitschaft und Gewaltverzicht, Toleranz und Konfliktfähigkeit, Kompromissbereitschaft, [...] Bereitschaft zur Verantwortung“ (EBD., S. 87). Auch Barber betont, dass es für Demokratie als Herrschaftsform eine Kultur braucht, die gewisse Haltungen, Kooperation, Partizipation und Engagement beinhaltet. Demokratie als Gesellschaftsform bildet die zweite Ebene und ist mit der Lebensform eng verwoben. Eine demokratische Gesellschaft besitzt bestimmte Selbststeuerungsmechanismen, wie „Pluralismus [...], Konflikt und Konfliktregulierung, [...] Solidarität, Offenheit und Öffentlichkeit sowie Zivil- und Bürgerschaftlichkeit.“ (EBD., S. 126) Zu einer Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform gehören auch bestimmte demokratische Werte, darunter Freiheit und Gerechtigkeit (LPB BW o.J.b). Demokratie als Herrschaftsform ist die dritte Ebene und bezieht sich auf das Regierungssystem.

Zur näheren Bestimmung von Demokratie können Demokratietheorien herangezogen werden. Grundsätzlich werden in der Literatur empirische Demokratietheorien, die den Ist-Zustand beschreiben, von normativen Demokratietheorien unterschieden, welche demokratische Ideale beinhalten (LEMBCKE ET AL. 2012). Zunächst wird das Regimes-of-the-World-Schema (RoW) als Beispiel für eine empirische Demokratietheorie vorgestellt, bevor dann eher normative Demokratietheorien folgen. Das RoW kategorisiert Regime weltweit in vier Typen, von denen zwei Unterformen der Demokratie sind. Merkmale von elektoralen Demokratien sind freie, faire Wahlen, bei denen mehr als eine Partei zur Auswahl steht. In liberalen Demokratien (wie in Deutschland) sind darüber hinaus Rechtsstaat und die

Gewaltenteilung stark ausgeprägt, Bürgerrechte spielen eine wichtige Rolle und Minderheiten werden geschützt (BoESE 2022). Normative Demokratietheorien können entlang der (je nach Quelle unterschiedlichen bis widersprüchlichen) traditionellen Denkströmungen Republikanismus und Liberalismus systematisiert werden. Im Liberalismus stehen vereinfacht gesagt individuelle Freiheits- und Besitzrechte im Vordergrund. Der Liberalismus ist sehr marktwirtschaftlich ausgerichtet und steht mit der Demokratie in einem Spannungsverhältnis (REESE-SCHÄFER 2018). Im Republikanismus spielen demgegenüber soziale Freiheiten, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kooperation eine große Rolle. Umfassende und aktive demokratische Teilhabe wird angestrebt (RICHTER 2018). Mittlerweile haben sich eine Vielzahl von normativen Demokratietheorien ausdifferenziert, die LEMBCKE ET AL. (2012) in einer Matrix zusammenfassend dargestellt haben (s. Abb. 3). Die Demokratietheorien werden hier anhand von zwei Achsen in vier Quadranten eingeteilt: Pole der Rechtedimension (Horizontalachse) sind negative Freiheitsrechte, also Abwehrrechte, und positive Freiheitsrechte, sprich die Freiheit zu politischer Partizipation (ausführlicher s.u.). Pole der Präferenzdimension (Vertikalachse) sind Staat und Bürger. Daraus ergeben sich vier Quadranten: Im ersten Quadranten befinden sich Demokratietheorien, die eher negative Freiheitsrechte priorisieren und mehr davon ausgehen, dass sich politische Präferenzen in den Bürger*innen ausbilden. Ein Beispiel für eine solche Demokratietheorie ist der oben genannte Liberalismus. Im dritten Quadranten beispielsweise sind hingegen Demokratietheorien verortet, die eher politische Partizipationsrechte priorisieren und davon ausgehen, dass politische Präferenzen auf Ebene des Staates gesetzt werden. Da in dieser Masterarbeit aufgrund des begrenzten Umfangs nicht alle dargestellten Demokratietheorien erläutert werden können, werden lediglich die für die Arbeit grundlegenden herausgegriffen.

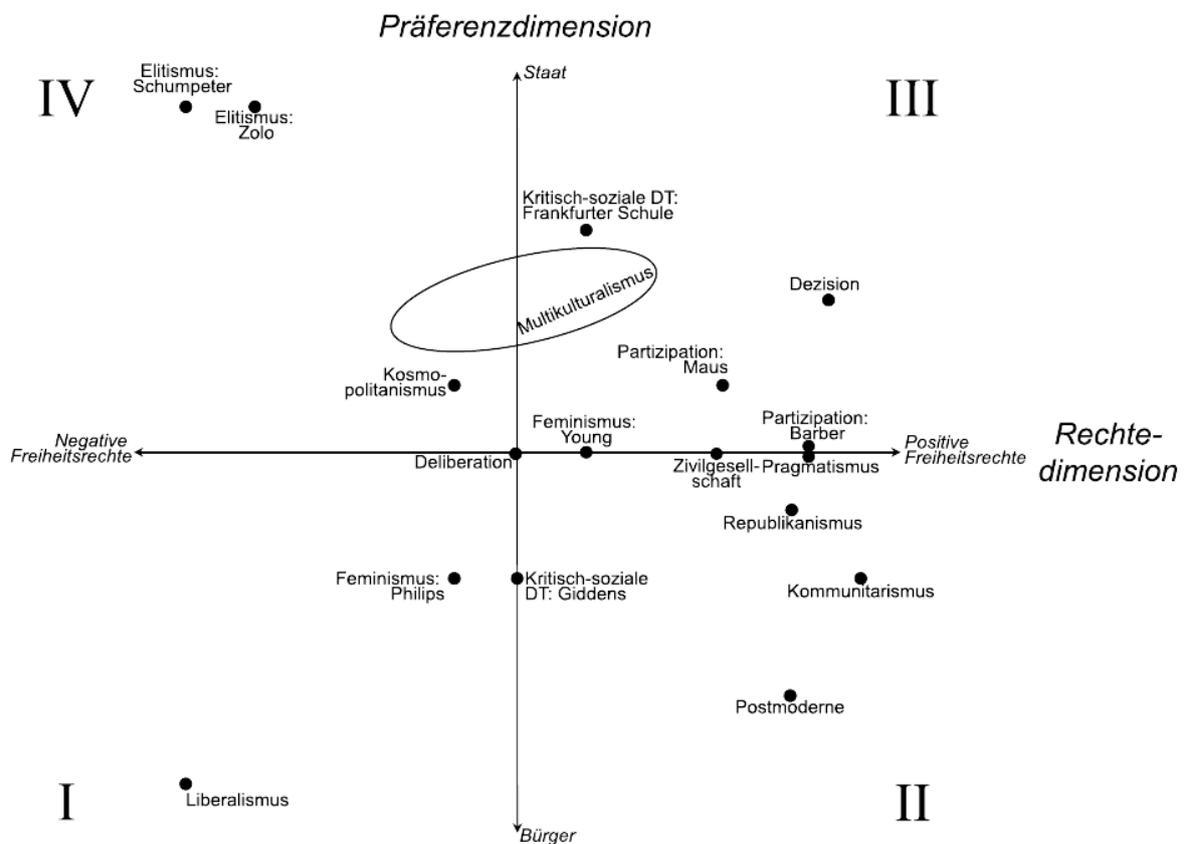


Abb. 3: Matrix aktueller Demokratietheorien. Lembcke, Ritzi & Schaal 2012, S. 24.

Da sich das Demokratieverständnis dieser Arbeit Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform in den Mittelpunkt stellt, sind grundsätzlich Demokratietheorien relevanter, die sich auf der Präferenzdimension mittig bis eher hin zu Bürger*innen bewegen. Konkret zeichnen sich Theorien zum Republikanismus, Pragmatismus, zur Deliberation, Partizipation und Zivilgesellschaft für ihre Bürger*innennähe und Forderung nach politischer Partizipation der Bürger*innen aus. In der republikanischen Demokratietheorie wird, wie bereits oben beschrieben, eine umfassende und aktive demokratische Teilhabe angestrebt. Wie an der Verortung nahe dem Pol „Positive Freiheitsrechte“ erkennbar, geht es um die Inklusion aller Bürger*innen in die Gemeinschaft. Die zivilgesellschaftliche Demokratietheorie umfasst die Art und Weise dieses Einbezugs, nämlich über zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie schreibt „der Gesamtheit der freiwilligen Assoziationen und Vereinigungen eine konstitutive Bedeutung für den Fortbestand moderner Demokratien [zu]“ (EBD., S. 27). Hierzu zählt auch der zivile Ungehorsam als ein Mittel der direkten Demokratie. Die Theorie der partizipativen Demokratie betont die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und politischer Partizipation. Ein Vertreter des Pragmatismus war John Dewey (s.o.). Trotz seiner Nähe zur partizipativen Demokratietheorie gibt es ein wichtiges Abgrenzungskriterium, nämlich die hervorgehobene Bedeutung der sozialen Praxis im Vergleich zur Theorie. Theorien deliberativer Demokratie sind sowohl auf der Präferenz- als auch auf der Rechtedimension mittig verortet, weil sie die Vermittlung in den Mittelpunkt rücken (EBD.). Deliberation bezieht sich auf den Austausch von Argumenten mit dem Ziel einer Verständigung beziehungsweise im Idealfall eines Konsenses. Der kommunikative Prozess findet in einem macht- und gewaltfreien Raum statt und alle Teilnehmenden müssen gleiche Partizipationsmöglichkeiten haben. Maßgeblich beeinflusst wurde diese Theorie von Jürgen Habermas (LANDWEHR 2012). Einige der genannten Theorien werden dafür kritisiert, dass sie die Bedeutung von Staat und repräsentativer Demokratie unterschätzen oder ignorieren. Auch wenn der Fokus in dieser Masterarbeit auf Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform liegt, wird die Relevanz von Demokratie als Herrschaftsform anerkannt.

Das Demokratieverständnis dieser Arbeit ist Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform. Dafür lassen sich, wie oben angedeutet, eher normative Demokratietheorien zugrunde legen. Da empirische Demokratietheorien wie das RoW eher die Staatenebene betrachten und auf den Vergleich von Staaten angelegt sind (BOESE 2022; BUCHSTEIN 2016), sind diese als Grundlage für meine Masterarbeit weniger geeignet, da letztere sich auf die kommunale Ebene beschränkt. Zusammenfassend beinhaltet Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform die Aspekte Freiheit, Pluralismus, Solidarität, Gerechtigkeit, politische Gleichheit, politische Partizipation, aktive Zivilgesellschaft, bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement, Bürger*innenbeteiligung, Kooperation, Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit (s.o.). Die Fachbegriffe unter diesen Aspekten werden im Folgenden jeweils kurz definiert. Dabei werden teilweise mehrere Verständnisse vorgestellt und nicht für eines entschieden, da je nach Begriffsverständnis andere Wirkungen auf Klimawende möglich sind.

Freiheit

Der Freiheitsbegriff kann sehr unterschiedlich verstanden werden, was sich als Herausforderung für eine tiefgreifende Klimawende zeigt (HEIDENREICH 2021). Im Folgenden werden die vier aktuell dominierenden Freiheitsverständnisse vorgestellt (HEIDENREICH 2023). Freiheit wird häufig als Freiheit von etwas verstanden, zum Beispiel von Beschränkungen, Verpflichtungen oder Verantwortung. Nach diesem individualistischen und negativen Freiheitsbegriff ist der Mensch dann frei, wenn er tun und lassen kann, was er möchte (BRAND 2020). An den von Isaiah Berlin beschriebenen Begriff (HEIDENREICH 2023) knüpft das Konzept quantitativer Freiheit an. Einfach formuliert, ist Freiheit dann verwirklicht, wenn das Individuum ein maximal viele Optionen zur freien Auswahl hat. Dieses Konzept legt einen rein quantitativen Maßstab an, nach dem Motto: Je weniger Abhängigkeiten, Einschränkungen oder gesetzliche Regelungen, desto mehr Freiheit (DIERKSMEIER 2022). Die ersten beiden Freiheitsbegriffe lassen sich der Denkströmung des Liberalismus zuordnen (s.o.). Auch ein typisch liberales Freiheitsverständnis ist das

Konzept individueller Freiheit von Axel Honneth. Hier werden Beeinflussung und Beschränkung abgelehnt, genauso wie die Abhängigkeit von Kollektiven. Der Wert liegt stattdessen im ungebunden Sein und in der Möglichkeit, Materielles zu besitzen (HEIDENREICH 2023). Genau in diese Richtung zielt das verdinglichte Freiheitsverständnis, das libertär Autoritäre verteidigen. Libertärer Autoritarismus ist ein kürzlich aufgekommener Typus, den AMLINGER UND NACHTWEY (2022) insbesondere unter Querdenker*innen und AfD-Anhänger*innen identifizieren. Libertär Autoritäre vertreten vehement ihre Selbstentfaltung und individuelle Freiheit gegen Einschränkungen, gesellschaftliche Normen oder soziale Rücksichtnahme. Das eigene Ich wird zur einzigen Autorität erhoben, gegen jede andere Autorität und gegen empfundene Freiheitseingriffe wird rebelliert. Abhängigkeit und soziale Bindungen werden geleugnet. Libertär Autoritäre werden jedoch nicht nur über ihr Freiheitsverständnis charakterisiert. Sie sind häufig informiert, alternativ und „demokratisch sozialisiert“ (EBD., S. 341). Sie grenzen sich allerdings nicht gegenüber Faschist*innen ab und aufgrund von Kränkungen und Demokratieunzufriedenheit sind libertär Autoritäre oft empfänglicher für rechte Ideologien. Weniger verbreitet als die genannten Freiheitsbegriffe sind ihre Pendants: Der negativen, individualistischen Freiheit steht eine positive, emanzipatorische Freiheit gegenüber. Freiheit ist demnach nur in einer freien Gesellschaft möglich und ist mit Verantwortung verbunden (BRAND 2020). Das Gegenstück der quantitativen Freiheit ist die qualitative Freiheit, die, statt ein Maximum an Freiheit, eher eine bestimmte Qualität von Freiheit anstrebt – auch wenn dazu kurzfristige Freiheitseinschränkungen notwendig sind (DIERKSMEIER 2022). Neben der individuellen Freiheit beschreibt Honneth auch eine reflexive und eine soziale Freiheit. Eine reflexive Freiheit ist in der Lage, Ziele zu reflektieren und sich diese auch zu versagen. Soziale Freiheit meint, dass erst durch soziale Beziehungen bestimmte Erfahrungen möglich werden und nicht individuelle Freiheiten konkurrieren, sondern einander steigern (HEIDENREICH 2023). Soziale Freiheit ist auch das Pendant zur verdinglichten Freiheit libertärer Autoritärer (AMLINGER & NACHTWEY 2022). Die eben beschriebenen Freiheitsbegriffe lassen sich eher der republikanischen Denktradition zuordnen (HEIDENREICH 2023).

Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit bedeutet im Allgemeinen „die gerechte Verteilung von Chancen und Ressourcen auf die Mitglieder einer Gesellschaft“ (LPB BW o.J.b), also die Abwesenheit von Benachteiligung oder Bevorteilung. In Bezug auf die Klimawende sind die Gerechtigkeitsformen Verteilungs-, Verfahrens-, und Anerkennungsgerechtigkeit relevant. Verteilungsgerechtigkeit ist die gerechte Verteilung von Ausgaben, Einkommen, Ressourcen, Infrastruktur und Auswirkungen (RADTKE 2022). Auf internationaler Ebene beispielsweise sind Länder des globalen Südens tendenziell mehr von Klimawandelfolgen betroffen als Länder des globalen Nordens (internationale Ungerechtigkeit; TREMMEL 2011). Verfahrensgerechtigkeit umfasst gerechte „Zugänge zu Informationen, Transparenz, individuelle Rechte und Einflussmöglichkeiten“ (RADTKE 2022, S. 36) in Entscheidungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren. Und Anerkennungsgerechtigkeit bedeutet das Respektieren von Bedürfnissen, Identitäten, Betroffenheit und Resilienz beispielsweise der Anwohner*innen (EBD.). Es geht hierbei um das Berücksichtigen ihrer Anliegen und um deren Gefühl, ernstgenommen zu werden und Einfluss zu haben (RADTKE ET AL. 2023). Was „gerecht“ nun genau bedeutet, ist je nach Theorie unterschiedlich definiert. Nach dem Egalitarismus ist die gleiche Verteilung gerecht, gemäß dem Motto „Person P steht Gut G zu, weil andere Personen G auch haben oder bekommen haben“ (KREBS 2000, S. 10 zitiert nach BORCHERS & HRACH 2018, S. 442). Im Gegensatz dazu stehen die nonegalitaristischen Ansätze. Der Suffizientarismus beispielsweise schlägt eine Festlegung von Mindeststandards vor, die jedem Menschen zugesichert sein sollen. Alle Ungleichheiten darüber hinaus gelten nicht als ungerecht (EBD.). Abgesehen von diesen theoretischen Definitionen ist Gerechtigkeit ein subjektives Empfinden, das sich je nach Wahrnehmung und Bewertung durch Individuen einstellen kann oder auch nicht (LPB BW o.J.b).

Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation

Eine starke und aktive Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Element der Demokratie als Gesellschaftsform. Tocqueville hat Zivilgesellschaft als wesentlichen Beitrag zur Stabilität und Freiheitlichkeit von Demokratie beschrieben (VORLÄNDER 2020). Zivilgesellschaftliche Organisationen können verschiedene Grundausrichtungen annehmen und unterschiedliche Funktionen erfüllen. In der aktuellen Diskussion wird der Begriff der Zivilgesellschaft häufig normativ gebraucht und es wird eine Verbesserung der Demokratie durch Zivilgesellschaft impliziert (GRAF STRACHWITZ ET AL. 2020). Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat der Zivilgesellschaft eine zunehmende Bedeutung für den Antrieb und die Korrektur staatlichen Handelns zugeschrieben. Dass es nicht „die Zivilgesellschaft“ gibt, sondern dass zivilgesellschaftliche Organisationen sehr unterschiedlich in ihren Werten, Zielen und Ausrichtungen sind, wurde an dieser einseitigen Perspektive kritisiert (KLEIN ET AL. 2020). Zivilgesellschaftliches Engagement ist nicht per se „gut“ und führt nicht allein und auf direktem Wege zu einem guten Zustand der Demokratie (PORNSCHLEGEL 2019). Ermöglicht und gefördert wird zivilgesellschaftliches Engagement von einem aktivierenden Staat, der die entsprechenden Rahmenbedingungen setzt (GRAF STRACHWITZ ET AL. 2020). Der WBGU schlägt zum Gelingen der sozialökologischen Transformation einen aktivierenden und gestaltenden Staat mit einer engagierten Zivilgesellschaft und ausgeweiteter Bürger*innenbeteiligung als wesentliche Akteure vor (WBGU 2011). Das Zusammenwirken und die gemeinsame, gleichberechtigte Steuerung von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren heißt Governance. Dieses Steuerungskonzept wird insbesondere für Themen, die sich schwer top-down durchsetzen lassen (beispielsweise Umweltpolitik), diskutiert (STEURER ET AL. 2023; BÖCHER ET AL. 2008). Zivilgesellschaftliches Engagement lässt sich (nicht sauber und mit Mischformen) in bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation unterteilen (SIEPKER 2022). Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, nicht profit- sondern gemeinwohlorientiert (KAUSMANN ET AL. 2019) und wird von verantwortungsbewussten Weltbürger*innen ausgeführt. Es beinhaltet ehrenamtliches Engagement, aber auch informelleres und kurzzeitiges Engagement (GRAF STRACHWITZ ET AL. 2020). Politische Partizipation hingegen bedeutet Teilhabe an und Beeinflussung von politischen Prozessen. Im Rahmen konventioneller Partizipation nehmen Bürger*innen an Wahlen teil. Zu unkonventioneller Partizipation gehören das Demonstrieren, Petitionen Unterzeichnen und Boykottieren (LANDWEHR 2022), außerdem die Teilnahme an Protesten, Bürgerinitiativen, zivilem Ungehorsam (KÜBLER ET AL. 2022) und Flashmobs sowie das Spraysen von Graffiti. Unkonventionelle Partizipationsformen können legal oder illegal, legitim oder illegitim sein (KANNENGIEßER 2022).

Politische Gleichheit und Pluralismus

Politische Gleichheit ist die gleiche Chance aller Bürger*innen auf politische Partizipation. Partizipationsmöglichkeiten und zivilgesellschaftliches Engagement sind in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen allerdings ungleich verteilt (GEIßEL 2012; SIEPKER 2022). Beispielsweise nehmen an Protesten überwiegend Menschen mit höherer Formalbildung und Schichtzugehörigkeit teil, wie das beispielsweise für Fridays for Future-Proteste nachgewiesen wurde (SOMMER ET AL. 2020). Faktisch liegt also keine politische Gleichheit vor (SIEPKER 2022). Mit Pluralismus ist hier nicht das philosophische Weltbild oder das politische System gemeint, sondern ein Aspekt von Demokratie. Pluralismus bedeutet, dass eine Vielfalt von Meinungen, Interessen und Lebensweisen nebeneinander besteht und respektiert werden soll (BPB o.J.).

Bürger*innenbeteiligung

Eine aktive Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation sind bottom-up-Ansätze, während staatliche Regulierungen top-down-Ansätze sind. Werden diese beiden Ansätze miteinander verzahnt, spricht Gross (2017) von side-by-side-Ansätzen. Gemeint ist damit die Bürger*innenbeteiligung und die strukturierte Einbindung von Stakeholdern (EBD.). Die zahlreichen

Varianten der Bürger*innenbeteiligung lassen sich in formale und informelle, materielle und immaterielle Beteiligung und in verschiedene Partizipationsstufen einteilen: Formale Beteiligung umfasst „gesetzlich geregelte Verfahren“ (LPB BW o.J.c) wie Wahlen, Bürgerbegehren und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung. Informelle Beteiligungsformen sind hingegen nicht gesetzlich geregelt und eher dialogisch und beratend (EBD.; BARTH ET AL. 2018). Bei diesen Formen geht es meist um den Argumentaustausch, um Ideenfindung und Problem- oder Konfliktlösung (EITH 2022). Beispiele sind Bürgerforen, Runde Tische und Bürgerhaushalte. Beteiligung kann punktuell und dauerhaft erfolgen (BOGUMIL & HOLTkamp 2023) und in unterschiedlichen Stufen ausgeprägt sein (s. Abb. 4). Der niedrigste Beteiligungsgrad ist aus Perspektive der Bürger*innen die Information; der höchste Grad ist die Eigenständigkeit, aus Perspektive des Staates die Delegation von Entscheidungen (LÜTTRINGHAUS 2009). Neben der eben genannten immateriellen Beteiligung existieren materielle beziehungsweise finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten. Bezogen auf die Energiewende können das Pachteinnahmen, vergünstigte Strompreise, Einmalzahlungen oder Bürgerenergiegenossenschaften sein (LUH & SIEBERT 2024). Um insbesondere den Schwächen der aktuellen repräsentativen Demokratie zu begegnen, aber auch, um dem Bedarf an politischer Partizipation und Beteiligung gerecht zu werden, werden in den Politikwissenschaften derzeit demokratische Innovationen diskutiert (FUCHS & DAHM 2023). Das sind soziale Innovationen beziehungsweise Experimente, welche Bürger*innen neue Möglichkeiten bieten sollen, ihre Interessen zu formulieren und direkt auf politische Prozesse einzuwirken (KÜBLER ET AL. 2022; HEIDENREICH 2022). Konkret können das direktdemokratische Instrumente wie Referenden oder Volksentscheide sein, kommunale Mitbestimmungsmöglichkeiten, per Zufall ausgeloste sogenannte mini-publics und digitale Beteiligungsformen. Insbesondere auf kommunaler Ebene finden demokratische Innovationen Anwendung (KÜBLER ET AL. 2022). Mit der oben genannten förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Planungs- und Genehmigungsverfahren von größeren Infrastrukturprojekten, wie Windenergieanlagen, gemeint. Diese Verfahren werden in mehreren Stufen vollzogen, wobei auf jeder Stufe eine Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet (s. Kap. 4.2.3).

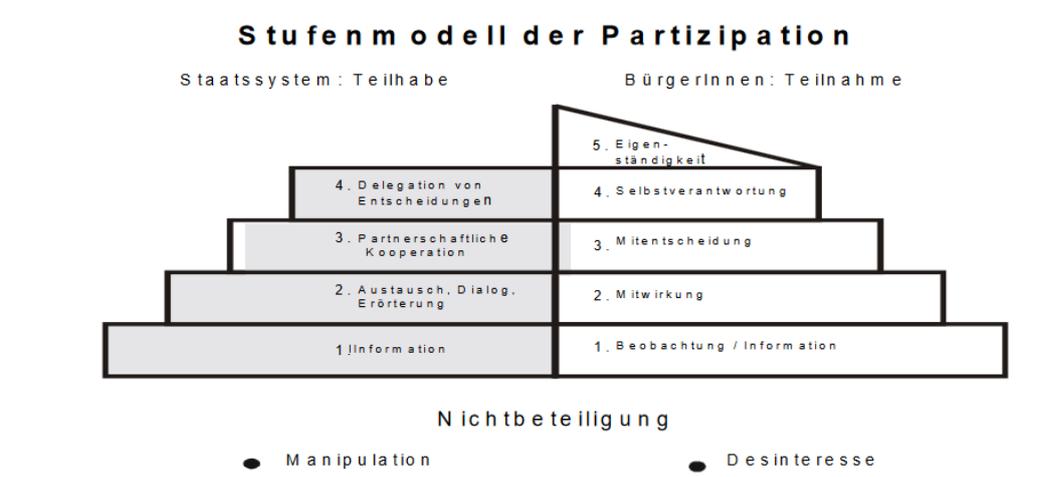


Abb. 4: Stufenmodell der Partizipation. Lüttringhaus 2009, S. 2.

Klimawende

Unter dem Begriff Klimawende wird in dieser Arbeit der Wandel hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft verstanden. Eine klimafreundliche Gesellschaft garantiert in Anlehnung an APCC (2023a) ein Klima, in dem global ein gutes Leben beziehungsweise eine hohe Lebensqualität für alle möglich ist. Im Gegensatz zu Adaptation (Anpassung an Klimawandelfolgen) geht es bei diesem Wandel um Mitigation, also um Klimaschutz. Wege der Mitigation sind einerseits die Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen, und andererseits die Entnahme von Treibhausgasen aus der Atmosphäre und deren Speicherung

in Senken (BEDNAR-FRIEDEL ET AL. 2014). Den Begriff Klimawende habe ich anstelle von Klimaschutz gewählt, um zu zeigen, dass es sich bei der Klimawende um eine Transformation handelt, also um Veränderungsprozesse. Die Tatsache der Veränderung bewusst zu haben, ist bei diesem Thema wichtig (s. Kap. 2.1.2 und 2.1.3). In dieser Masterarbeit geht es jedoch nicht nur um den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft, sondern um das Erreichen des Ziels einer klimafreundlichen Gesellschaft, also um eine gelingende Klimawende. Um eine klimafreundliche Gesellschaft zu erreichen, gibt es auf verschiedenen politischen Ebenen Klimaziele. Das Pariser Klimaabkommen wurde bereits in Kap. 1.1 genannt. Auf EU-Ebene regelt das Europäische Klimagesetz von 2021 den Beitrag der EU zum Pariser Abkommen. Zentrale Ziele sind das Erreichen von netto null Treibhausgasemissionen bis 2050 und danach negative Emissionen. Zudem wird das Zwischenziel der Senkung von Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % (im Vergleich zu 1990) bis 2030 angestrebt (VERORDNUNG (EU) 2021/1119 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 30. Juni 2021). Auf nationaler Ebene sieht das deutsche Klimaschutzgesetz bis 2045 Netto-Treibhausgasneutralität vor, um Deutschlands Beitrag zu diesem Klimaziel zu leisten (BUNDES-KLIMASCHUTZGESETZ 2019). An diesem Ziel orientiert sich auch der Klimaplan Brandenburg, der eine Klimastrategie des Landes Brandenburg ist (MLUK 2024). Ein verbindliches Klimaschutzgesetz gibt es in Brandenburg nicht (BLPB 2024). Damit diese Klimaziele fristgerecht erreicht werden können, sind tiefgreifende Maßnahmen in fast allen Sektoren notwendig: Energie, Verkehr, Industrie, Gebäude, Abfallwirtschaft, Landwirtschaft, Landnutzung und Forstwirtschaft müssen transformiert werden (BMWK 2023). Die Klimawende lässt sich in mehrere Wenden ausdifferenzieren. Das sind im Einzelnen die Energiewende, die Hauswärmewende beziehungsweise urbane Wende, die Verkehrsbeziehungsweise Mobilitätswende, die Industriegewende und die Agrar- beziehungsweise Ernährungswende (MEHR DEMOKRATIE E.V. & BÜRGERBEGEHREN KLIMASCHUTZ E.V. 2020; SCHNEIDEWIND 2018). Tiefgreifende Veränderungen sind in den Lebensbereichen Erwerbsarbeit, Betreuungs- und Pflegearbeit, Versorgung, Wohnen, Ernährung, Erholung, gesellschaftliche Aktivitäten und Mobilität notwendig (APCC 2023a). Es gibt verschiedene Optionen, wie diese Wenden gestaltet werden können. Die Ausgestaltung der Klimawende ist Gegenstand von Theorien des Wandels.

2.1.2 Theorien des Wandels

Theorien des Wandels beschränken sich nicht auf die Klimawende, sondern betrachten meist die gesamte Nachhaltigkeitstransformation. Da die Klimawende ein Teil der Nachhaltigkeitstransformation ist (s. z.B. UNITED NATIONS 2015b), wird in dieser Arbeit teilweise Literatur zur Nachhaltigkeitstransformation auf die Klimawende übertragen. Aufgrund des eingeschränkten Rahmens dieser Masterarbeit werden im Folgenden lediglich ausgewählte Theorien des Wandels vorgestellt, die Grundlage für meine weitere Analyse sind, gegliedert nach den grundlegenden Perspektiven Markt, Innovation, Bereitstellung und Gesellschafts-Natur-Perspektive. Aus der Marktperspektive sollen Strukturen für eine klimafreundliche Gesellschaft über Märkte und Preisstrukturen geregelt werden. Das dahinterstehende Menschenbild ist das des homo oeconomicus, der durch rationale Entscheidungen den eigenen Nutzen maximiert, beziehungsweise neuerdings Menschenbilder, die auch Unwissenheit, Bequemlichkeit und Rücksichtnahme einbeziehen. Konsumieren und Investieren soll möglichst klimafreundlich stattfinden. Für klimafreundliche Entscheidungen sollen entsprechende Anreize geschaffen werden, hauptsächlich durch Marktregulierungen und das Setzen wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen. Beispiele sind CO₂-Bepreisung, Ökosteuern und Emissionszertifikate. Kritisiert wird an der Marktperspektive unter anderem, dass Märkte in dieser Funktion versagen können, dass Reboundeffekte Effizienzgewinne wieder zunichtemachen können und, dass Entscheidungen durch nichtwissenschaftliche Informationen oder Fake News beeinflusst werden können (NOVY ET AL. 2023). Zur Marktperspektive zählen die Umwelt- und Klimapsychologie. Sie untersuchen unter anderem Wissen, Wahrnehmung, Einstellungen und Verhalten in Bezug auf Klimawandel und Klimaschutz, sowie die „Akzeptanz von politischen Maßnahmen und klimafreundlichen Technologien“ (BRUDERMANN 2023, S. 658).

Theorien, die zur Innovationsperspektive gehören, beleuchten soziotechnische (d.h. nicht nur technologische) Innovationen für eine klimafreundliche Gesellschaft. Sie untersuchen die Entstehung von Innovationen und deren Durchsetzung sowie Veränderung von Strukturen. Innovation wird hier nicht auf unternehmerische und technische Innovation reduziert, sondern umfasst auch soziale Innovation, Exnovation (Abschaffung) und Konversion (Umbau). Klimafreundliche Innovationen sollen durch entsprechende Rahmenbedingungen, wie Experimentierräume, gefördert werden (NOVY ET AL. 2023; APCC 2023a). Ansätze der Innovationsperspektive sind unter anderem die Multi-Level-Perspektive (MLP) und Theorien Sozialer Innovation (KUBECZKO ET AL. 2023). Diese werden im Folgenden jeweils kurz vorgestellt. Die MLP ist ein interdisziplinärer Analyserahmen für soziotechnische Transformationen, der verwendet werden kann, um sowohl Faktoren für die Stabilität von Gesellschaften als auch deren Transformation hin zur Nachhaltigkeit zu untersuchen. Wandel findet auf den drei Analyseebenen Nischen, soziotechnische Regime und Landschaft statt (s. Abb. 5). Nischen sind geschützte Räume, in denen durch Experimente radikale Innovationen entstehen können. Landschaft bezeichnet die materielle und immaterielle Umgebung, die nicht direkt beeinflusst werden kann, wie Umwelt, kulturelle Überzeugungen oder Werte (GEELS 2004). Soziotechnische Regime sind Orte etablierter Praktiken und damit verbundene stabilisierende Regeln (GEELS 2011). Stabilität entsteht, neben Regeln, auch durch (Pfad-) Abhängigkeiten. Trotzdem ist Veränderung möglich: Nischeninnovationen können sich durchsetzen, wenn es durch innere Spannungen zwischen den Regimes und durch Druck von der Landschaftsebene Brüche im soziotechnischen Regime gibt und dadurch sogenannte Fenster der Veränderung entstehen (GEELS 2004) (s. Abb. 5). Die für den Wandel entscheidenden Akteur*innen sind in Nischen. Bei diesen sogenannten Change Agents handelt es sich unter anderem um Forschungseinrichtungen, Start-ups und zivilgesellschaftliche Akteur*innen (KUBECZKO & ORNETZEDER 2023; ORNETZEDER & KUBECZKO 2023). Diese können gezielt eingebunden werden, zum Beispiel in Stakeholderprozessen oder durch Beteiligungsverfahren (KUBECZKO & ORNETZEDER 2023). Auch Theorien sozialer Innovationen werden der Innovationsperspektive zugeordnet. Soziale Innovationen sind Innovationen, die sowohl in ihrem Prozess als auch in ihrem Ergebnis sozial sind. Das heißt, sie werden hauptsächlich von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bottom-up, partizipativ oder mittels Governance hervorgebracht und zielen auf soziale Gerechtigkeit ab. Soziale Innovationen können technologische Innovationen ergänzen und letztlich deren Klimawirkung erhöhen. Häufig verbleiben sie aber in kleinen oder lokal begrenzten Nischen und wirken wenig effektiv hin zu einem Systemwandel (NOVY & FANKHAUSER 2023).

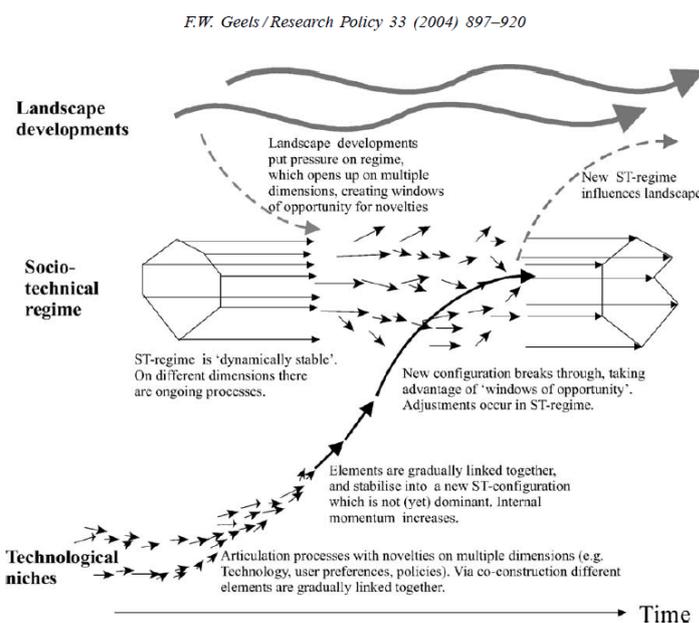


Fig. 9. A dynamic multi-level perspective on system innovations (Geels, 2002b, p. 110).

Abb. 5: Multi-Level-Perspektive auf Systeminnovationen. Geels 2004, S. 915.

Aus Sicht der Bereitstellungsperspektive wird davon ausgegangen, dass Bereitstellungssysteme das klimafreundliche Handeln maßgeblich steuern. Ziel ist daher die Gestaltung der Bereitstellungssysteme in der Weise, dass „klimafreundliche Praktiken rechtlich möglich, kulturell akzeptiert und ökonomisch leistbar“ werden (NOVY ET AL. 2023, S. 203). In der Theorie der Bereitstellungssysteme und Alltagsökonomie geht es darum, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, ohne dabei den Planeten zu schädigen, das heißt, sich innerhalb sogenannter Konsumkorridore zu bewegen. Dazu sind drei Schritte notwendig, nämlich erstens die Ausweitung von Bereitstellungssystemen, die menschliche Bedürfnisse klimafreundlich befriedigen, zweitens die Umgestaltung von Bereitstellungssystemen, die menschliche Bedürfnisse klimaschädlich erfüllen; und drittens die Reduzierung von Bereitstellungssystemen, die nicht in erster Linie auf menschliche Bedürfnisse abzielen, wie geplante Obsoleszenz (JONAS ET AL. 2023).

Die vierte der oben genannten Perspektiven ist die Gesellschaft-Natur-Perspektive. Sie betrachtet Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur und verbindet soziale Ungleichheit mit dem Naturumgang des Menschen. Gegenstand sind außerdem Machtverhältnisse zwischen Menschen, aber auch zwischen Mensch und Natur. Eine Struktur, die die Gesellschaft-Naturperspektive bewusstmacht, ist unter anderem die liberale Staatlichkeit, die durch einen individualistischen Freiheitsbegriff legitimiert ist, der wiederum Kosten und Probleme seiner Lebensweise auf andere abwälzt. Der Weg zu einem klimafreundlichen Leben führt unter anderem über die Überwindung des Dualismus zwischen Gesellschaft und Natur, über eine Reduktion des Naturverbrauchs und die Beendigung des Wirtschaftswachstums (NOVY ET AL. 2023). Der Begriff der imperialen Lebensweise bezeichnet die nicht nachhaltige Produktion und den nicht nachhaltigen Konsum, deren Ressourcenbedarfe und schädliche Auswirkungen ausgelagert werden auf Länder des globalen Südens. Aber auch Stadt-Land-Ungleichheiten, Klassenverhältnisse, Geschlecht und *race* spielen eine Rolle. Stattdessen soll eine solidarische Lebensweise angestrebt werden, und zwar weniger durch das individuelle Ändern der eigenen Lebensweise, sondern vor allem durch das Ändern von Strukturen, politischen Rahmenbedingungen und Machtverhältnissen (BRAND & KRAMS 2023). Theorien zu Staat und Governance betonen hingegen die Bedeutung des Staates für die Durchsetzung und Etablierung klimafreundlichen Lebens. Da die Klimakrise komplex ist und der Staat nicht die vollständige Expertise besitzt und zudem das top-down Durchregieren nicht immer als legitim betrachtet wird, stößt das klassische Government hier an Grenzen. Governance kann diese Schwachstellen beheben, da Bürger*innen nicht nur beteiligt werden, sondern die Steuerung kooperativ und gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteur*innen erfolgt. Kritisiert wird das Konzept unter anderem dafür, dass nicht alle Beteiligten an einer Klimawende interessiert sind und ihre Interessen im Governanceprozess durchsetzen, wenn sie mächtig genug sind. Kritische Staatstheorien hinterfragen sogar die Effektivität der parlamentarischen Demokratie zur Bewältigung der Klimakrise (BRAND & BRAD 2023).

Die vorangegangenen Perspektiven und Theorien des Wandels haben deutlich gemacht, dass unterschiedliche Wege zur klimafreundlichen Gesellschaft möglich sind, die alle Vor- und Nachteile mit sich bringen. Welcher Weg in welchem Kontext und für welche Ziele gewählt wird, ist Aushandlungssache und damit politisch. Klar geworden ist auch, dass ein tiefgreifender Wandel notwendig ist. Je nach Theorie müssen Verhaltensweisen, Lebensweisen bis hin zu Strukturen und ganzen Systemen verändert werden. Es muss Akzeptanz für Klimamaßnahmen geschaffen werden, Innovationen sollen hervorgebracht werden und zum Mainstream werden, gleichzeitig müssen klimaschädliche Strukturen abgebaut werden. Dafür bedarf es anderer Formen des Regierens als bisher, Machtverhältnisse sollen sich ändern und Werte und Konventionen moderner Gesellschaften werden infrage gestellt. Bei der Klimawende handelt es sich also um ein ambitioniertes und voraussetzungsvolles Vorhaben. Einige demokratische Voraussetzungen wurden im vorigen Abschnitt bereits genannt: Es bestehen Zweifel an der Leistungsfähigkeit parlamentarischer Demokratien zur Bewältigung der Klimakrise, der Klimawende entgegenstehende Interessen haben einen Einfluss und es gibt Widerstände unter Bürger*innen.

Zudem sind aktuelle Freiheitsverständnisse klimaschädlich. Demokratie kann Klimawende aber auch fördern, zum Beispiel durch die Freiheit zur Kreativität, zu Innovationen und sozialem Lernen. Zivilgesellschaftliches Engagement (bottom-up) wird häufig als wichtiger Beitrag zur Klimawende genannt, aber auch die Beteiligung von Bürger*innen und Stakeholdern durch den Staat. Ein demokratischer Wert ist schließlich Gerechtigkeit, die die Klimawende voranbringen kann. Die hemmenden, aber auch fördernden Einflüsse von Aspekten der Demokratie auf Klimawende sind Inhalt des nächsten Unterkapitels.

2.1.3 Im Spannungsfeld zwischen Klimawende und Demokratie

Zunächst findet eine kurze theoretische Verortung der genannten Einflüsse statt. Mit der Umweltbewegung in den 1970er Jahren häuften sich innerhalb der Untersuchungsgebiete *environmental political theory* und *green political theory* Forschungen zum sogenannten *democracy-environment nexus*. Damit ist das Spannungsfeld beziehungsweise sind die Verflechtungen zwischen Demokratie und Umwelt gemeint. Bis heute wird zu diesem Spannungsfeld geforscht, inzwischen auch zu Demokratie und Nachhaltigkeit und zu Demokratie und Klimawandel. Inhalte sind unter anderem die Vereinbarkeit von Demokratie und Umwelt, Governance, Partizipation und Deliberation und Umweltgerechtigkeit. Die Theorien zum Nexus lassen sich in ein Spektrum zwischen den beiden Polen *ecological democracy* und *environmental democracy* einordnen. Während sich *ecological democracy* durch eine Grundsatzkritik an liberalen Demokratien und am Kapitalismus auszeichnet und die Lösung in einer radikalen Transformation, zum Beispiel hin zu Naturrechten, gesehen wird, übt *environmental democracy* eine milde Kritik an bestehenden Systemen und argumentiert für eine sanfte Reform (PICKERING ET AL. 2020). Ausgangspunkt sind Zweifel an der Leistungsfähigkeit von aktuellen Demokratien zur Bewältigung der Klimawende. Je nach Position sind Demokratie und Klimawende grundsätzlich inkompatibel (pessimistische Position) (SEEFRIED 2022) oder durch Demokratisierung kompatibel (HEIDENREICH 2023). Wird ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen Nachhaltigkeit und Demokratie angenommen (Inkompatibilitätsthese, EBD.) und Nachhaltigkeit gegenüber Demokratie priorisiert, werden daraus Forderungen nach einer Expertokratie oder ökoautoritärem Vorgehen (SEEFRIED 2022) abgeleitet. HEIDENREICH (2023) arbeitet hingegen heraus, wie durch Bürger*innenbeteiligung und Demokratisierung Nachhaltigkeit verwirklicht und gleichzeitig die Demokratiequalität verbessert werden kann. Grundsätzlich sind sich einige Wissenschaftler*innen einig, dass die Klimawende nur in einer Demokratie, oder sogar mit mehr Demokratie, bewältigt werden kann (z.B. VARWICK 2022; REUSSWIG & KÜPPER 2022; HANUSCH 2020; GESANG 2022; TREMMEL 2022; VON LUCKE 2022; SCHAIBLE 2024; KERSTING & ROTH 2018; APCC 2023a; WBGU 2011).

Vorab soll betont werden, dass die Einflüsse von Demokratie auf Klimawende komplexer sind, als die vereinfachte Abb. 6 vermuten lässt: Erstens rühren Beeinträchtigungen der Klimawende daher, dass Demokratie nicht beziehungsweise nicht gut funktioniert. An einigen Punkten erschwert erst eine gefährdete Demokratie die Klimawende. Zum Beispiel zeigen sich Phänomene einer Demokratiekrise in Energiewendekonflikten (KRÜGER 2021). Es ist zweitens nicht so, dass Demokratie an sich Klimawende als Ganze beeinflusst, sondern eher Aspekte von Demokratie (wie Freiheitsbegriffe, Gerechtigkeit, Mitgestaltungsmöglichkeiten) beeinflussen Aspekte von Klimawende. Das geschieht drittens auch nicht auf direktem Wege, sondern es gibt teilweise mehrere Zwischenschritte: In der Klimapolitik ist eine Epistemisierung zu beobachten, also eine Reduzierung auf Wissensfragen statt demokratischer Aushandlung. Dadurch nimmt die Toleranz für Dissens ab, in der Folge werden Konflikte aufgeladen und verschärfen sich. Das erschwert schließlich Fortschritte in der Klimawende (BOGNER 2022). Die Verbindungen sind viertens nicht unbedingt Kausalketten und der Ursprung dieser Verbindungen liegt fünftens nicht immer bei Demokratie. Beispielsweise haben Ursachen des verdinglichten Freiheitsverständnisses libertär Autoritärer zwar mit der Demokratie zu tun, sind aber multifaktoriell und komplex; wahrgenommene Freiheitseinschränkungen im Zuge der Klimawende sind wiederum nur Triggerpunkte

Die hemmenden, aber auch fördernden Einflüsse von Demokratie auf Klimawende werden im Folgenden systematischer ausgeführt. Zuerst zu den Aspekten von Demokratie, die die Klimawende beeinträchtigen: Demokratische Prozesse sind häufig langwierig und zeitintensiv. Sie stehen einer Klimawende entgegen, die innerhalb kurzer Zeit ablaufen muss, um Klimaziele noch erreichen zu können (SCHAIBLE 2024, HOLZMANN & WOLF 2023; ZICK & SANDAL-ÖNAL 2023; ZILLES ET AL. 2022; RADTKE & RENN 2022; RADTKE 2022; RADTKE & DREWING 2020). RADTKE (2022) nennt diesen Konflikt Dilemma zwischen Effektivität und Partizipation. In einer Demokratie sind außerdem Mehrheiten für die Durchsetzung politischer Entscheidungen erforderlich. Ein gesellschaftlicher Konsens ist für die radikale und zeitnahe Transformation allerdings nicht gegeben (RADTKE & RENN 2022). Kompromisse führen zu ungenügendem Klimaschutz (SCHAIBLE 2024; ZICK & SANDAL-ÖNAL 2023; RADTKE & RENN 2022). Bestimmte wirtschaftliche Einflüsse blockieren eine ambitionierte Transformation (GUMBERT ET AL. 2022) oder verfolgen entgegengesetzte Ziele (PICKERING 2023). Dasselbe zeigt sich bei Bürgerinitiativen, die mithilfe von Klagen oder Bürgerbegehren Planungen für die Energiewende stoppen können (BOGUMIL & HOLTkamp 2023; REUSSWIG ET AL. 2020). Widerstände und Proteste von Bürger*innen können den Ausbau erneuerbarer Energien verlangsamen (KAMLAGE ET AL. 2018; RADTKE & RENN 2022). Für Partizipationsverfahren wurde nachgewiesen, dass sie die Interessen der Teilnehmenden spiegeln, die nicht unbedingt den Umweltschutz unterstützen (PICKERING ET AL. 2020). Auch die oben beschriebenen gegenwärtigen Freiheitsverständnisse (negative Freiheit, quantitative Freiheit, individualistische Freiheit und die verdinglichte Freiheit libertär Autoritärer) beeinträchtigen die Klimawende: Sie üben eine grundsätzliche Kritik an Verbot und Verzicht, welche für den Klimaschutz notwendig sind (LEPENIES 2022), und erschweren die Etablierung von Suffizienz. Diskutierte Maßnahmen wie Veggie-Day und Tempolimit werden stellenweise als Verhaltenszumutungen erlebt, die die private Autonomie verletzen und damit Triggerpunkte für gesellschaftliche Konflikte werden (MAU ET AL. 2023). Begriffe wie Verbotspolitik oder Ökodiktatur werden verwendet, um Klimapolitik zu diskreditieren (GUMBERT ET AL. 2022). Die bis hierhin genannten Beispiele sind auch in einer funktionierenden Demokratie zu finden.

Aspekte einer nicht funktionierenden Demokratie, die eine gelingende Klimawende beeinträchtigen, werden im Folgenden ausgeführt. Dazu gehört, wie oben bereits genannt, unter anderem eine Epistemisierung der Klimapolitik. Dadurch nimmt die Toleranz für Dissens ab, in der Folge werden Konflikte aufgeladen und verschärfen sich. Das Vermeiden bewusster demokratischer Aushandlung erschwert auf diese Weise schließlich Fortschritte in der Klimawende (BOGNER 2022). Die bereits angesprochene Repräsentationslücke und ungleiche Verteilung politischen Engagements auf gesellschaftliche Schichten führen zu einem sinkenden Vertrauen in politische Eliten. Getroffene Entscheidungen wirken aufgezwungen und werden weniger akzeptiert (SIEPKER 2022). Auch sind zukünftige Generationen in der Entscheidungsfindung zurzeit nicht vertreten. Deren Interessen werden daher nicht einbezogen (DIETZ ET AL. 2022). Wenn Menschen unzufrieden mit der Demokratie sind, führt das dazu, dass beschlossene Klimamaßnahmen einen geringen gesellschaftlichen Rückhalt erfahren, was die Klimawende ausbremst oder abschwächt (HOLZMANN & WOLF 2023). Insbesondere Befragte, die unzufrieden mit der Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland sind, nehmen die Energiewende als ungerecht, teuer, chaotisch, elitär und intransparent wahr (MOKROS & SCHATZSCHNEIDER 2022). Studien zeigen zudem Zusammenhänge zwischen einem Demokratie- und Institutionenmisstrauen und einer Energiewendegegnerschaft (TEUNE 2022), außerdem zwischen demokratiegefährdenden Einstellungen, genauer: Rechtsextremismus, Populismus, Autoritarismus und Verschwörungsdenken, und kritischeren Klimateinstellungen (REUSSWIG & KÜPPER 2023). Auswirkungen von Populismus, Verschwörungsdenken und Rechtspopulismus auf Klimawende werden im Folgenden skizziert. Populismus ist, einfach gesagt, ein Protest gegen den Status quo, im Namen des Volkswillens (PUHLE 2020). Populismus ist eine „dünne Ideologie“ (MUDDE & ROVIRA KALTWASSER 2017, zitiert nach BORNEMANN 2022), die durch die drei Dimensionen Anti-Elitismus (dem moralisch reinen Volk wird eine unehrliche Elite gegenübergestellt), Anti-Pluralismus (es gibt einen homogenen Volkswillen) und Pro-Volkssouveränität (unmittelbare

Durchsetzung des Volkswillens) charakterisiert ist (TEICHLER ET AL. 2023; Sommer et al. 2022). Verbunden mit Inhalten wird aus dieser dünnen Ideologie eine „dicke Ideologie“, und aus Populismus zum Beispiel autoritärer Rechtspopulismus oder progressiver Linkspopulismus (BORNEMANN 2022). Es ist also zwischen unterschiedlichen Formen des Populismus zu unterscheiden (PUHLE 2020) und je nach Autor*in ist Populismus nicht per se demokratiegefährdend, sondern kann der Demokratie ambivalent gegenüberstehen oder sie unter Umständen sogar stärken (BORNEMANN 2022). LOEW (2019) argumentiert zum Beispiel, dass Populismus mit einer Demokratie vereinbar ist, nicht aber mit einer liberalen Demokratie, die sich unter anderem durch Pluralismus auszeichnet. Populist*innen lehnen komplexe Demokratie ab und zeigen sich häufig wissenschaftskritisch (BOGNER 2022). Energiewende-Populismus im Speziellen ist pauschal gegen die Energiewende (not in anybody's backyard, REUSSWIG ET AL. 2022). Narrative spannen sich um die Klimawende als Projekt einer korrupten Elite und einer Minderheit, die sich aus geldgierigen Windkraftunternehmen und sogenannten links-grünen Städtern zusammensetzt. Aus Sicht der Energiewende-Populist*innen verdienen Angehörige der Elite genügend, um sich die Energiewende selbst leisten zu können, im Gegensatz zur Mehrheit, auf deren Kosten die Energiewende ausgetragen wird (s. Abb. 8). Politische Akteure des Energiewende-Populismus sind unter anderem die AfD, das *Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE)* und *Vernunftkraft*, die Dachorganisation von Windkraftgegner*innen (REUSSWIG & KÜPPER 2022). *Vernunftkraft* fordert unter anderem die „Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes“ (VERNUNFTKRAFT E.V. 2024a) und den „Stopp des subventionierten Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik“ (ebd.) und unterstützt lokale Initiativen mit Argumenten, Plakaten, Flyern und Aufklebern (VERNUNFTKRAFT E.V. 2024b). Mit seiner Fundamentalkritik an der Energiewende und seiner Radikalisierung des Protests bis hin zu Feindbildern, blockiert Energiewende-Populismus die Energiewende (REUSSWIG ET AL. 2021; REUSSWIG & KÜPPER 2022). Schweigende Unbeteiligte werden eingeschüchtert und trauen sich insbesondere in ländlichen Regionen, wo sich alle gegenseitig kennen, nicht mehr, sich für Energiewende auszusprechen (REUSSWIG & KÜPPER 2022). Wegen seiner antipluralistischen Ausrichtung lehnt Energiewende-Populismus die für eine Energiewende wichtige demokratische Konfliktkultur ab. REUSSWIG ET AL. (2020) befürchten langfristig sogar eine Stagnation oder Umkehr der Energiewende. Indem sie Klimaskepsis verbreiten, hinterfragen Energiewende-Populist*innen die Legitimation von Klimamaßnahmen (BORNEMANN 2022). Verschwörungsdenken in Bezug auf Klimawandel verringert Sorgen gegenüber dem Klimawandel (BEST ET AL. 2023) und führt zu einer Ablehnung von Klimamaßnahmen (AMLINGER & NACHTWEY 2022).

sind möglich (KUBECZKO & KRISCH 2023). In einer pluralistischen Demokratie existieren Ziel- und Interessenkonflikte und widersprüchliche Positionen über das „Wie“ der Klimawende. Mit vorhandener Kompromissbereitschaft, Transparenz und einer fairen Streitkultur können diese Konflikte demokratisch ausgehandelt (APCC 2023b) und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Das ist eine notwendige Voraussetzung für die Klimawende und diese wird in der Folge von mehr Menschen getragen (REUSSWIG & KÜPPER 2022). Sachliche Debatten und Meinungsbildungsprozesse reduzieren die Anknüpfungspunkte für Populismus (REUSSWIG ET AL. 2021). Demokratisches Aushandeln kann letztlich die Spannung zwischen Demokratie und Klimawende verringern (REUSSWIG & KÜPPER 2023). Ein Beitrag zu verändertem Konsum und zur Änderung von Strukturen wird auch in bürgerschaftlicher Verantwortung gesehen (GRUNWALD 2022). Verantwortung kann außerdem ein Prinzip sein, um innerhalb nachhaltiger Grenzen freiheitlich handeln zu können (GUMBERT ET AL. 2022). Ein gewisses Klimabewusstsein, die Akzeptanz der Klimawende, die Bereitschaft und ein Commitment mitzuwirken und schließlich bürgerschaftliches Engagement gelten als notwendige Voraussetzungen für eine Klimawende (KERSTING & ROTH 2018; KAM-LAGE ET AL. 2018; LÜBKE 2021). Sie machen einige Veränderungen erst möglich, die schwer top-down durchgesetzt werden können (MUENCH ET AL. 2022; HOLZMANN & WOLF 2023). Akzeptanz und gesellschaftlicher Rückhalt entstehen auch durch das Gefühl, dass die Klimawende gerecht ausgestaltet wird (RADTKE ET AL. 2023; MUENCH ET AL. 2022; HOLZMANN & WOLF 2023). Zu den Gerechtigkeitsformen, die für die Klimawende relevant sind, s. Kap. 2.1.1. Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit tragen zu demokratischer Legitimität bei (RADTKE 2022). „Klar ist, dass die nachhaltige Mobilisierung eines eigentlich vorhandenen Konsenses für den Klimaschutz nur dann gelingen kann, wenn die Klimawende neben der Sorge um das Ende der Welt auch jener um das Ende des Monats Rechnung trägt; sei es durch Kompensationszahlungen, sei es durch den Ausbau von Sozialeigentum, Beschäftigung und öffentlicher Infrastruktur im Zuge ökologischer Investitionsprogramme.“ (MAU ET AL. 2023, S. 243) Eine als gerecht wahrgenommene Klimawende reduziert Anknüpfungspunkte für Rechtspopulismus (SOMMER ET AL. 2022) und Populismus (REUSSWIG ET AL. 2021). Widerstände können sich verringern und die Klimawende geht schneller voran (DÖRRE 2023). Wie bottom-up-Ansätze und side-by-side-Verfahren die Klimawende fördern können, wird im Folgenden vorgestellt. Beispielsweise können Bürgerinitiativen durch Proteste die Politik unter Druck setzen (BOGUMIL & HOLTkamp 2023). Zivilgesellschaftliche Organisationen erfüllen Funktionen als Mahner und Widerstand Leistende, als Mittler für neues Bewusstsein und als Motor für Innovationen und Handlungsoptionen (SCHNEIDewIND 2018). Durch Kritik, Protest, Innovation und Engagement kann Zivilgesellschaft zur Gestaltung klimafreundlicher Strukturen beitragen (APCC 2023b; KLEIN ET AL. 2020). Protestbewegungen wie Fridays for Future können zum Beispiel die politische Themensetzung beeinflussen, einen Bewusstseinswandel anstoßen und Einfluss auf Einstellungen und Verhalten in der Bevölkerung nehmen (SOMMER & HAUNSS 2020). Zivilgesellschaft kann bottom-up, zum Beispiel durch direkte Demokratie (also Bürgerbegehren, Bürger- oder Volksentscheide) Entscheidungen selbst herbeiführen, Klimawende von unten gestalten und politischen Druck erzeugen (UMWELTINSTITUT MÜNCHEN E.V. ET AL. 2021; STEURER ET AL. 2023). Auch stärker gesteuerte side-by-side-Verfahren können positiv zur Klimawende beitragen. Eine Metaanalyse von 305 Fallstudien zeigte, dass Stakeholder-Beteiligung zu einem besseren Output in der Umweltgovernance führte (NEWIG ET AL. 2023). Proaktive Partizipationsangebote senken die Wahrscheinlichkeit von Energiewendekonflikten (RADTKE ET AL. 2023) und reduzieren Anknüpfungspunkte für Rechtspopulist*innen (SOMMER ET AL. 2022). Sie können außerdem stille Unbeteiligte aktivieren und deren Ermächtigung fördern (REUSSWIG ET AL. 2021). Beteiligung kann dazu führen, dass Bürger*innen die Klimawende als gerechter wahrnehmen und lokale Konflikte befriedet werden (LUH & SIEBERT 2024). Zudem steigt die Legitimation von Klimaschutzmaßnahmen (RADTKE & RENN 2022). Einige Autor*innen beschreiben, dass sich (finanzielle) Beteiligung positiv auf die Akzeptanz auswirkt (GRAF ET AL. 2018; BEST ET AL. 2023; LUH & SIEBERT 2024). HILDEBRAND ET AL. (2018) merken jedoch an, dass es sich hier nicht um einfache Zusammenhänge handelt. Durch Beteiligung können Bürger*innen die Klimawende und ihre Lebensumgebung mit- oder

selbst gestalten (GRAF ET AL. 2018; BEST ET AL. 2023). Das erhöht deren Selbstwirksamkeit (LUH & SIEBERT 2024) und könnte langfristig den Zukunftspessimismus vieler Betroffener auflösen (FRÖHLICH ET AL. 2022). Beteiligung schafft eine erweiterte Wissensgrundlage, die durch vielfältiges und innovatives Wissen und pluralistische Ideen angereichert ist (RENN 2020; RADTKE & RENN 2022; FRÖHLICH ET AL. 2022). Die Qualität der Ergebnisse ist dadurch höher (LUH & SIEBERT 2024), Lösungen sind reifer und können schneller umgesetzt werden (RADTKE & RENN 2022). So erarbeitete der französische Bürgerrat für das Klima ambitioniertere Handlungsempfehlungen als von der Regierung vorgesehen (KÜBLER ET AL. 2022). Fließen eigene Positionen in den Deliberationsprozess ein, können Bürger*innen ihre Interessen auch zurückstellen (BLUM ET AL. 2022).

Dieses Unterkapitel schließen Überlegungen ab, wie Demokratie weiterentwickelt werden müsste, damit sie fähig wird, die Klimawende zu steuern. HANUSCH (2020) beispielsweise geht davon aus, dass nur mehr Demokratie, also Bürger*innenräte oder eine stärkere Gemeinwohlorientierung, die Klimapolitik verbessert. Andere Freiheitsbegriffe als die derzeit verbreiteten sind kompatibler mit der Klimawende, nämlich die oben genannte positive und emanzipatorische Freiheit, die qualitative Freiheit, die reflexive und soziale Freiheit (AMLINGER & NACHTWEY 2022; BRAND 2020; HEIDENREICH 2021; HEIDENREICH 2023). Schließlich zeichnet der WBGU (2011) die Vision eines Gesellschaftsvertrags, also eines Konsenses, den alle gesellschaftlichen Gruppen über einen gemeinsamen Dialog erarbeiten und in dem sie sich zur Verantwortungsübernahme für die Nachhaltigkeitstransformation verpflichten.

2.2 Begründung der Forschungsfrage anhand der Literatur

Wie in Kap. 2.1 deutlich geworden, ist eine Fülle an Literatur sowohl zu Demokratie im Allgemeinen als auch zu Klimawende im Allgemeinen vorhanden, außerdem zum Spannungsfeld zwischen Klimawende und Demokratie. Die Literatur zum Spannungsfeld bezieht sich jedoch vor allem auf gesellschaftliche beziehungsweise bundesdeutsche Ebene (s. z.B. BOGUMIL & HOLTKAMP 2023; RADTKE & RENN 2022; MAU ET AL. 2023; WBGU 2011; HOLZMANN & WOLF 2023) und auf Demokratie und Nachhaltigkeit beziehungsweise Umwelt und weniger auf Demokratie und Klimawende (s. z.B. HEIDENREICH 2023; PICKERING ET AL. 2020; GUMBERT ET AL. 2022; NEWIG ET AL. 2023). In der Literatur zum Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende wird nicht explizit auf Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform fokussiert. Eine solche Fokussierung war lediglich in wenigen Quellen zu Demokratie zu finden (s. z.B. HIMMELMANN 2016; BLPB o.J.; LPB BW o.J.b; HEIDENREICH 2022). Es gibt zwar auch Fallstudien (AMLINGER & NACHTWEY 2022; LUH & SIEBERT 2024; FRÖHLICH ET AL. 2022; RADTKE ET AL. 2023), diese sind aber weniger gezielt auf ländliche Räume Ostdeutschlands bezogen. Hier ist die Forschungslage also dünn, besonders für die Prignitz. Dabei findet das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende in ländlichen Räumen Ostdeutschlands besondere Rahmenbedingungen und ist insbesondere in der Prignitz aktuell und relevant (s. z.B. REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GMBH 2022; INSTITUT FÜR TREND- UND ZUKUNFTSFORSCHUNG 2015; MAU 2024; FRÖHLICH ET AL. 2022) (s. Kap. 1.1). In diesem Raumbeispiel ist vor allem die Bedeutung der demokratischen Situation für die Klimawende beziehungsweise die demokratische Gestaltung der Klimawende interessant. Auf dieser Grundlage lassen sich aus der Forschungsfrage F1 die folgenden Unterfragen formulieren:

F1: Wie kann die Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden?

U1: Auf welche Aspekte einer funktionierenden Demokratie ist eine gelingende Klimawende in der Prignitz angewiesen?

U2: Inwiefern erschweren Aspekte einer (nicht) funktionierenden Demokratie eine gelingende Klimawende in der Prignitz?

2.3 Untersuchungsrahmen

In diesem Unterkapitel wird aufbauend auf dem Forschungsstand ein Untersuchungsrahmen (s. Anhang 1) entwickelt, der eine Grundlage für die spätere Analyse des empirischen Materials bietet. Die Voraussetzung der Arbeit ist, dass Demokratie grundsätzlich zu erhalten ist, von ihrer Ausgestaltung einmal abgesehen. Ausgangspunkt der Arbeit ist eine gelingende Klimawende in der Prignitz, das heißt die Erreichung der Klimaziele, wofür folgende Wenden notwendig sind: Die Energiewende, die Hauswärmewende beziehungsweise urbane Wende, die Verkehrs- beziehungsweise Mobilitätswende, die Industriegewende und die Agrar- beziehungsweise Ernährungswende. Die Ausgestaltung dieser Wenden ist offen. Es wird untersucht, welche Demokratie-Aspekte eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördern oder beeinträchtigen und auf welche Art und Weise. Aus der Literatur ausgewählt wurden die Aspekte Freiheit, Pluralismus, Solidarität, Gerechtigkeit, Politische Gleichheit, Politische Partizipation, aktive Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement, Bürger*innenbeteiligung, Kooperation, Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit. Die Demokratie-Aspekte können dabei mehr oder weniger funktionierend ausgeprägt sein, beispielsweise könnte eine nicht aktive Zivilgesellschaft Auswirkungen auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz haben. Grundlage ist es, zunächst die Ausprägung dieser Aspekte in der Prignitz zu erheben. Nicht nur die Bedeutung der Demokratie-Aspekte für eine gelingende Klimawende wird analysiert, sondern zudem demokratische Gestaltungsmöglichkeiten der Klimawende.

Kapitel 2 zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Demokratieverständnis dieser Arbeit Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform ist und verschiedene Demokratie-Aspekte umfasst. Eine gelingende Klimawende ist in dieser Arbeit definiert als erfolgreicher Wandel hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft. Um die Klimaziele zu erreichen, ist ein tiefgreifender Wandel notwendig. Es sind unterschiedliche Möglichkeiten des Wandels denkbar und welche gewählt werden, ist Gegenstand politischer Aushandlung. Dabei kann Demokratie die Klimawende auf verschiedenen Wegen sowohl hemmen, als auch fördern. Auf dieser Grundlage lässt sich die Forschungsfrage in zwei Unterfragen ausdifferenzieren: U1: Inwiefern ist Klimawende in der Prignitz auf eine funktionierende Demokratie angewiesen? Und U2: Inwiefern erschweren Aspekte einer (nicht) funktionierenden Demokratie die Klimawende in der Prignitz? Wesentlicher Bestandteil des Untersuchungsrahmens sind die oben genannten Demokratie-Aspekte.

3. Methodik

In diesem Kapitel wird zunächst die Vorgehensweise im Rahmen dieser Masterarbeit beschrieben. Es folgen eine Darstellung und Begründung der eingesetzten Methoden und ein Überblick über das verwendete Material.

3.1 Vorgehensweise

Im Rahmen dieser Masterarbeit bin ich wie folgt vorgegangen (s. Anhang 2): Grundlage für die nachfolgenden Schritte bildete eine Literaturlauswertung zum gesetzten Untersuchungsgegenstand (1). Parallel dazu hatte ich die Möglichkeit, an der Veranstaltung *Demokratie sucht das Wort* mitzuwirken. Die Veranstaltung wurde von einer Arbeitsgemeinschaft freier Wohlfahrtspflegeverbände und dem lokalen Demokratieforum organisiert und fand am 23.05.2024 in Wittenberge statt. Ziel der Veranstaltung war es unter anderem, einen Gesprächsraum für die Themen und Wahlforderungen der Prignitzer*innen zu bieten (STADT WITTENBERGE 2024; FACHHOCHSCHULE POTSDAM 2024). Meine Teilnahme habe ich genutzt, um informell einen Eindruck vom demokratischen Zustand und den Themen und Sorgen der Prignitzer*innen zu gewinnen und außerdem Demokratie-Akteur*innen der Prignitz kennenzulernen. Diese Informationen flossen nicht direkt in die Masterarbeit ein, da sie nicht im Rahmen einer Forschungsmethode erhoben werden konnten (Begründung s. Kap. 3.2). Meine Gedankenprotokolle dienen allerdings als Grundlage und Inspiration für die weiteren Schritte. Auf Basis der Informationen aus der Literaturlauswertung habe ich die Unterfragen formuliert, sinnvolle Methoden ausgewählt (s. Kap. 3.2) und eine Fallauswahl vorgenommen (2). Für die Fallauswahl habe ich zunächst mithilfe von Recherche und Unterstützung von Thomas Berg als Praxispartner mögliche Fälle gesammelt, die zum Untersuchungsgegenstand passten. Thomas Berg stellt aufgrund seiner Lebenserfahrung und Netzwerke in der Prignitz für meine Masterarbeit ein Experte der Prignitz dar. Aus der Sammlung scheidete ich Fälle aus, die für die Bearbeitung im Rahmen einer Masterarbeit unter- oder überkomplex waren und bei denen wenig Handlungsspielraum zur (demokratischen) Ausgestaltung der Klimawende auf kommunaler Ebene abzusehen war. Aus den übrig gebliebenen Fällen habe ich zwei Fälle gezielt ausgewählt. Passend zu den Fällen habe ich in einem dritten Schritt Dokumente und Interviewpersonen ausgewählt (3). Für die Auswahl der Interviewpersonen für die Expert*inneninterviews im Vorfeld habe ich mögliche Interviewpartner*innen aus der Prignitz gesammelt. Diese Liste habe ich mit Thomas Berg diskutiert und ergänzt. Im Anschluss habe ich mögliche Interviewpersonen in zwei Prioritäten eingeteilt, je nach ihrer Nähe und Expertise zum demokratischen Zustand der Prignitz. Die Ansprache erfolgte teilweise mithilfe von Thomas Berg. Die Expert*inneninterviews im Vorfeld (kurz: Vorab-Interviews) habe ich vorzugsweise im InNoWest Transferort in Wittenberge durchgeführt, um die Verbindung der Masterarbeit zum Transferort zu stärken, teilweise auch digital (4). Der Interviewleitfaden (s. Anhang 3) basiert auf der Literaturlauswertung zu Demokratie und der Prignitz und den Eindrücken aus der Veranstaltung *Demokratie sucht das Wort*. Aus der Literaturlauswertung gingen die Bedeutungskärtchen (s. Anhang 4) hervor, außerdem die Fragen nach demokratischen Besonderheiten in ländlichen und ostdeutschen Räumen und nach aktuellen Ereignissen in der Prignitz. Die Bedeutungskärtchen dienen dazu, mit der Interviewperson ein gemeinsames Verständnis für Demokratie zu schaffen. Die Veranstaltung *Demokratie sucht das Wort* veranlasste zu den Fragen nach Themen und Sorgen der Prignitzer*innen und nach Reiz-/Tabuthemen. Der Interviewleitfaden wurde mithilfe der SPSS-Methode (Sammeln, Prüfen, Sortieren, Subsummieren; HELFFERICH 2011) erstellt, vorab an einer unbeteiligten Person getestet und anschließend überarbeitet. Um die Interviews forschungsethisch und datenschutzrechtlich korrekt durchzuführen, habe ich mir von den Interviewpersonen vorab eine schriftliche Einwilligung eingeholt (Prinzip der „informierten Einwilligung“; EBD., S. 190), die Daten wurden anonymisiert („Anonymisierung“, EBD., S. 191), von Kontaktdaten getrennt aufbewahrt und werden nach Abschluss der Arbeit gelöscht („Trennungs- und Lösungsgebot“, EBD., S. 190). Die Interviews habe ich mit einer App aufgezeichnet und im Anschluss an jedes Interview ein Interviewprotokoll (Vorlage s. Anhang 5) geführt, in dem ich unter anderem Vorkommnisse vor, während und nach dem Interview dokumentiert habe. Auch ein Gedächtnisprotokoll des Nachgesprächs ist enthalten. Die Aufzeichnung habe ich mit der Software *Noscribe* transkribiert (5) und die Transkripte mithilfe einer inhaltlich strukturierenden qualitativen

Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet (6) (Begründung der Methode s. Kap. 3.2). Während jeder Inhaltsanalyse habe ich meine Gedanken, Assoziationen und Fragen dokumentiert. Im Anschluss habe ich die Kategoriensysteme zusammengeführt und auf dieser Grundlage entschieden, dass eine Dokumentenanalyse der Ergebnisse der Veranstaltung *Demokratie sucht das Wort* zum Erkenntnisgewinn beiträgt. Diese Dokumente habe ich einer Dokumentenanalyse unterzogen (Vorgehen s. Kap. 3.2) (7). Parallel dazu habe ich eine weitere Dokumentenanalyse zu Dokumenten über die beiden Fallbeispiele durchgeführt (8). Die Ergebnisse aus Phase 1, also der beiden Dokumentenanalysen, der Vorab-Interviews und der Literaturlauswertung bildeten die Basis für Phase 2, also die Expert*inneninterviews zu den Fällen (Leitfäden s. Anhänge 6 und 7) (9). Die Auswahl dieser Interviewpartner*innen erfolgte mit der Auswahl der Expert*innen im Vorfeld und auf dieselbe Weise. Bei der Auswahl und Ansprache unterstützten hier auch Interviewpartner*innen gemäß dem Schneeballprinzip. Die Durchführung und Auswertung der Expert*inneninterviews zu den Fällen (kurz: Fall-Interviews) erfolgten auf dieselbe Art und Weise wie die der Vorab-Interviews (11). Hilfsmittel waren aufgrund meines höheren Kenntnisstandes und der anderen Zielsetzung der Fall-Interviews im Vergleich zu den Vorab-Interviews statt der Bedeutungskärtchen jedoch ein Schaubild zur Demokratie in der Prignitz (s. Anhang 8) und ein Schaubild zu Demokratisierungsvorschlägen in der Prignitz (s. Anhang 9), außerdem eine Liste von Treibern und Hemmnissen in Reallaboren (s. Anhang 10). Diese Dokumente bündeln relevante Ergebnisse der Dokumentenanalysen und der Vorab-Interviews. Anschließend habe ich pro Fall alle Ergebnisse aus den Dokumentenanalysen und den Vorab-Interviews und den Fall-Interviews zusammengeführt und die Fälle einander kontrastierend gegenübergestellt (12). Zum Schluss habe ich die Ergebnisse dargestellt (13) und interpretiert (14).

Methodologisch ausgedrückt, habe ich einen qualitativen Forschungsansatz gewählt. Grund dafür war einerseits, dass eher der qualitative Ansatz der Komplexität des Themas gerecht wird, weil erst dadurch ein Erfassen von Perspektiven, Verstehen, in die Tiefe Gehen und Nachfragen Stellen möglich ist (DÖRING & BORTZ 2016; FLICK 2019). Andererseits waren wenige Daten zum gewählten Untersuchungsgegenstand vorhanden, die ich hätte auswerten können. Deshalb hat diese Arbeit einen explorativen Charakter (FLICK 2019) und ich habe für meine Analyse selbst Daten empirisch erhoben. Die Datenerhebung hat innerhalb eines einzigen Zeitraums stattgefunden. Eine Querschnittsuntersuchung war im Rahmen einer Masterarbeit aus Zeitgründen einfacher umzusetzen, außerdem hätte ein Zeitvergleich nicht zum Erkenntnisinteresse beigetragen (DÖRING & BORTZ 2016). Um die abstrakten und umfangreichen Konzepte Demokratie und Klimawende greifbarer und handhabbarer zu machen, habe ich diese anhand zweier Fallbeispiele untersucht, sprich zwei Fallstudien durchgeführt. Fallstudien sind ein typisches Basisdesgin von qualitativer Sozialforschung und daher gut mit dem qualitativ explorativen Ansatz vereinbar (FLICK 2019).

3.2 Methoden

Um die Forschungsfrage zu beantworten, war eine Triangulation aus verschiedenen Daten, Auswahl-, Datenerhebungs- und Auswertungsmethoden sinnvoll: Zweck der Triangulation war es, die Begrenzungen der einzelnen Daten und Methoden zu überwinden und zu umfassenderen Erkenntnissen zu gelangen (EBD. 2019). Vor allem die Kombination von Interviewdaten (als reaktive Daten) mit Daten aus Dokumenten (als nicht-reaktive Daten) hatte den Vorteil, dass ich einerseits Fakten aus Dokumenten gewinnen konnte und die Interviews sich dadurch ganz auf die Erhebung der subjektiven Perspektiven konzentrieren konnten. Gleichzeitig konnte ich mich damit von diesen subjektiven Perspektiven distanzieren und den Effekt sozialer Erwünschtheit etwas reduzieren. Nur durch die Basis der Dokumente konnte ich gezielt weitergehende Fragen stellen. Andererseits waren spezifische (Nach-)Fragen und das Herausarbeiten von Erkenntnissen nur in Interviews möglich (DÖRING & BORTZ 2016). Gerade die Einteilung der Datenerhebung in zwei Phasen ermöglichte, dass ich Ergebnisse der Phase 1 (Vorab-Interviews und Dokumentenanalysen) als Grundlage für die Expert*inneninterviews in Phase 2 nutzen konnte und in diesen diskutieren lassen konnte. Zusammengefasst waren die Datenerhebungsmethoden also einerseits Dokumentenanalysen und andererseits Expert*inneninterviews.

Diese Methoden werden im Folgenden kurz dargestellt und begründet, bevor auch die Datenauswahl- und Datenauswertungsmethoden erläutert werden. Dokumentenanalysen habe ich zu zwei Zeitpunkten durchgeführt: Eine Dokumentenanalyse fand im Vorfeld zum Zustand der Demokratie in der Prignitz statt, als Ergänzung zu den Vorab-Interviews. Die andere Dokumentenanalyse bezog sich auf die Fälle. Die qualitative Dokumentenanalyse im Vorfeld ergänzte Informationen über den Zustand der Demokratie in der Prignitz, die in den Interviews zwar angesprochen, aber nicht so systematisch und ausführlich erinnert wurden. Zudem konnte durch die Analyse der Ergebnisse von *Demokratie sucht das Wort* die Perspektive der Prignitzer*innen selbst eingebunden werden und damit die Expert*inneninterviews ergänzt werden. Ziel der qualitativen Dokumentenanalyse zu den Fällen war es, Informationen über die Fälle zu sammeln und sie möglichst zu verstehen. Diese Informationen sollten die Grundlage darstellen, um in den Fall-Interviews die richtigen Fragen zu stellen. Außerdem wollte ich bereits Wirkungen von Demokratie auf Klimawende finden und auswerten. Alternativen wären eine teilnehmende Beobachtung oder eine qualitative Befragung bei der Veranstaltung *Demokratie sucht das Wort* gewesen, um noch mehr mit den Prignitzer*innen selbst zu sprechen statt in Expert*inneninterviews über sie. Eine teilnehmende Beobachtung und qualitative Befragung wären nur verdeckt möglich gewesen, da sich die Teilnehmer*innen nach Vorgaben vonseiten der Veranstalter*innen nicht beforscht fühlen sollten. Eine verdeckte Datenerhebung wäre allerdings nicht mit dem forschungsethischen Prinzip der „informierten Einwilligung“ vereinbar gewesen (HELFFERICH 2011, S. 190). Für die Dokumentenanalysen habe ich in Anlehnung an NOETZEL ET AL. (2018) eine Analysetabelle erstellt (s. Anhang 11). Für jedes Dokument der oberen Priorität habe ich diese Tabelle ausgefüllt. Auf Basis der Auswertung dieser Dokumente habe ich geprüft, welche Dokumente aus der zweiten Prioritätenliste zum Erkenntnisgewinn beitragen. Bei diesen Dokumenten habe ich die oben genannten Schritte wiederholt. Bei den leitfadengestützten Expert*inneninterviews ist zu unterscheiden zwischen den Vorab-Interviews und den Fall-Interviews. Ziel der Vorab-Interviews war es, den Zustand der Demokratie in der Prignitz aus Perspektive der befragten Personen zu erheben, außerdem demokratische Besonderheiten der Prignitz und emotional aufgeladene Reiz- beziehungsweise Tabuthemen. Wenn ich erforschen möchte, wie Klimawende demokratisch gestaltet werden kann, ist die Voraussetzung dafür, die demokratischen Rahmenbedingungen vor Ort zu berücksichtigen: Wie wird dort Demokratie gelebt, wie ist die Stimmung, was sind Themen und Sorgen der Prignitzer*innen? Reiz- und Tabuthemen zu erfassen, war wichtig, um in den Fall-Interviews eine möglichst konfliktfreie Interviewatmosphäre zu schaffen und Fragen sensibel zu stellen. Ziel der Fall-Interviews war es, in Bezug auf den jeweiligen Fall konkrete Informationen zur Beantwortung der Unterfragen und der Forschungsfrage zu gewinnen. Zudem konnte ich fallspezifische Nachfragen stellen, die sich während der Dokumentenanalysen ergaben. Die Expert*inneninterviews habe ich als Methode ausgewählt, um mit Expert*innen des Feldes thematisch reflektiert in die Tiefe gehen zu können. Im Gegensatz zu anderen qualitativen Interviewformen standen die Inhalte im Vordergrund und weniger die zu interviewende Person. Der Leitfaden sollte Anhaltspunkte bieten, also Erzählaufforderungen, die sich aus der Literatur und aus den Analysen aus Phase 1 ergaben. Gleichzeitig ermöglichte die Halbstrukturierung des Leitfadens Offenheit und Raum für die befragten Personen, neue Aspekte einzubringen. Alternativen zum Expert*inneninterview wären ein Workshop oder eine Gruppendiskussion mit den Stakeholdern der Fälle gewesen. Durch diese Methoden könnten Einzelperspektiven der Befragten überwunden werden, eher geteilte Sichtweisen herausgearbeitet und es könnte mehr in die Tiefe gegangen werden. Ein Workshop hätte im Vergleich zur Gruppendiskussion zwar den Vorteil der stärkeren Steuerung durch mich als Moderatorin gehabt. Außerdem wäre die Integration mehrerer Methoden möglich gewesen. Beide Methoden stellten sich jedoch als ungeeignet dar, da bei einem Fall Konfliktpotenzial abzusehen war und die Schwierigkeit, einen gemeinsamen Termin zu finden, bei gleichzeitig begrenzter Grundgesamtheit der möglichen Teilnehmer*innen das Risiko einer zu geringen Stichprobe barg (FLICK 2019).

Die Auswahlmethoden betreffen die Auswahl der Fälle, der Interviewpersonen und der Dokumente. Grundgesamtheit der Fälle sind alle konkreten Lösungsansätze und Vorgehensweisen in Bezug auf die Klimawende im Landkreis Prignitz, die im demokratischen Kontext verhandelt werden und sich von ihrer Komplexität her eignen, im Rahmen einer Masterarbeit untersucht zu werden. Es sollte erkennbar sein, wie der demokratische Kontext förderlich oder hemmend auf die Klimaschutzinitiative wirkt und wie der Klimaschutz-Erfolg davon beeinflusst wird. Grundgesamtheit der Interviewpersonen sind alle Menschen, die Expert*innen für Demokratie in der Prignitz sind oder an einem der Fallbeispiele beteiligt sind beziehungsweise waren. Grundgesamtheit der Dokumente sind alle Dokumente, Publikationen und Webseitentexte, die authentisch, glaubwürdig, repräsentativ beziehungsweise typisch, klar und verständlich sind (in Anlehnung an FLICK 2019), Informationen über mindestens eines der ausgewählten Fallbeispiele enthalten und/oder Einflüsse von Demokratie auf Klimawende in mindestens einem der Fallbeispiele thematisieren. Die Grundgesamtheiten zu untersuchen, würde den Rahmen dieser Masterarbeit übersteigen. Daher mussten aus diesen Grundgesamtheiten Stichproben gezogen werden. Da ich mich auf zugängliche Fälle, Interviewpersonen und Dokumente beschränken musste, hatte die Stichprobenziehung in Teilen den Charakter einer Gelegenheitsstichprobe (DÖRING & BORTZ 2016). Sowohl Fälle als auch Interviewpersonen und Dokumente habe ich versucht, nach maximaler Variation (FLICK 2019) gezielt auszuwählen. Für die Fälle heißt das, dass sowohl top-down als auch bottom-up Beteiligung, Stadt und Umland (beides im ländlichen Raum), ein offenes und ein abgeschlossenes Vorhaben, ein Konflikt und ein gelungenes Projekt enthalten sind. Durch die Vielfalt sollte eine Grundlage für die spätere Fallkontrastierung geschaffen werden und das Feld sollte im Rahmen der Masterarbeit möglichst umfassend erkundet werden. Auch bei der gezielten Auswahl der Interviewpartner*innen habe ich versucht, eine möglichst große Vielfalt an Perspektiven zu erfassen, durch Kombination unterschiedlicher Positionen und Arten des Eingebundenseins in die Fälle. Für die Dokumentenanalyse für die Fälle habe ich möglichst Dokumente unterschiedlicher Autor*innen und Institutionen ausgewählt. Nur in Bezug auf die Zeitungsartikel habe ich mich aus Kostengründen auf die *Märkische Allgemeine Zeitung* (MAZ) beschränkt und, um inhaltliche Dopplungen zu anderen Onlinezeitungen zu vermeiden. Interviewpersonen und Dokumente habe ich schrittweise nach Priorität und inhaltlichem Beitrag ausgewählt. Die schrittweise Auswahl habe ich angewendet, um möglichst inhaltliche Dopplungen zu vermeiden und gleichzeitig keine neuen Informationen zu verpassen (EBD.). Bei der Auswahl der Interviewpartner*innen unterstützten teilweise auch andere Interviewpartner*innen gemäß dem Schneeballverfahren (DÖRING & BORTZ 2016), da diese einen besseren Überblick über die beteiligten Akteur*innen hatten und durch ihren Zugang eine erfolgreiche Ansprache wahrscheinlicher machten.

Als Datenauswertungsmethode habe ich die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (SCHREIER 2014) gewählt. Mit dieser Methode habe ich sowohl alle Interviewtranskripte als auch die Daten zum Textinhalt aus den Dokumentenanalysen ausgewertet. Diese Variante der qualitativen Inhaltsanalyse ist dadurch charakterisiert, dass inhaltliche Aspekte des Materials die Kategorien bilden und anhand dieser Kategorien das Material systematisch beschrieben wird. Meist erfolgt die Kategorienbildung hier gemischt induktiv-deduktiv: Die Oberkategorien werden deduktiv abgeleitet und eher die Unterkategorien werden anhand des Materials entwickelt. Das Kategoriensystem wird an einem Teil des Materials erprobt und überarbeitet und anschließend am gesamten Material angewendet (EBD.). Von den Varianten qualitativer Inhaltsanalyse, die SCHREIER (2014) nennt, ist diese die einzig sinnvolle Variante für mein Ziel, aus dem Material Inhalte darüber zu generieren, inwiefern Demokratie eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinflusst und wie eine Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden kann. Auch letzte Schritte der Dokumentenanalyse dienen der Datenauswertung. Alle Informationen aus der Analysetabelle außer dem Textinhalt, zum Beispiel rhetorische Stilmittel, habe ich in einer gesonderten Tabelle (s. Anhang 12) auf ihre Bedeutung und Wirkungen untersucht (NOETZEL ET AL. 2018). Da Dokumente immer in einem spezifischen Entstehungszusammenhang stehen und für bestimmte Zwecke hergestellt worden sind, können sie nicht als Abbildung der Realität

verwendet werden, sondern diese Eigenschaften müssen selbst analysiert werden (FLICK 2019). Die Informationen aus Anhang 12 habe ich mit den Ergebnissen der Inhaltsanalyse zusammengeführt.

Aus dem Spektrum zwischen einer Vergleichsstudie und einer Einzelfallanalyse habe ich den kontrastiven Fallvergleich als Zwischenform ausgewählt. Bei einem kontrastiven Fallvergleich werden mehrere Fälle zunächst einzeln analysiert. Erst anschließend werden sie als Ganzes einander kontrastierend gegenübergestellt, das heißt, wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Bezug auf die Untersuchungsfragen werden beschrieben. Durch diese Zwischenform konnte ich die Vorteile sowohl der Einzelfallanalyse als auch der Vergleichsstudie nutzen, sprich einerseits die Fälle möglichst in ihrer Ganzheit, Komplexität und Tiefe betrachten und andererseits gezielt Aspekte untersuchen und vergleichen und dadurch eine höhere Aussagekraft, Verallgemeinerbarkeit und Übertragbarkeit der Ergebnisse erzielen (EBD.).

3.3 Material

Der folgende Abschnitt dient der Übersicht über das verwendete Material. Ausgangsmaterial für die qualitative Inhaltsanalyse waren neben Ausschnitten aus der Dokumentenanalyse die Interviewtranskripte (zur Nachvollziehbarkeit s. exemplarisch Anhang 13). Konkret handelt es sich um vier Transkripte der Vorab-Interviews und je drei Transkripte der Fall-Interviews mit einer durchschnittlichen Interviewlänge von 54 Minuten. Ergebnis dieser Inhaltsanalyse waren Kategoriensysteme, und zwar je ein Kategoriensystem für jedes einzelne Interview, ein Kategoriensystem für die Dokumente zu Fall 1, eines für die Dokumente zu Fall 2 und ein Kategoriensystem für die Dokumente im Vorfeld. Die Kategoriensysteme zu den Interviews habe ich anschließend zusammengefügt, um Daten zum Stand der Demokratie und zu den Fällen zu bündeln. Zu jeder Kategorie aus diesen zusammengeführten Kategoriensystemen habe ich die Informationen aus den Interviews zusammengefasst. Ausgangsmaterial für die Dokumentenanalysen waren bereits vorhandene digitale Dokumente (Übersicht s. Quellenverzeichnis). Überwiegend handelt es sich um Textdokumente, teilweise waren Fotos und Videos eingebettet. Unter den sechs Dokumenten im Vorfeld sind Ergebnisse der Veranstaltung *Demokratie sucht das Wort*. Darunter sind zwei Fotos und vier Textdokumente. Letztere sind Dokumente, die zur Auswertung im Nachgang der Veranstaltung von Personen aus dem Organisationsteam erstellt wurden. Die 26 Dokumente zu den Fällen sind Webseiten der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel, der Interessengemeinschaft (IG) Hohe Heide, der LAG Storchenland Prignitz und des Technologie- und Gewerbezentrum (TGZ) Prignitz; Zeitungsartikel aus der online-Ausgabe der MAZ; Dokumente, die im Rahmen des Regionalforums "Regionale Wertschöpfung mit erneuerbaren Energien" der LAG Storchenland Prignitz am 08.05.2023 erstellt wurden; und Studien beziehungsweise Kurzpapier zum Real-labor. Ergebnisse der Dokumentenanalysen sind je Dokument eine ausgefüllte Analysetabelle, zudem je Fall und für die Dokumente im Vorfeld eine *Wirkungstabelle*.

In Kapitel 3 ist beschrieben, wie die Daten zu den Untersuchungsfragen mithilfe von Dokumentenanalysen und Expert*inneninterviews erhoben und durch eine inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse ausgewertet wurden. Grundlage dafür waren vorgeschaltete Expert*inneninterviews und eine Dokumentenanalyse zum Zustand der Demokratie in der Prignitz. Den Abschluss der Auswertung bildete ein kontrastiver Fallvergleich.

4. Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die erhobenen Daten vorgestellt, und zwar in dieser Reihenfolge: Die Basis bilden die Ergebnisse zum Zustand der Demokratie in der Prignitz. Es folgt eine Beschreibung von Fall 1: Teilplan Windenergienutzung und Bürger*inneninitiative unter Einbezug theoretischer Grundlagen. In Bezug auf Fall 1 werden zuerst die Ergebnisse zu den Unterfragen und dann zu F1 dargelegt. Auf dieselbe Weise sind die Daten zu Fall 2: Bürgerteam gestaltet nachhaltige Mobilität in Wittenberge gegliedert. Im Anschluss werden die Fälle einander kontrastierend gegenübergestellt.

4.1 Zustand der Demokratie in der Prignitz

4.1.1 Datengrundlage

Kap. 4.1 basiert auf den Ergebnissen der Vorab-Interviews und der Dokumentenanalyse der Veranstaltungs-Ergebnisse von *Demokratie sucht das Wort*. Die Interviewstichprobe (Übersicht s. Tab. 1) besteht aus vier Expert*innen, im Folgenden D1-D4 genannt. Aus Anonymisierungsgründen erfolgt die Kurzbeschreibung der Stichprobe getrennt von diesen Kürzeln. Alle Befragten haben über ihren Beruf mit Demokratie in der Prignitz Berührung, drei zudem durch ihr Engagement für Demokratie in der Prignitz. Drei von den vier Befragten sind Prignitzer*innen. Die Aussagen zum Zustand der Demokratie in der Prignitz beziehen sich nur bei einer Interviewperson auf die gesamte Prignitz. Zwei Interviewpersonen beziehen ihre Aussagen auf die Prignitz mit einem Fokus auf Wittenberge und eine Person bezieht sich auf Wittenberge und die nahe Umgebung. Die analysierten Dokumente sind bereits in Kap. 3.3 kurz beschrieben. An dieser Stelle werden die Dokumente in Bezug auf einzelne charakteristische Eigenschaften knapp beschrieben. Grundlage dafür sind die Ergebnisse aus den letzten Schritten der Dokumentenanalyse (ausführliche Ergebnisse s. Anhang 14). Von ihrer (Text-)Art her sind die Fotos eher deskriptiv und die Textdokumente evaluativ, da es sich um die Dokumentation beziehungsweise Auswertung von *Demokratie sucht das Wort* handelt. Mit einer Entstehungszeit um den 23.05.2024 sind diese Dokumente aktuell. Textproduzent*innen sind Prignitzer*innen und Externe. Der Sprachstil ist bei den Fotos und dem Dokument von Stephan et al. 2024, die direkter das auf der Veranstaltung Gesagte erfassen, eher umgangssprachlich, während er in den Textdokumenten, die aus den Ergebnissen des Tages abgeleitet sind, eher wissenschaftlich ist. Die Handlungsempfehlungen haben einen wissenschaftlichen Hintergrund. Dass kaum rhetorische Stilmittel vorhanden sind, unterstreicht die Sachlichkeit der Dokumente.

Tab. 1: Stichprobe der Vorab-Interviews.

Berührungspunkte mit Demokratie in der Prignitz	Prignitzer*in?	Bezugsraum, auf den sich die Aussagen beziehen
Beruf	Nein	Wittenberge – Prignitz
Beruf Demokratie-Engagement	Ja	Wittenberge – Prignitz
Beruf Demokratie-Engagement	Ja	Wittenberge +
Beruf Demokratie-Engagement	Ja	Prignitz

4.1.2 Demokratiesituation

Die Ergebnisse zum Zustand der Demokratie in der Prignitz werden im Folgenden nach Kategorien gegliedert vorgestellt. Das zugrundeliegende Kategoriensystem umfasst neun Oberkategorien, die in Abb. 9 dargestellt sind. Für das vollständige Kategoriensystem s. Anhang 15 und für den Kodierleitfaden Anhang 16. Grundsätzlich wird Demokratie in der Prignitz folgendermaßen beschrieben: „Demokratie in

der Prignitz ist da, umgibt uns alle, betrifft uns alle, wollen wir gefühlt auch alle, lieben wir irgendwie alle.“ (D4, Z. 279f.) Sie ist mitgestaltbar und der gesellschaftliche Zusammenhalt wird zumindest für bestimmte Gruppen als größer beschrieben als in der Großstadt Berlin (D4, Z. 90-92). Im Allgemeinen wird die Prignitz in Bezug auf Demokratie als sehr heterogener Landkreis beschreiben und es wird zwischen engagierten Akteur*innen für Demokratie und den nicht engagierten Prignitzer*innen unterschieden: Bei den Demokratie-engagierten Akteur*innen stellt Demokratie einen hohen Wert dar und das Bewusstsein für Demokratie und Demokratiegefährdungen ist hoch, während bei den nicht engagierten Prignitzer*innen teilweise Demokratiekompetenzen fehlen (D3, Z. 32-93). Insgesamt ist die Demokratie in der Prignitz stabiler als auf den ersten Blick zu vermuten, noch gibt es mehr Menschen, die die Demokratie unterstützen würden und der Anteil der Menschen, die Demokratie verhindern wollen, ist (noch) nicht hoch. Allerdings sind Tendenzen der Veränderung sichtbar (D3, Z. 541-547). Beispielsweise werden das Vorankommen populistischer Parteien (D1, Z. 159f.), der Zulauf zur AfD, deren Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen 2024 und ein aktiver *III. Weg* als Demokratiegefährdungen genannt (D4, Z. 53-58). Demokratie in der Prignitz befindet sich auf der Kippe: Entweder kann die Aufbruchstimmung genutzt werden, die durch engagierte Zugezogene angestoßen wird, oder der Demokratiezustand kippt in ein Verhärten der Fronten und in eine Steigerung der vorhandenen Ängste der Prignitzer*innen (D4, Z. 295-303).

Im Folgenden wird nun auf die Ausprägung der einzelnen Demokratie-Aspekte eingegangen, die im Untersuchungsrahmen formuliert sind. Freiheit wird von einem Teil der Prignitzer*innen wahrgenommen und wertgeschätzt, auch im Gegensatz zu Unfreiheiten, die in der DDR bestanden. Manche Prignitzer*innen haben jedoch den Eindruck, heutzutage nichts mehr sagen zu dürfen und das Gefühl, ihre Meinungsfreiheit ist eingeschränkt (D1, Z. 351-356) (s.u.). Eine Vermutung, warum sich andere Prignitzer*innen unfrei fühlen könnten, ist, dass faktische Freiheit, zum Beispiel die Möglichkeit, überall hinfahren zu können, teilweise an Wohlstand und Geld gebunden ist, den nicht alle Menschen haben (D1, Z. 361-370). Auf den Aspekt Pluralismus wird in den Interviews weniger eingegangen. Es wird aber genannt, dass die Gesellschaft in der Prignitz weniger plural ist als in der Großstadt, was sich auf Vorurteile und Klischees auswirkt (D2, Z. 68-70). Demokratie-engagierte Prignitzer*innen bemühen sich außerdem um Meinungsvielfalt (D3, Z. 77-80). Auch bei der Ausprägung des Demokratie-Aspekts Solidarität ist zwischen den Demokratie-engagierten Akteur*innen und den nicht engagierten Prignitzer*innen zu unterscheiden. Demokratie-Engagierte nehmen Solidarität wahr und setzen sich für diese ein (D3, Z. 89f.), beispielsweise wurde 2022 vom Jugendforum eine Kundgebung anlässlich des Krieges in der Ukraine organisiert (D1, Z. 290-294). Außerhalb der Demokratie-engagierten Akteur*innen soll Solidarität aufgrund des schnellen gesellschaftlichen Wandels gestärkt werden (D3, Z. 81-85). Auf den Demokratie-Aspekt Gerechtigkeit wird an dieser Stelle nur kurz eingegangen, einige Punkte werden dann beim Punkt Themen und Sorgen der Prignitzer*innen vertieft. Durch die DDR- und die Wendezeit fühlen sich viele Prignitzer*innen abgehängt, sind enttäuscht von der Politik und wütend, was sich auch in Wahlergebnissen widerspiegelt:

„Und erst mal in diesem System, in diesem neuen System zurecht zu kommen, ist eine totale Schwierigkeit gewesen. [...] dieser Umbruch, das war so schwer, da ins Gehen zu kommen, so würde ich es mal sagen, dass die Leute es heute noch nicht vergessen haben. Und dass es deswegen auch ist, dass, wenn man sich die Deutschlandkarte vorstellt, auf der Seite schwarz gewählt wurde in der Europawahl und auf der Seite blau. Das ist ein großes Thema mit.“ (D1, Z. 328-331)

Zum Demokratie-Aspekt politische Gleichheit lässt sich sagen, dass sich einerseits alle Prignitzer*innen gleichermaßen beteiligen können, dieselbe Stimme haben (D1, Z. 345-348) und unter den Demokratie-engagierten Akteur*innen auf politische Gleichheit geachtet wird (D3, Z. 89-91). Andererseits ist die Herausforderung groß, in ländlichen Räumen alle Menschen gleichermaßen zu erreichen und allen gleiche Beteiligungschancen zu ermöglichen, beispielsweise auch älteren Menschen ohne Smartphone (D4, Z. 263-268). Außerdem überwiegen Meinungen der Wirtschaftsakteur*innen und Wirtschaftsthemen nehmen einen größeren Raum ein als andere Themen (D4, Z. 353-357). Der Demokratie-Aspekt

politische Partizipation ist unterschiedlich ausgeprägt. Die Wahlbeteiligung im Landkreis Prignitz lag bei der Kommunal- und Europawahl bei über 60 % (D1, Z. 219-221). Auch andere Partizipationsmöglichkeiten werden angeboten, wie öffentliche Stadtverordnetenversammlungen, diese werden aber nur spärlich angenommen (D4, Z. 81-83). Der Demokratie-Aspekt aktive Zivilgesellschaft ist in der Prignitz stark ausgeprägt. Die Zivilgesellschaft ist aus Sicht der Expert*innen sehr aktiv (D1, Z. 205), ländliches Leben lebt auch von aktiver Zivilgesellschaft (D2, Z. 54-57). Es gibt Vereine (D1, Z. 215f.), Bürger*inneninitiativen (D4, Z. 52), den Stadtsalon Safari in Wittenberge (D4, Z. 190), das Jugendforum (D4, Z. 191) und ein Engagement für Demokratie (D1, Z. 209-216; D2, Z. 20-24), in dessen Zusammenhang insbesondere das Demokratieforum genannt wird (D1, Z. 209; D2, Z. 104-114; D4, Z. 27-35). Diese aktive Zivilgesellschaft besteht allerdings aus immer denselben Einzelpersonen (D1, Z. 205f.). Deren Zeiteresourcen sind begrenzt, weil sie häufig berufstätig sind und teilweise weitere Ehrenämter innehaben (D4, Z. 23-26). In Bezug auf den Demokratie-Aspekt bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement wird die Situation in der Prignitz ähnlich beschrieben. Es gibt vielfältiges Engagement, das wichtig für ländliche Räume ist und Solidarität und ein Wir-Gefühl stärkt (D2, Z. 54-56). Auch hier werden erneut die Demokratie-Engagierten genannt, die sich in der Verantwortung sehen, gegen die Gefährdungen der Demokratie aktiv zu werden (D1, Z. 234f.; D3, Z. 98-105). Abwanderung und das fehlende Nachrücken junger Menschen schwächt allerdings bürgerschaftliches Engagement (D2, Z. 58f.). Unter den Demokratie-engagierten Akteur*innen gibt es den Versuch, noch mehr Bürger*innen zum Engagement zu motivieren (D3, Z. 91-93), dafür ist jedoch viel Werbung machen und Einladungen aussprechen notwendig (D4, Z. 80f.). Grundsätzlich werden die Voraussetzungen für mehr demokratisches Engagement als gut eingeschätzt (D3, Z. 52f.). Dass es aufwändig ist, Bürger*innen zu motivieren, wird auch in Bezug auf den Demokratie-Aspekt Bürger*innenbeteiligung beschrieben (D4, Z. 80-82), ist mit sehr viel Rahmenprogramm wie Musik aber möglich (D1, Z. 239-241). Beteiligungsangebote gibt es in Wittenberge und Perleberg, beispielsweise macht das Jugendforum Kinder- und Jugendbeteiligung und seit 2016 werden Beteiligungsprojekte mit der Fachhochschule Potsdam organisiert (D1, Z. 89-93). Wittenberge wird als Vorreiter in Bezug auf Beteiligung eingeschätzt, zum Beispiel das Bauamt im Zusammenhang mit der Landesgartenschau 2027 in Wittenberge (D1, Z. 291-294). Der Demokratie-Aspekt Kooperation ist insbesondere im Demokratie- und Nachhaltigkeitsbereich stark ausgeprägt (D4, Z. 181-183). Unter den Demokratie-engagierten Akteur*innen geschieht viel Kooperation (D1, Z. 254-290; D4, Z. 176-183) mit dem Landkreis, Städten, Gemeinden, dem TGZ, InNoWest, mit Tolerantes Brandenburg und Partnerschaften für Demokratie in Brandenburg (D1, Z. 254-290). Im Demokratieforum arbeiten Vertreter*innen aus Verwaltung, Politik und aus dem ökologischen und sozialen Bereich zusammen (D2, Z. 114-117). Grundsätzlich entstehen Unterstützung und Vernetzung, wenn alle Parteien ähnliche Werte vertreten oder sich gegenseitig akzeptieren (D4, Z. 93-96). Kooperation und gegenseitige Stärkung sind wichtig, um angesichts der Krisen nicht zu resignieren (D2, Z. 178-181). Der Demokratie-Aspekt Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit ist in einem sehr gemischten Zustand: Einerseits existiert eine Offenheit, eine Diskurs- und Kompromissbereitschaft in der Prignitz (D2, Z. 51-54) und gerade der Gesprächsbedarf unter den Prignitzer*innen ist sehr hoch (D4, Z. 137). Gleichzeitig berichten die Expert*innen von einer Konfliktscheue. Es wird versucht, alle mitzunehmen, dafür fehlen aber Streit und Gegenpositionen:

„Ich habe das Gefühl, dass man eben schon versucht, alle mitzunehmen irgendwie und deshalb nicht zu doll aneckt und deshalb nicht zu doll Klimapolitik macht und bloß nicht zu progressiv ist, ein bisschen ja, aber sobald halt ein Gegenwind kommt, ja, verliert dann wirklich auch so die Stadt ein bisschen manchmal eine Klarheit, eine Linie.“ (D4, Z. 109-113).

Dadurch, dass Bürger*innen Angebote der politischen Partizipation kaum wahrnehmen, finden Diskurse über bestimmte Themen weniger statt, wodurch die Stadt Wittenberge nicht gezwungen wird, sich zu positionieren (D4, Z. 113-120). In Bezug auf Diskurs- und Kompromissbereitschaft wird von den Expert*innen jedoch auch eine Kompromisslosigkeit (D2, Z. 45-51) wahrgenommen. Es mangelt an einer Debattenkultur, in der verschiedene Meinungen ausgehalten werden und Menschen vertrauen

können, dass sie sich äußern können, ohne sofort der Diskriminierung bezichtigt zu werden (D3, Z. 151-156). Auf die Ergebnisse zur Ausprägung der Demokratie-Aspekte folgt nun eine Darlegung zu den übrigen Oberkategorien aus Abb. 9.

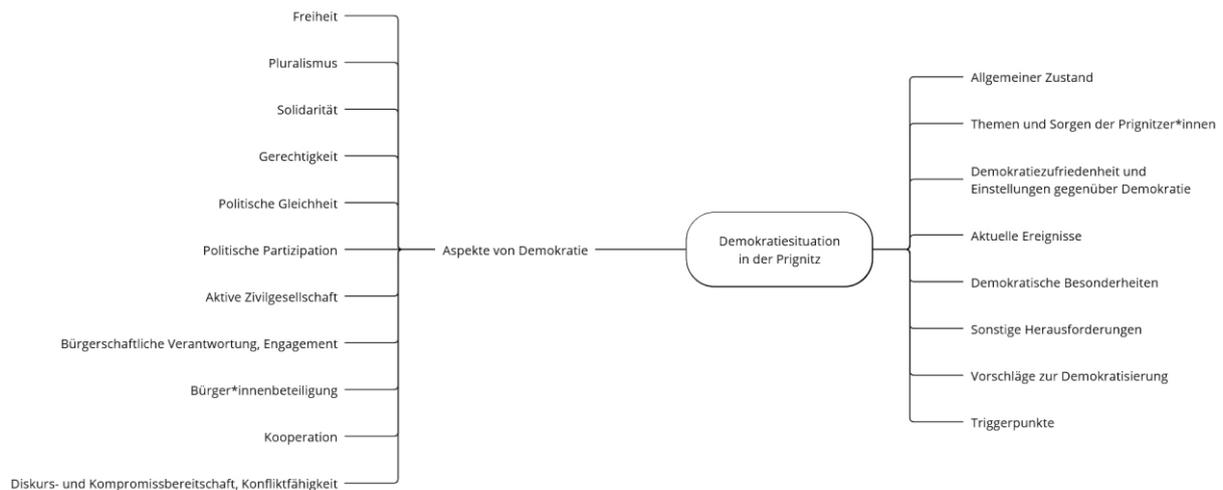


Abb. 9: Kategorien zur Beschreibung des Zustandes der Demokratie in der Prignitz.

Die Themen und Sorgen der Prignitzer*innen sind sehr divers. Sie reichen von Existenzängsten von Privatpersonen und kleineren Betrieben (D1, Z. 271f.; D2, Z. 77-81), Altersarmut (D1, Z. 315), schlechterer Bezahlung in ländlichen Räumen im Vergleich zu Hamburg und Berlin (D1, Z. 311f.) über das Fehlen guter Mobilitätsangebote über Wittenberge hinaus (D1, Z. 312-315; D2, Z. 81-85; Stephan et al. 2024) hin zu fehlender Kollegialität, Solidarität und fehlendem Engagement (D1, Z. 310f.; D3, Z. 287-289; Stephan et al. 2024). Prignitzer*innen nennen mehrfach eine Angst vor Krieg und Krisen (D1, Z. 169-171; D4, Z. 124-126). Einerseits bereitet die Klimakrise den Prignitzer*innen Sorge (D1, Z. 408) und diese fordern Klimaschutz (WIGANKOW 2024), andererseits sind mit der Energiewende große Sorgen verbunden, was die Abwendung einiger Prignitzer*innen von bestimmten Parteien begünstigt (D2, Z. 73-76). Insbesondere in der Vergangenheit war die Pandemie ein Thema unter den Prignitzer*innen (D1; Z. 409-411). Generell wird eine Wut und Enttäuschung über Politik genannt (D1, Z. 302f.) und für die Existenzängste werden Schuldige gesucht und diese Schuld wird auf Migrant*innen projiziert (D1, Z. 171-175). Enttäuschung und Unzufriedenheit existieren zudem aufgrund der Wendesituation. Prignitzer*innen, die infolge von Betriebsschließungen arbeitslos wurden, deren Lebensleistung in der DDR nicht wertgeschätzt wurde, denen grundlegende Selbstverständlichkeiten wie die Beziehung zur Sowjetunion oder die Idee des Sozialismus genommen wurden, „gucken auf eine Lebensgeschichte der Entwertung.“ (D3, Z. 272-291) Noch nicht aufgearbeitet sind die Transformationsprozesse im Zuge der Wende, unter anderem in Bezug auf die Treuhand (D1, Z. 319-340). D3 fasst Gespräche bei *Demokratie sucht das Wort* folgendermaßen zusammen: „Dann haben die gesagt, wir wissen genau, wer welche Transformationsprozesse bei der Wendezeit wie, mit welchen Vorteilen gemacht hat, es wurde nie aufgearbeitet.“ (D3, Z. 220f.) Aufgrund dessen besteht Misstrauen gegenüber den Parteien mit Ausnahme der AfD, denn die AfD existierte zur Wendezeit noch nicht (D3, Z. 221-225). Manche Prignitzer*innen wünschen sich eine Aufarbeitung der Wendeerfahrungen mittels Ausstellungen, niedrigschwelliger Diskussionen und Biografie-Cafés (D3, Z. 225-227). Ein weiteres großes Thema der Prignitzer*innen ist einerseits die Angst, über Politik und gesellschaftliche Entwicklungen zu sprechen (D1, Z. 167-169; D3, Z. 109-111; D4, Z. 133-136; Stephan et al. 2024). Bei der Veranstaltung *Demokratie sucht das Wort* zeigte sich eine große Angst, sich falsch zu äußern und als rechts kritisiert zu werden (D1, Z. 167-169). Es gibt auch Hemmschwellen sich zu äußern, aus Angst, nicht die für die gehobene Mittelschicht korrekte diskriminierungsfreie Sprache zu verwenden (D3, Z. 128-134; D4, Z. 133-136). Andererseits ist die Diskursbereitschaft der Prignitzer*innen sehr hoch, wie sich auch bei *Demokratie sucht das Wort*

zeigte, und Kommunikationsräume fehlen, wo die sich auseinander entwickelnden Lebenswelten ins Gespräch kommen und gesellschaftliche und politische Debatten angstfrei geführt werden können (D3, Z. 135-138; D4, Z. 137-139). Existierende Gesprächsangebote werden vermutlich aufgrund von Berührungängsten kaum wahrgenommen (D4, Z. 139-142). Letztlich wird auch thematisiert, dass manche Prignitzer*innen die Weltpolitik nicht mehr überschauen (STEPHAN ET AL. 2024) und eine Überforderung mit der Komplexität der Politik und ein Gefühl, nicht mehr mitreden zu können, existiert (D4, Z. 130-133). Diese Überforderung durch Komplexität führt aus Sicht von D3 zu einem Wunsch nach mehr Klarheit durch eine Führerstruktur (Z. 348-359). Generell bemängeln manche Prignitzer*innen die fehlende politische Bildung, zum Beispiel über das Dritte Reich (D1, Z. 316-319; Stephan et al. 2024).

Die Demokratiezufriedenheit und Einstellungen gegenüber Demokratie sind unter den Prignitzer*innen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Unter den Demokratie-engagierten Akteur*innen findet sich eine sehr hohe Demokratiezufriedenheit und eine Wertschätzung der Demokratie, die außerhalb dieser Blase eher bedroht ist (D2, Z. 89-99; D3, Z. 322-329). Außerhalb der Blase existiert eine große Unzufriedenheit aufgrund von Gefühlen der ungerechten Behandlung (D3, Z. 327-329), aufgrund von Existenzängsten und dem Gefühl, von „denen da oben“ nicht gesehen zu werden (D2, Z. 95-99). Eine weitere Ursache für die Demokratieunzufriedenheit könnte sein, dass viele Möglichkeiten und Privilegien, die nur eine Demokratie bietet, von vielen Menschen aber nicht in Zusammenhang mit Demokratie gebracht, sondern als selbstverständlich betrachtet werden (D4, Z. 147-155). Nicht alle Prignitzer*innen fühlen sich in politischen Themen mitgenommen, beispielsweise in Bezug auf Klimaschutz, und kritisieren, dass Kommunalpolitiker*innen nicht mit ihnen in Diskurs gehen, um diese Themen zu erklären (D3, Z. 331-335). Folge der Demokratieunzufriedenheit sind die Wahlergebnisse (D2, Z. 99f.). Schließlich befindet sich die Prignitz in Ostdeutschland, wo die Demokratiezufriedenheit geringer ist als in Westdeutschland (D1, Z. 411-413).

Aktuelle Ereignisse in Bezug auf Demokratie in der Prignitz sind einerseits Veranstaltungen des Demokratieforschungsforums, zum Beispiel Kundgebungen und Demonstrationen für Zusammenhalt und Demokratie, eine Gerechtigkeitskonferenz für Schüler*innen und weitere Veranstaltungen aus der Reihe von *Demokratie sucht das Wort*, nämlich *Demokratie mit Popcorn und Spraydose* und *Demokratie macht Musik* (D1, Z. 19-29 und 108-112; D2, Z. 20-24). Andererseits, und das ist der Auslöser für diese Demokratieveranstaltungen, ist das Anwachsen der AfD sehr aktuell (D2, Z. 16-24). Vor den Kommunalwahlen sind Wahlplakate der Partei *Der III. Weg* mit extrem rechten Formulierungen aufgefallen (D1, Z. 232-235). Deren Kandidat Mario Schulze hat zudem Schüler*innen zwischen 16 und 27 Jahren in einem persönlichen Brief aufgerufen, ihn zu wählen, was zwar rechtens ist, jedoch bisher keine Partei gemacht hat (D1, Z. 228-232). Mit diesem Kandidaten hat die Partei *Der III. Weg* bei den Kommunalwahlen einen Sitz im Prignitzer Kreistag erlangt (D1, Z. 223-226). Zum Interviewzeitpunkt standen die Landtagswahlen im September an, in deren Vorfeld das Demokratieforschungsforum Aktionen geplant hatte wie das Aufstellen eines Wahl-O-Mats mit niedrigschwelliger Diskussionsmöglichkeit (D3, Z. 160-162). Außerdem sollte eine Fotografie-Ausstellung der Fachhochschule Potsdam zu Mut und Angst in der Demokratie in die Prignitz geholt werden und im öffentlichen Raum mit einem Gesprächsangebot für Prignitzer*innen verknüpft werden (D3, Z. 164-169). Zudem muss sich der Landkreis aktuell zum Umgang mit dem Klimawandel positionieren (D3, Z. 400-402) und eine Lösung für den Zuzug aus Berlin und Hamburg finden. Die Prignitz wird mit dem Autobahnbau und dem ICE-Halt in Wittenberge als Zwischenzentrum zwischen Berlin und Hamburg nämlich zunehmend attraktiv für Angehörige des gehobenen Mittelstands, Akademiker*innen und Kulturpionier*innen. Die aktuelle Herausforderung besteht nun darin, die unterschiedlichen Lebenswelten zwischen eher handwerklich orientierten Prignitzer*innen und Zugezogenen zu verbinden und zu verhindern, dass Zugezogene alle deutungsmächtigen Ehrenämter übernehmen, also Konkurrenz- und Verdrängungsprozesse zu vermeiden (D3, Z. 402-435).

„Ich sage immer das vegane Frühstück bei Safari, was glaubst du, wenn du an die Rewe Leute [die Teilnehmenden bei Demokratie sucht das Wort, Anm. T.O.] denkst, wer zu einem veganen Frühstück im

Safari-Büro hingeh? Also da merkst du schon, wie schaffst du die Brücken? Und die sitzen noch zusammen als Verbund, als zivilgesellschaftliche Akteure, wenn davon aber verstärkt [...] Leute aus diesem akademischen Milieu [zuziehen, T.O.] dann werden bestimmte Leute sich engagieren“ (D3, Z. 436-441).

Auch bei der Gestaltung von Beteiligungsangeboten ist darauf zu achten, alle mitzunehmen und auf verschiedene Weisen der Problemlösung einzugehen: Es gibt nämlich Unterschiede zwischen der Art und Weise, wie Probleme in der DDR gelöst wurden, und wie Zugezogene aus akademischen Ober- und Mittelschicht-Milieus solche Prozesse gestalten. Auch hier müssen Brücken zwischen den Lebenswelten gebaut werden. Erschwert werden könnte dieser Prozess davon, dass viele Prignitzer*innen den Akteur*innen aus Politik und Verwaltung und Menschen aus anderen Lebenswelten misstrauen (D3, Z. 452-466).

Die Kategorie Demokratische Besonderheiten umfasst Besonderheiten der Prignitz in Bezug auf Demokratie beziehungsweise Aspekte von Demokratie, die in anderen Regionen nicht oder nicht auf diese Weise ausgeprägt sind. Im Zuge der Deindustrialisierung und der Wende hat insbesondere Wittenberge einen bemerkenswerten Transformationsprozess vollzogen (D3, Z. 480-490).

„[...] als ich hier das erste Mal war, habe ich gedacht, um Gottes willen, was ist denn hier los? Hier wurden Kriegsfilme gedreht, weil die keine Kulissen aufbauen mussten, weil es alles noch so stand. Und jetzt ist Wittenberge so eine wunderschöne Stadt geworden, die man wirklich vorzeigen kann. [...] Und das hat auch was mit Freiheit, Demokratie Empfinden zu tun, für mich zumindest.“ (D1, Z. 382-388)

Gleichzeitig werden auch an dieser Stelle die Unzufriedenheit mit der Demokratie und ein Unmut wegen der Wendezeit genannt (D2, Z. 132-140; D4, Z. 209-228), auch wenn es viele Prignitzer*innen gibt, die den Wandel differenziert bewerten (D2, Z. 141-145). Trotzdem ist ein Selbstbild als abgehängte Wendeverlierer präsent (D4, Z. 282-284). Einige Prignitzer*innen sind frustriert, weil sie das Gefühl haben, als Ostdeutsche per se ungerechter behandelt zu werden. Angesichts der Erfahrungen in der Wendezeit, der schlechteren Bezahlung und dadurch teilweisen Existenzbedrohung basiert dieses Gefühl auf einer realen Grundlage (D4, Z. 209-228). Auch nach der Wende wird die Prignitz in Bezug auf Abwanderung und Mobilität als vernachlässigten Landkreis bezeichnet (D3, Z. 35-42; D4, Z. 280-284). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Misstrauen gegenüber Politik in der Prignitz weiterhin existieren wird, solange die DDR-Geschichte nicht gründlich aufgearbeitet ist (D3, Z. 216-219). Im Zusammenhang mit dem geschichtlichen Hintergrund könnte außerdem eine Rolle spielen, dass die Prignitz eine Region mit langer Leibeigenschaft war, wodurch es in der Gegenwart vergleichsweise schwieriger ist, Partizipationsstrukturen aufzubauen als in anderen Regionen (D3, Z. 496-503). Als demokratische Besonderheiten werden des Weiteren Vereinsamung und Isolation wegen ländlicher Strukturen und schlechter Mobilitätsangebote genannt (D4, Z. 236-244). Im selbst gezogenen Vergleich zu Berlin schneidet die Prignitz aus den Augen der Prignitzer*innen schlechter ab, zum Beispiel sind Aussagen zu hören wie: „Naja, wir haben ein Café, aber es ist halt nicht wie in Berlin. Und es war immer dieses, es ist nicht wie in Berlin. [...] Also die Region hat eben wirklich immer das Gefühl, sie bietet zu wenig.“ (D4, Z. 287-290) Dieser Umstand ändert sich aktuell durch die Zuzügler*innen, die die Prignitz für sich entdeckt haben und gezielt hergezogen sind (D4, Z. 290-295). Auch die Vernachlässigung nach der Wende schwächt sich derzeit aufgrund des ICE-Halts in Wittenberge und des kulturellen Ankerpunktes in der Prignitz ab. Damit geht die Chance einher, zivilgesellschaftliches Engagement und Engagement für Demokratie zu stärken (D3, Z. 42-46). Eine demokratische Besonderheit der Prignitz sind die bestehende gute Vernetzung unter den Akteur*innen, die Kooperation und gegenseitige Unterstützung (D1, Z. 393-403; D3, Z. 31-34). Unter anderem durch das Demokratieforum und das Jugendforum (D1, Z. 19-30) gibt es gut funktionierende Demokratiestrukturen und eine Aufgeschlossenheit für Demokratiethemata, die in manchen anderen Landkreisen so eventuell nicht existieren (D3, Z. 34f.). D4 äußert im Gegensatz dazu, dass in anderen Regionen mehr Veranstaltungen für Demokratie stattfinden (D4, Z. 198-200). Die Integration und Inklusion von geflüchteten Menschen und Menschen mit Behinderung in der Prignitz wird als sehr besonders beschrieben (D3, Z. 472-480), außerdem werden die Herzlichkeit und

Hilfsbereitschaft der Prignitzer*innen genannt (D1, Z. 401-403). Auch wenn sie häufig als mürrisch bezeichnet werden, haben sie einen großen Gesprächsbedarf, der in dieser Form nicht in allen Landkreisen existiert (D3, Z. 46-52).

Herausforderungen, Probleme und Defizite in Bezug auf Demokratie beziehungsweise Aspekte von Demokratie in der Prignitz, die nicht den obigen Kategorien zuordenbar sind, fallen unter die Kategorie sonstige Herausforderungen. Zunächst einmal gibt es viele solcher Herausforderungen (D1, Z. 157). Oben wurde bereits ausgeführt, dass einige Prignitzer*innen in Zeiten schnellen Wandels das Weltgeschehen nicht mehr überschauen und verstehen. In diesem Zusammenhang kritisiert D3, dass Prignitzer Kommunalpolitiker*innen nicht über Themen auf höheren politischen Ebenen sprechen können, weil sie selbst wenig informiert sind (D3, Z. 365-367). Verschärfend könnte in diesem Zusammenhang wirken, dass das Bildungsniveau für Wittenberge als weniger hoch beschrieben wird (D4, Z. 167-172) und Falschinformationen im Umlauf sind (D1, Z. 161). Grundsätzlich wird die Demokratiebildung in der Schule und darüber hinaus als mangelhaft eingestuft (D4, Z. 155-158). Eine Herausforderung ist neben der Radikalisierung von Einzelnen (D1, Z. 161), dass die AfD ihre Argumentation auf kollektiven Erinnerungen wie der Wendeerfahrung aufbaut und den Prignitzer*innen zuhört. „Die sind schlau, die setzen sich beim Bäcker hin und hören den Leuten zu. Ganz einfach, sitzen den lieben langen Tag, trinken Kaffee und sprechen die Leute an. Und hören ihnen zu, das wollen die Leute.“ (D1, Z. 343f.) Wie oben bereits angesprochen, bewegen sich die Prignitzer*innen stark in Gruppen homogener Lebenswelten (D4, Z. 85f.). Auch die Demokratie-Engagierten sind eine solche Blase (D3, Z. 86f.). Eine weitere Aufteilung beschreibt D3 in Bezug auf Geschlechter und Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements: Während es in ländlichen Räumen überwiegend Frauen sind, die sich bürgerschaftlich engagieren und an Beteiligungsformaten teilnehmen, sind es hauptsächlich Männer, die politische Ämter ausführen. Aufgrund der existierenden Geschlechterhierarchien lassen sich demokratische Prozesse aus der Zivilgesellschaft und innovative Vorschläge zur Demokratisierung schwer in die politische Struktur einfügen (D3, Z. 516-525). Zudem halten sich die Prignitzer*innen häufiger in ihrem Familienkonstrukt auf als das in der Großstadt der Fall ist und darüber hinaus gibt es wenig Gemeinschaft (D4, Z. 86-90).

Obwohl nicht explizit erfragt, nennen die Expert*innen in ihren Interviews einige Vorschläge zur Demokratisierung, das heißt, Ideen, Vorschläge und Bedarfe zur Bewältigung der oben genannten Herausforderungen oder zur Verbesserung der Demokratiequalität in der Prignitz. Auch in den Ergebnissen von *Demokratie sucht das Wort* finden sich einige Demokratisierungsvorschläge wieder, daher wurde diese Kategorie aufgenommen. Ein Vorschlag ist, Demokratie sichtbar zu machen und Möglichkeiten und Privilegien, die die Demokratie bietet, wieder mit Demokratie in Zusammenhang zu bringen (D4). Darüber hinaus braucht es Demokratiebildung, um die manchmal abstrakt erscheinende Demokratie nahbarer und erlebbarer zu machen (D4, Z. 161-166). Prignitzer*innen sollen Vielfalt leben lernen, ohne dass Menschen ausgegrenzt werden (D3, Z. 304-307). Demokratiebildung und auch politische Bildung sollen neu gedacht werden, zum Beispiel in Verbindung mit Lebensgeschichten (D3, Z. 292-295) oder anderen kreativen Ideen (D4, Z. 191-197). Zur Stärkung von Demokratiebildung soll nicht nur Förderprogrammen wie dem Bundesprogramm *Demokratie Leben* die Verantwortung überlassen werden (D3, Z. 373-376). Demokratiebildung, die Förderung von Gestaltungskompetenzen, Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit müssen bereits in der Schule gefördert werden. Dafür müssen ganze Strukturen und die Art des Lernens geändert werden (D2, Z. 25-28):

„[...] ich spüre da große Unterschiede, je nach Schulsystem [...] ich merke, wie leicht es Kindern der Montessori-Schule fällt, so ein Projekt mitzugestalten und mitzureden und Ideen einfach rauszuposaunen, ohne Rücksicht auf Verluste und eben ohne Angst, dass da ein kommt, nee, das ist falsch. Und wiederum, wenn man dann mit Regelschulen zusammenarbeitet [...], dass sich gar nicht getraut wird zu machen [...] ich meine, wir wollen schon seit, weiß ich nicht wie vielen, 30, 40 Jahren das Schulsystem umstrukturieren und es passiert einfach sehr langsam, jetzt mal von den Reformbewegungen abgesehen, aber da müssen wir unbedingt ran, wenn wir in Zukunft, also wir brauchen ja Menschen, die einfach die Zukunft gestalten

können und ihre Umwelt gestalten können, ohne dass sie diesem Hass und der Resignation und dieser Hilflosigkeit versinken [...]“ (D2, Z. 28-34 und 155-159).

Neben Demokratiebildung wird politische Bildung und Aufklärungsarbeit im Allgemeinen gefordert. Politische Bildung soll niedrigschwellig sein und Spaß machen (D1, Z. 191-199; Stephan et al. 2024). Geeignete Formen könnten Bildungsprogramme und Workshops sein (STEPHAN 2024b), außerdem Aufklärungskampagnen und Schulungsprogramme, um den Prignitzer*innen die Verknüpfungen zwischen Bundespolitik und Kommunalpolitik näherzubringen (STEPHAN 2024c). Zum Aspekt Information gehört, über politische Entscheidungen transparent zu kommunizieren (STEPHAN 2024b). Insbesondere Parteien und die Bundespolitik müssen transparenter werden (D1, Z. 176-178), die Prignitzer*innen mitnehmen und ihnen Themen der Bundespolitik erklären. Dazu muss die Bundesebene mit Lokalpolitiker*innen kooperieren und Bundesthemen könnten anhand lokaler Kontexte erläutert werden (D3, Z. 350-356): „Zum Beispiel könnte eine bundesweite Diskussion über Klimapolitik durch lokale Beispiele wie den Bau von Windkraftanlagen oder den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs konkretisiert werden.“ (STEPHAN 2024c) Außerdem sollen die für AfD-Wähler*innen relevanten Themen aufgegriffen werden (STEPHAN 2024b). Anknüpfend an den oben genannten Mangel an Kommunikationsräumen wurde vorgeschlagen, diese in niedrigschwelliger Form zu bieten (STEPHAN ET AL. 2024), auch online in Foren und über Social Media (STEPHAN 2024c). Kommunikationskompetenzen sollen gefördert werden, damit Prignitzer*innen respektvoll und friedlich miteinander diskutieren können (D3, Z. 301-303). Um Bürger*innenbeteiligung zu stärken, wurden Vorschläge genannt wie Bürgerbüros einzurichten, in denen die Prignitzer*innen auf unkomplizierte Weise Anliegen äußern und sich über politische Themen informieren können. Es könnten Bürgerdialoge mit politischen Vertreter*innen organisiert und Bürger*innenräte eingerichtet werden. Lokale Partizipationsprojekte können initiiert werden, zum Beispiel zu Umweltschutz, und Beteiligungsbudgets können bereitgestellt werden (STEPHAN 2024b). Beteiligungsprojekte zu Bundesthemen sollen organisiert werden, in denen Bürger*innen lokale Lösungen erarbeiten, beispielsweise zu Windenergieprojekten (STEPHAN 2024c). Um auch weniger engagierten Prignitzer*innen einen Zugang zu politischer Partizipation zu vereinfachen, sollen Vereine und Organisationen eingebunden werden, die eher Kontakt zu diesen Menschen haben. Auch Mentor*innenprogramme zu politischem Engagement wären eine Idee, um weniger Erfahrene im Engagement zu unterstützen. Das Engagement und die politische Partizipation der Prignitzer*innen sollen wertgeschätzt werden. Akteur*innen der Demokratieförderung sollen persönliche Gespräche zu AfD-Wähler*innen suchen, deren Anliegen anhören und ernstnehmen (STEPHAN 2024b). Um diese Vorschläge umzusetzen, sind Kooperationen hilfreich, beispielsweise mit lokalen Einrichtungen, aber auch zwischen lokalen Akteur*innen und Akteur*innen auf Bundesebene. Außerdem könnten Bürger*innen aus anderen Regionen Erfahrungen zu ähnlichen Themen teilen (STEPHAN 2024c). Neue Formen von Kooperation und Vernetzung braucht es auch, um verschiedene Lebenswelten wieder einander anzunähern und gemeinsam etwas zu gestalten (D3, Z. 98-102). Demokratie in der Prignitz kann des Weiteren gestärkt werden, wenn Prignitzer*innen sich als Teil einer größeren Gemeinschaft begreifen würden, die über den eigenen Familien- und Freund*innenkreis hinausreicht, heterogener zusammengesetzt ist und in der einander unterstützt wird, beispielsweise in einer Stadtgemeinschaft (D4, Z. 249-256). Außerdem sollen, wie bereits angedeutet, Erfahrungen im Kontext der DDR aufgearbeitet werden. Zum Beispiel sollen Ungleichheiten thematisiert werden, die Folge der Wende sind, die Lebensleistung der Menschen in der DDR soll anerkannt werden und Prignitzer*innen sollen „als Teil der gesamtdeutschen Geschichte und Identität“ wertgeschätzt werden (STEPHAN 2024a). Abgesehen davon sind die DDR-Hintergründe, wie Regeln oder die Sprechweise, bei der Gestaltung von Beteiligungsprozessen zu berücksichtigen (D3, Z. 455-466). Bei der Umsetzung dieser Vorschläge soll das Feedback der Prignitzer*innen eingeholt werden, der Erfolg der Maßnahmen soll bewertet und gegebenenfalls angepasst werden (STEPHAN 2024c).

4.1.3 Triggerpunkte

Die letzte Oberkategorie des Kategoriensystems heißt Triggerpunkte. Hierbei handelt es sich um Reizthemen beziehungsweise um sensible Themen in der Prignitz, die bei der weiteren Forschung zu beachten sind. Beispiele dafür sind Windparks (D1, Z. 181f.), Nachhaltigkeit, Klima und die Partei Die Grünen (D2, Z. 186-189; D4, Z. 340-342). Im Autobahnbau liegen große Hoffnungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung der Region und das kritisch zu hinterfragen, könnte ein sensibles Thema sein (D4, Z. 343-347). Auch zum Thema DDR sollten Prignitzer*innen nur freiwillig erzählen und es sollte nicht nachgehakt werden. Außerdem gilt es, die AfD differenziert zu betrachten und AfD-Wähler*innen nicht pauschal mit Rechtsextremen gleichzusetzen (D3, Z. 552-563). Grundsätzlich sollte nicht schlecht über rechte Familienangehörige von Befragten gesprochen werden (D3, Z. 579-582). Das Gendern wurde mehrfach als Reizthema genannt (D3, Z. 563-578; D4, Z. 134-136) und im Allgemeinen sollte verständliche Sprache ohne Fremdwörter verwendet werden (D3, Z. 585-591).

4.1.4 Kommentierung durch Fall-Expert*innen

In Kap. 3.1 ist beschrieben, dass die Ergebnisse zur Demokratiesituation in der Prignitz in Form eines Schaubildes als Grundlage für die Fall-Interviews verwendet wurden. In den Fall-Interviews haben alle Expert*innen bis auf eine Interviewperson diese Ergebnisse kommentiert. Die Kommentare reichen von einer hohen Zustimmung über eine differenzierte Betrachtung hin zu Gegenpositionen. Da diese Kommentare unaufgefordert auf Initiative der Interviewpersonen hin eingebracht wurden und teilweise viel Raum in den Interviews einnahmen oder mit Entschlossenheit vorgetragen wurden, wurden sie in der Auswertung berücksichtigt und werden in diesem Abschnitt ausgeführt. Für eine Diskussion s. Kap. 5.4. Mehrfache Zustimmung erhalten die Punkte zu den Demokratie-Aspekten bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement und Bürger*innenbeteiligung (M1, Z. 67f.; M2, Z. 100-102; M3, Z. 82f.; W2, Z. 250-261). Dass Partizipationsmöglichkeiten nur spärlich angenommen werden, wird teilweise bestätigt. Entscheidend ist das Thema des Partizipationsprozesses und ob dieses die Bürger*innen anspricht oder nicht (M3, Z. 114-123). Bekräftigt wird von einer Seite, dass es viel Kooperation und gute Netzwerke gibt (W2, Z. 161-165), von anderer Seite wird diese Aussage stark relativiert: „Ja, aber das ist so ein kleiner Dunstkreis von Menschen, also das ist nicht die breite Masse hier. Die breite Masse ist hier letharg.“ (W1, Z. 285f.) In den Fall-Interviews wird auch die hohe Diskursbereitschaft der Prignitzer*innen und die teilweise Kompromisslosigkeit wahrgenommen (W2, Z. 265-271). Lediglich der Konfliktscheue der Stadt Wittenberge wird widersprochen, diese wird eher als hohe Kompromissbereitschaft wahrgenommen (M1, Z. 76-79). Die Ergebnisse zu Themen und Sorgen der Prignitzer*innen werden in den Fall-Interviews häufig kommentiert. Dass gute Mobilitätsangebote über Wittenberge hinaus fehlen, wird bestätigt (M1, Z. 49) und hinzugefügt, dass es selbst in Wittenberge wenige Angebote gibt und diese eher weniger angenommen werden (M3, Z. 155-162). Die Angst vor Krisen wird relativiert mit dem Kommentar, dass es schon immer Krisen gegeben hat und das nichts Neues ist und dass W1 sich weigert, in die krisenhafte Stimmung einzusteigen (W1, Z. 289-300). Das Feindbild Grüne wird unterstrichen (W2, Z. 170f.). M3 merkt beim Punkt fehlende politische Bildung an, dass das auf einen größeren Teil der Prignitzer*innen zutrifft:

„Der Wittenberger Bürgermeister hatte das vor ein paar Wochen auch ganz gut gesagt. Der hat gesagt, die Leute hier haben ja Angst vor allem, was fremd ist. Es ist egal, ob es die Ausländer sind oder auch die Großstädter. Die sind, ja, beide Gruppen fremd und wenn die dann in die Prignitz kommen, ist da erstmal so ein bisschen Scheue.“ (M3, Z. 151-154)

Dass einige Prignitzer*innen die Komplexität des Weltgeschehens nicht mehr verstehen, wird auch in den Fall-Interviews wahrgenommen und unterstellt, dass diese Menschen die Komplexität auch nicht verstehen wollen, aufgrund der damit verbundenen Anstrengung (W2, Z. 178-181). W1 vermutet zudem, dass es immer Menschen gegeben hat, die die Komplexität nicht verstanden haben, dass dies nur heute stärker wahrgenommen wird (Z. 288f.). In Bezug auf den allgemeinen Zustand der Demokratie in der Prignitz wird der Zulauf zu rechtspopulistischen Parteien bestätigt (W2, Z. 182f.). Das Gefühl der

eingeschränkter Meinungsfreiheit wird jedoch relativiert mit dem Verweis darauf, dass es zumindest in Wittenberge und Perleberg Einrichtungen gibt, in denen die Prignitzer*innen ihre Meinung und Verbesserungswünsche einbringen können, in Perleberg beispielsweise das Stadtlabor (M3, Z. 130-133). M3 sieht auch die Aussage kritisch, dass die Demokratie in der Prignitz an der Kippe steht mit der Begründung, dass die Werte der AfD in der Prignitz nicht höher als in anderen ostdeutschen Regionen sind, auch wenn die AfD bei allen Wahlen 2024 hohe Zustimmung erhalten hat (M3, Z. 125-128). Auf der Grundlage dieser Ergebnisse zum Zustand der Demokratie in der Prignitz werden in den folgenden Unterkapiteln die ausgewählten Fälle getrennt voneinander umrissen und deren Ergebnisse in Bezug auf die Unterfragen und die Forschungsfrage dargelegt.

4.2 Fall 1: Teilplan Windenergienutzung und Bürger*inneninitiative

In diesem Unterkapitel wird zunächst der Fall 1: Teilplan Windenergienutzung und Bürger*inneninitiative einführend kurz zusammengefasst. Anschließend wird die Stichprobe der Expert*inneninterviews zu diesem Fall vorgestellt und der Fall ausführlicher und unter Einbezug theoretischer Grundlagen beschrieben. Erst im Anschluss werden die Ergebnisse zu den Unterfragen und zur Forschungsfrage dargelegt.

4.2.1 Fallzusammenfassung

In Fall 1 wird die Energiewende als Teil der Klimawende in der Prignitz demokratisch ausgehandelt. Am 25.01.2023 hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel die Erstellung des Sachlichen Teilplans *Windenergienutzung (2024)* beschlossen. Ziel ist es, in der Planungsregion Prignitz-Oberhavel Vorranggebiete für Windenergienutzung auszuweisen (REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT PRIGNITZ-OBERHADEL (RPG P.-O.) o.J.a). Gegen das im Vorentwurf enthaltene mögliche Windvorranggebiet im Waldgebiet der Hohen Heide wehrte sich die Interessengemeinschaft (IG) Hohe Heide unter anderem mit einer Unterschriftensammlung (IG HOHE HEIDE o.J.). Der beschlossene Entwurf des Sachlichen Teilplans enthält das mögliche Windvorranggebiet im Waldgebiet der Hohen Heide nicht mehr und wird ab 18.12.2024 für die öffentliche Beteiligung ausgelegt (RPG P.-O. o.J.a). Auch in der RES der LAG Storchenland Prignitz spielt die Energiewende eine wichtige Rolle. Aus diesem Anlass hat die LAG bereits ein Regionalforum zum Thema veranstaltet (VEREIN REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. (VEREIN R. P.) o.J.).

4.2.2 Datengrundlage

Kap. 4.2 basiert auf den Ergebnissen der Fall-Interviews und der Dokumentenanalyse zu Fall 1. Die Interviewstichprobe (s. Tab. 2) besteht aus drei Expert*innen, im Folgenden W1-W3 genannt. Anders als bei der Stichprobe der Vorab-Interviews sind hier nicht die Berührungspunkte der Befragten mit Demokratie in der Prignitz und der Bezugsraum, über den diese Aussagen machen, relevant, sondern die Akteursgruppen (Ausführung der Akteursgruppen s. Kap. 4.2.3) im Fall, der die Interviewpersonen angehören, und deren Einstellungen zum Inhalt des Sachlichen Teilplans. Eine befragte Person gehört zur Akteursgruppe der Gegner*innen, eine zur Gruppe, die indirekte Beeinflussung ausübt, und eine zur regionalen und kommunalen Politik und Verwaltung. Die Einstellungen zum Inhalt des Sachlichen Teilplans reichen von stark negativ über neutral hin zu schwach positiv. Zwei Interviewpersonen sind Prignitzer*innen. Die analysierten Dokumente sind bereits in Kap. 3.3 kurz beschrieben. An dieser Stelle werden die Dokumente in Kürze in Bezug auf einzelne charakteristische Eigenschaften beschrieben. Grundlage dafür sind die Ergebnisse aus letzten Schritten der Dokumentenanalyse (s. Anhang 17). Von ihrer Textart her sind die Dokumente hauptsächlich deskriptiv, kaum präskriptiv oder evaluativ und gar nicht logisch-analytisch. Die Zeitungsartikel sind zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Arbeit nicht älter als eineinhalb Jahre, die Webseiten werden laufend aktualisiert. Daher sind die Dokumente eher aktuell, einige Zeitungsartikel haben jedoch aufgrund neuer Geschehnisse und Beschlüsse an Aktualität verloren. Textproduzent*innen sind überwiegend Prignitzer*innen. Der Sprachstil ist je nach Texttyp und Entstehungszusammenhang sehr unterschiedlich: Die Webseiten der Regionalen Planungsgemeinschaft sind fachlich. Die Webseite der IG Hohe Heide und die Online-Artikel hingegen enthalten sowohl

Fachwörter als auch rhetorische Stilmittel und im Vergleich zu den zahlreichen Hintergrundinformationen werden keinerlei Quellen angegeben. Unter den rhetorischen Stilmitteln sind auf der Webseite der IG Hohe Heide beispielsweise dramatisierende Formulierungen, Ausrufe und Appelle zu finden. In den Online-Artikeln werden dramatisierende Formulierungen, aber auch Kontrastierungen und häufig Beschreibungen emotionaler Reaktionen verwendet. Zudem werden die Prignitzer*innen kaum differenziert betrachtet, zum Beispiel in Bezug auf ihre Einstellungen zum Sachlichen Teilplan. Auf der Webseite der IG Hohe Heide werden Gegenpositionen delegitimiert und kritisiert. In den Online-Artikeln ist eine Vorwegnahme möglicher Kritik und Gegenpositionen teils erkennbar und teils nicht, teils werden Argumente diskutiert, an anderer Stelle jedoch Gegenpositionen kritisiert und delegitimiert. Die Dokumente der LAG sind durch einen sachlichen Sprachstil mit Fachwörtern charakterisiert, der teilweise allerdings umgangssprachlich ist und einzelne rhetorische Stilmittel enthält. Auch hier sind keine Quellen für Hintergrundinformationen zu finden.

Tab. 2: Stichprobe der Fall-Interviews zu Fall 1.

Akteursgruppe	Einstellung zum Inhalt des Sachlichen Teilplans (--/-/0/+ /++)	Prignitzer*in?
Gegner*innen	--	Ja
Indirekte Beeinflussung	+	Ja
Regionale und kommunale Politik und Verwaltung	0	?

4.2.3 Ausführliche Fallbeschreibung

Im Folgenden wird Fall 1 nun ausführlicher beschrieben. Um den Fall zu verstehen, sind ein Überblick über die beteiligten Akteur*innen und deren Beziehungen und eine Chronologie der Ereignisse hilfreich. Für einen Überblick über die beteiligten Akteur*innen werden diese gruppenweise vorgestellt, und zwar in folgender Reihenfolge: Zuerst geht es um Akteur*innen der Politik und Verwaltung auf Bundes- und Landesebene (s. Abb. 11), der die regionale und kommunale Politik und Verwaltung (s. Abb. 12) nachgeordnet ist. Es folgt die Akteursgruppe derjenigen, die die entsprechende Infrastruktur stellen (s. Abb. 13). Die genannten drei Akteursgruppen sind dem Teilplan gegenüber positiv oder neutral eingestellt. Anschließend werden Gruppen vorgestellt, die eine gemischte bis gegnerische Haltung einnehmen, nämlich die Prignitzer*innen und die Gegner*innen (s. Abb. 14). Zum Schluss folgt die Gruppe derjenigen, die den Fall aus einer eher peripheren Position heraus beeinflussen (s. Abb. 15). Für einen Überblick über die Akteursgruppen s. Abb. 10.

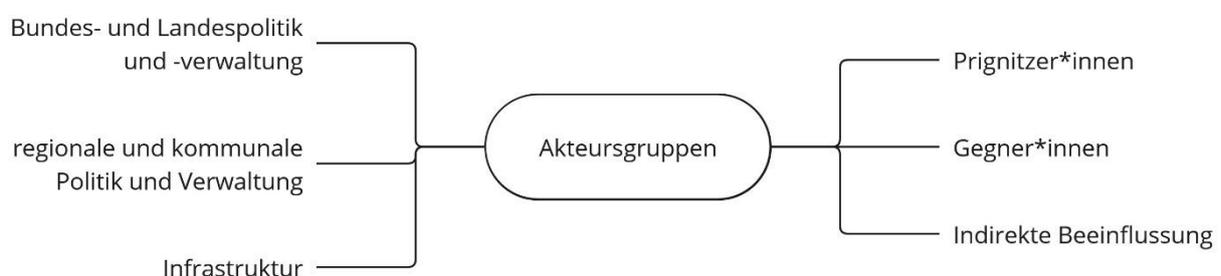


Abb. 10: In Fall 1 beteiligte Akteursgruppen.

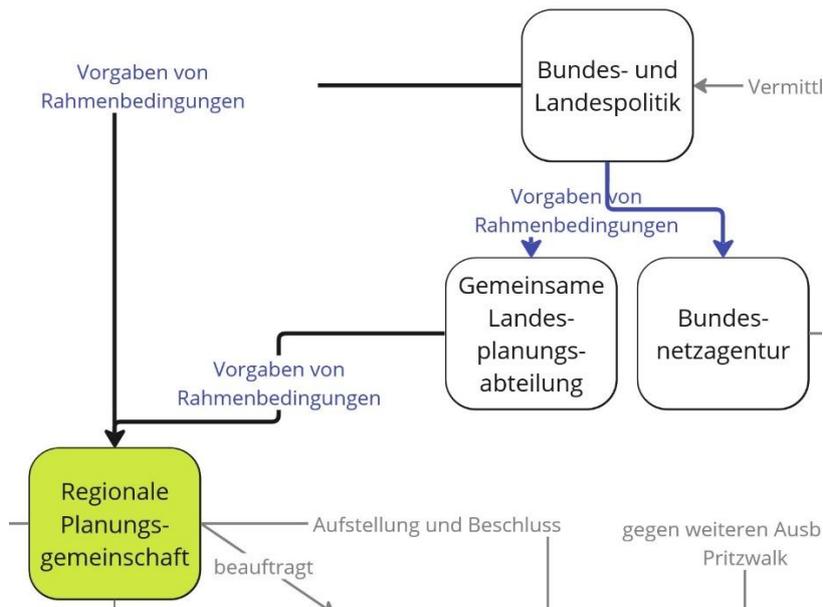


Abb. 11: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe Bundes- und Landespolitik.

Die Bundes- und Landespolitik gibt der gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg Rahmenbedingungen vor. Solche Vorgaben finden sich unter anderem im Raumordnungsgesetz, welches die Raumplanung in Deutschland regelt und Grundsätze der Raumordnung enthält, die in Raumordnungsplänen umgesetzt werden müssen, zum Beispiel der Ausbau erneuerbarer Energien zu Klimaschutz Zwecken (RAUMORDNUNGSGESETZ 2008). Der Klimaschutz schlägt sich dadurch im Landesentwicklungsprogramm und im Landesentwicklungsplan der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg nieder (SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG & MINISTERIUM FÜR INFRASTRUKTUR UND RAUMORDNUNG 2008; GEMEINSAME LANDESPLANUNGSABTEILUNG BERLIN-BRANDENBURG 2019). Die gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg macht dementsprechend der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Vorgaben. Sie schreibt unter anderem den konkreten Prozess zur Aufstellung von Regionalplänen vor (RICHTLINIE DER GEMEINSAMEN LANDESPLANUNGSABTEILUNG BERLIN-BRANDENBURG FÜR REGIONALPLÄNE 2019) und die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms und des Landesentwicklungsplans müssen in den Regionalplänen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel konkretisiert werden (RPG P.-O. o.J.a). Mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) verpflichtet der Bund die Länder, einen bestimmten Flächenbeitrag für Windenergieanlagen zu leisten, um die Ausbauziele des Bundes zu erreichen. In Brandenburg betragen die Beitragswerte 1,8 % der Landesfläche bis Ende 2027 und 2,2 % der Landesfläche bis Ende 2032 (WINDBG 2022). Mit dem Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (Brandenburgisches Flächenzielgesetz, BbgFzG) verpflichtet das Land Brandenburg wiederum die Regionalen Planungsgemeinschaften, die entsprechenden Regionsflächen für Windenergie in den Regionalplänen auszuweisen (BbgFzG 2023). Für den Bereich Windenergie gilt aktuell kein Regionalplan in der Planungsregion Prignitz-Oberhavel: Die Erstellung eines Gesamtplans wurde 2019 beschlossen, ist aber noch nicht erfolgt. Der Regionalplan *Freiraum und Windenergie* wurde nur teilweise genehmigt, Festlegungen zur Windenergie sind von der Genehmigung ausgeschlossen. Der Sachliche Teilplan *Windenergienutzung (2024)* ist im Aufstellungsprozess. Ziel des Sachlichen Teilplans ist es, Windvorranggebiete auszuweisen, um letztlich mindestens 1,8 % der Regionsfläche für Windenergieanlagen bereitzustellen. Vorranggebiet bedeutet, dass innerhalb dieser Gebiete Windenergieanlagen privilegiert zulässig sind und außerhalb der Gebiete nicht, sofern die Flächenziele erreicht werden (RPG P.-O. o.J.a). Kommunen können aber zusätzliche Windenergieflächen ausweisen. Sollte die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel das Teilflächenziel bis 2027 nicht erreichen, „bleibt die Situation so, wie sie ist, also die Windkraftanlagen sind nach wie vor privilegiert, jeder kann überall Anträge stellen und es gibt sogar eine verstärkte Außenbereichsprivilegierung. Das heißt,

es wird auch noch das Abstandsgesetz gegenstandslos.“ (W3, Z. 405-408) In Fall 1 gibt die Bundes- und Landespolitik jedoch nicht nur der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung und der Regionalen Planungsgemeinschaft Rahmenbedingungen vor. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle erwähnt, dass die Bundespolitik auch der Bundesnetzagentur Vorgaben macht, welche wiederum dem Stromnetzbetreiber Rahmenbedingungen vorgibt (BUNDESNETZAGENTUR 2023; BUNDESNETZAGENTUR 2024). Diese Beziehung wird weiter unten mit der Beschreibung der Akteursgruppe Infrastruktur ausgeführt.

Unter der regionalen und kommunalen Politik und Verwaltung werden hier die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel und die Kommunen im Planungsgebiet zusammengefasst. Zu den Kommunen im Planungsgebiet gehören die Verwaltung des Landkreises Prignitz und die Städte und Gemeinden innerhalb des Landkreises Prignitz. Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt Regionalpläne, darunter den Sachlichen Teilplan, auf und beschließt sie. Das Planungsgebiet umfasst die Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel (GESETZ ZUR REGIONALPLANUNG UND ZUR BRAUNKOHLLEN- UND SANIERUNGSPLANUNG 2012). Die Regionale Planungsgemeinschaft besteht aus einem Planungsausschuss, der Regionalversammlung und dem Regionalvorstand. Die Regionalversammlung wiederum setzt sich aus 60 Mitgliedern der Kommunalverwaltung aus der Planungsregion zusammen (<https://www.prignitz-oberhavel.de/gremien-und-sitzungen.html#section-id-16>). Nach einem Einwohnerschlüssel werden unter anderem Landrät*innen aus den drei Landkreisen entsendet (W3, Z. 8f. und 222-226). Die Regionalversammlung tagt etwa einmal jährlich und fasst demokratisch legitimierte Beschlüsse. Vorbereitet und umgesetzt werden diese Beschlüsse vom Regionalvorstand und vom Planungsausschuss. Beide werden aus der Regionalversammlung gewählt, der Regionalvorstand tagt viermal im Jahr und der Planungsausschuss nach Bedarf (RPG P.-O. o.J.b). Die Regionale Planungsstelle ist kein Gremium der Regionalen Planungsgemeinschaft, sondern wird von dieser eingerichtet und beauftragt, deren Aufgaben zu übernehmen (GESETZ ZUR REGIONALPLANUNG UND ZUR BRAUNKOHLLEN- UND SANIERUNGSPLANUNG 2012). Im Laufe des Aufstellungsprozesses eines Regionalplans werden die Kommunen im Planungsgebiet zu zwei Zeitpunkten beteiligt, nämlich einmal behördenintern und frühzeitig im Rahmen des Scopings und einmal gemeinsam mit der Beteiligung der Öffentlichkeit (PLANUNGS-AUSSCHUSS 2024; W3, Z. 359-396). Das Scoping ist ein behördeninternes Verfahren, in dem der Vorentwurf des Plans behördenintern bekannt gegeben wird, auf entgegenstehende Belange und Planungen überprüft und gegebenenfalls angepasst wird, bevor der Entwurf öffentlich bekannt gemacht wird (W3, Z. 359-396).

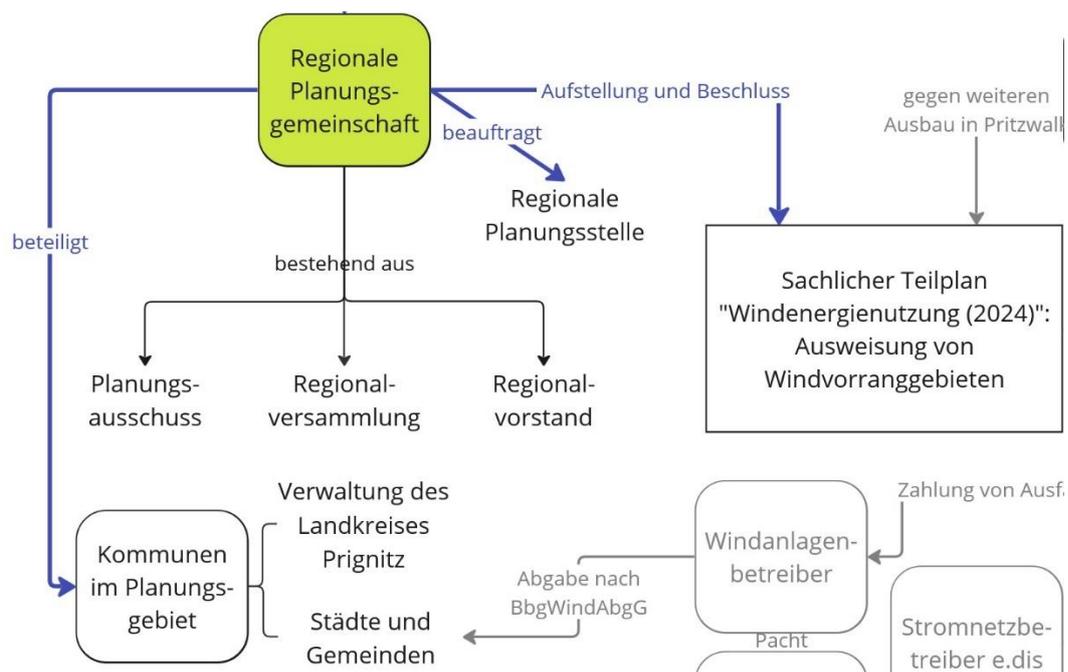


Abb. 12: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe regionale und kommunale Politik und Verwaltung.

Zur Infrastruktur bietenden Akteursgruppe gehören die Eigentümer*innen der Flächen, auf denen mögliche Windenergieanlagen gebaut werden, im Fall 1 hauptsächlich das Klosterstift Heiligengrabe (ANKE 2024b). Windanlagenbetreiber*innen sind diejenigen, die Windenergieanlagen zur Stromproduktion nutzen und Einnahmen aus der Stromproduktion erhalten (ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZ 2014). Dadurch, dass sie Pacht an die Flächeneigentümer*innen bezahlen und eine Abgabe nach Bbg-WindAbgG an angrenzende Kommunen, profitieren auch Flächeneigentümer*innen und Kommunen finanziell von Windenergieanlagen (WAGENER 2024; BbgWINDABGG 2019). Bei der Abgabe nach Bbg-WindAbgG handelt es sich um jährlich 10.000 Euro für jede ab 2020 errichtete Anlage, die von der empfangenden Kommune für Aufwertungs- und akzeptanzfördernde Maßnahmen eingesetzt werden sollen (EBD.). Das BbgWindAbg (Gesetz zur Zahlung einer Sonderabgabe an Gemeinden im Umfeld von Windenergieanlagen) wurde 2019 vom Landtag Brandenburg beschlossen, um die Akzeptanz der Anlagen bei Anwohner*innen zu erhöhen (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GmbH 2022). Der erzeugte Strom wird über Stromnetze des Stromnetzbetreibers abgeführt, in Fall 1 e.dis. Im Strompreis der Prignitzer*innen sind Netzentgelte enthalten, sprich Beiträge an e.dis für den Unterhalt und Ausbau der Stromnetze (BUNDESNETZAGENTUR o.J.a). Mit dem Ausbau erneuerbarer Energieanlagen müssen auch die abführenden Stromnetze ausgebaut werden, um Netzüberlastungen zu vermeiden. Die erhöhten Kosten für den Netzausbau werden vom Netzbetreiber e.dis auf die Stromkund*innen umgelegt, in Fall 1 die Prignitzer*innen. Da erneuerbare Energien insbesondere in ländlichen Räumen Nord- und Nordostdeutschlands ausgebaut werden, bezahlen die Prignitzer*innen gerade wegen des hohen Anteils erneuerbarer Energien mit die höchsten Strompreise in Deutschland. Verschärft wird dies noch dadurch, dass sich im Strompreis der Prignitzer*innen Entschädigungszahlungen des Netzbetreibers an die Windanlagenbetreiber*innen niederschlagen, wenn deren Anlagen wegen drohender Netzüberlastung vorübergehend gedrosselt werden müssen und ihnen in der Folge Einnahmen wegfallen (BUNDESNETZAGENTUR o.J.b; ANKE 2024c). Um die Kosten des Netzausbaus gerechter auf die Regionen Deutschlands zu verteilen, hat die Bundesnetzagentur am 30.08.2024 eine Festlegung veröffentlicht, in der diese Umverteilung geregelt ist. Netzbetreiber, die von hohen Ausbaukosten betroffen sind, sollen ab dem 01.01.2025 von Netzbetreibern aus anderen Regionen entlastet werden. Die entlasteten Netzbetreiber können diese Entlastung durch sinkende Netzentgelte an ihre Stromkund*innen weitergeben (BUNDESNETZAGENTUR 2024). Für die Prignitzer*innen könnten die Netzentgelte ab dem 01.01.2025 um etwa 20 % sinken (E.DIS AG 2024).

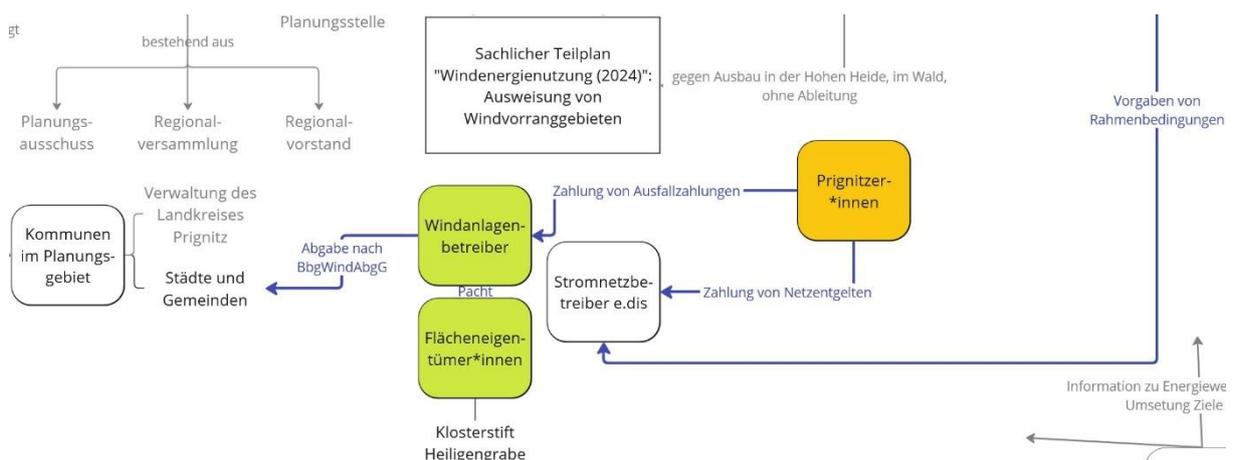


Abb. 13: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe Infrastruktur.

Zur Gruppe der Gegner*innen gegen die weitere Ausweisung von Windvorranggebieten gehören zum einen die Arbeitsgemeinschaft (AG) Wind der Stadt Pritzwalk und zum anderen die IG Hohe Heide. Die AG Wind besteht aus Stadtverordneten der Stadt Pritzwalk und ihr Anliegen ist eine Positionierung beziehungsweise vor allem eine Verhinderung von weiteren Windvorranggebieten im Pritzwalker

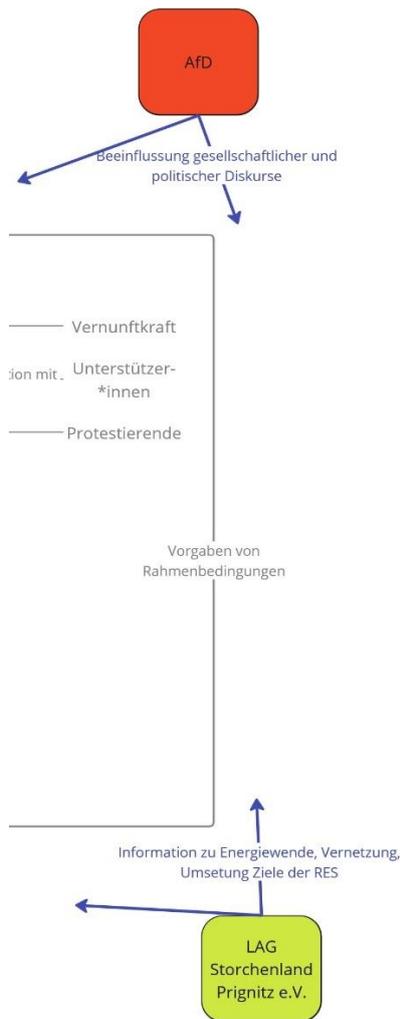


Abb. 15: Akteur*innen und Beziehungen der Akteursgruppe indirekte Beeinflussung.

Nach einem Überblick über die beteiligten Akteur*innen und deren Beziehungen folgt nun eine Chronologie der Ereignisse im Rahmen von Fall 1 (zur Veranschaulichung s. Abb. 16). Am 25.01.2023 hat die Regionalversammlung die Neuaufstellung des Sachlichen Teilplans *Windenergienutzung (2024)* beschlossen (RPG P.-O. o.J.a). Unabhängig davon fand am 08.05.2023 das Regionalforum der LAG Storchenland Prignitz zum Thema „Regionale Wertschöpfung mit erneuerbaren Energien“ statt. Die Veranstaltung sollte der Information, Vernetzung und Aktivierung der Beteiligten dienen. Verschiedene Referierende, wie der Energiemanager der Regionalen Planungsstelle Prignitz-Oberhavel, stellten den Stand des Ausbaus Erneuerbarer Energien in der Prignitz vor, darauf folgte ein Podiumsgespräch zur Wertschöpfung erneuerbarer Energien für die Region (VEREIN R. P. o.J.; LAG Storchenland Prignitz (LAG ST. P.) o.J.a). Vom 08.08.2023 bis zum 08.09.2023 wurden die vom Sachlichen Teilplan betroffenen Gemeinden im Rahmen des Scopings frühzeitig beteiligt. Der Vorentwurf des Plans sah zu diesem Zeitpunkt ein mögliches Windvorranggebiet im Wald der Hohen Heide vor (ANKE 2023a&b). Die Hohe Heide liegt im Osten des Landkreises auf der Grenze zum Landkreis Ostprignitz-Ruppin, zwischen Kemnitz, Heiligengrabe, Bölzke und Wilmersdorf. Um erste bekannte Informationen auszutauschen, haben sich im Beteiligungszeitraum einige Ortsvorsteher*innen der betroffenen Gemeinden zu einem Ortsvorsteher*innentreffen eingefunden. Außerdem hat sich die IG Hohe Heide reaktiviert (ANKE 2023a). Zentrale Argumente der IG gegen das Windvorranggebiet im Wald sind die Zerstörung des Waldökosystems, des Naherholungsgebietes und des Landschaftsbildes, außerdem Kosten- und Nutzenungerechtigkeit: „[...] nur Landeigentümer und Windaktionäre profitieren, wir Bürger bezahlen“. Weitere Gegenargumente sind, dass sich Windenergieanlagen negativ auf die Gesundheit auswirken und zu einer Wertminderung

und einem Attraktivitätsverlust der Immobilien und der ganzen Region führen. Schließlich wird in der Region bereits genügend Strom aus erneuerbaren Energien produziert: „Wir produzieren bereits mehr als 250% [sic] unseres eigenen Strombedarfs in der Prignitz.“ (IG HOHE HEIDE o.J.). Von Herbst 2023 bis zum 27.06.2024 sammelte die IG Hohe Heide infolgedessen Unterschriften gegen ein mögliches Windvorranggebiet im Wald der Hohen Heide. Die Listen lagen in verschiedenen Pritzwalker Geschäften aus und sollten die Planungen abwenden (ANKE 2023b; WAGENER 2024). Am 25.01.2024 organisierte die IG Hohe Heide einen Protest anlässlich einer Tagung der Regionalversammlung (ANKE 2024a). Am 15.02.2024 fand eine von der IG Hohe Heide organisierte Podiumsdiskussion mit Stakeholdern wie Vertreter*innen aus dem NABU, der Regionalen Planungsstelle und dem Netzbetreiber e.dis statt. Auch die Bundesinitiative *Vernunftkraft* war vertreten. Diskutiert wurden Kritikpunkte wie der langsame Netzausbau und die damit zusammenhängenden Ausfallzahlungen der Prignitzer*innen, außerdem die Frage, warum bestehende Anlagen nicht in die Flächenziele eingerechnet werden. Es wurden auch mögliche Lösungen diskutiert (ANKE 2024b&c). Eigentlich war die Planungsgemeinschaft zu diesem Zeitpunkt noch im nicht-öffentlichen Scoping. Nur durch die IG Hohe Heide und Berichterstattungen gelangten behördeninterne Informationen an die Öffentlichkeit (ANKE 2024b). Anfang März 2024 trafen sich Vertreter*innen der IG Hohe Heide und der AG Wind mit der Bundestagsabgeordneten Wiebke Papenbrock zu einem Gespräch. Die Vertreter*innen gaben der Bundestagsabgeordneten ihre Forderung mit, bestehende Anlagen in die Flächenziele zu zählen, außerdem den Vorschlag, Ausfallentgelte für Anlagenbetreiber abzuschaffen, damit sich Windanlagen eher dort ansiedeln, wo der Strom tatsächlich gebraucht wird. Wiebke Papenbrock ist eine von zehn Bundestagsabgeordneten, die sich wöchentlich über die Sorgen der Brandenburger*innen austauschen und diese aufgreifen. Häufig wird dabei Windkraft thematisiert. Wiebke Papenbrock ist die einzige Politikerin, die die Sorgen der IG aufgreift (ANKE 2024d).

Am 21.05.2024 wurde der Vorentwurf des Sachlichen Teilplans bestätigt. Der aktualisierte Vorentwurf sieht die Ausweisung von insgesamt 47 Windeignungsgebieten in der Planungsregion vor, davon 20 in der Prignitz, 17 im Landkreis Ostprignitz-Ruppin und zehn im Landkreis Oberhavel. Auch wenn das mögliche Windvorranggebiet in der Hohen Heide verworfen wurde, teilte die IG Hohe Heide mit, ihren Protest fortzusetzen (VOGEL 2024). Am 03.06.2024 fand eine öffentliche Sitzung des Regionalvorstands statt. Da weniger Sitzplätze für Bürger*innen bereitgestellt waren als Interessierte teilnehmen wollten, mussten zehn Besucher*innen im Vorraum auf dem Fußboden sitzen. Anlässlich der Regionalversammlung am 27.06.2024, bei der der Vorentwurf des Teilplans zur Abstimmung stehen sollte, fand am 07.06. eine von der IG Hohe Heide organisierte Demonstration vor dem Kloster Heiligengrabe statt. Das Klosterstift ist die hauptsächliche Eigentümerin der möglichen Windeignungsgebiete und soll von einem Windunternehmen eine Spende im Wert von 200.000 Euro erhalten haben (ANKE 2024e). Die Forderungen der Demonstration waren an Landeigentümer*innen gerichtet, ihre Flächen nicht für Windenergie zur Verfügung zu stellen. Auch Vertreter*innen von Initiativen anderer Regionen nahmen teil (WAGENER 2024). Am 27.06. hat die Regionalversammlung den Planentwurf beschlossen. Ab dem 18.12.2024 soll die Behörden- und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden. Die Entwürfe für die Regionalpläne müssen mindestens einen Monat lang öffentlich ausgelegt werden. Die Öffentlichkeit hat in dieser Zeit Gelegenheit, Stellungnahmen abzugeben, die im folgenden Verfahrensverlauf zu berücksichtigen sind (RPG P.O. o.J.a). Bis zur Genehmigung des Plans sind Windanlagen privilegiert zulässig, sofern der Antrag per Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt wird (ANKE 2024f). Nach der ausführlichen Fallbeschreibung werden in den folgenden Unterkapiteln die Ergebnisse zu den Unterfragen und zur Forschungsfrage in Bezug auf Fall 1 dargelegt.

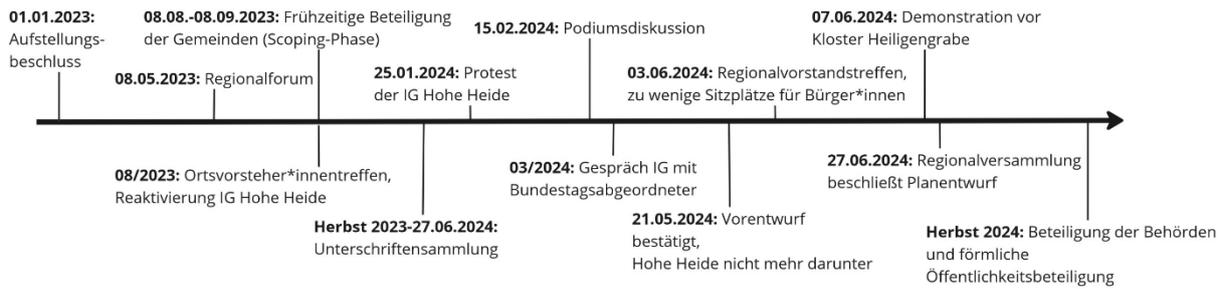


Abb. 16: Chronologie Fall 1.

4.2.4 Ergebnisse zu U1

In diesem Unterkapitel geht es um die Ergebnisse zur Unterfrage U1: Auf welche Aspekte einer funktionierenden Demokratie ist eine gelingende Klimawende in der Prignitz angewiesen? Ausgangspunkt dafür sind die Demokratie-Aspekte, die im Untersuchungsrahmen formuliert sind (s. Kap. 2.3), und die Ausprägung dieser Aspekte in der Prignitz (s. Kap. 4.1.2). Die Demokratie-Aspekte dienen als Grundgerüst des Kategoriensystems, das anhand des Materials um sechs Unterkategorien und zwei weitere Oberkategorien ergänzt wurde. Für das Kategoriensystem siehe Anhang 18 und für den Kodierleitfaden Anhang 19. Für die Beantwortung der Unterfragen wurde der grundlegende Anhang 1 weiterentwickelt und als Vorlage sozusagen ausgefüllt (s. stark gekürzt Abb. 17). In diesem Unterkapitel werden die Aspekte von Demokratie betrachtet, die förderlich auf eine gelingende Energiewende in der Prignitz wirken. Nicht alle dieser Aspekte spielen in Fall 1 eine gleich große Rolle. Die Aspekte von Demokratie wurden gewichtet nach Anzahl der Interviewaussagen je Aspekt, nach der Intensität beziehungsweise Sicherheit, mit der die Aussagen zu einem Aspekt vorgebracht wurden und nach der Zentralität eines Aspekts in den Interviews. In die Gewichtung einbezogen wurde zusätzlich, ob der Aspekt gezielt erfragt oder auf Initiative der Interviewperson eingebracht wurde, und, welche Formulierung die Interviewperson in Zusammenhang mit dem Aspekt verwendet hat. Die Aspekte von Demokratie mit ihrer Bedeutung für eine gelingende Energiewende in der Prignitz werden im Folgenden nach Gewichtung sortiert vorgestellt.

Am wirkmächtigsten in Fall 1 sind die Aspekte Gerechtigkeit, Bürger*innenbeteiligung und Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit. Gerechtigkeit ist in Fall 1 folgendermaßen ausgeprägt: Zum einen führt die tortenstückartige Anordnung der Planungsregionen um Berlin dazu, dass Chancen und Belastungen ungefähr gleich auf die Planungsregionen aufgeteilt sind, beispielsweise auch in Zusammenhang mit der Ausweisung von Windvorranggebieten (W3, Z. 27-32). Wie oben bereits erwähnt, erhalten an Windanlagen angrenzende Kommunen Abgaben der Betreiber*innen und profitieren auf diese Weise auch von Windkraft (W2, Z. 59-61; MAYR 2023b). Einnahmen aus Windenergieanlagen sind insbesondere für die Prignitzer Kommunen eine Möglichkeit, trotz Haushaltsdefizit kommunale Pflichtaufgaben wie Daseinsvorsorge erfüllen zu können (W2, Z. 62-67). Auch das oben beschriebene Konzept zur faireren Kostenverteilung seitens der Bundesnetzagentur könnte Verteilungsgerechtigkeit schaffen (MAYR 2023b). Die genannten Gerechtigkeitsaspekte führen zu ausgeglicheneren Kosten und Nutzen für die Prignitzer*innen in Bezug auf Energiewende. Bürger*innenbeteiligung lässt sich unterteilen in förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung, die Teil der Regionalplanung ist (RPG P.-O. o.Ja.; ANKE 2023b; ANKE 2024f), materielle Beteiligung, wozu Potenziale wie Mieterstrom oder der Direktverkauf von Strom aus erneuerbaren Energien zählen (LAG St.P. o.J.b), und informelle Beteiligung. Die RES der LAG Storchenland Prignitz ist mit einem partizipativen Verfahren verbunden und sieht „Regionale Energieerzeugung stärken“ als Handlungsfeldziel vor. Ein Teilziel dieses Handlungsfeldziels ist „Teilhabe und Akzeptanz für erneuerbare Energien unterstützen“ (LAG St.P. o.J.a). Da die LAG die Umsetzung dieser Ziele verfolgt (W2, Z. 33-35), leistet Bürger*innenbeteiligung einen indirekten Beitrag zur Energiewende. Auch die Entstehung des Kriterienkatalogs, nach dem die LAG Projektanträge bewertet, ist in ein partizipatives

Verfahren integriert (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GMBH 2022). In diesem Katalog ist unter anderem das Kriterium „direkter Beitrag zum schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, Klimaanpassung und Resilienz der Region und Verwendung natürlicher und nachwachsender Rohstoffe“ festgehalten, bei deren Erfüllung es einen Punkt gibt (W2, Z. 363-367), was die Förderung des Projekts ein wenig wahrscheinlicher macht. Im Podiumsgespräch beim Regionalforum wurde außerdem das Beteiligen von Betroffenen als Erfolgsfaktor identifiziert (LAG St.P. o.J.b). Die Ergebnisse zum Aspekt Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit lassen sich in die Unterkategorien Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft, Diskursbereitschaft der Bürger*innen und Kompromissbereitschaft unterteilen. In Bezug auf die Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft bewertet W1 als positiv, dass die Leiterin der Regionalen Planungsstelle ansprechbar ist und an der von der IG Hohe Heide organisierten Podiumsdiskussion teilgenommen hat (Z. 411-414). Bei dieser Podiumsdiskussion wurde auch die Diskursbereitschaft der Bürger*innen sichtbar. Über 150 Zuhörer*innen nahmen teil und neben einiger Kritik am Vorentwurf des Sachlichen Teilplans und an der Umsetzung der Energiewende in der Prignitz, bot die Podiumsdiskussion einen Raum, um Lösungen für diese Kritikpunkte zu diskutieren (ANKE 2024c). Die Diskursbereitschaft der Bürger*innen zeigt sich auch im Gespräch der Vertreter*innen von IG Hohe Heide und AG Wind mit der Bundestagsabgeordneten Wiebke Papenbrock. Durch das Gespräch fühlten sich die Vertreter*innen gehört (ANKE 2024d). Die Diskursbereitschaft der Bürger*innen wurde drittens beim Regionalforum der LAG sichtbar. Mehr als 50 Prignitzer*innen nahmen teil und konnten sich über Wertschöpfung durch erneuerbare Energien informieren und austauschen (VEREIN R. P. o.J.; LAG St.P. o.J.a). Das Ziel solcher Veranstaltungen ist unter anderem, durch Information und Aufklärung Vorbehalte, Ängste und Fronten gegenüber der Energiewende in der Prignitz abzubauen. Die Wirkung dieser Veranstaltungen ist jedoch nicht genau nachvollziehbar (W2, Z. 15-18). Auf dem Regionalforum wurden unter anderem Kommunikationsfähigkeit und das aufeinander Zugehen als Erfolgsfaktoren für regionale Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien genannt (VEREIN R. P. o.J.). Schließlich ist eine gelingende Energiewende in der Prignitz auf die Aushandlung von Kompromissen angewiesen (VOGEL 2024).

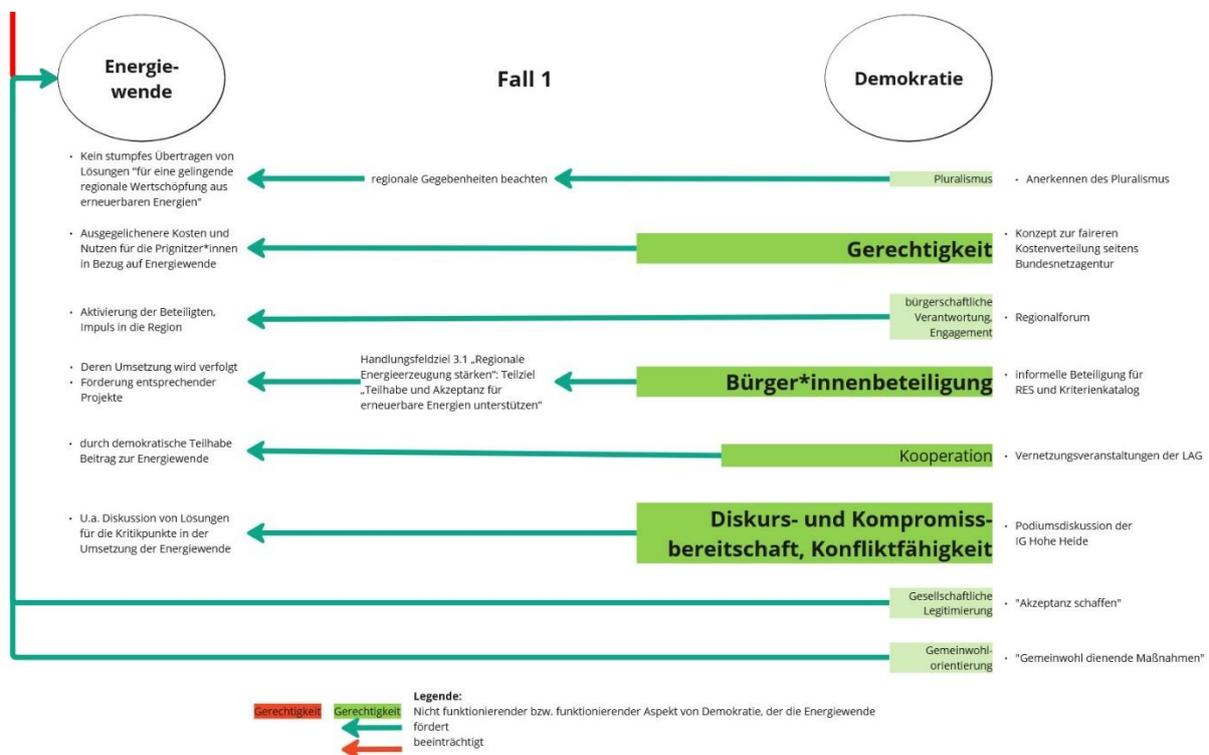


Abb. 17: Ergebnisse zu U1 mit ausgewählten Beispielen.

Eine mittelgroße Bedeutung für Energiewende hat der Aspekt Kooperation. Hierzu gehören Vernetzungsveranstaltungen wie das Regionalforum, die die LAG anbietet. Durch die Teilnahme der Prignitzer*innen kann das Regionalforum einen Beitrag zur Energiewende leisten (W2, Z. 353-356). Die Energiewende ist außerdem auf die konstruktive Zusammenarbeit aller Stakeholder wie Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, Anlagen- und Netzbetreiber und Prignitzer*innen angewiesen (VEREIN R. P. o.J.). Potenziale für eine regionale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien liegen im Zusammenbringen von Menschen und in der Zusammenarbeit (LAG St.P. o.J.b). Am wenigsten einflussreich sind die Aspekte Pluralismus, bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement, gesellschaftliche Legitimierung und Gemeinwohlorientierung. Zu Pluralismus gehört hier das Anerkennen des Pluralismus, also das Beachten regionaler Gegebenheiten. Dies schützt vor einem blinden Übertragen von Modellen für eine regionale Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien auf die Prignitz (VEREIN R. P. o.J.). Das Regionalforum ermöglichte eine Aktivierung der Beteiligten und, einen Impuls in die Region zu geben (EBD.; W2, Z. 14f.). Die Teilnehmer*innen können nun durch ihr Engagement die Energiewende gestalten. Gesellschaftliche Legitimierung besteht hier im Schaffen von Akzeptanz. Erfolgsfaktoren für regionale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien sind schließlich gemeinwohlorientierte Maßnahmen (LAG St.P. o.J.b).

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die Aspekte von Demokratie mit ihrer Bedeutung für eine gelingende Energiewende in der Prignitz dargestellt. Die Demokratie-Aspekte stehen dabei nicht isoliert nebeneinander, sondern hängen teilweise zusammen. Beispielsweise kann eine materielle Beteiligung der Prignitzer*innen (Demokratie-Aspekt Bürger*innenbeteiligung) zu ausgeglicheneren Kosten und Nutzen der Prignitzer*innen (Demokratie-Aspekt Gerechtigkeit) führen. Ausgeglichene Kosten und Nutzen wiederum könnten die Akzeptanz und dadurch auch gesellschaftliche Legitimierung der Energiewende steigern (W2, Z. 82-84). Auch das Abbauen von Vorbehalten gegenüber der Energiewende im Rahmen des Regionalforums (Demokratie-Aspekt Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit) kann als Akzeptanzsteigerung verstanden werden (W2, Z. 22-24). Diese Beispiele machen deutlich, dass sich die Aspekte von Demokratie nicht direkt auf eine gelingende Energiewende auswirken, sondern sich teilweise gegenseitig beeinflussen. Auch aus Abb. 17 wird ersichtlich, dass lediglich die Aspekte gesellschaftliche Legitimierung und Gemeinwohlorientierung auf direktem Wege eine gelingende Energiewende fördern. Alle anderen Demokratie-Aspekte beeinflussen eher Aspekte von Energiewende, teilweise zudem mit Zwischenschritten. Selbst einige Punkte auf der „Energiewende-Seite“ in Abb. 17 hängen nur indirekt mit der Energiewende selbst zusammen. Zum Beispiel ist der Beitrag der Aktivierung von Beteiligten durch das Regionalforum zu einer gelingenden Energiewende wie gesagt nicht nachverfolgbar. Es ist auch nicht klar, ob und welche Effekte die Diskussion von Lösungen auf der Podiumsdiskussion der IG Hohe Heide hat. Auch, dass sich die Vertreter*innen von IG Hohe Heide und AG Wind infolge des Gesprächs mit der Bundestagsabgeordneten gehört fühlen, ist kein direkter Aspekt von Energiewende. An dieser Stelle soll also die Indirektheit der Wirkungen von Demokratie-Aspekten auf Energiewende hervorgehoben werden.

4.2.5 Ergebnisse zu U2

In diesem Unterkapitel geht es um die Ergebnisse zur Unterfrage U2: Inwiefern erschweren Aspekte einer (nicht) funktionierenden Demokratie eine gelingende Klimawende in der Prignitz? Es werden die Aspekte von Demokratie betrachtet, die beeinträchtigend auf eine gelingende Energiewende in der Prignitz wirken. Auch diese Aspekte werden ähnlich wie in Kap. 4.2.4 nach Priorität geordnet vorgestellt. Für eine stark zusammengefasste Darstellung dieser Ergebnisse s. Abb. 18. Für das Kategoriensystem s. Anhang 20 und für den Kodierleitfaden Anhang 21. Anders als in Abb. 17 sind die Wirkungspfeile nicht grün, sondern rot, da es sich um beeinträchtigende Wirkungen handelt. Auch die Demokratie-Aspekte sind nicht alle grün eingefärbt. Damit sollen funktionierende (grün) von nicht funktionierenden Demokratie-Aspekten (rot) unterschieden werden. Beispielsweise bedeutet der nicht

funktionierende Demokratie-Aspekt Gerechtigkeit, dass Gerechtigkeit nicht gegeben ist. Nicht funktionierende Bürger*innenbeteiligung zum Beispiel heißt, dass Bürger*innenbeteiligung erschwert ist oder nicht stattfindet. Dies sei an dieser Stelle eher einführend erklärt und wird an den einzelnen Demokratie-Aspekten weiter ausgeführt. Am wirkmächtigsten sind die nicht funktionierenden Demokratie-Aspekte Gerechtigkeit, Bürger*innenbeteiligung und Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit.

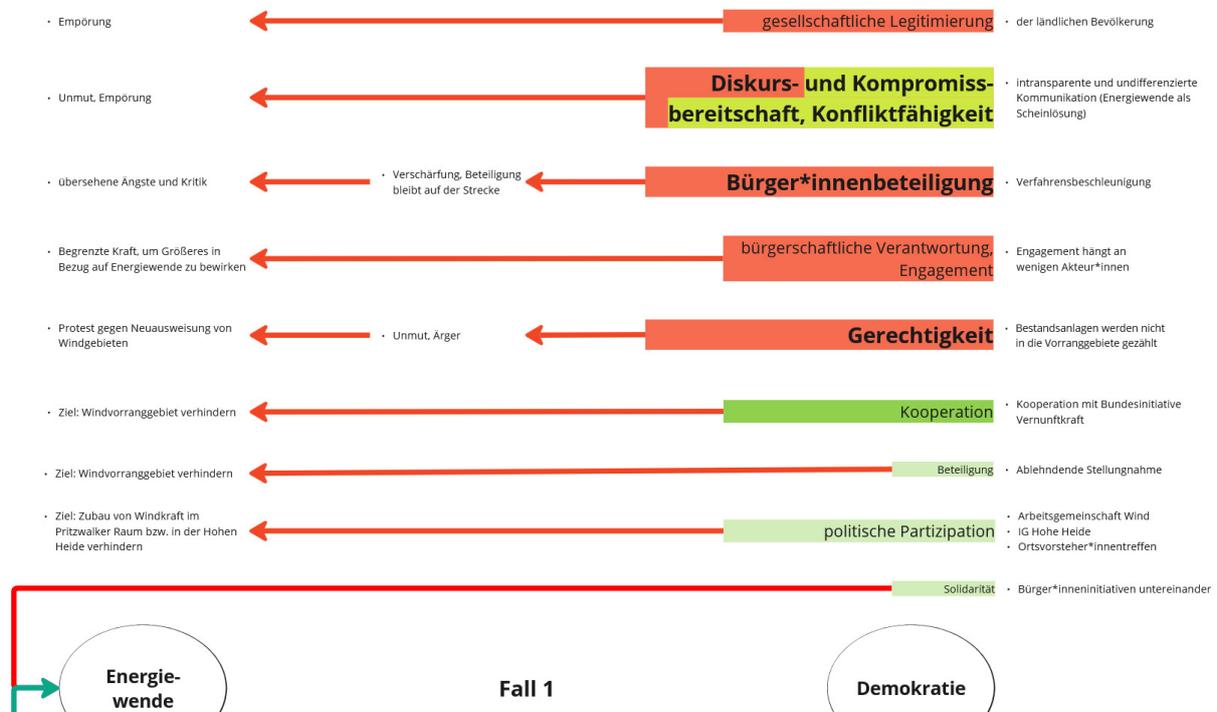


Abb. 18: Ergebnisse zu U2 mit ausgewählten Beispielen.

Die Oberkategorie Gerechtigkeit lässt sich in verschiedene Unterkategorien einteilen, nämlich Gerechtigkeitsformen nicht hergestellt, Entwertung des Lebenswerks von Anwohner*innen und keine Entschädigung der Anwohner*innen. Unter Gerechtigkeitsformen sind Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit, außerdem Stadt-Land-Ungleichheit zusammengefasst. Die Ausprägung dieser Formen in der Prignitz und ihre Bedeutung für eine gelingende Energiewende werden im Folgenden nacheinander vorgestellt. Ungleich verteilt sind einerseits die bereits bestehenden Windenergieanlagen und andererseits die geplanten Windvorranggebiete auf die Landkreise der Planungsregionen. 581 von insgesamt 973 Windenergieanlagen, also etwa 60 %, stehen in der Prignitz (W3, Z. 280-282). Im Sachlichen Teilplan sind für die Prignitz zudem mehr Windvorranggebiete vorgesehen als in den beiden anderen Landkreisen (VOGEL 2024; ANKE 2024f). Außerdem kommen immer wieder Fragen nach der Verteilung von Kosten und Nutzen der Windenergieanlagen auf: Es geht um die Fragen, wer von den Windenergieanlagen profitiert und wie viele Menschen das sind (W3, Z. 161-165). Aus Sicht der IG Hohe Heide haben die Prignitzer*innen vom Ausbau der Windenergie keinen Nutzen, sondern nur Kosten (IG HOHE HEIDE o.J.). Insbesondere bei Windenergie besteht die Wahrnehmung in der Region, dass wenige bereits Vermögende viel verdienen, aber die Mehrheit, also die Prignitzer*innen und Stromverbraucher*innen (W1, Z. 97f.), nur die Konsequenzen tragen muss, zum Beispiel in Form einer Veränderung des Landschaftsbildes (W2, Z. 56-58; W3, Z. 173-178). Gegner*innen des Windkraftausbaus in der Prignitz nutzen sogar das Argument einer Wiederholung der Ungerechtigkeit aus DDR-Zeiten:

„Leute, ihr verkauft hier jetzt eure, euer Land zum zweiten Mal. Ihr habt es irgendwie nach der, nach der Wende, habt das nicht geschafft, irgendwie das für euch zu behalten, und jetzt, indem ihr irgendwie euer Land an die, an die Investoren der Erneuerbaren gebt, verkauft ihr es zum zweiten Mal, und dann ist es

richtig im Arsch. [...] Dadurch, dass es jetzt wieder nur ein paar Profiteure gibt, aber alle darunter leiden.“
(W1, Z. 662-668)

Konkret scheint insbesondere die ungleiche Verteilung von monetären Kosten und Nutzen ein Gefühl der Ungerechtigkeit hervorzurufen. Beispiele dafür sind die aus der Region abfließende Wertschöpfung an externe Investor*innen (W2, Z. 50-52) und die Entschädigungszahlungen an die Anlagenbetreiber*innen, die dazu führen, dass Windenergieanlagen nicht dort gebaut werden, wo der Strom verwendet oder am leichtesten abgeführt werden kann, sondern dort, wo der Raumwiderstand am geringsten ist (W1, Z. 120-125). Dass diese Entschädigungszahlungen, wie auch die gestiegenen Netzentgelte, vom Netzbetreiber auf die Prignitzer Stromkonsument*innen umgelegt werden, sind weitere Beispiele für Ungerechtigkeit in Bezug auf monetäre Kosten und Nutzen (IG HOHE HEIDE o.J.; ANKE 2024c). Kritisiert wird in diesem Zusammenhang das Argument der Windkraft-Befürworter*innen, dass der Strom mit zunehmendem Ausbau von erneuerbaren Energien günstiger wird: Zwischen 2016 und 2020 haben sich die Entschädigungszahlungen bei kaum höherer Einspeisung verdreifacht. Dadurch wird der Strom in der Prignitz mit zunehmendem Ausbau sogar teurer (W1, Z. 634-646). Im Zusammenhang mit Verteilungsgerechtigkeit sind das Nord-Süd-Gefälle und das Land-Stadt-Gefälle zu nennen, welche beim Ausbau von Windkraft existieren (MAYR 2023b; ANKE 2024c):

„Es gab ja von Schleswig-Holstein beispielsweise auch den Ansatz, dass Bayern mehr zahlen sollte für die Energie, die ja in Schleswig-Holstein im Überfluss produziert wird. Im Süden weigern die sich gegen das Aufstellen von Windkraftanlagen beispielsweise. Die werden dadurch jetzt nicht irgendwie stärker zur Kasse gebeten. Das kann man natürlich auch als Ungleichheit betrachten.“ (W2, Z. 338-342)

Schließlich kann auch der internationale Stromhandel unter Verteilungsgerechtigkeit eingeordnet werden. Diesbezüglich kritisierte der *Vernunftkraft*-Vertreter auf der Podiumsdiskussion der IG Hohe Heide, dass bei Netzüberlastungen dafür bezahlt werde, dass der Strom aus Deutschland abgenommen wird, während bei Stromknappheit Strom teuer zugekauft werden müsse (ANKE 2024c). Verfahrensgerechtigkeit hingegen ist nicht erfüllt, wenn über die Köpfe der Prignitzer*innen hinweg entschieden wird, wo Windenergieanlagen gebaut werden (W2, Z. 55-58). Ein mehrfach genannter Punkt in Bezug auf Verfahrensgerechtigkeit ist die Zusammensetzung der Regionalversammlung nach Einwohner*innenzahlen der Landkreise: Da die Prignitz im Vergleich zu Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel weniger Einwohner*innen hat, stehen den Prignitzer*innen in der Regionalversammlung weniger Sitze zu. Von manchen Seiten wird dieser Umstand als Machtungleichgewicht und Ursache für die ungleiche Verteilung der Windenergieanlagen auf die Landkreise der Planungsregion wahrgenommen (ANKE 2023b; MAYR 2023a; ANKE 2024a,b&c; W1, Z. 398-408; W3, Z. 222-227). In jedem Falle fühlen sich die Prignitzer*innen überstimmt: „Und wenn man halt sehr wenig Stimmen hat, dann kam auch häufig schon die Kritik von Regionalräten: Dann brauchen wir gar nicht hinfahren, wir werden sowieso überstimmt.“ (W3, Z. 225-227). Die genannten Gerechtigkeitsaspekte werden in Zusammenhang mit Protesten gegen den Ausbau von Windkraft in der Prignitz aufgeführt und verstärken den Protest (IG HOHE HEIDE o.J.; W1, Z. 525-534; ANKE 2024e&f WAGENER 2024). Zur Verfahrensgerechtigkeit ist zudem zu sagen, dass sich nicht nur Regionalrät*innen überstimmt fühlen, sondern sich auch die Prignitzer*innen nicht gesehen fühlen, da aus deren Perspektive finanzielle Interessen im Fokus zu stehen scheinen (W1, Z. 388-390). Zwei weitere Punkte tragen dazu bei, dass sich manche Prignitzer*innen nicht in das Aufstellungsverfahren einbezogen fühlen. Zum einen befürchten manche angesichts des behördeninternen Scoping, dass die Planungen zum Zeitpunkt der späteren Öffentlichkeitsbeteiligung so weit fortgeschritten sind, dass eigene Einwendungen keinen Einfluss mehr haben (W3, Z. 389-391). Infolgedessen hat sich die IG Hohe Heide zum Ziel gesetzt, möglichst schon auf den Vorentwurf Einfluss auszuüben (ANKE 2024e) und durch die IG Hohe Heide und Berichterstattungen gelangten nicht-öffentliche Informationen an die Öffentlichkeit (ANKE 2024b). Zum anderen wurden im Zuge der drei Planungsbeschleunigungspakete der Bundesregierung aus dem Jahr 2022 Beteiligungsverfahren zur Erreichung der

Klimaziele verschlankt und digitalisiert (PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG 2022). Die Beteiligungsverfahren wurden vor allen Dingen aber beschleunigt. Damit gehen verkürzte Fristen für Stellungnahmen einher, was das Gefühl, nicht ausreichend einbezogen zu werden, verstärkt (W3, Z. 182-188). In Bezug auf Anerkennungsgerechtigkeit lautet ein mehrfach genannter Kritikpunkt, dass die 221 außerhalb der geplanten Windvorranggebiete bereits stehenden Windenergieanlagen nicht in die Erfüllung der Flächenziele eingerechnet werden. Obwohl diese Anlagen in Betrieb sind und repowert, sprich modernisiert, werden dürfen, werden sie im Flächenbeitrag der Planungsregion nicht anerkannt (W1, Z. 602-611; W3, Z. 292-306). Grund dafür ist, dass diese Anlagen die aktuellen Kriterien zur Ausweisung von Windvorranggebieten nicht erfüllen, weil zum Beispiel Mindestabstände zur Wohnnutzung unterschritten sind. Würden diese Windenergieanlagen anerkannt, hätte die Prignitz bereits über 2,2 % der Fläche für Windenergieanlagen in Nutzung (ANKE 2024f). Einige Prignitzer*innen erhoffen sich, dass durch eine Anerkennung ein weiterer Ausbau von Windkraft in der Prignitz nicht notwendig ist (ANKE 2024b). In jedem Fall führt diese Situation zu Frust und Unmut (ANKE 2024f; W3, Z. 283-300). Als Hemmnis für eine gelingende Energiewende in der Prignitz werden des Weiteren die Sorgen der Menschen genannt, die von antidemokratischen Parteien verstärkt und mobilisiert werden (W2, Z. 168-170). Insbesondere, wenn die Energiewende bei Einzelpersonen hohe Kosten verursacht, entstehen Ängste, Menschen fühlen sich nicht mitgenommen und wenden sich in der Konsequenz von der Energiewende ab (W2, Z. 230-235). Die letzte der auszuführenden Gerechtigkeitsformen ist die Stadt-Land-Ungleichheit. Zum einen sind Kosten und Nutzen in Bezug auf Windenergie ungleich auf Land und Stadt verteilt: Der in der Prignitz produzierte Strom wird unter anderem in Berlin verbraucht, wo er günstiger ist als in der Prignitz, was zu Ärger unter den Prignitzer*innen führt (W2, Z. 41-44). Zum anderen werden politische Entscheidungen wie der Ausbau von Windenergie im urbanen Raum getroffen. Die Kritik der Prignitzer*innen an der derzeitigen Ausgestaltung der Energiewende ist aus Sicht von W1 noch nicht im urbanen Raum angekommen, genauso wenig wie im urbanen Raum die Auswirkungen auf manche Prignitzer*innen ernstgenommen werden:

„Man kann irgendwie aus dem urbanen Raum, es wird immer gesagt, ihr seid alle NIMBYs, not in my own backyard, ihr seid alle einfach eigennützig und egoistisch, man muss doch für den Klimawandel jetzt mal ein Auge zudrücken. Aber solche Schicksale sieht keiner. Das ist nicht ein Auge, das man zudrücken muss. Eine 300 Meter hohe Industrieanlage hinterm eigenen Haus, da kann man beide Augen zudrücken und hört sie immer noch. Es ist einfach eine ganz essentielle Beeinflussung der Lebensumstände.“ (W1, Z. 347-352)

In diesem Zusammenhang führt W1 das Beispiel eines jungen Mannes aus, der für sich und seine Familie ein neues Haus gebaut hat, hinter dem in 1000 Metern Entfernung ein Windpark entstehen soll. Sein „Lebenswerk“ (W1, Z. 334) wird laut W1 entgegen der Veröffentlichungen zum Thema um sehr viel mehr als 1 % entwertet, was starke Gefühle von Ungerechtigkeit hervorruft (Z. 331-346). Ein letzter Grund für mangelnde Gerechtigkeit ist, dass Anwohner*innen von Windenergieanlagen nicht, wie beim Kohleabbau, entschädigt werden (W1, Z. 363f.).

Der zweite der einflussreichsten Demokratie-Aspekte ist die nicht funktionierende Bürger*innenbeteiligung. Da sich der Sachliche Teilplan *Windenergienutzung (2024)* derzeit im Aufstellungsprozess befindet, ist aktuell kein Regionalplan in Kraft, der die Errichtung von Windenergieanlagen in der Planungsregion räumlich steuert beziehungsweise bündelt. Dadurch sind Windenergieanlagen im Außenbereich privilegiert, das heißt überall zulässig, wo es keine entgegenstehenden Belange gibt und der Antrag per Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt wird (DEUTSCHER BUNDESTAG 2020; BAUGESETZBUCH 2017; ANKE 2024f; W3, Z. 399-403). Das führt bei den Prignitzer*innen zu Aufregung, Ohnmacht und einem Gefühl von „wir kommen ja gar nicht mehr hinterher.“ (W3, Z. 138f.) Die Ausweisung von Windvorranggebieten findet zudem top-down über Bundes- und Landesgesetze und die Regionale Planungsgemeinschaft statt. Auch deshalb fühlen sich die Prignitzer*innen nicht mitgenommen (W3, Z. 168-170). Die Prozesse

zur Genehmigung von Windenergieanlagen und zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans sind bereits sehr komplex, dazu kommen noch Gesetzesänderungen für einen beschleunigten Ausbau von Windenergie. In der Folge haben die Prignitzer*innen Angst, nicht informiert zu werden und fühlen sich nicht mitgenommen (W3, Z. 125-149). Als Reaktion darauf gründen sich Bürger*inneninitiativen. Aufgrund der Zeit, die die Mitglieder der Bürger*inneninitiativen investieren, schlussfolgert W3, dass ernsthafte Befürchtungen und Kritik vorhanden sind, auch wenn sie sachlich nicht immer berechtigt sind (Z. 149-156). Zudem trägt die im Planaufstellungsprozess relativ spät verortete Öffentlichkeitsbeteiligung dazu bei, dass die Prignitzer*innen Angst haben, nicht informiert zu werden und gegen die bis dahin erfolgte Planung nichts mehr ausrichten zu können (W3, Z. 389-391). Das Gefühl, nicht mitgenommen zu werden, wird durch die Verfahrensbeschleunigung verschärft. Beispielsweise wurden die Auslegungsfristen von Regionalplänen von drei Monaten auf einen Monat reduziert. Angesichts der Komplexität des Themas ist es für Prignitzer Bürger*innen stressig bis kaum möglich, sich in der gegebenen Zeit einzuarbeiten und Stellungnahmen abzugeben. Dadurch kommt die Bürger*innenbeteiligung zu kurz beziehungsweise kann zu einer Scheinbeteiligung werden:

„Da ist dann eben doch zu befürchten, dass sie [die Beteiligten, Anm. T.O.] sagen, naja, ihr wurdet ja beteiligt, aber ihr habt nichts gesagt. [...] Dann sagt man [die Beteiligten, Anm. T.O.], ja, das ist irgendwie mit Absicht und wir sollen ja gar nicht beteiligt werden, wir haben gar nicht die Chance, uns einzuarbeiten. Das, denke ich, führt zu solchen, zu diesen Aussagen hier. Ja, Gefühl der Ungerechtigkeit, Abgehängen.“ (W3, Z. 212-221)

Dadurch, dass die Beteiligung zu kurz kommt, werden teils berechnete Ängste und Kritik der Prignitzer*innen übersehen, wie die Angst vor Schattenschlag, einer Beeinträchtigung der Umwelt oder des Tourismus in der Region (W3, Z. 178-182). Auch, dass Bestandsanlagen nicht anerkannt werden, wie oben beschrieben, ist eine Gesetzeslücke, die aus Sicht von W3 dadurch zustande kam, dass vonseiten des Gesetzgebers die spezielle Situation in der Prignitz nicht einbezogen wurde (Z. 303-306). Gerade durch Öffentlichkeitsbeteiligung sollten solche Lücken behoben werden (W3, Protokoll des Interviewnachgesprächs).

Der dritte der einflussreichsten Demokratie-Aspekte ist die nicht funktionierende Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit. Diese Oberkategorie lässt sich in die folgenden Unterkategorien ausdifferenzieren: Intransparente und undifferenzierte Kommunikation, mangelnde Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft, Diskursbereitschaft der Bürger*innen und mangelnde Kompromissbereitschaft. Die intransparente Kommunikation bezieht sich hauptsächlich auf „die Politik“ (Z. 153). Aus der Perspektive von W1 ist die derzeitige Ausgestaltung der Energiewende „eine Scheinlösung [und, Anm. T.O.] [...] nicht die Lösung unserer Probleme.“ (Z. 309f.) Die wirklichen Probleme sind der hohe Ressourcenverbrauch und das grenzenlose Wachstum, statt der aktuellen Energiewende braucht es ein grundsätzliches Umdenken (W1, Z. 152-156 und 300-302). In diesem Zusammenhang hinterfragt W1 den tatsächlichen Beitrag des Windkraftausbaus für eine Klimawende, angesichts des geringen Anteils von Strom am Energiebedarf und in Verbindung mit dem Anteil von Windkraft zur Stromerzeugung (Z. 139-147). In diesem Zuge kritisiert W1 auch die Begriffswahl Klimawende:

„Weil Klimawende suggeriert ja, wir bauen hier in Deutschland ein paar Windräder und das Klima wird sich dadurch ändern. Also das ist ja [...] beileibe nicht so. Wir können uns als Vorreiter profilieren und das mag auf eine gewisse Art und Weise auch eine Sinnhaftigkeit haben. Die Energiewende in ihrer momentanen Ausgestaltung hat sie nicht. [...] Und Klimawende ist einfach ein lustiges Wort für mich, weil eine Klimawende gibt es nicht. Also auch wenn wir die Zahlen betrachten, ist eine Klimawende nicht mal in Sicht.“ (W1, Z. 107-158)

Ein weiterer Punkt ist die, insbesondere von Gegner*innen, bemängelte Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft bei gleichzeitig hoher Diskursbereitschaft der Bürger*innen. Kritisiert wird die fehlende öffentliche Debatte, mangelnde Transparenz und Informationsflüsse der Planungsgemeinschaft

zum Zeitpunkt des Scopings (ANKE 2023b). Das und auch die wenigen zur Verfügung gestellten Sitzplätze für interessierte Bürger*innen beim Regionalvorstandstreffen am 03.06.2024 führen zu Unmut, Empörung und Ärger unter den Prignitzer*innen: „Die hat in so einem kleinen Raum stattgefunden, dass wir vor der Tür saßen, dass wir nicht mehr reingekommen sind. Da konnten nur zehn Zuschauer rein. Und die wissen, dass immer 30, 40 Leute kommen.“ (W1, Z. 416-418) Unter den Prignitzer*innen besteht ein hohes Informationsinteresse, dem zum Zeitpunkt des behördeninternen Scopings in diesem Maße allerdings nicht nachgekommen werden konnte. Ein Beispiel dafür ist Pritzwalk: In Pritzwalk zog die eigentlich intern beteiligte Verwaltung auch die Kommunalpolitik hinzu, in der Folge wurde der Tagesordnungspunkt „Information zum Regionalplan Windenergienutzung 2024“ in der Sitzung des Pritzwalker Stadtentwicklungsausschusses angekündigt, und zwar im öffentlichen Teil der Sitzung, um die Öffentlichkeit bereits von Beginn an zu involvieren. Die Erwartung der Besucher*innen, detaillierte Informationen zu erhalten, wurde jedoch nicht erfüllt beziehungsweise konnte nicht erfüllt werden. Im Pritzwalker Stadtentwicklungsausschuss wurde über den Vorentwurf diskutiert und eine ablehnende Stellungnahme beschlossen. In entsprechenden Zeitungsartikeln sind Formulierungen zu finden wie „Windkraftgebiet im Wald zwischen Pritzwalk und Heiligengrabe sollte noch „geheim“ bleiben“ (ANKE 2023b). Auch durch die IG Hohe Heide und Berichterstattungen wurden nicht-öffentliche Informationen öffentlich geteilt (ANKE 2024b). Ziel der IG Hohe Heide und der AG Wind ist, wie oben beschrieben, den Ausbau von Windkraft im Pritzwalker Raum zu verhindern. Zu diesem Zweck nutzten sie auch das Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Wiebke Papenbrock (ANKE 2024d).

Die letzte Unterkategorie dieses Demokratie-Aspekts ist die mangelnde Kompromissbereitschaft. Damit ist einerseits die fehlende Kompromissbereitschaft der Akteursgruppe Gegner*innen gemeint, die sich gegenüber der MAZ folgendermaßen äußerten: „Kompromisse kämen dabei nicht in Frage. „Das große zusammenhängende Waldgebiet sollte uns heilig sein“ (ANKE 2024b). Sichtbar wird die mangelnde Kompromissbereitschaft auch an der Podiumsdiskussion, die von der IG Hohe Heide organisiert wurde, „weil deren Mitglieder wegen eines sogenannten Windsuchgebietes eine Windparkplanung im Wald zwischen Pritzwalk und Heiligengrabe befürchten.“ (ANKE 2024c) Das dahinterstehende Interesse der IG ist, wie oben mehrfach genannt, eine Verhinderung weiterer Windvorranggebiete. Auch in der Berichterstattung über die Podiumsdiskussion wurden in Bezug auf den Sachlichen Teilplan ausschließlich Kritikpunkte und Nachteile dargestellt. Das Ergebnis der Veranstaltung waren keine Kompromisse oder eine umfassende Beleuchtung des Vorentwurfs mit Vor- und Nachteilen, sondern „große Augen im Publikum“ und mehrmaliges Kopfschütteln (EBD.). Ein weiterer Punkt in Bezug auf diesen Demokratie-Aspekt ist, dass die Komplexität der Energiewende aus Sicht von W2 zu einer Spaltung der Gesellschaft führt (Z. 213-216). Eine Kompromisslosigkeit besteht auch zwischen den Prignitzer*innen, die sich für und gegen den weiteren Ausbau von Windkraft in der Prignitz positionieren (W2, Z. 269-274). An dieser Stelle sei auch das unter manchen Prignitzer*innen vorhandene Feindbild gegenüber Menschen, die sich für Klimaschutz aussprechen, genannt als Hemmnis für eine gelingende Energiewende in der Prignitz (W2, Z. 170-173).

Im folgenden Abschnitt werden nun die Demokratie-Aspekte ausgeführt, die eine mittelgroße Bedeutung für eine gelingende Energiewende in der Prignitz haben. Konkret handelt es sich um die funktionierenden Aspekte politische Partizipation und Kooperation und um die nicht funktionierenden Aspekte bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement und gesellschaftliche Legitimierung, die in der genannten Reihenfolge dargelegt werden. Der Demokratie-Aspekt politische Partizipation lässt sich in die Unterkategorien Akteure und demokratische Mittel unterteilen. Zu den Akteursgruppen gehören die IG Hohe Heide, die AG Wind und das Ortsvorsteher*innentreffen. Das Ziel dieser Gruppen ist es, einen Zubau von Windkraft in der Hohen Heide beziehungsweise im Pritzwalker Raum zu verhindern (W1, Z. 43-52; ANKE 2023a). Diese Gruppen bedienen sich verschiedener demokratischer Mittel, nämlich einer Unterschriftensammlung (IG HOHE HEIDE o.J.; ANKE 2023b&c; MAYR 2023a; ANKE 2024b; WAGENER 2024),

Protestplakaten (MAYR 2023a) und Demonstrationen (WAGENER 2024) durch die IG Hohe Heide und rechtliche Schritte durch die AG Wind (ANKE 2024a). In Zusammenhang mit diesen Gruppen finden unterschiedliche Kooperationen statt mit dem Ziel der Verhinderung des Vorhabens: Zum einen lässt sich die AG Wind als Kooperation unter Stadtverordneten der Stadt Pritzwalk bezeichnen (EBD.) und das Ortsvorsteher*innentreffen als Kooperation aus deren Mitglieder (ANKE 2023a). Zudem gibt es Kooperationen der IG Hohe Heide mit Unterstützer*innen (MAYR 2023a), weiteren Protestierenden (ANKE 2024a) und mit dem Verband *Vernunftkraft* (ANKE 2024b&c). Unter dem nicht funktionierenden Demokratie-Aspekt bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement wird hier zum einen die Resignation der meisten Prignitzer*innen verstanden, die sich „[...] nicht als Teil der Lösung oder des Wandels begreifen.“ (W2, Z. 96f.) Bürgerschaftliches Engagement bleibt zum anderen häufig an Einzelpersonen hängen. Diese engagieren sich teilweise mehrfach und zusammen mit der Überalterung und dem fehlenden Nachrücken jüngerer Engagierter ist die Kraft, Größeres in Bezug auf Energiewende zu bewirken, begrenzt (W2, Z. 250-261). Bezogen auf eine nicht funktionierende gesellschaftliche Legitimierung schließlich wird genannt, dass die Gesetzgeber*innen nicht die Legitimierung beziehungsweise Zustimmung der Prignitzer*innen für Gesetze haben wie Abstandsregelungen von nur 500 oder 1000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung (W1, Z. 355-363). Auch die Ungerechtigkeit in der Umsetzung der Energiewende führt zu einer mangelnden gesellschaftlichen Legitimierung (W1, Z. 325-363). Schließlich spielt hier auch Desinformation eine Rolle: „[...] wenn da Fakten nichts mehr wert sind, dann kann man sich das ja auch so zurechtlegen, dass eine Energiewende auch nicht notwendig ist.“ (W2, Z. 221-223) Die ungerechte Ausgestaltung der Energiewende führt zu Empörung (W1, Z. 530-534).

Einen geringen Einfluss auf eine gelingende Energiewende in der Prignitz haben die funktionierenden Demokratie-Aspekte Solidarität und Beteiligung. Solidarität zeigen die Bürger*inneninitiativen untereinander gegen Windkraft (ANKE 2024f). Auch Beteiligung kann sich beeinträchtigend auf die Energiewende auswirken: Gegen das mögliche Windvorranggebiet in der Hohen Heide im Vorentwurf des Teilplans hat die Stadt Pritzwalk eine ablehnende Stellungnahme verfasst mit dem Ziel, das Vorhaben zu verhindern (ANKE 2023b). Eine Überlegung im Rahmen des Ortsvorsteher*innentreffens war es, für diese Stellungnahme eine Fristverlängerung zu erwirken (ANKE 2023a), was das Aufstellungsverfahren verzögert hätte.

Die Ergebnisse in diesem Unterkapitel unterstreichen, dass die Demokratie-Aspekte nicht isoliert nebeneinanderstehen, sondern teilweise zusammenhängen. Beispielsweise führt die Wahrnehmung einer als ungerecht ausgestalteten Energiewende unter den Prignitzer*innen zu Protest gegen den Vorentwurf des Plans (Demokratie-Aspekt politische Partizipation) (IG HOHE HEIDE o.J.; W1, Z. 530-534; ANKE 2024e&f; WAGENER 2024) und zu mangelnder gesellschaftlicher Legitimierung (W1, Z. 325-363). Diese Beispiele unterstreichen, dass sich die Demokratie-Aspekte nicht direkt auf eine gelingende Energiewende auswirken, sondern sich teilweise gegenseitig beeinflussen. Auch aus Abb. 18 wird ersichtlich, dass lediglich der Aspekt Solidarität auf direktem Wege eine gelingende Energiewende beeinträchtigt. Alle anderen Demokratie-Aspekte beeinflussen eher Aspekte von Energiewende, teilweise zudem mit Zwischenschritten. Selbst einige Punkte auf der „Energiewende-Seite“ in Abb. 18 hängen nur indirekt mit der Energiewende selbst zusammen. Zum Beispiel ist der tatsächliche Einfluss von Unmut und Empörung unter den Prignitzer*innen auf eine gelingende Energiewende nicht klar. Auch darüber, wie sich die Kompromisslosigkeit zwischen gespaltenen Gruppen und das Teilen nicht-öffentlicher Informationen letztlich auswirken, lassen sich nur Vermutungen anstellen. Schließlich ist auch die begrenzte Kraft, Größeres in Bezug auf Energiewende zu bewirken, kein direkter Aspekt von Energiewende.

Neben den oben aufgeführten Punkten, die eindeutig förderlich oder beeinträchtigend auf die Energiewende wirken, gibt es einzelne Ausprägungen der Demokratie-Aspekte Gerechtigkeit und bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement in der Prignitz, die nicht klar zuordenbar sind: Bezogen auf die Flächenbeitragswerte der Bundesländer ist zu diskutieren, ob es im Sinne einer

Verteilungsgerechtigkeit ist, dass manche Bundesländer oder Stadtstaaten keine 2 % ihrer Fläche für Windenergie ausweisen. In der Folge müssen nämlich die Flächenländer wie Brandenburg einen höheren Anteil ihrer Fläche bereitstellen. Andererseits können manche Bundesländer oder Stadtstaaten aufgrund ihrer Flächennutzung nur begrenzt Windkraft ausbauen (W3, Z. 289-292). Ob mehr Windkraft in der Prignitz als gerecht wahrgenommen wird, hängt mit der Auffassung von Windkraft als Belastung oder als Chance zusammen. Beide Auffassungen existieren unter den Prignitzer*innen (W3, Z. 38-42). Im Zusammenhang mit dem Demokratie-Aspekt bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement wurde die immer noch spürbare DDR-Sozialisierung der Prignitzer*innen thematisiert. W1 nimmt aufgrund der DDR-Sozialisierung eine Lethargie, Ohnmacht, Unselbständigkeit und Unmündigkeit unter den meisten Prignitzer*innen wahr, die die bürgerschaftliche Verantwortung und das Engagement gegen einen Windkraftausbau hemmen: „Die breite Masse ist hier letharg. Und die breite Masse sagt dir, da kann man doch eh nichts machen, die da oben machen eh was sie wollen. Also das ist irgendwie so eine DDR-eingeimpfte Ohnmacht“ (W1, Z. 239-241). Auch ein Mangel an zivilem Ungehorsam führt zu weniger Bereitschaft, sich politisch gegen die ungerechte Ausgestaltung der Energiewende zu engagieren (Z. 525f.). Aus der Perspektive von W1 resultiert der geringere Widerstand in ostdeutschen Bundesländern in mehr Windenergieanlagen von Bayrischen Energiekonzernen: „Das ist wirklich das Problem hier, dass die Leute nicht auf die Straße gehen. [...] Die ganzen Energiekonzerne kommen aus Bayern, Baden-Württemberg, kommen die hier runter, um hier ihre Riesenanlagen zu verwirklichen. Weil die Leute hier so sind, wie sie sind.“ (W1, Z. 525-528) In Bezug auf die DDR-Sozialisierung ist nicht klar, ob diese letztlich einen Windkraftausbau in der Prignitz erleichtert oder aber eine gelingende Energiewende im Sinne einer gerechten und sozialen Ausgestaltung der Energiewende in der Prignitz erschwert. Ähnlich verhält es sich mit dem Anliegen von W1, Öffentlichkeit für die Kritikpunkte an der Energiewende in der Prignitz zu schaffen:

„Ja, ich würde einfach gerne das Erwachen irgendwie schneller gestalten. [...] Aber wir müssen irgendwie jetzt unsere Haut retten in den nächsten Jahren. Also wir müssen irgendwie schaffen, dass hier in den nächsten Jahren nicht der totale Wildwestausbau losgeht. Weil genau das ist gerade geplant.“ (W1, Z. 593-597)

Dass diese Punkte nicht eindeutig zuordenbar sind, hängt sicher mit dem teils unterschiedlichen Verständnis einer gelingenden Energiewende der Interviewpersonen und deren persönlicher Ziele in Bezug auf den Fall zusammen. Entsprechend der unterschiedlichen Positionen der Expert*innen im Fall weichen auch deren persönliche Ziele und Verständnisse einer gelingenden Energiewende voneinander ab. W1 beispielsweise verfolgt in erster Linie die Ziele Landschafts- und Naturschutz der Hohen Heide, was für W1 unter anderem die Freihaltung der Hohen Heide von Windenergieanlagen bedeutet, und in zweiter Linie eine soziale Gestaltung der Energiewende (Z. 93f.). W2 hingegen zielt auf eine Öffnung der Prignitzer*innen der Energiewende gegenüber ab (Z. 28-30). Unter einer gelingenden Energiewende versteht keine der befragten Personen einen bloßen Beitrag zur fristgerechten Erreichung der Klimaziele, wie aus Kap. 2.1.1 ableitbar wäre. Stattdessen beziehen die Interviewpersonen weitere Merkmale und Qualitäten einer gelingenden Energiewende ein, die sich teilweise voneinander unterscheiden. Für W1 bedeutet eine gelingende Energiewende zum Beispiel eine Ressourcenschonung im Sinne eines grundsätzlichen Umdenkens (Z. 151-156) und eine Streichung der Ausfallzahlungen und Subventionen an Anlagenbetreiber*innen (Z. 119-127). Für W2 ist eine Energiewende gelungen, wenn sie Akzeptanz unter den Menschen in der Region findet (Z. 38f.) und diese wissen, wie sie sich aktiv dafür engagieren können (Z. 87f.). Aufgrund der unterschiedlichen Perspektiven der Befragten lassen sich nicht alle Aussagen reibungsfrei zuordnen und es ergeben sich Inkonsistenzen, wie hier erkennbar. Für eine Diskussion dazu s. Kap. 5.4.

4.2.6 Ergebnisse zu F1

Anschließend an die Ergebnisse zu den Unterfragen werden in diesem Unterkapitel die Daten zur Forschungsfrage F1 dargelegt, welche lautet: Wie kann die Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden? Auch diese Ergebnisse beziehen sich nach wie vor auf Fall 1. Das zugrunde liegende Kategoriensystem (s. Anhang 22) enthält wieder die ausgewählten Demokratie-Aspekte als Oberkategorien. Für den Kodierleitfaden siehe Anhang 23. Unabhängig vom Kategoriensystem lassen sich die Vorschläge zur demokratischen Gestaltung einer Energiewende in der Prignitz in drei Gruppen einteilen: Zum einen wurden Vorschläge genannt, diejenigen Demokratie-Aspekte gezielt auszugestalten, die die Energiewende in diesem Fall fördern; zum anderen Vorschläge, die darauf abzielen, die Demokratie-Aspekte gezielt zu reduzieren, die die Energiewende in diesem Fall beeinträchtigen, außerdem sonstige Vorschläge, die entweder von den Demokratisierungsvorschlägen aus den Vorab-Interviews inspiriert waren oder frei eingebracht wurden. Im Folgenden werden die Vorschläge nach diesen Gruppen sortiert vorgestellt, beginnend mit der Gruppe Funktionierendes ausbauen. Ausgangspunkt hierfür ist die Abb. 17, die zur Abb. 19 weiterentwickelt wurde. Anknüpfend an die Vernetzungsveranstaltungen der LAG unter dem Demokratie-Aspekt Kooperation, wird die Vernetzung mit Positivbeispielen wie Bürger*innenwindrädern vorgeschlagen. Wenn die Prignitzer*innen über solche Beispiele informiert würden, würden sie etwas Mut gewinnen und selbst aktiv werden (W2, Z. 92-95). Von Positivbeispielen zu lernen, wäre auch im Rahmen des Dörfernetzwerk Prignitz möglich. Das Dörfernetzwerk Prignitz ist seit 2023 eines von mehreren regionalen Dörfernetzwerken in Brandenburg mit dem Ziel, sich zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für dörfliche Herausforderungen zu arbeiten (DORFBEWEGUNG BRANDENBURG E.V. o.J.). Bei den Dörfertreffen im Rahmen dieses Dörfernetzwerks wurde bereits mehrfach die Energiewende thematisiert. Dieses Potenzial könnte genutzt werden, um im gemeinsamen Austausch von Positivbeispielen zu lernen und in die lokale Umsetzung zu gehen (W2, Z. 292-325).



Abb. 19: Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Energiewende in der Prignitz, Gruppe Funktionierendes ausbauen.

Deutlich mehr Vorschläge zur demokratischen Gestaltung einer Energiewende in der Prignitz lassen sich der Gruppe nicht Funktionierendes beheimaten zuordnen (S. Abb. 20). In Bezug auf die kritisierte Ungerechtigkeit sollen Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit hergestellt und die Anwohner*innen entschädigt werden: Vorschläge zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit sind beispielsweise die grundsätzliche Umstellung der Förderung auf eine „[d]ezentrale Stromerzeugung

und dezentrale Stromnutzung vor allen Dingen“ (W1, Z. 179f.), also auf die Aufstellung von Windenergieanlagen dort, wo der Strom verbraucht wird (W1, Z. 120f.). Dieser Vorschlag verfolgt einen anderen Ansatz als die aktuelle Energiewende, nämlich steht nicht die derzeitige deutschlandweite Stromproduktion an Orten des geringsten Raumwiderstandes im Vordergrund, sondern aus Sicht von W1 die regionale und ökologische Stromversorgung. Zur Umsetzung werden Kleinwindkraftträder und Blockheizkraftwerke für die dorfeigene Versorgung vorgeschlagen und nur der Überschuss soll eingespeist werden. Anlagen könnten auch von angrenzenden Dörfern repowert werden. „Dass die von dem Schlagschatten und dem Geräuschemissionen und Infraschallemissionen die, die betroffen sind, dass die dann tatsächlich auch den Nutzen haben und diesen Strom nutzen können.“ (W1, Z. 560-562) Kurzfristig wäre auch eine Nutzung von überschüssigem Strom als Wärme für Prignitzer Kleinstädte denkbar (W1, Z. 190-192). Für die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit soll ein konkreter Nutzen von der Energiewende für die Prignitzer*innen geschaffen und auch spürbar gemacht werden (W2, Z. 82-85). Um noch mehr die speziell Betroffenen zu entlasten, sah der Entwurf des WindAbgG vor, die Abgabe nicht nur an die angrenzenden Kommunen zu leisten, sondern auch genau an diejenigen Ortsteile, in denen die Windenergieanlagen stehen. Dieser Entwurf wurde jedoch verworfen (W3, Z. 249-258). Wenn die Energiewende finanziell zulasten der Prignitzer*innen ist, sollte der Staat mehr mit Fördermitteln unterstützen und die Fördermittel sichtbar machen, die bereits zur Verfügung stehen (W2, Z. 236f.). Die Kosten der Energiewende könnten deutschlandweit besser umverteilt werden und der Strom könnte für die Prignitz neu berechnet werden (W2, Z. 48-50 und 336f.). Außerdem soll ein Flächenschlüssel gefunden werden, um die Bestandsanlagen in den Flächenbeitrag der Planungsregion einzubeziehen (W3, Z. 301-303). Um Verfahrensgerechtigkeit herzustellen, sollte die Zusammensetzung der Regionalversammlung nicht nach Einwohner*innenschlüssel festgelegt werden, sondern zum Beispiel nach Fläche der Landkreise oder nach anderen Kriterien (W3, Z. 333-336). In Bezug auf Anerkennungsgerechtigkeit ist es wichtig, dass sich die Prignitzer*innen mitgenommen fühlen. Das fördert die Akzeptanz der Energiewende durch die Prignitzer*innen und, dass diese den Sachlichen Teilplan mittragen können (W2, Z. 82). Zudem sollen öffentliche Sitzungen der Regionalen Planungsgemeinschaft so gestaltet werden, dass die Einwände der Bürger*inneninitiativen ernst genommen werden (W1, Z. 421f.). Schließlich sollen, wie beim Kohleabbau, betroffene Anwohner*innen entschädigt werden (W1, Z. 100-102). Wenn der Ausbau von Windkraft im Rahmen bürgerschaftlicher Verantwortung und bürgerschaftlichen Engagements selbst von den Prignitzer*innen in die Hand genommen würde, beispielsweise in Form eines Bürgerwindrades oder einer Bürgerenergiegenossenschaft, wäre ein intrinsische Motivation vorhanden (W3, Z. 166-168), die Prignitzer*innen würden sich mehr mit der Energiewende identifizieren und diese eher mittragen (W2, Z. 52-56). Die als mangelhaft kritisierte Bürger*innenbeteiligung könnte stärker ausgebaut werden. Diesbezüglich werden Bürger*innenräte vorgeschlagen, deren Ergebnisse „von der Politik“ umgesetzt werden sollen (W1, Z. 476-479). Bürger*innenräte würden Prignitzer*innen in die Lage versetzen, etwas zu bewirken, ihr Selbstwirksamkeitsgefühl zu stärken und sich sachlich über ein Thema informieren zu müssen. Letzteres könnte der Falschinformation entgegenwirken:

„Bürgerräte wären halt auch ein Instrument, dass die selber sich auch mal intensiv mit irgendwas auseinandersetzen. Ich glaube, das tun die meisten Menschen einfach nicht. Und jetzt ist es leider so, dass hier viele Menschen sich den öffentlich-rechtlichen, aber auch einfach den konventionellen Medien abwenden und sich über Facebook und YouTube und im Internet immer nur in ihrer eigenen Blase informieren. [...] Da kommt es zu so unfassbar naiven und schwurblerischen und furchtbaren Ansichten der Realität, die wir hier haben.“ (W1, Z. 539-544)

Neben Bürger*innenräten könnten Bürger*innenbefragungen durchgeführt werden, zum Beispiel durch die Gemeindevertreter*innen (W3, Z. 325-330). Dabei sollten auch Minderheiten ernstgenommen werden. Gemeint sind hiermit insbesondere Prignitzer Dörfer mit großer Fläche aber wenigen Einwohner*innen, die nach dem bisherigen Einwohner*innenschlüssel und Mehrheitsprinzip überhört

werden. Es sollen neue Schlüssel gefunden werden (W3, Z. 331-337). Um die gesellschaftliche Legitimierung zu erhöhen, soll die Energiewende gerechter ausgestaltet werden (W1, Z. 325-327) und diese gerechte Ausgestaltung sollte gegenüber den Prignitzer*innen kommuniziert werden. Beispielsweise könnten die Einnahmen bewusster gemacht werden, die Kommunen durch Windenergieanlagen erhalten, und es könnte für die Prignitzer*innen sichtbar gemacht werden, was mit diesen Einnahmen finanziert werden kann (W2, Z. 83-87).



Abb. 20: Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Energiewende in der Prignitz, Gruppe nicht Funktionierendes beheben.

Sonstige Vorschläge sind solche, die weder darauf abzielen, Funktionierendes auszubauen, noch nicht Funktionierendes umzugestalten. Dazu gehört der Vorschlag, den Begriff der Gerechtigkeit in der Debatte um eine gerechtere Ausgestaltung der Energiewende in der Prignitz zu definieren. Je nach Perspektive kann der Begriff nämlich sehr unterschiedlich ausgelegt werden (W2, Z. 342-344). Das Dörfernnetzwerk Prignitz hat nicht nur Potenzial in Bezug auf den Demokratie-Aspekt Kooperation, sondern auch auf politische Partizipation. Indem eine gelingende Energiewende in der Prignitz beispielsweise in einer Arbeitsgruppe des Dörfernnetzwerks bearbeitet wird, könnten Prignitzer*innen den „Meckermodus“ (W2, Z. 312) verlassen, ins Handeln kommen, Selbstwirksamkeit erfahren und langfristig etwas bewirken (W2, Z. 309-319). Daneben könnten die Prignitzer*innen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide durchführen (W3, Z. 342-344). Das wären dann zwar wieder Mehrheitsentscheidungen, diese gingen jedoch von den Prignitzer*innen aus (W3, Z. 346f.). Wenn Prignitzer*innen im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement etwa ein Bürgerwindrad aufstellen, könnte das auch aktivierend auf andere Dörfer wirken (W2, Z. 88-91). Oben wurden bereits Vorschläge für informelle Bürger*innenbeteiligung dargelegt. Prignitzer*innen könnten auch materiell am Windkraftausbau beteiligt werden. Der Anlagenbetreiber *Green Wind Energy*, der im verworfenen Windvorranggebiet in der Hohen Heide Windenergieanlagen gebaut hätte, hätte den Prignitzer*innen eine finanzielle Beteiligung ermöglicht (ANKE 2023c). In Mecklenburg-Vorpommern werden Bürger*innen über günstigere Stromverträge finanziell beteiligt und durch die Möglichkeit, Aktien zu kaufen. Auch solche Modelle würden dazu führen, dass sich die Prignitzer*innen vom Windkraftausbau mehr mitgenommen fühlen (W3, Z. 258-370).

An die Forschungsfrage F1: Wie kann eine gelingende Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden? schließt sich die Frage nach den Akteur*innen dieser Gestaltung an. Die Kompetenz zur Umsetzung der meisten Vorschläge liegt bei der Bundes- und Landespolitik. Einige Vorschläge könnten aber auch von der Kommunalpolitik und von den Prignitzer*innen selbst umgesetzt werden. F1 zielt eigentlich auf eine demokratische Gestaltung der Klimawende in der Prignitz ab. Die dargelegten Ergebnisse beziehen sich jedoch auf eine gelingende Energiewende in Fall 1. Für eine Diskussion, inwiefern von den Gestaltungsvorschlägen für eine gelingende Energiewende in Fall 1 auf eine gelingende

Klimawende in der Prignitz geschlossen werden kann und inwiefern mit den vorhandenen Daten F1 überhaupt beantwortet werden kann, s. Kap. 5.2. Im folgenden Unterkapitel wird Fall 2: Bürgerteam gestaltet nachhaltige Mobilität in Wittenberge skizziert und die Ergebnisse in Bezug auf die Unterfragen und die Forschungsfrage werden dargelegt.

4.3 Fall 2: Bürgerteam gestaltet nachhaltige Mobilität in Wittenberge

In diesem Unterkapitel wird, entsprechend des Unterkapitels zu Fall 1, zunächst der Fall 2 einfürend kurz zusammengefasst. Anschließend wird die Stichprobe der Expert*inneninterviews zu diesem Fall vorgestellt und der Fall ausführlicher und unter Einbezug theoretischer Grundlagen beschrieben. Erst im Anschluss werden die Ergebnisse zu den Unterfragen und zur Forschungsfrage dargelegt.

4.3.1 Fallzusammenfassung

In Fall 2 geht es um die Mobilitätswende als Teil der Klimawende. Im Rahmen des Projekts ZUGG (Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten – Perleberg und Wittenberge als Zukunftsorte zwischen den Metropolen Berlin und Hamburg entwickeln – Flächenpotentiale kreativ nutzen und Mobilität neu denken) haben das TGZ Prignitz und das Öko-Institut e.V. zwischen Juli 2021 und Juni 2024 die Stärkung der Daseinsvorsorge in Wittenberge und Perleberg durch bürgerschaftliches Engagement erforscht. In drei Reallaboren konnten sich Prignitzer*innen unter dem Motto *Wir machen Prignitz* zur Innenstadtbelebung und zu nachhaltiger Mobilität beteiligen (TGZ PRIGNITZ GMBH (TGZ) o.J.c) und haben unter anderem eine Lastenradleihe in Wittenberge eingerichtet. Das Engagement war freiwillig und die Entscheidungsfindung demokratisch (TGZ o.J.a). Zwei Lastenräder stehen seit dem 01.04.2023 in Wittenberge zum Verleih und werden von zwei Radpat*innen betreut (TGZ o.J.b).

4.3.2 Datengrundlage

Kap. 4.3 basiert auf den Ergebnissen der Fall-Interviews und der Dokumentenanalyse zu Fall 2. Die Interviewstichprobe (s. Tab. 3) besteht aus drei Expert*innen, im Folgenden M1-M3 genannt. Unter den Expert*innen befinden sich zwei Praxispartner*innen und ein*e beteiligte*r Bürger*in. Zwei befragte Personen sind Prignitzer*innen. Die analysierten Dokumente sind bereits in Kap. 3.3 kurz beschrieben. An dieser Stelle werden die Dokumente in Kürze in Bezug auf einzelne charakteristische Eigenschaften beschrieben. Grundlage dafür sind die Ergebnisse aus den letzten Schritten der Dokumentenanalyse (s. Anhang 24). Von ihrer Textart her sind die Dokumente hauptsächlich deskriptiv und logisch-analytisch, die Studie auch evaluativ. Die Textdokumente sind nicht älter als zweieinhalb Jahre und die Webseiten werden laufend aktualisiert. Daher sind die Dokumente eher aktuell, die Aktualität variiert jedoch nach Entstehungszeitpunkt im Projekt. Entstehungsorte sind Wittenberge und Berlin, das heißt, Prignitzer*innen und Externe schreiben über die Prignitz. Der Sprachstil ist meist wissenschaftlich, lediglich die Webseiten des TGZ sind umgangssprachlich verfasst. Auch das Fehlen von rhetorischen Stilmitteln unterstreicht die Sachlichkeit der Dokumente, zudem sind die Texte eher selbstkritisch formuliert.

Tab. 3: Stichprobe der Fall-Interviews zu Fall 2.

Akteursgruppe	Prignitzer*in?
Beteiligte*r	Ja
Praxispartner	Ja
Praxispartner	Nein

4.3.3 Ausführliche Fallbeschreibung

Im Folgenden wird Fall 2 nun ausführlicher beschrieben. Hierfür werden, wie in Kap. 4.2.3, ein Überblick über die beteiligten Akteur*innen und deren Beziehungen und eine Chronologie der Ereignisse herangezogen. Akteur*innen in Fall 2 sind das TGZ Prignitz, das Ökoinstitut e.V., das Bundesministerium für Bildung und Forschung, ein Beteiligungsbüro, die zu nachhaltiger Mobilität beteiligten Bürger*innen

und die Verleihstandorte der Lastenräder. Für einen Überblick über die Akteur*innen s. Abb. 21. Die Akteur*innen werden nun in der genannten Reihenfolge vorgestellt. Das TGZ Prignitz arbeitet als Wirtschaftsförderung von Perleberg und Wittenberge an einer nachhaltigen Sicherung der Daseinsvorsorge und Mobilität. Im Projekt hat das TGZ als Praxispartner Netzwerke bereitgestellt und war verantwortlich für die Organisation und praktische Umsetzung der Projekte und für die Öffentlichkeitsarbeit (TGZ o.J.c). Das Ökoinstitut e.V. arbeitet als gemeinnütziger Verein an der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Im Projekt hatte das Öko-Institut die Projektleitung inne und war für die wissenschaftliche Begleitung und die abschließende Wirkungsevaluation verantwortlich (TGZ o.J.c). Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Fördermaßnahme *Forschung für Nachhaltigkeit Kommunen innovativ* (TGZ o.J.a und b). Für die Durchführung mindestens des ersten Workshops wurde ein Beteiligungsbüro beauftragt (M3, Z. 368). Zudem wurden zwei Studentinnen für die Gestaltung einer ersten online Beteiligung engagiert (M3, Z. 385-387). Das Beteiligungsbüro und das Bundesministerium für Bildung und Forschung nehmen im Vergleich zum TGZ Prignitz, zum Öko-Institut e.V. und zu den beteiligten Bürger*innen eine eher periphere Rolle ein. Zu nachhaltiger Mobilität beteiligen konnten sich die Prignitzer*innen im Rahmen des Bürgerteams Mobilität und im Rahmen des Umsetzungsteams. Das Bürgerteam Mobilität wurde teils zufällig und teils durch eine gezielte Ansprache engagierter Wittenberger*innen zusammengesetzt. Es hat in einem Beteiligungsverfahren Ideen zu nachhaltiger Mobilität gesammelt und für die Idee der Lastenradleihe abgestimmt, die das Umsetzungsteam im Anschluss verwirklichte. Dabei ist das Bürgerteam in das Umsetzungsteam übergegangen (WEBER ET AL. 2022a). Ursprünglich war sowohl in Wittenberge als auch in Perleberg je ein Bürgerteam zu Mobilität vorgesehen. Aufgrund der geringen Anmeldezahlen in Perleberg entstand dort jedoch kein Bürgerteam Mobilität (LAIS ET AL. 2024). Das Bürgerteam Mobilität und das Umsetzungsteam, von denen im Folgenden die Rede ist, beziehen sich also auf Wittenberge. Akteur*innen in Fall 2 sind schließlich die Verleihstandorte der Lastenräder, nämlich die Sonnen-Apotheke und der *elbespace* in Wittenberge (TGZ o.J.b).

Reallabore sind eine Forschungsmethode mit dem übergeordneten Ziel gesellschaftlicher Veränderung. Sie können, wie in Fall 2, einen nachhaltigkeitsorientierten Ansatz verfolgen, müssen aber nicht. In jedem Fall sollen sie die Kriterien gesellschaftliche Legitimierung, ethische Begründung und Gemeinwohlorientierung erfüllen. In Reallaboren wird transdisziplinär, das heißt nicht nur interdisziplinär, sondern auch partizipativ, geforscht. Im Forschungsprozess sind also Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen und Praxisakteur*innen beteiligt (DEFILA & DI GIULIO 2018). Daher haben Reallabore ein Forschungsziel und ein Praxisziel. Das Forschungsziel strebt einen Erkenntnisgewinn über Transformation an und ist in diesem Fall die Prozessbewertung und Evaluation der Nachhaltigkeitswirkungen. Das Praxisziel zielt auf ein Anstoßen von Transformationsprozessen ab und ist in ZUGG die Stärkung der Daseinsvorsorge im strukturschwachen Raum durch bürgerschaftliches Engagement (BEECROFT ET AL. 2018; WEBER ET AL. 2022a). Im Reallabor sollen gesellschaftliche Transformationsprozesse jedoch nicht nur angestoßen, sondern auch verstetigt werden. In Reallaboren wird kollaborativ gearbeitet und geforscht, das bedeutet, dass die Beteiligten gleichberechtigt an Ko-Creation beziehungsweise Ko-Design (Ideenentwicklung), Ko-Produktion (Umsetzung) und Ko-Evaluation (Auswertung) partizipieren (EBD.). Praxisakteur*innen bringen dabei Erfahrungs- und Handlungswissen ein (WGBU 2016). Die typische Schrittabfolge Ko-Creation beziehungsweise -Design – Ko-Produktion – Ko-Evaluation spiegelt sich auch in der Chronologie von Fall 2 wider: Fall 2 beginnt mit der Auswahl des Bürgerteams Mobilität. Hierzu wurden einerseits, wie oben genannt, engagierte Wittenberger*innen gezielt angesprochen und andererseits alle Wittenberger*innen mit einer Postwurfsendung eingeladen (WEBER ET AL. 2022a; M3, Z. 87-90). Zwischen Juni 2022 und April 2023 fanden fünf Treffen des Bürgerteams Mobilität statt: Am 11.06.2022 wurden in einem Workshop Ideen gesammelt und drei Themen vertiefend diskutiert. Diese Themen wurden am 23.06.2022 in einem zweiten Workshop ausdifferenziert und es wurde für die Lastenradleihe abgestimmt. In den folgenden drei Treffen wurde diese Idee umgesetzt. In einer ersten

Planungswerkstatt am 30.08.2022 wurden verschiedene Modelle und Sharingsysteme diskutiert und unterschiedliche Lastenräder getestet. Am 13.10.2022 wurden in einer zweiten Planungswerkstatt Modell, Sharingsystem und die weiteren Schritte festgelegt. Am 15.03.2023 waren die Lastenräder eingetroffen und Verantwortlichkeiten wie die Rolle sogenannter Radpat*innen wurden festgelegt (TGZ o.J.a). Seit April 2023 stehen die beiden Lastenräder zum Verleih und werden von je einem*r Radpate*in ehrenamtlich betreut und gepflegt (TGZ o.J.a und b). Im Anschluss an die Umsetzung wurden 2023 bis 2024 unter Bürger*innenbeteiligung der Reallabor-Prozess und die Wirkung der Lastenradleihe evaluiert und Handlungsempfehlungen formuliert (LAIS ET AL. 2024). Über diese Handlungsempfehlungen soll ein Wissenstransfer in die Praxis stattfinden mit dem Ziel, langfristig kommunale Innovationen unter Beteiligung zu ermöglichen (TGZ o.J.c). Im Anschluss an diese Fallbeschreibung werden in den folgenden Unterkapiteln die Ergebnisse zu den Unterfragen und zur Forschungsfrage in Bezug auf Fall 2 dargelegt.

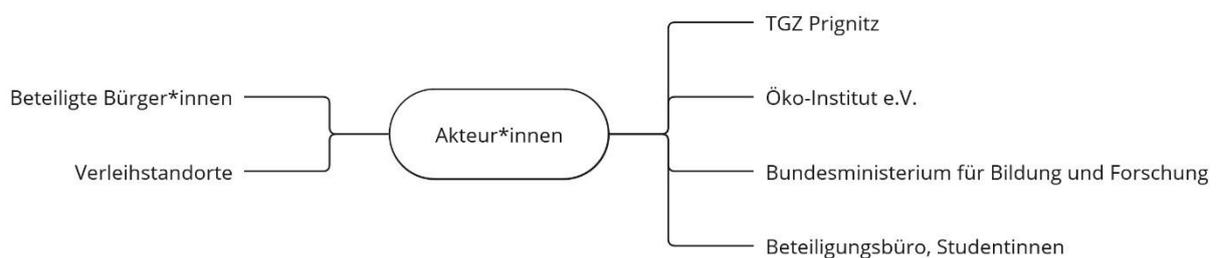


Abb. 21: In Fall 2 beteiligte Akteursgruppen.

4.3.4 Ergebnisse zu U1

In diesem Unterkapitel geht es um die Ergebnisse zur Unterfrage U1: Auf welche Aspekte einer funktionierenden Demokratie ist eine gelingende Klimawende in der Prignitz angewiesen? Ausgangspunkt dafür sind auch hier die Demokratie-Aspekte aus dem Untersuchungsrahmen und die Ausprägung dieser Aspekte in der Prignitz. Die Demokratie-Aspekte dienen als Grundgerüst des Kategoriensystems, das anhand des Materials um zehn Unterkategorien und zwei weitere Oberkategorien ergänzt wurde. Für das Kategoriensystem siehe Anhang 25 und für den Kodierleitfaden Anhang 26. Für die Beantwortung der Unterfragen wurde wieder der grundlegende Anhang 1 weiterentwickelt (s. stark gekürzt Abb. 22). In diesem Unterkapitel werden die Aspekte von Demokratie, die förderlich auf eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz wirken, nach Gewichtung sortiert betrachtet. Die wirkmächtigsten Aspekte sind bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement und Bürger*innenbeteiligung. Durch die Bürger*innenbeteiligung im Rahmen des Projekts konnte die Lastenradleihe in Wittenberge beschlossen und eingerichtet werden. Laut Evaluation wurden die Lastenräder gut angenommen, werden unter anderem statt des Autos verwendet (LAIS ET AL. 2024) und tragen damit zu einer Mobilitätswende in Wittenberge bei. Bereits vor dem eigentlichen Reallaborprozess sollte durch Beteiligung unter anderem von lokalen Akteur*innen System- und Zielwissen generiert werden, um den Prozess und die Qualität des Ergebnisses zu verbessern. Unter Systemwissen werden hier Informationen zum Ist-Zustand wie bestehenden Bedürfnissen und Problemen in Bezug auf nachhaltige Mobilität vor Ort verstanden. Mit Zielwissen sind Informationen zum Soll-Zustand gemeint, also Visionen, Leitbilder und Prognosen (WEBER ET AL. 2022a). Im eigentlichen Reallaborprozess konnten Bürger*innen ihre spezifische Perspektive einbringen: „Bürger*innen können einen entscheidenden Beitrag auf dem Weg zu lebenswerten und zukunftsfähigen Städten leisten. Sie nutzen die Städte täglich und haben einen anderen Blick als die Stadtverwaltung auf das, was fehlt.“ (LAIS ET AL. 2024, S. 6) Neben der nachhaltigen Innovation Lastenradleihe bewirkte die Bürger*innenbeteiligung ein Umdenken und Bewusstsein bei Beteiligten wie

Praxispartner*innen: Bürger*innen entwickelten ein Bewusstsein in Bezug auf Klimawandel und ihren Beitrag zur Treibhausgasreduktion und eine Interviewperson aus der Gruppe der Praxispartner*innen änderte durch das Projekt die persönliche Haltung zu autofreien Innenstädten:

„Ich war [...], ich nehme jetzt mal zum Beispiel autofreie Innenstädte, als Beispiel absoluter Gegner davon. [...] Und durch das Projekt hatte ich dann viel mit diesem Thema zu tun und habe einfach auch Beispiele gesehen oder auch war in Städten. Man achtet ja seitdem auch viel mehr darauf [...] und das hat meinen Blickwinkel total geändert darauf. Aber Menschen, die nicht durch diesen Prozess gegangen sind, die nicht diese Erfahrung da drin gesammelt haben, hätte ich ja ohne das Projekt auch nicht, die wird man davon nie überzeugt bekommen.“ (M3, Z. 292-301)

Um zu gelingen, bedurfte die Bürger*innenbeteiligung im Projekt bestimmter Rahmenbedingungen, zum Beispiel intensiver Betreuung durch das Projektteam, eines sichtbaren Ergebnisses und einer Offenheit für aufkommende Ideen (LAIS ET AL. 2024). Nur durch die gezielte Ansprache per Postwurfsendung konnten Bürger*innen erreicht werden, die sich vor dem Projekt noch nicht beteiligt haben. Um zu einer Umsetzung zu gelangen, bedurfte es außerdem einer gewissen Prioritätensetzung durch die Beteiligten, sich in ihrer begrenzten Freizeit zu engagieren (M3, Z. 246f.). M2 betont trotz aller Effekte die begrenzte Reichweite des Projekts in Bezug auf Mobilitätswende und Klimawende: „Zwei Lastenräder sind noch keine Mobilitätswende. Das ist auch in meinen Augen nur ein ganz, ganz, ganz, ganz winziger Schritt. Zu dem, was wir machen müssten, ist das wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein.“ (M2, Z. 326-328) In der Evaluation konnte die CO₂-Einsparung nicht erhoben und dadurch die Klimawirksamkeit der Lastenradleihe nicht gemessen werden (M2, Z. 232f.). Neben der Bürger*innenbeteiligung spielte im Projekt auch der Demokratie-Aspekt bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement eine wichtige Rolle. Die Beteiligten Bürger*innen trugen eine gewisse Verantwortung und standen in der Pflicht, die Lastenradleihe umzusetzen (M1, Z. 82-84). Erst durch bürgerschaftliches Engagement der Radpat*innen konnte die Lastenradleihe schließlich verstetigt werden (WEBER ET AL. 2022a). Im Projekt zeigte sich, dass bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement höher durch persönliche Betroffenheit sind (LAIS ET AL. 2024; WEBER ET AL. 2022b). Im Beteiligungsprozess wurden teilweise Ideen entwickelt, die dann bürgerschaftliches Engagement außerhalb des Projekts anstießen: An den Workshops zur Auswahl der Projektidee nahm auch der Seniorenbeirat teil, der in der Folge ein eigenes Projekt entwickelte, um den ÖPNV zu verbessern (M2, Z. 256-262). Auch an dieser Stelle wird die begrenzte Wirkung von bürgerschaftlichem Engagement hervorgehoben: „Man kann die Mobilitätswende ja nicht ausschließlich mit ehrenamtlich Engagierten machen oder mit Projekten umsetzen, die durch die Bürger kommen. Das ist ja auch viel, was einfach politisch kommen muss.“ (M2, Z. 305-307)

Einen mittleren Einfluss üben in Fall 2 die Demokratie-Aspekte politische Gleichheit, Kooperation und Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit aus. Politische Gleichheit lässt sich in Fall 2 ausdifferenzieren in Gleichheit in Bezug auf Zugang zum Projekt und Gleichheit in Bezug auf Gestaltungsmacht im Projekt. Einen Zugang zum Projekt sollten alle Bürger*innen haben (TGZ o.J.a). Es wurden nicht nur die bereits Engagierten unterstützt, sondern auch anderen Menschen wurde die Chance gegeben, teilzuhaben (M3, Z. 87-96). Tatsächlich haben am Projekt vorher noch nicht Engagierte teilgenommen (M2, Z. 123-125). Ziel der Zufallsauswahl war es, die Bevölkerung möglichst gut abzubilden, um idealerweise alle Interessen einzubeziehen. Es wurde nicht nur angestrebt, die Bürger*innen zu beteiligen, sondern den Beteiligten eine ähnliche Gestaltungsmacht zu geben wie Praxis- und Wissenschaftspartner*innen (WEBER ET AL. 2022a). Kooperation fand im Projekt auf unterschiedlichen Ebenen statt. Zunächst einmal wurde innerhalb des Bürgerteams für eine gemeinsame Entwicklung, Umsetzung und Auswertung kooperiert (TGZ o.J.c; WEBER ET AL. 2022a&b). Die Beteiligten haben ihre Sichtweisen eingebracht, Kompetenzen ausgetauscht und sich gegenseitig unterstützt. Beispielsweise konnten Zugezogene aus Berlin weitere Perspektiven beitragen und ein beteiligter Radbauer teilte Hintergrundwissen sowie zu beachtende Punkte (M1, Z. 260-267). Das Bürgerteam Mobilität kooperierte

jedoch auch mit anderen Bürgerteams, um Fragen zu klären oder Werbung zu machen (M1, Z. 73-75). Die Kooperation mit anderen Projekten wurde in einem Paper im Rahmen des Projekts als Treiber einer erfolgreichen Umsetzung identifiziert, denn durch Kooperation können bereits existierende Ideen aufgegriffen werden (WEBER ET AL. 2022b). Die Bürger*innen kooperierten auch mit Stakeholdern außerhalb des Forschungsprojekts wie dem ADFC, dem Tourismusverband oder dem Stadtsalon, um die Lastenradleihe zu bewerben (M1, Z. 85-91). Der Demokratie-Aspekt Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit zeigt sich in Fall 2 an gemeinsamen Entscheidungsfindungsprozessen während der Entwicklungs- und Umsetzungsphase (TGZ o.J.a). Durch Diskussionen und demokratische Aushandlungsprozesse wird kritisches Hinterfragen angeregt, was letztlich die Ergebnisqualität verbessern kann (LAIS ET AL. 2024). In Bezug auf diesen Demokratie-Aspekt wurde eine in den Vorab-Interviews nicht genannte Kompromissbereitschaft der Stadt Wittenberge eingebracht. Trotz eingeschränkter Spielraums aufgrund von Gesetzen hat die Stadt Wittenberge versucht, Kompromisse zu ermöglichen und Lösungen zu finden (M1, Z. 76-79).

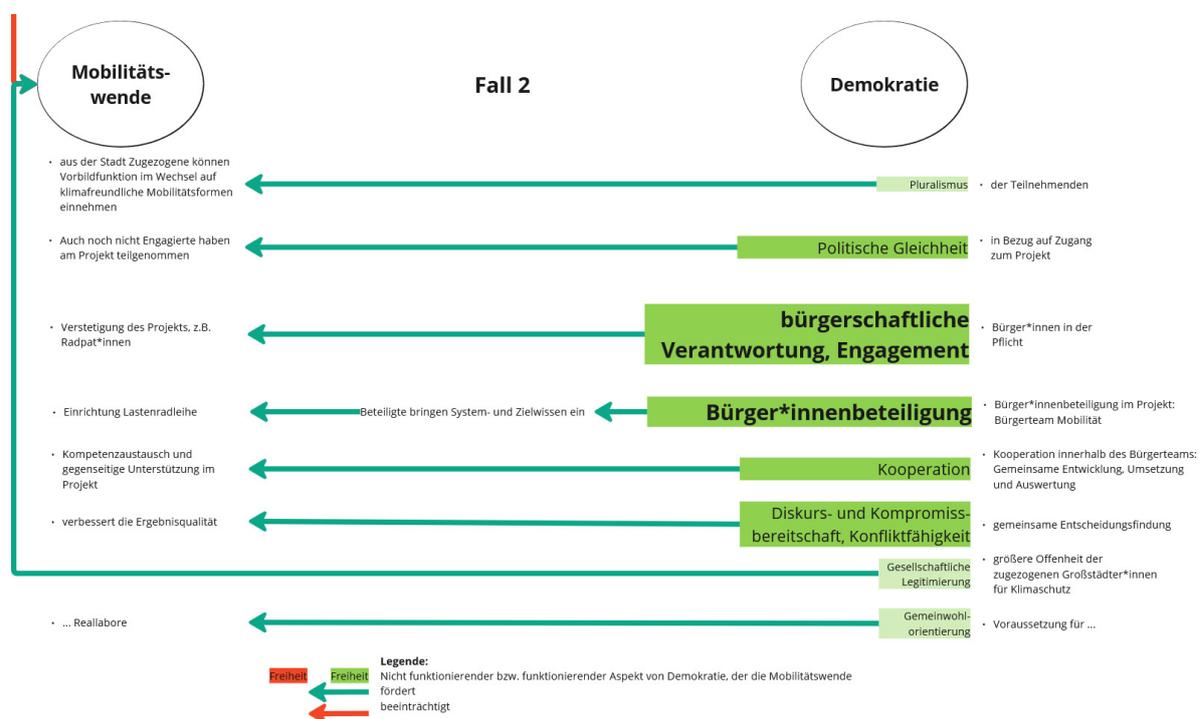


Abb. 22: Ergebnisse zu U1 mit ausgewählten Beispielen.

Den geringsten Einfluss üben in Fall 2 die Demokratie-Aspekte Pluralismus, gesellschaftliche Legitimierung und Gemeinwohlorientierung aus. Pluralismus besteht im Projekt in Bezug auf die Teilnehmer*innen. Im Projekt beteiligten sich länger ansässige Prignitzer*innen sowie Zugezogene. Insbesondere aus Berlin oder Hamburg Zugezogene sind neue Mobilitätsformen gewohnt und können mit ihrer Aufgeschlossenheit eine Vorbildfunktion im Wechsel auf klimafreundliche Verkehrsmittel einnehmen (LAIS ET AL. 2024). Der Pluralismus, der durch die Zufallsauswahl hergestellt wurde, sollte, wie oben genannt, die Bevölkerung so weit wie möglich abbilden, um diverse Interessen einzubeziehen (WEBER ET AL. 2022a). Schließlich ermöglicht ein solcher Pluralismus erst Meinungsverschiedenheiten, die dann in demokratischen Aushandlungsprozessen zu einem Hinterfragen und Nachbessern führen können, wie oben beschrieben (LAIS ET AL. 2024). Positiv auf gesellschaftliche Legitimierung wirkt sich die größere Offenheit von zugezogenen Großstädter*innen gegenüber nachhaltiger Mobilität aus: „Also es ist jetzt wirklich sehr in Klischees gesprochen, man kann es aber schon beobachten.“ (M3, Z. 106f.). Voraussetzung für Reallabore sind sowohl gesellschaftliche Legitimierung als auch Gemeinwohlorientierung, die beide in ZUGG angestrebt werden: Gesellschaftliche Legitimierung wird durch bottom-up-Prozesse

verwirklicht, Gemeinwohlorientierung durch die Stärkung der Daseinsvorsorge, in diesem Fall Lastenräder, die allen Menschen zugänglich sind (WEBER ET AL. 2022a).

Wie in Fall 1, hängen auch hier die Demokratie-Aspekte teilweise miteinander zusammen. Beispielsweise verbesserte Kooperation den Beteiligungsprozess (M1, Z. 73-76) und im Beteiligungsprozess wiederum wurden Ideen entwickelt, die bürgerschaftliches Engagement außerhalb des Projekts angestoßen haben (M2, Z. 256-262). Die politische Gleichheit in Form eines gleichen Zugangs zum Projekt schaffte Pluralismus (M2, Z. 123-125), der seinerseits, wie oben beschrieben, die gesellschaftliche Legitimierung der Lastenradleihe erhöhte (M3, Z. 102-107) und gleichzeitig Meinungsverschiedenheiten ermöglichte, die dann in demokratischen Aushandlungsprozessen zu einem Hinterfragen und Nachbessern führten (LAIS ET AL. 2024). In Abb. 22 ist erkennbar, dass lediglich der Aspekt gesellschaftliche Legitimierung eine gelingende Mobilitätswende an sich und ohne Zwischenschritte fördert. Alle anderen Demokratie-Aspekte beeinflussen eher Aspekte von Mobilitätswende, teilweise auf indirekte Weise. Selbst einige Punkte auf der „Mobilitätswende-Seite“ in Abb. 22 hängen nur indirekt mit der Mobilitätswende selbst zusammen. Zum Beispiel ist nicht klar, inwiefern die Tatsache, dass sich vorher nicht Engagierte am Projekt beteiligt haben, wirklich zu einer gelingenden Mobilitätswende in der Prignitz beiträgt. Selbst der eher offensichtliche Effekt der Lastenradleihe darf in seiner Reichweite nicht überschätzt werden. Dieser Abschnitt soll zeigen, dass in Fall 2 Demokratie-Aspekte indirekt auf eine gelingende Mobilitätswende wirken.

4.3.5 Ergebnisse zu U2

In diesem Unterkapitel geht es um die Ergebnisse zur Unterfrage U2: Inwiefern erschweren Aspekte einer (nicht) funktionierenden Demokratie eine gelingende Klimawende in der Prignitz? Es werden diejenigen Demokratie-Aspekte betrachtet, die beeinträchtigend auf eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz wirken. Auch diese Aspekte werden ähnlich wie bisher nach Priorität geordnet vorgestellt. Für eine stark zusammengefasste Darstellung dieser Ergebnisse s. Abb. 23. Für das Kategoriensystem s. Anhang 27 und für den Kodierleitfaden Anhang 28. Wie in Fall 1, gibt es auch in Fall 2 funktionierende und nicht funktionierende Demokratie-Aspekte, die eine gelingende Mobilitätswende beeinträchtigen. Ein funktionierender Demokratie-Aspekt ist Pluralismus, alle anderen sind nicht funktionierend. Unter den nicht funktionierenden Demokratie-Aspekten befinden sich zwei sehr wirkmächtige und zwei mittelmäßig wirkmächtige. Am wirkmächtigsten sind die Aspekte bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement und Bürger*innenbeteiligung. Ein zentrales Hemmnis in Bezug auf Bürger*innenbeteiligung war der mehrfach genannte geringe Beteiligungswille (WEBER ET AL. 2022b; M1, Z. 67-72; M3, Z. 524-528). Ursachen dafür werden in der Sättigung der Bürger*innen durch mehrere vorausgehende Beteiligungsangebote sowie in einer mangelnden Betroffenheit der Bürger*innen vom Projektthema vermutet (M3, Z. 115-123). „Ich weiß aber auch, dass es gewisse Themen in Wittenberge gibt, die die Leute wirklich rauslocken. [...] Aber von unserem Projekt war keiner persönlich betroffen und deswegen [...] war das für uns schwieriger.“ (M3, Z. 116-123) Der geringe Beteiligungswille zeigt sich einerseits in einer mangelnden Kontinuität und andererseits in einer mangelnden Selbstständigkeit. An den ersten ein bis zwei Workshops nahm eine größere Gruppe Interessierter teil, die sich jedoch bei den folgenden Treffen stark auf wenige Aktive reduzierte (M1, Z. 68-70). „Also mal wieder den Hintern hochkriegen und weiter dranbleiben ist schwer. Also da hat man schon gemerkt, Bürgerbeteiligung, ja, mal reinhören und vielleicht gibt es ja was zu essen. Ist leider so.“ (M1, Z. 70-72) Dieser Schwund an Teilnehmenden ist etwa im Übergang von der Ideenfindung zur Projektumsetzung zu verorten. So schieden einige Beteiligte aus dem Projekt aus, weil ihre favorisierte Projektidee nicht zur Umsetzung gewählt wurde. Beispielsweise beteiligten sich zwei Bürger*innen mit dem Ziel, ein Carsharing einzurichten, das in der Abstimmung allerdings nicht gewann (M2, Z. 272-286). M3 begründet den Teilnehmendenschwund folgendermaßen:

„[...] wir haben das auch erlebt, die Leute wollen ihre Meinung sagen, die Leute wollen dann auch, dass ihre Ideen umgesetzt werden. Aber in der Regel wollen sie mit der Umsetzung nichts zu tun haben. Sie wollen, dass es dann jemand anders macht“ (M3, Z. 242-245).

Bei einem Workshop zur Ideenfindung war eine Person aus der Stadtverwaltung vertreten, die die eingebrachten Ideen mitnahm, um sie im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten umzusetzen (M3, Z. 373-378). Vonseiten des Projektteams war der Beteiligungsprozess auf eine selbständige Übernahme durch das Bürgerteam angelegt, die jedoch nicht passiert ist (LAIS ET AL. 2024; M2, Z. 19-21). Diese begrenzte Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme erschwerte den Prozess und erhöhte den Aufwand für das Projektteam stark (LAIS ET AL. 2024; M2, Z. 21-25; M3, Z. 255-257). Eine weitere Unterkategorie nicht funktionierender Bürger*innenbeteiligung ist das sich nicht ernstgenommen Fühlen. Wie oben genannt, fanden bereits im Vorfeld des ZUGG mehrere Umfragen in Wittenberge statt. Dabei konnten selbstverständlich nicht alle eingebrachten Ideen und Wünsche umgesetzt werden beziehungsweise konnten die Beteiligten den Prozess ab Ende der Beteiligung nicht nachverfolgen und nicht nachvollziehen, ob und inwiefern eingebrachte Vorschläge umgesetzt wurden. In der Folge blieb ein Gefühl des nicht ernstgenommen Werdens bei den Beteiligten zurück, was sich negativ auf die Bereitschaft auswirkte, an ZUGG teilzunehmen: „Die kriegen nur mit, okay, ich wurde gefragt, aber was passiert dann mit meiner Meinung? [...] [E]s wird da nichts damit gemacht, es wird nicht auf mich gehört. Die machen ja doch sowieso, was sie wollen.“ (M3, Z. 224-226) Ein ähnliches Gefühl kam zudem im Ideenfindungsworkshop auf, als Beteiligte Vorschläge einbrachten, die im Rahmen des ZUGG nicht umgesetzt werden konnten:

„Das Thema Mobilität ist natürlich ideal für infrastrukturelle Vorschläge. Wir hatten im ersten Treffen ganz viele Leute, die Vorschläge gemacht haben zum Thema Bahnanbindung. Diese Strecke sollte reaktiviert werden. Die Züge sollten da und da langfahren. [...] Dann haben wir versucht, den Leuten zu erklären, alles richtig, [...] wir nehmen eure Ideen auch mit oder eure Themen, aber wir können sie im Projekt nicht umsetzen. [...] Ich glaube, die haben sich damals nicht ganz aufgehoben gefühlt und nicht ernst genommen in diesem Workshop, was auch ein bisschen ein Problem war.“ (M3, Z. 362-378)

Der Demokratie-Aspekt bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement hängt eng mit der Bürger*innenbeteiligung zusammen. Das geringe Engagement im Projekt wird einerseits mit einer begrenzten Freizeit begründet, die nicht immer für bürgerschaftliches Engagement ausreicht (M3, Z. 246-248), andererseits mit der Prioritätensetzung der Bürger*innen zuungunsten des Projekts: „Weil die Leute sagen auch, jede Woche zum Arbeitskreis. Ne, das ist mir nichts. Aber jeden Sonntag zum Fußball schaffen sie. So dieses, was ist mir wichtig.“ (M1, Z. 302-304) Ursächlich für das mangelnde Engagement könnten auch ein fehlendes Problembewusstsein und ein in der Folge nicht vorhandenes Verantwortungsgefühl sein. M2 beschreibt in diesem Zusammenhang das aktuelle Problem, dass viele Prignitzer*innen keinen Bezug zwischen dem individuellen Autofahren und dem Klimawandel herstellen (Z. 198-203). Grundsätzlich konnte im Rahmen des Projekts die Begrenztheit des Ehrenamts als Hemmnis in Reallaboren festgestellt werden (WEBER ET AL. 2022b).

Die beiden Demokratie-Aspekte mit einem mittleren Einfluss, Freiheit und gesellschaftliche Legitimierung, hängen zusammen und werden im Folgenden deshalb gemeinsam betrachtet. Zwar ist die Lastenradleihe ein gut genutztes Angebot. Die Evaluationsergebnisse genauer betrachtet, lässt sich jedoch feststellen, dass im Evaluationszeitraum jedes Rad im Schnitt „nur“ gut einmal pro Woche ausgeliehen wurde und das teilweise von Menschen, die stattdessen sowieso das Fahrrad benutzt hätten (LAIS ET AL. 2024). Zudem ist nicht auszuschließen, dass einzelne Befragte die Lastenräder mehrfach ausgeliehen haben. Verglichen mit der Einwohner*innenzahl von Wittenberge besteht also noch viel Potenzial. Damit könnte eventuell die von M2 (Z. 168-173) und M3 (Z. 319-321) benannte, unter Prignitzer*innen geringe Bereitschaft zusammenhängen, sich in ihrer individuellen Freiheit einzuschränken und auf das Auto zu verzichten. Aus diesem Grund wird von vielen Prignitzer*innen auch keine Mobilitätswende

gefordert, sprich es besteht keine gesellschaftliche Legitimierung für eine Mobilitätswende in der Prignitz (M3, Z. 317). Insbesondere unter den Alteingesessenen beschreibt M3 eine Abwehrhaltung gegenüber nachhaltiger Mobilität, die von Zugezogenen aus Großstädten etwas ausgeglichen wird (M3, Z. 102-107).

Die beeinträchtigende Wirkung des funktionierenden Demokratie-Aspekts Pluralismus zeigt sich in Konflikten zwischen den Beteiligten, die den Prozessfortschritt im Projekt verlangsamen können (LAIS ET AL. 2024).

Wie in Bezug auf U1, hängen auch in Bezug auf U2 die Demokratie-Aspekte teilweise miteinander zusammen. So sind die Aspekte Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement eng miteinander verbunden. Beide sind durch eine ähnliche Ausprägung, nämlich durch einen niedrigen Beteiligungswillen beziehungsweise eine niedrige Priorität bürgerschaftlichen Engagements, gekennzeichnet (WEBER ET AL. 2022b; M1, Z. 67-72), die ähnliche Folgen nach sich ziehen, nämlich eine geringere Beteiligung und weniger Engagement im Projekt (M1, Z. 69-71; M3, Z. 255-257). Wie oben aufgezeigt, hängen auch die Aspekte Freiheit und gesellschaftliche Legitimierung zusammen: Eine mangelnde Bereitschaft, die individuelle Freiheit einzuschränken, ist eine Ursache für die kaum vorhandene gesellschaftliche Legitimierung der Mobilitätswende in der Prignitz (M3, Z. 319-321). In Abb. 23 ist erkennbar, dass lediglich der Demokratie-Aspekt gesellschaftliche Legitimierung eine gelingende Mobilitätswende an sich und ohne Zwischenschritte fördert. Alle anderen Demokratie-Aspekte beeinflussen eher Aspekte von Mobilitätswende, teilweise auf indirekte Weise. Selbst einige Punkte auf der „Mobilitätswende-Seite“ in Abb. 23 hängen nur indirekt mit der Mobilitätswende selbst zusammen. Zum Beispiel ist nicht klar, ob sich die geringere Verantwortungsübernahme seitens der Beteiligten wirklich negativ auf das Ergebnis in Fall 2 auswirkte, oder ob diese nicht durch das Projektteam kompensiert wurde. M2 erzählt in diesem Zusammenhang:

„[...] das oberste Ziel war, dass wir ein erfolgreiches Projekt haben. Wie gesagt, es stellte sich dann heraus, dass es doch mehr Unterstützung braucht, als wir ursprünglich gedacht haben. [...] Das war dann nämlich unsere Aufgabe und da habe ich auch jede Energie reingesteckt, die ich hatte. Also das wollte ich auch, dass das ein Erfolg wird.“ (Z. 27-34)

Dieser Abschnitt soll die oben beschriebene Erkenntnis unterstreichen, dass die Demokratie-Aspekte auch in Fall 2 nur indirekt auf eine gelingende Mobilitätswende wirken.

Eine Restkategorie oder ähnliches für nicht eindeutig zuordenbare Punkte gibt es in Fall 2 nicht. Jedoch zeigen sich Facetten ein und desselben Demokratie-Aspekts als förderlich und beeinträchtigend, wie der Pluralismus der Teilnehmenden und die daraus resultierenden Meinungsverschiedenheiten (LAIS ET AL. 2024). Außerdem ist die beeinträchtigende Wirkung der mangelnden Bereitschaft zur Beteiligung und zum bürgerschaftlichen Engagement nur die Kehrseite der förderlichen Wirkung von Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement.

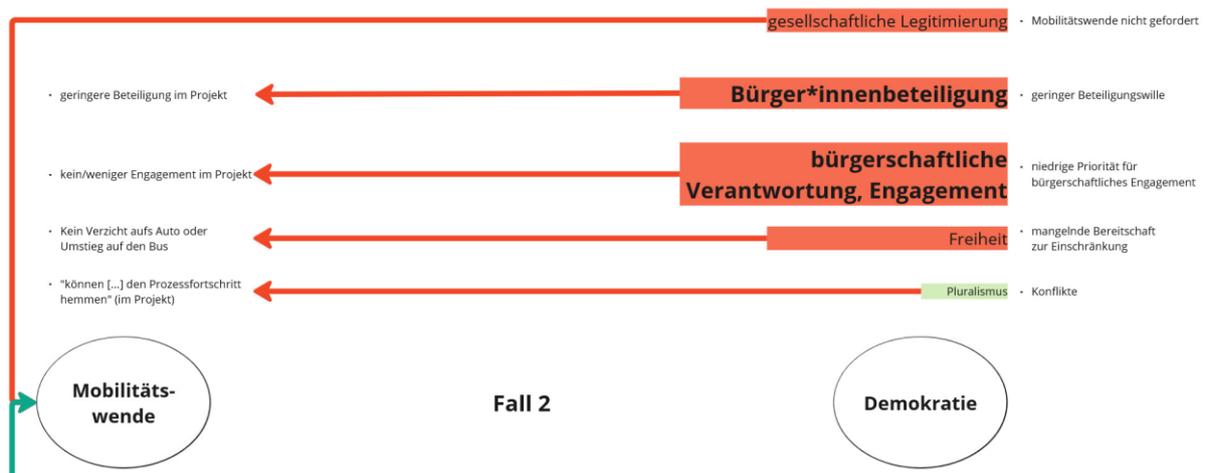


Abb. 23: Ergebnisse zu U2 mit ausgewählten Beispielen.

4.3.6 Ergebnisse zu F1

Im Anschluss an die Ergebnisse zu den Unterfragen werden in diesem Unterkapitel die Ergebnisse zur Forschungsfrage F1 dargelegt (s. Abb. 24), die lautet: Wie kann die Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden? Auch diese Ergebnisse beziehen sich nach wie vor auf Fall 2. Das zugrunde liegende Kategoriensystem enthält auch hier die ausgewählten Demokratie-Aspekte als Oberkategorien. Für das Kategoriensystem siehe Anhang 29 und für den Kodierleitfaden Anhang 30. Wie in Fall 1 lassen sich die Vorschläge zur demokratischen Gestaltung einer Mobilitätswende in der Prignitz unabhängig vom Kategoriensystem in die drei Gruppen einteilen: Funktionierendes ausbauen, nicht Funktionierendes beheben und sonstige Vorschläge. Im Folgenden werden die Vorschläge nach diesen Gruppen sortiert vorgestellt, beginnend mit der Gruppe Funktionierendes ausbauen. Anknüpfend an die politische Gleichheit in Bezug auf den Zugang zum Projekt könnten weitere Sprachen als Deutsch angeboten werden, um auch nicht Deutschsprachigen die Teilhabe zu ermöglichen (M3, Z. 348-350). Zudem könnte an Schulen Werbung für das participationsangebot gemacht werden, um Schüler*innen aus bildungsfernen Schichten mitzunehmen (M3, Z. 350-355). Auch der Demokratie-Aspekt Kooperation könnte noch erweitert werden. Durch die Vernetzung mit anderen Menschen, insbesondere denen, die bereits klimafreundliche Mobilitätsformen nutzen, könnte der eigene Horizont erweitert werden: „Dass man halt wegkommt von seinem eigenen Denken [...], sondern auch das große Ganze sieht. Sich auch mit anderen Personen vernetzt und erlebt, [...] dass man zusammen Dinge verändern kann.“ (M2, Z. 237-239)

Weitere Vorschläge zielen auf eine Erhöhung des geringen Beteiligungswillens und der niedrigen Bereitschaft zum Engagement. Engagement könnte gestärkt werden durch das Bieten eines kleinen Vorteils, der die Hemmschwelle senkt, sich zu engagieren (M1, Z. 324-328). Um den Beteiligungswillen zu erhöhen, müssen interessante participationsangebote geschaffen werden und die Ansprache der Bürger*innen muss gezielt gestaltet werden. Generell braucht es viel Werbung, um die Bürger*innen für eine Teilnahme zu motivieren. Wichtig sind aber auch geeignete Methoden der Ansprache, wie eben die Postwurfsendung mit Ansprache durch den Bürgermeister in ZUGG (M2, Z. 115-135). Einfache Ausgänge werden übersehen, stattdessen muss mehr Aufmerksamkeit erzeugt werden: „Da ein bisschen mit Tamtam würde schon helfen und sobald das heißt kostenlos, kommen die Leute ja auch.“ (M1, Z. 222f.) Bürger*innen sollen dort abgeholt werden, wo sie sind und über ihre Betroffenheit angesprochen werden (M1, Z. 294-296). Eventuell müsste diese Betroffenheit erst einmal geschaffen oder kommuniziert werden:

„Wenn man jetzt sagen würde, wir nehmen eure Parkplätze in der Innenstadt weg, dann würden super viele Leute kommen. Persönliche Betroffenheit gegeben. [...] Das war aber damals so eine Idee, einfach diese Betroffenheit herzustellen, um die Leute ranzukriegen.“ (M3, Z. 458-464)

In der Ansprache könnte zusätzlich der direkte Vorteil für die Bürger*innen genannt werden, den sie erhalten, wenn sie sich beteiligen. Aus Sicht von M1 würde das die Bereitschaft, sich zu beteiligen, erhöhen (Z. 324-328). Schließlich muss der Beteiligungsprozess von vornherein zeitlich begrenzt sein und dieses Ende auch kommuniziert werden (M3, Z. 489-492). Ein grundlegend anderer Ansatz, als neue Bürger*innen unter hohem Aufwand zum Engagement zu motivieren, wäre, stattdessen bereits engagierte Gruppen zu unterstützen. Ein Beispiel wären die *elblandwerker**, die bereits ein Repaircafé bewerben, in dem auch Fahrräder repariert werden können. Dann könnte das zur Verfügung stehende Budget effektiver eingesetzt werden, es könnte direkt in die Umsetzung gestartet und möglicherweise mehr bewirkt werden (M3, Z. 263-269).

Die meisten eingebrachten Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Mobilitätswende in der Prignitz lassen sich der Gruppe sonstige Vorschläge zuordnen. Einige dieser Vorschläge betreffen die informelle Bürger*innenbeteiligung. Zum Beispiel wird von M1 die offene Kommunikation mit den Prignitzer*innen hervorgehoben: „Dass man dann auch sagt, hier, da ist was. Ihr könnt es nutzen, so und so funktioniert es. Und wir brauchen aber noch Hilfe bei den und den Punkten. Und wer hat Ideen? Also die Leute so ein bisschen einladen. Und nicht einfach machen, hinstellen und weggehen.“ (Z. 97-100) Es sollen also Gesprächs- und Informationsangebote geschaffen werden, die niedrigschwellig in Beteiligungsprozesse übergehen (M1, Z. 103-105). In diese Richtung zielen auch Vorschläge, die Meinungen der Prignitzer*innen beispielsweise in Form einer Befragung einzusammeln und daran ein Umsetzungsprojekt anzuschließen. In diesem Projekt könnten die Prignitzer*innen in die Umsetzung ihrer Idee involviert werden, ähnlich wie in ZUGG (M1, Z. 347-350; M3, Z. 259-263). Dieses Einholen von Meinungen könnte noch stärker als in ZUGG auch online und anonym angeboten werden, um den Beteiligten die Hürde zu nehmen, sich vor einer Gruppe unbekannter Menschen äußern zu müssen (M3, Z. 392-396). Ein ganz anderer Vorschlag zur informellen Bürger*innenbeteiligung ist es, Bürgerbudgets einzuführen. Durch diese könnten die Prignitzer*innen erfahren, warum manche Vorschläge aufgrund bestehender Gesetzeslage nicht umsetzbar sind, und in der Folge Verständnis für getroffene Entscheidungen aufbringen (M1, Z. 205-209). Die Vorschläge, die sich auf den Demokratie-Aspekt Kooperation beziehen, zielen darauf ab, verschiedene Stakeholder zusammenzubringen, um ein gemeinsames Ziel zu entwickeln und umzusetzen. Das können Vereine aus der Region sein (M1, Z. 312-315), aber auch Stakeholder konkret zur Mobilitätswende wie die Stadt, die Betreiber der Busgesellschaft und die Prignitzer*innen (M2, Z. 307-309). Diese Kooperation könnte von der Stadt koordiniert werden (M1, Z. 301f.). Wenn diese Kooperation mit einer Diskurs- und Kompromissbereitschaft verbunden wäre und die unterschiedlichen Parteien einander zuhören und andere Meinungen akzeptieren würden, könnte das den Fortschritt hin zu einer Mobilitätswende begünstigen (M2, Z. 240f.). Für die gesellschaftliche Legitimierung einer Mobilitätswende in der Prignitz braucht es neben der Lastenradleihe unter anderem einen weiteren Ausbau der Radverkehrsmöglichkeiten (M3, Z. 301-305). Gesellschaftliche Legitimierung kann zudem durch Aufklärung und offene Kommunikation gestärkt werden. Gerade wenn eine Abwehrhaltung gegenüber klimafreundlichen Mobilitätsformen besteht, sollten die Bürger*innen mitgenommen werden. Durch Aufklärung darüber, was mit Begriffen wie Nachhaltigkeit und nachhaltiger Mobilität gemeint ist, können Ängste, zum Beispiel vor einem sofortigen Autoverbot, genommen werden (M3, Z. 200-202). Über Projekte zur Stärkung klimafreundlicher Mobilitätsformen sollen die Prignitzer*innen informiert werden: „Weil die Leute werden vor vollendete Tatsachen gestellt und ja, keiner sagt was. Und dann sind die Leute in erster Linie erstmal dagegen.“ (M1, Z. 347f.) Hintergründe könnten beispielsweise in kurzen Artikeln in der Wochenzeitung erklärt werden (M1, Z. 151-154). Die Akzeptanz für Projekte kann zudem gestärkt werden, indem Kosten und Geldgeber transparent gemacht werden und Rechenschaft darüber abgelegt wird (M1, Z. 122-126). Transparent kommuniziert

werden sollte auch in Bezug darauf, was mit den Vorschlägen der Prignitzer*innen, die im Rahmen einer Bürger*innenbeteiligung eingebracht werden, passiert (M3, Z. 234-238).

Die Akteur*innen der in F1 aufgeworfenen demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz sind in Fall 2 überwiegend Projektleitende von Beteiligungsprojekten. Zwei Vorschläge betreffen jedoch auch die Stadtverwaltung, die zum einen Kooperationen zwischen verschiedenen Stakeholdern koordinieren und zum anderen Bürgerbudgets einführen könnte (M1, Z. 201-206 und 301f.). F1 zielt eigentlich auf eine demokratische Gestaltung der Klimawende in der Prignitz ab. Die dargelegten Ergebnisse beschränken sich hingegen auf eine gelingende Mobilitätswende in Fall 2. Und selbst den Zusammenhang einiger dieser Vorschläge zu Mobilitätswende hält M2 für abstrakt: „Ich glaube aber, dass das von der Mobilitätswende vielleicht doch zu weit weg ist oder zu abstrakt ist. Um zu sagen, wenn ich das verändere, wäre die Bereitschaft größer, Mobilitätswende mitzutragen oder teilzunehmen.“ (Z. 229-231) Diese Aussage unterstreicht die Erkenntnis aus den vorigen Unterkapiteln, dass teilweise mehrere Zwischenschritte in den Wirkungsketten existieren und der tatsächliche Effekt auf eine gelingende Mobilitätswende unklar ist. Für eine Diskussion, inwiefern von den genannten Gestaltungsvorschlägen auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz geschlossen werden kann und inwiefern mit den vorhandenen Ergebnissen F1 überhaupt beantwortet werden kann, s. Kap. 5.2. Im folgenden Unterkapitel werden Fall 1 und Fall 2 einander kontrastierend gegenübergestellt, das heißt, wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden anhand von Vergleichskriterien beschrieben.

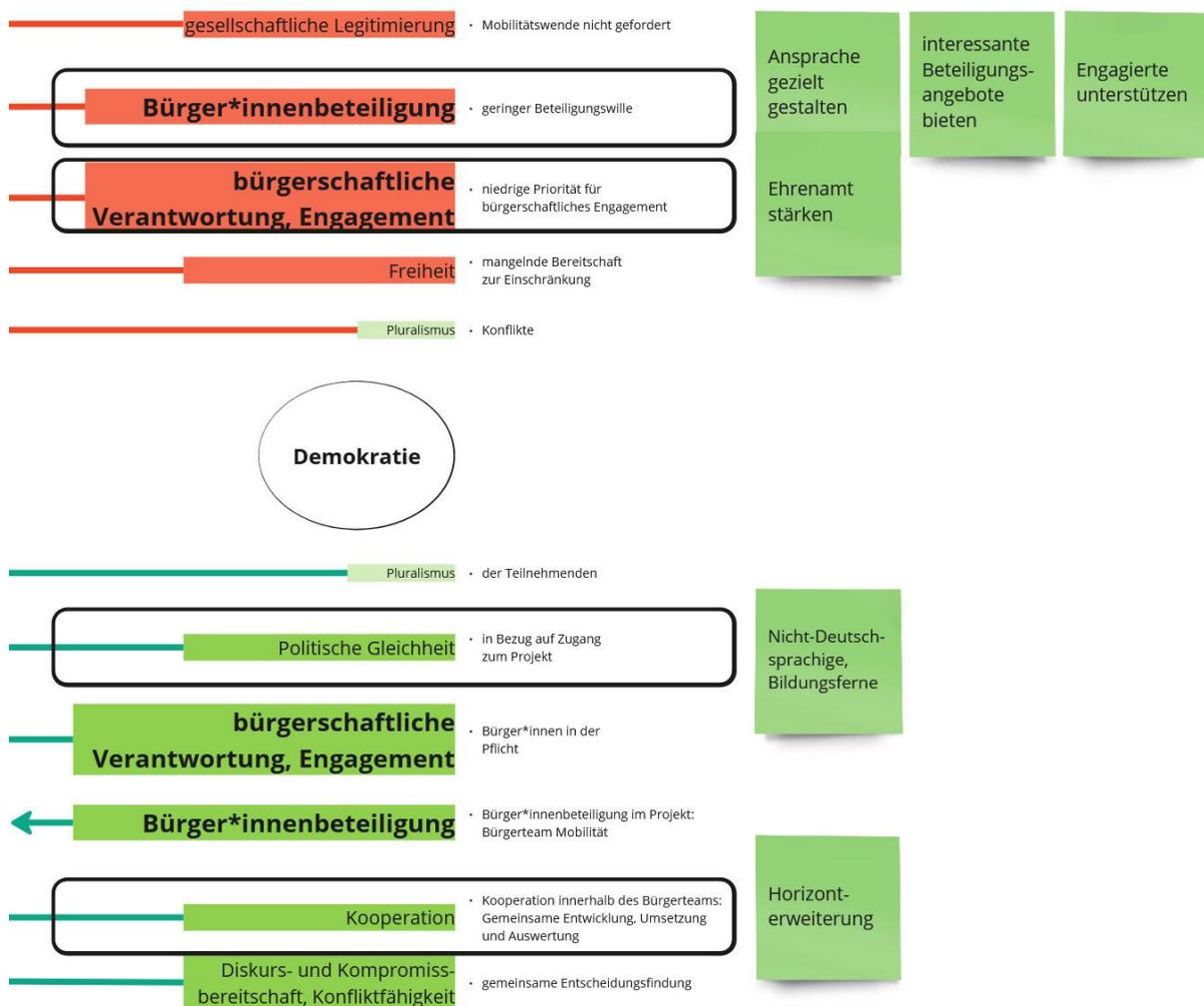


Abb. 24: Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Klimawende, Gruppen Funktionierendes ausbauen und nicht Funktionierendes beheben.

4.4 Kontrastiver Fallvergleich

Die betrachteten Fälle lassen sich anhand unterschiedlicher Kriterien vergleichen. Einführend und zu Zwecken des Überblicks werden zunächst eher formale Vergleichskriterien herangezogen, bevor Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Bezug auf die Unterfragen und die Forschungsfrage herausgearbeitet werden. Zweiteres bildet den Schwerpunkt des kontrastiven Fallvergleichs. Für einen Überblick s. Tab. 4. Formale Vergleichskriterien betrachtend, unterscheiden sich die Fälle 1 und 2 stark: Fall 1 ist im Gegensatz zu Fall 2 noch nicht abgeschlossen, bezieht sich räumlich auf den gesamten Landkreis Prignitz und viele verschiedene Akteur*innen unterschiedlicher politischer Ebenen sind beteiligt. Daran und am höheren Konfliktpotenzial ist erkennbar, dass die Komplexität von Fall 1 höher ist als die von Fall 2. Gleichzeitig ist auch die klimabezogene Wirkung des Sachlichen Teilplans mit insgesamt 47 Windvorranggebieten höher als die Lastenradleihe mit zwei Lastenrädern in Wittenberge. Fall 2 ist räumlich auf Wittenberge begrenzt, es sind weniger Akteur*innen und aus weniger Akteursgruppen beteiligt. Insgesamt ist der Komplexitätsgrad geringer. Räumlich gesehen ist jedoch nicht nur die Ausdehnung unterschiedlich, sondern auch die Verortung im Stadt-Land-Kontinuum. Während Fall 2 sich in der Stadt Wittenberge abspielt, liegen die umkämpften Windvorranggebiete, insbesondere die Hohe Heide, außerhalb der Städte in besonders dünn besiedelten Teilen der Prignitz. Formal gemeinsam haben die Fälle, dass sie beide sehr aktuell sind: Auch wenn Fall 2 bereits abgeschlossen ist, so war der Projektabschluss erst im Juli 2024. Zudem liegt die Zeitspanne, über die sich die Fälle erstrecken, bei jeweils etwa zwei Jahren: Fall 1 begann am 25.01.2023, Fall 2 dauerte von Juni 2022 bis Juli 2024.

Gegenstand des inhaltlichen Vergleichs sind die Fragen danach, welche Demokratie-Aspekte jeweils von Bedeutung sind, wie diese miteinander zusammenhängen und wie sie sich auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz auswirken. Es geht außerdem um die Fragen, worauf die Vorschläge einer demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz abzielen und welche Akteur*innen in der Lage sind, diese umzusetzen. Am wirkmächtigsten, und zwar sowohl förderlich als auch beeinträchtigend, sind in Fall 1 die Demokratie-Aspekte Gerechtigkeit, Bürger*innenbeteiligung und Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit. In Fall 2 sind es die Aspekte bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement und Bürger*innenbeteiligung. Damit haben die Fälle die Bürger*innenbeteiligung als bedeutungsvollsten Aspekt gemeinsam, und, dass alle ihre wirkmächtigsten Demokratie-Aspekte sowohl förderlich als auch beeinträchtigend wirken. Weniger stark förderlich wirkt sich in beiden Fällen der Aspekt Kooperation aus und am wenigsten förderlich sind in beiden Fällen die Demokratie-Aspekte Pluralismus, gesellschaftliche Legitimierung und Gemeinwohlorientierung. Eine mangelnde gesellschaftliche Legitimierung wirkt in beiden Fällen mittelmäßig beeinträchtigend. Auch wenn der Aspekt Pluralismus zur Gruppe mit der geringsten Wirksamkeit gehört, ist er in beiden Fällen wirksam und zwar überwiegend positiv. Die Demokratie-Aspekte, die ausschließlich eine fördernde Wirkung haben, sind politische Gleichheit und Gemeinwohlorientierung. Die fördernde Wirkung der Gemeinwohlorientierung ist fallübergreifend, während politische Gleichheit lediglich in Fall 2 vorkommt. Die Demokratie-Aspekte mit einer ausschließlich beeinträchtigenden Wirkung sind nicht funktionierende Freiheit, funktionierende Solidarität und funktionierende politische Partizipation. Der Aspekt Freiheit wird jedoch nur in Fall 2 tangiert, die Aspekte Solidarität und politische Partizipation nur in Fall 1. Es lässt sich also festhalten, dass in beiden Fällen unter den beeinträchtigenden Aspekten auch nicht funktionierende Demokratie-Aspekte sind. Zahlenmäßig und von ihrer Wirkmächtigkeit her sind sie gegenüber den beeinträchtigenden funktionierenden Demokratieaspekten vorherrschend. Insbesondere eine nicht vorhandene oder mangelhaft ausgeprägte bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement, Bürger*innenbeteiligung und gesellschaftliche Legitimierung beeinträchtigen einen Energie- beziehungsweise Mobilitätswende-Erfolg in der Prignitz.

In beiden Fällen fördert der Aspekt gesellschaftliche Legitimierung eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende auf direktem Wege. Umgekehrt wirkt sich eine nicht vorhandene

gesellschaftliche Legitimierung fallübergreifend auf direktem Wege beeinträchtigt aus. Überwiegend sind die Wirkungen der Demokratie-Aspekte in beiden Fällen sehr indirekt. Erstens sind jeweils Zwischenschritte zu finden (s. Abb. 17, 18 und 22), beispielsweise fallübergreifend beim Aspekt Bürger*innenbeteiligung: Meist ist nicht die Bürger*innenbeteiligung an sich förderlich oder hemmend, sondern das Ergebnis einer funktionierenden oder nicht funktionierenden Bürger*innenbeteiligung hat Folgewirkungen auf eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in der Prignitz. Zweitens beeinflussen sich in beiden Fällen einzelne Demokratie-Aspekte gegenseitig, bevor sich der letzte in dieser Wirkungskette auf das Gelingen der Energie- beziehungsweise Mobilitätswende auswirkt. Fallübergreifend ist dieser „letzte“ Aspekt häufig die gesellschaftliche Legitimierung, der allerdings je nach Fall unterschiedliche Wirkungsketten vorausgehen. Drittens hängen selbst einige Punkte auf der Energie- beziehungsweise „Mobilitätswende-Seite“ nur indirekt mit der Energie- beziehungsweise Mobilitätswende selbst zusammen. Hier lässt sich grob zusammenfassen, dass nicht klar ist, wie sich insbesondere Einstellungen und Verhalten der Beteiligten beziehungsweise Betroffenen letztlich auswirken. In Fall 1 sind das beispielsweise die Aktivierung der Teilnehmenden beim Regionalforum, aber auch Unmut und Empörung unter den Prignitzer*innen, in Fall 2 die Beteiligung vorher nicht Engagierter und andererseits die geringere Verantwortungsübernahme durch das Bürgerteam. Schließlich beziehen sich die Ergebnisse in beiden Fällen nicht auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz, sondern auf eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in Bezug auf den jeweiligen Fall. Für Fall 1 wurde zudem eine Restkategorie für nicht eindeutig zuordenbare Aussagen gebildet. Dies wurde mit dem teils unterschiedlichen Verständnis einer gelingenden Energiewende der Interviewpersonen und deren persönlicher Ziele in Bezug auf den Fall in Zusammenhang gebracht. Solche stark voneinander abweichenden Perspektiven waren in Fall 2 nicht zu finden. Allerdings gibt es in Fall 2 Facetten ein und desselben Demokratie-Aspekts, die sowohl förderlich als auch beeinträchtigend wirken.

Die Vorschläge einer demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz lassen sich in beiden Fällen in die drei Gruppen Funktionierendes ausbauen, nicht Funktionierendes beheben und sonstige Vorschläge einsortieren. In Fall 1 streben die Vorschläge vor allem an, nicht Funktionierendes zu beheben, in Bezug auf Fall 2 wurden hingegen überwiegend sonstige Vorschläge genannt. Insgesamt zielen die Vorschläge eher auf die mittelmäßig bis stark wirkmächtigen Demokratie-Aspekte ab, aber nicht zwingend und ausschließlich auf die wirkmächtigsten. Die Akteur*innen, die diese Vorschläge umsetzen sollen, sind in den Fällen sehr unterschiedlich: In Fall 1 liegt die Kompetenz für die Umsetzung der meisten Vorschläge bei der Bundes- und Landespolitik und nur teilweise bei der Kommunalpolitik und den Prignitzer*innen selbst. In Fall 2 richten sich die Vorschläge überwiegend an die Projektleitung von Beteiligungsprojekten, zwei Vorschläge könnte aber auch die Stadtverwaltung umsetzen. Die angesprochenen Akteur*innen sind auch diejenigen, von denen der ursprüngliche Impuls für den Fall ausging. Der Sachliche Teilplan inklusive der darin enthaltenen Fläche für Windvorranggebiete musste aufgrund der Vorgaben von Bundes- und Landespolitik aufgestellt werden, auch die Rahmenbedingungen dafür wurden von der Bundes- und Landespolitik gesetzt. Der Anstoß für Fall 2 ging von der Projektleitung und vom Projektteam aus, die ebenfalls den Rahmen des Beteiligungsprozesses festgelegt haben.

Tab. 4: Vergleichstabelle.

Vergleichskriterium		Fall 1	Fall 2
Formal	Status	Laufend	Abgeschlossen
	Räumliche Ausdehnung	Landkreis Prignitz	Wittenberge
	Beteiligte Akteur*innen	Viele, vielfältige	Übersichtlicher
	Komplexitätsgrad	Höher	Geringer
	Konfliktpotenzial	Höher	Geringer
	Klimabezogene Wirksamkeit	Höher	Geringer
Inhaltlich	Wirkmächtigste Demokratie-Aspekte	Gerechtigkeit; Bürger*innenbeteiligung; Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit	Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement; Bürger*innenbeteiligung
		sowohl förderlich als auch beeinträchtigend	
	Direktheit der Wirkungen	Sehr indirekt, vor allem gesellschaftliche Legitimierung	direkt
	Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Klimawende	Vor allem nicht funktionierendes beheben	Vor allem sonstige Vorschläge
	Zielgruppe für die Umsetzung der Vorschläge	Vor allem Bundes- und Landespolitik	Vor allem Projektleitung von Beteiligungsprojekten
	Ursprüngliche Initiator*innen der Fälle		

In Kapitel 4 wurden zunächst die Ergebnisse zum Zustand der Demokratie in der Prignitz vorgestellt. Das Grundgerüst dafür lieferten die im Untersuchungsrahmen formulierten Demokratie-Aspekte. Zudem wurden einige Demokratisierungsvorschläge genannt. Im Anschluss wurden die Fälle 1 (Teilplan Windenergienutzung und Bürger*inneninitiative) und 2 (Bürgerteam gestaltet nachhaltige Mobilität in Wittenberge) getrennt voneinander beschrieben und die Ergebnisse zu den Unterfragen und zu F1 dargestellt. Zuletzt wurden die Fälle einander kontrastierend gegenübergestellt.

5. Diskussion

In diesem Kapitel werden zunächst die Untersuchungsergebnisse zusammengefasst und dann die Unterfragen und die Forschungsfrage beantwortet. Anschließend werden die Ergebnisse interpretiert, die Forschung kritisch reflektiert und Forschungsdesiderata dargelegt. Im folgenden Unterkapitel werden die Untersuchungsergebnisse zum Zustand der Demokratie in der Prignitz, zu den beiden Fällen und zum Fallvergleich zusammengefasst.

5.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Demokratie in der Prignitz ist im Allgemeinen (noch) stabil. Die weitere Entwicklung ist jedoch ungewiss, da einerseits Gefährdungen durch einen Zulauf zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien bestehen, durch Demokratie-engagierte Zugezogene andererseits Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind. Insgesamt weichen Demokratiezufriedenheit, Einstellungen gegenüber Demokratie, das Engagement für Demokratie und die Wahrnehmung der Ausprägung der Demokratie-Aspekte zwischen den Demokratie-engagierten Akteur*innen und den nicht engagierten Prignitzer*innen stark voneinander ab. Beispielsweise werden Aspekte wie Freiheit und Solidarität vonseiten der engagierten Akteur*innen wahrgenommen und gelebt, während außerhalb in Teilen Gefühle der eingeschränkten Meinungsfreiheit und der Ungerechtigkeit bestehen. In der Prignitz gibt es eine aktive Zivilgesellschaft, vielfältiges Engagement und gute Netzwerke, dieses Engagement beschränkt sich allerdings auf sehr engagierte Einzelpersonen. Um Menschen außerhalb dieser Bevölkerungsgruppe zu bürgerschaftlichem Engagement und zur Teilnahme an Bürger*innenbeteiligung zu motivieren, ist viel Werbung und Einladung notwendig. Auch Partizipationsmöglichkeiten werden dementsprechend spärlich angenommen. Die Diskursbereitschaft der Prignitzer*innen ist hoch, teilweise herrscht jedoch eine Kompromisslosigkeit vor. Themen und Sorgen der Prignitzer*innen sind zum Beispiel das Fehlen guter Mobilitätsangebote über Wittenberge hinaus, Existenzängste und die Angst vor Krisen. Teils existiert ein Feindbild gegenüber der Partei Die Grünen und Klimaschutz, teils findet Klimaschutz aber auch Unterstützung. Einige außerhalb der Demokratie-engagierten Akteur*innen sind enttäuscht und wütend über die Politik, ihnen fehlt es an politischer Bildung und an Begegnungs- und Kommunikationsräumen. Dementsprechend wurden Vorschläge zur Demokratisierung der Prignitz vorgebracht, wie Demokratiebildung, politische Bildung, Information über politische Prozesse und, Demokratie ins Bewusstsein zu rücken. Die Themen der AfD-Wähler*innen sollen aufgegriffen und dafür sollen konstruktive Lösungen geboten werden. Kommunikationsräume sollen geschaffen und Kommunikationskompetenzen gefördert werden. Auch verschiedene Möglichkeiten zur Stärkung der Bürger*innenbeteiligung und der Kooperation wurden vorgeschlagen. Zwischen den verschiedenen Lebenswelten sollen Brücken gebaut werden, sodass sich die Prignitzer*innen als Teil einer größeren Gemeinschaft begreifen. Schließlich soll die DDR aufgearbeitet werden und der DDR-Hintergrund zum Beispiel in Beteiligungsprozessen berücksichtigt werden.

Die Fälle 1 (Teilplan Windenergienutzung und Bürger*inneninitiative) und 2 (Bürgerteam gestaltet nachhaltige Mobilität in Wittenberge) unterscheiden sich hinsichtlich formaler Vergleichskriterien stark, beispielsweise die räumliche Ausdehnung, den Komplexitätsgrad, das Konfliktpotenzial oder die klimabezogene Wirksamkeit betreffend. Inhaltlich lässt sich zusammenfassen, dass jeder Demokratie-Aspekt in mindestens einem der beiden Fälle einen Einfluss ausübt. Diese Einflüsse sind jedoch unterschiedlich stark und konnten je nach Fall und Unterfrage in drei Einflussstärken eingeteilt werden. Die wirkmächtigsten Demokratie-Aspekte sind in Fall 1 Gerechtigkeit, Bürger*innenbeteiligung und Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit, und zwar sowohl auf eine fördernde als auch auf eine beeinträchtigende Weise. Mittelstark förderlich wirkt der Aspekt Kooperation, mittelstark beeinträchtigend eine funktionierende politische Partizipation und Kooperation, nicht funktionierende bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement und nicht vorhandene gesellschaftliche

Legitimierung. Einen schwach positiven Einfluss haben die Aspekte Pluralismus, bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement, gesellschaftliche Legitimierung und Gemeinwohlorientierung. Leicht beeinträchtigend wirken funktionierende Solidarität und Beteiligung. Auch in Fall 2 wirken die einflussreichsten Demokratie-Aspekte sowohl positiv als auch negativ. Wie in Fall 1 ist der Aspekt Bürger*innenbeteiligung darunter, zudem aber auch bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement. Für eine Diskussion, ob diese Demokratie-Aspekte fallbedingt oder fallübergreifend so wirkmächtig sind, siehe Kap. 5.3. Mittelstark förderlich wirken die Aspekte politische Gleichheit, Kooperation und Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit. Mittelstark beeinträchtigend wirken hingegen die nicht funktionierenden Aspekte Freiheit und gesellschaftliche Legitimierung. Am wenigsten einflussreich sind auf positiver Seite die Aspekte Pluralismus, gesellschaftliche Legitimierung und Gemeinwohlorientierung und auf negativer Seite der funktionierende Aspekt Pluralismus. Die Demokratie-Aspekte sind also nicht gleichmäßig auf die Fälle und auf förderliche und beeinträchtigende Wirkungen verteilt. Es gibt Aspekte, die ausschließlich in Fall 1 beziehungsweise 2 vorkommen, wie politische Partizipation (Fall 1), und Aspekte, die ausschließlich förderlich beziehungsweise beeinträchtigend wirken, wie Gemeinwohlorientierung (förderlich). Unter den beeinträchtigenden Aspekten überwiegen fallübergreifend die nicht funktionierenden Demokratie-Aspekte. Insbesondere sind das eine nicht vorhandene oder mangelhaft ausgeprägte bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement, Bürger*innenbeteiligung und gesellschaftliche Legitimierung. Die funktionierenden, aber beeinträchtigenden Demokratie-Aspekte sind in Fall 1 diejenigen, die ausdrücken, dass die Akteursgruppe Gegner*innen politisch partizipiert, beteiligt ist, untereinander kooperiert und solidarisch ist mit dem Ziel, weitere Windvorranggebiete zu verhindern. In Fall 2 ist der einzige funktionierende, aber beeinträchtigende Demokratie-Aspekt Pluralismus, der umfasst, dass Konflikte den Projektfortschritt verlangsamen können. An dieser Stelle ist die Indirektheit der Wirkungen der Demokratie-Aspekte hervorzuheben, die sich in beiden Fällen in folgenden drei Punkten bemerkbar macht: Erstens wirken sich manche Demokratie-Aspekte mit Zwischenschritten auf Energie- beziehungsweise Mobilitätswende aus. Zweitens beeinflussen sich in beiden Fällen einzelne Demokratie-Aspekte gegenseitig, bevor sich der letzte Aspekt in dieser Wirkungskette auf das Gelingen der Energie- beziehungsweise Mobilitätswende auswirkt. Fallübergreifend ist dieser Aspekt häufig die gesellschaftliche Legitimierung. Drittens hängen selbst einige Punkte auf der Energie- beziehungsweise „Mobilitätswende-Seite“ nur indirekt mit der Energie- beziehungsweise Mobilitätswende selbst zusammen.

Die Vorschläge einer demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz streben in Fall 1 vor allem an, nicht Funktionierendes zu beheben, in Bezug auf Fall 2 wurden hingegen überwiegend sonstige Vorschläge genannt. Insgesamt zielen die Vorschläge eher auf die mittelmäßig bis stark wirkmächtigen Demokratie-Aspekte ab, aber nicht zwingend und ausschließlich auf die wirkmächtigsten. Die Akteur*innen, die diese Vorschläge umsetzen sollen, sind in Fall 1 insbesondere die Bundes- und Landespolitik und in Fall 2 die Projektleitung von Beteiligungsprojekten. Fallübergreifend sind diese zuständigen Akteur*innen gleichzeitig diejenigen, von denen der ursprüngliche Impuls für den Fall ausging. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nur funktionierende Demokratie-Aspekte förderlich wirken, und beeinträchtigend vor allem nicht funktionierende Demokratie-Aspekte. Anders formuliert, ist es bedeutend für den Energie- beziehungsweise Mobilitätswende-Erfolg in den Fällen, wenn auch nur indirekt, dass die Demokratie-Aspekte funktionieren. Wie die Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Klimawende zeigen, ist diese möglich und erwünscht.

5.2 Beantwortung der Unterfragen und der Forschungsfrage

Mithilfe der dargestellten Ergebnisse werden in diesem Unterkapitel zuerst die Unterfragen U1 und U2 beantwortet und dann die Forschungsfrage F1. Zunächst zur Unterfrage **U1**: Auf welche Aspekte einer funktionierenden Demokratie ist eine gelingende Klimawende in der Prignitz angewiesen? In U1 geht es um eine gelingende Klimawende in der Prignitz. In der Untersuchung wurden jedoch lediglich zwei

von fünf in Kap. 2.1.1 genannten Wenden der Klimawende betrachtet, nämlich die Energiewende in Fall 1 und die Mobilitätswende in Fall 2. Zudem beziehen sich die generierten Daten auf die Fälle und weniger auf die Energie- beziehungsweise Mobilitätswende selbst. Die beiden Fälle sind zwei aus einer Vielzahl möglicher Fälle in der Prignitz und keinesfalls repräsentativ. Im kontrastiven Vergleich wurden Unterschiede in der Bedeutung einzelner Demokratie-Aspekte je nach Fall und Wende sichtbar. Rückschlüsse von den erhobenen Daten auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz sind also sehr vorsichtig zu ziehen bis nicht möglich. Dies ist nochmal Gegenstand in Kap. 5.4, muss allerdings an dieser Stelle vorweggenommen werden, da mit den vorhandenen Daten U1 nicht beantwortet werden kann. Daher wird U1 entsprechend des Materials folgendermaßen angepasst und erst anschließend beantwortet: Auf welche Aspekte einer funktionierenden Demokratie ist eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in den untersuchten Fällen angewiesen? Zudem muss eine weitere Anpassung vorgenommen werden: Wird „angewiesen“ im Sinne einer Notwendigkeit dieser Aspekte für eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende verstanden, kann die Frage auch in dieser Formulierung nicht beantwortet werden. Schließlich zeigen die Ergebnisse lediglich, dass die Aspekte sich indirekt förderlich auswirken. Es gibt aber keine verlässlichen Anhaltspunkte dafür, dass diese Punkte notwendige Voraussetzungen für das Gelingen der Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in den Fällen sind. Daher wird U1 in die folgende Frage umformuliert: Welche Aspekte einer funktionierenden Demokratie fördern eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in den untersuchten Fällen? In Fall 1 sind das insbesondere die Aspekte Gerechtigkeit, Bürger*innenbeteiligung und Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit, in Fall 2 bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement und Bürger*innenbeteiligung. Das Fördern besteht in einer Initiierung, Umsetzung, Beschleunigung und Verstetigung. Das Fördern reicht von einem Abbau von Hemmnissen oder Benachteiligungen über eine Verbesserung der Verfahrens- und Ergebnisqualität hin zu einer Voraussetzung zum Funktionieren. Die förderliche Wirkung findet jedoch indirekt statt und betrifft wiederum nur Aspekte von Energie- beziehungsweise Mobilitätswende und nicht die Wenden in den Fällen an sich.

Zur Unterfrage **U2**: Inwiefern erschweren Aspekte einer (nicht) funktionierenden Demokratie eine gelingende Klimawende in der Prignitz? Aus den oben genannten Gründen wird auch diese Unterfrage umformuliert zu: Inwiefern erschweren Aspekte einer (nicht) funktionierenden Demokratie eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in den untersuchten Fällen? In Fall 1 spielen hier vor allem die nicht funktionierenden Aspekte Gerechtigkeit, Bürger*innenbeteiligung und Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit eine Rolle. In Fall 2 sind vor allem die nicht funktionierende bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement und Bürger*innenbeteiligung bedeutsam. Es sind also insbesondere die nicht funktionierenden Demokratie-Aspekte, die beeinträchtigend wirken. Die beeinträchtigenden, aber funktionierenden Demokratie-Aspekte sind überwiegend welche, die die Aktivitäten der Akteursgruppe Gegner*innen mit dem Ziel, weitere Windvorranggebiete zu verhindern, ausdrücken. Zu einer Diskussion, ob diese Aktivitäten den Fortschritt der Windkraftausbaus und in letzter Konsequenz das Erreichen der Klimaziele erschweren, oder ob sie letztlich erreichen, dass die Klimaziele mit einer bestimmten Qualität und höherer gesellschaftlicher Legitimierung erfüllt werden, siehe Kap. 5.3. Das Beeinträchtigen besteht in einem Verlangsamen, Erschweren und Verhindern. Es umfasst sowohl eine Verschlechterung der Verfahrens- und Ergebnisqualität als auch eine Gefährdung des Funktionierens. Auch die Beeinträchtigung geschieht indirekt und bezieht sich lediglich auf Aspekte von Energie- beziehungsweise Mobilitätswende statt auf die Wenden in den Fällen an sich.

Abschließend zur Forschungsfrage **F1**: Wie kann die Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden? Ähnlich wie in Bezug auf U1 und U2 beschrieben, kann von den spezifischen Gestaltungsvorschlägen für eine gelingende Energiewende in Fall 1, beziehungsweise für eine gelingende Mobilitätswende in Fall 2, nicht auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz geschlossen werden. Mit dem vorhandenen Material kann F1 nicht beantwortet werden und wird daher folgendermaßen angepasst:

Wie können die Energie- und Mobilitätswende in den untersuchten Fällen demokratisch gestaltet werden? Die Vorschläge zeigen, dass diese Wenden in den Fällen überhaupt demokratisch gestaltet werden können. Die Demokratie-Aspekte und das Gelingen der Wenden sind keine Widersprüche im Sinne von: Für eine gelingende Energie- oder Mobilitätswende soll Demokratie abgebaut werden. Im Gegenteil zielen die Gestaltungsvorschläge darauf ab, funktionierende Demokratie-Aspekte auszubauen und vor allem, nicht funktionierende Demokratie-Aspekte zu beheben. Fallübergreifend lässt sich verallgemeinern, dass die Ansatzpunkte insbesondere bei mittelmäßig bis stark wirkmächtigen Demokratie-Aspekten liegen.

5.3 Interpretation und Einordnung vor dem Literaturhintergrund

Die oben zusammengefassten Ergebnisse werden in diesem Unterkapitel vor dem Literaturhintergrund eingeordnet und interpretiert. Aufgrund des eingeschränkten Rahmens dieser Arbeit werden dabei gezielt die zentralen Ergebnisse aufgegriffen und je Fall eine in der Arbeit bereits aufgeworfene Diskussionsfrage. Zum Schluss werden die besonderen Rahmenbedingungen des Untersuchungsgegenstandes in ostdeutschen ländlichen Räumen noch einmal thematisiert. Begonnen wird mit den Ergebnissen zum Zustand der Demokratie in der Prignitz. Hier lassen sich hohe Übereinstimmungen mit den Einstellungen von Ostdeutschen zu Demokratie und Politik feststellen, die im Rahmen des Deutschland-Monitor, einer repräsentativen Befragung, erhoben wurden (LILJEBERG & KRAMBEER 2022). Die zentralen Themen und Sorgen der Prignitzer*innen soziale Gerechtigkeit, Lebenshaltungskosten, Klima und Energie stimmen mit den Themen der Ostdeutschen überein. Auch ein Gefühl der eingeschränkten Meinungsfreiheit lässt sich im Deutschland-Monitor wiederfinden sowie eine Überforderung mit der Komplexität der Politik (EBD.). Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung stützen also die nicht repräsentativen Ergebnisse der Masterarbeit. Wie in Kap. 4.1.2 beschrieben, sind die Prignitzer*innen in Bezug auf ihre Demokratiezufriedenheit, ihre Einstellungen gegenüber Demokratie, ihr Engagement für Demokratie und ihre Wahrnehmung der Ausprägung der Demokratie-Aspekte keine homogene Gruppe. Konkret wurden in dieser Arbeit die Demokratie-engagierten Akteur*innen und die nicht engagierten Prignitzer*innen voneinander unterschieden. Im Deutschland-Monitor werden die Deutschen hinsichtlich ihrer Einstellungen gegenüber politischen Themen in vier Typen eingeteilt. In Ostdeutschland ist der Typ *offene und liberale Menschen* unterdurchschnittlich vertreten, während die *verdrossenen Populisten* im Deutschlandvergleich überdurchschnittlich vertreten sind. Die *offenen und liberalen Menschen* sind unter anderem durch eine hohe Demokratiezufriedenheit, durch ein hohes Selbstwirksamkeitsgefühl und ein hohes Problembewusstsein gegenüber dem Klimawandel charakterisiert. Sie empfinden die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort als überdurchschnittlich gut. Zu dieser Gruppe gehören eher Befragte in städtischen Regionen und mit höherer Formalbildung (EBD.). In allen diesen Merkmalen zeichnen sich Parallelen zur Demokratie-engagierten Akteur*innen ab (s. Kap. 4.1.2). Demgegenüber sind Befragte aus der Gruppe der *verdrossenen Populisten* sehr unzufrieden mit der Demokratie, haben ein geringeres Selbstwirksamkeitsgefühl und empfinden die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort als am schlechtesten. Zu diesem Typ gehören eher Menschen mit niedrigerer Formalbildung und niedrigerem Einkommen. Die Themen und Sorgen dieser Gruppe stimmen mit den oben genannten zentralen Themen und Sorgen der Prignitzer*innen überein (EBD.). Bei der Gruppe der *verdrossenen Populisten* sind große Überschneidungen zu den nicht engagierten Prignitzer*innen erkennbar. Mit der Gruppe der *verdrossenen Populisten* lässt sich auch die beschriebene Lethargie vieler Prignitzer*innen aufgrund deren DDR-Sozialisierung verknüpfen. Die Autor*innen des Deutschland-Monitors erklären die hohe Politikverdrossenheit in Ostdeutschland vor allem mit den oben genannten sozioökonomischen Variablen und weniger mit der DDR-Sozialisierung, auch wenn diese immer noch von Bedeutung ist. Insbesondere die derzeitigen Krisen verursachen eine im Deutschland-Monitor gemessene Zunahme der Politikverdrossenheit. Klimaschutzmaßnahmen bieten weiteres Protestpotenzial. Zur Demokratiestärkung liefert die Studie außer einer Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse kaum Vorschläge (EBD.). Zusammenfassend formuliert, lassen sich die zentralen Ergebnisse der Vorab-Analysen

bestätigen, nämlich, dass die Einstellungen gegenüber Demokratie unter den Prignitzer*innen je nach Lebenswelt sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Verglichen mit dem Deutschland-Monitor müsste die Einteilung der Prignitzer*innen noch um zwei weitere Gruppen ergänzt werden, nämlich um die *angepassten Skeptiker* und die *kleinbürgerlich-konservativen Menschen* (EBD.).

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Ergebnisse aus dem Fallvergleich mit dem Forschungsstand abgeglichen, angefangen mit den wirkmächtigsten Demokratie-Aspekten. Die Verteilungsungerechtigkeit, Stadt-Land-Ungleichheit und das Gefühl von Ungerechtigkeit in der Bevölkerung ländlicher Räume wurden als bedeutungsvoll in Bezug auf Fall 1 beschrieben und werden auch in der Literatur für die Prignitz und für ländliche Räume im Allgemeinen festgestellt (KERKER 2022; INSTITUT FÜR TREND- UND ZUKUNFTSFORSCHUNG 2015). In der von RADTKE (2022) vorgenommenen Dreiteilung der Gerechtigkeitsformen in Bezug auf Energiewende ist keine explizite Nennung der Stadt-Land-Ungleichheit vorgesehen. Um eben diese Stadt-Land-Unterschiede sichtbarer zu machen, könnte diskutiert werden, ob das Hin-zunehmen der Stadt-Land-Ungleichheit als eigene Kategorie sinnvoll ist. Auch, dass die Bedeutung von Gerechtigkeit je nach Theorie variiert (BORCHERS & HRACH 2018), zeigt sich anhand von Fall 1. In der Arbeit wird eine (öffentliche) Diskussion über diese Bedeutungszuschreibung vorgeschlagen. Dass das Gefühl einer gerechten Ausgestaltung der Energiewende eine gesellschaftliche Legitimierung fördert, kann durch die Literatur bestätigt werden (RADTKE ET AL. 2023; MUENCH ET AL. 2022; HOLZMANN & WOLF 2023). Auch die Erkenntnisse zum Demokratie-Aspekt Bürger*innenbeteiligung stimmen mit dem Forschungsstand überein: Einerseits schafft Bürger*innenbeteiligung wie in Fall 2 eine erweiterte Wissensgrundlage, die zu einer höheren Ergebnisqualität beiträgt (RENN 2020; RADTKE & RENN 2022; FRÖHLICH ET AL. 2022; LUH & SIEBERT 2024). Andererseits macht sich in Fall 1 im Zeitdruck durch die Planungsbeschleunigung und die drohenden Konsequenzen bei Nichteinhaltung der Flächenziele das Dilemma zwischen Effektivität und Partizipation (RADTKE 2022) bemerkbar: Neben den oben genannten förderlichen Wirkungen von Beteiligung, verlangsamt diese die Planungs- und Genehmigungsverfahren, was die fristgerechte Erreichung der Klimaziele erschwert. Dass bürgerschaftliches Engagement Veränderungen ermöglicht, die schwer top-down durchgesetzt werden können (MUENCH ET AL. 2022; HOLZMANN & WOLF 2023), und zur Gestaltung klimafreundlicher Strukturen beiträgt (APCC 2023b; KLEIN ET AL. 2020), spiegelt sich in Fall 2 wider. Darüber hinaus wird bürgerschaftliches Engagement in der Literatur sogar als notwendige Voraussetzung für eine Klimawende beschrieben (KERSTING & ROTH 2018; LÜBKE 2021). Zum Aspekt Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit kann mit den Erkenntnissen aus beiden Fallstudien zugestimmt werden, dass Ziel- und Interessenkonflikte und widersprüchliche Positionen über das „Wie“ der Wenden existieren und, dass es Kompromissbereitschaft, Transparenz und einer fairen Streitkultur bedarf, um diese Konflikte demokratisch aushandeln zu können (APCC 2023b). In Fall 1 besteht hierbei noch Verbesserungsbedarf. Anders als Literatur (z.B. REUSSWIG & KÜPPER 2022 & 2023; SOMMER ET AL. 2022) und Demokratie-Ergebnisse nahelegen, spielen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Fällen eine geringe Rolle. Es kann bestätigt werden, dass mehr Demokratie die Klimapolitik verbessert (HANUSCH 2020).

Im folgenden Abschnitt werden die Fälle in die Literatur zu Theorien des Wandels eingeordnet, um zu überprüfen, welche Transformationsansätze die Fälle verfolgen und welche Bandbreite möglicher Transformationsansätze sie damit abdecken. Die in Kap. 2.1.2 ausgeführten Perspektiven auf Theorien des Wandels sind Markt, Innovation, Bereitstellung und die Gesellschafts-Natur-Perspektive. In Fall 1 geht es in erster Linie um den Ausbau von Windkraft, also um die Ausweitung eines Bereitstellungssystems, das menschliche Bedürfnisse klimafreundlich befriedigt (Bereitstellungsperspektive; JONAS et al. 2023). In der Steuerung und Planung des Windkraft-Ausbaus zeigen sich erste Tendenzen einer Governance. Die Zielsetzung, wie Klimaziele, Flächenziele und Flächenbeitragswerte, erfolgt zwar top-down. Jedoch werden Bürger*innen und Behörden beteiligt und gesellschaftliche Akteur*innen gestalten den Umsetzungsprozess aktiv mit, wie die LAG Storchenland Prignitz, die AG Wind und die IG Hohe Heide.

Hier zeigt sich auch der Kritikpunkt am Governance-Konzept, nämlich, dass nicht alle Beteiligten am Windkraftausbau in der Prignitz interessiert sind und ihre Interessen im Governanceprozess vertreten (Gesellschaft-Natur-Perspektive; BRAND & BRAD 2023). Zudem werden in Fall 1 die Machtverhältnisse und Stadt-Land-Ungleichheiten kritisiert, die auch zur Gesellschaft-Natur-Perspektive gehören (BRAND & KRAMS 2023). Die Ansiedlung von Windenergieanlagen wird parallel zur Planung auch durch ökonomische Anreize gesteuert und in der Bevölkerung soll Akzeptanz für Windkraft geschaffen werden, was Ansätze der Marktperspektive sind (NOVY ET AL. 2023; BRUDERMANN 2023). In Fall 2 geht es mit der Einrichtung einer Lastenradleihe wie in Fall 1 im Wesentlichen um die Ausweitung eines Bereitstellungssystems, das menschliche Bedürfnisse klimafreundlich befriedigt (JONAS ET AL. 2023). Die Umsetzung erfolgt jedoch über einen anderen Ansatz als in Fall 1: Change Agents richten bottom-up, innerhalb eines Beteiligungsverfahrens, in einer Nische eine soziale Innovation ein (Innovationsperspektive; GEELS 2004; KUBECZKO & ORNETZEDER 2023; ORNETZEDER & KUBECZKO 2023; NOVY & FANKHAUSER 2023). Auch in Fall 2 wird die Schwäche des gewählten Ansatzes sichtbar, nämlich verbleiben soziale Innovationen in kleinen oder lokal begrenzten Nischen und wirken wenig effektiv hin zu einem Systemwandel (NOVY & FANKHAUSER 2023). Diese Einordnung in die Literatur zu Theorien des Wandels ergänzt einerseits den kontrastiven Fallvergleich. Andererseits wird deutlich, dass von den unterschiedlichen Wegen zur klimafreundlichen Gesellschaft, die alle Vor- und Nachteile mit sich bringen, je Fall nur eine sehr begrenzte Auswahl getroffen worden ist.

In Kap. 5.1 wurde die Frage aufgeworfen, ob die Unterschiede in der Bedeutung einzelner Demokratie-Aspekte zwischen den Fällen auf die spezifischen Fallbedingungen oder auf grundlegende Unterschiede zwischen Energie- und Mobilitätswende zurückzuführen sind. Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, können diejenigen Ergebnisse aus den Fallstudien herangezogen werden, die über die Fälle 1 und 2 hinausgehen und eine allgemeine Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in der Prignitz thematisieren. Diese Ergebnisse weichen nicht stark von den Informationen zu den Fällen ab, tragen aber nicht wirklich zu einer Erklärung der wirkmächtigsten Demokratie-Aspekte bei. Eher werden in Bezug auf Mobilitätswende weitere Aspekte thematisiert, die in Fall 2 eine weniger große Rolle spielen, zum Beispiel die mangelnde Bereitschaft zur Freiheitseinschränkung im Zusammenhang mit dem Verzicht auf das Auto oder der schlecht ausgebaute ÖPNV, der zu einer fehlenden gesellschaftlichen Legitimierung der Mobilitätswende beiträgt (M1, Z. 108-111; M2, Z. 168-173; M3, Z. 277-291). In der Literatur sind einzelne Demokratie-Aspekte selten auf die einzelnen Wenden bezogen, sondern meist auf Aspekte der Klimawende als Ganze (s. z.B. SCHNEIDEWIND 2018; APCC 2023a&b; SCHAIBLE 2024; WBGU 2011; HOLZMANN & WOLF 2023). Lediglich der Demokratie-Aspekt Gerechtigkeit wird häufig im Zusammenhang mit der Energiewende genannt (RADTKE ET AL. 2023; MUENCH ET AL. 2022; MOKROS & SCHATZSCHNEIDER 2022), was sich auch in Fall 1 widerspiegelt. Generell konnte eine explizite und differenzierte Betrachtung einzelner Aspekte einer Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform, wie in dieser Arbeit vorgenommen, nicht in der Literatur gefunden werden (s. Kap. 2.2). Auch eine Unterscheidung zwischen den einzelnen Wenden der Klimawende war in der Literatur zum democracy-environment nexus nicht zu finden (PICKERING ET AL. 2020; SEEFRIED 2022; HEIDENREICH 2023). Aus der Einordnung der Fälle in die Literatur zu Theorien des Wandels (s. voriger Abschnitt) kann lediglich die Frage abgeleitet werden, ob je nach Transformationsansatz verschiedene Demokratie-Aspekte eine Rolle spielen. Die in Kap. 5.1 aufgeworfene Frage kann also auch vor dem Literaturhintergrund nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Die Indirektheit der Wirkungen von Demokratie-Aspekten auf Energie- beziehungsweise Mobilitätswende wurde bereits in Kap. 2.1 zum Forschungsstand sichtbar. Aus der dementsprechend komplexeren Abbildung 7 konnten, wie oben beschrieben, die Ergebnis-Darstellungen weiterentwickelt werden. Selbst bei den greifbareren Klimawirkungen der Lastenradleihe wurde angemerkt, dass diese begrenzt sind. In dieser Arbeit konnte festgestellt werden, dass die grundsätzliche Vereinbarkeit von Demokratie und Energie- beziehungsweise Mobilitätswende gegenüber den Widersprüchen zwischen Demokratie und den Wenden überwiegt. Die in dieser Arbeit vorgestellten Beispielen

stimmen auch mit der eingangs genannten These einiger Autor*innen überein, dass die Klimawende nur in einer Demokratie, oder sogar mit mehr Demokratie verwirklicht werden kann (z.B. VARWICK 2022; REUSSWIG & KÜPPER 2022; HANUSCH 2020; GESANG 2022; TREMMEL 2022; VON LUCKE 2022; SCHAIBLE 2024; KERSTING & ROTH 2018; APCC 2023a; WBGU 2011). Die von einzelnen Demokratie-Aspekten ausgehenden Beeinträchtigungen wirken sich vor allem bremsend aus und dadurch negativ auf eine fristgerechte Erreichung der Klimaziele. Einige der genannten Autor*innen argumentieren jedoch dafür, dass selbst dies nur mit Demokratie oder mehr Demokratie erreicht werden kann (VARWICK 2022; REUSSWIG & KÜPPER 2022; SCHAIBLE 2024; WBGU 2011).

Im Folgenden wird nun je Fall eine in der Arbeit bereits aufgeworfene Diskussionsfrage aufgegriffen und unter Einbezug von Literatur diskutiert. Zunächst zu Fall 1 und der Frage, ob die IG Hohe Heide eine Erreichung der Klimaziele erschwert oder dazu beiträgt, dass die Klimaziele mit einer bestimmten Qualität und höherer gesellschaftlicher Legitimierung erfüllt werden. Zwar ist die IG Hohe Heide an einer sozialen Umgestaltung der Energiewende interessiert. Die primären Ziele sind aber, einen weiteren Windkraftausbau in der Hohen Heide beziehungsweise in Wäldern im Allgemeinen zu verhindern. Die IG Hohe Heide übt teilweise sachlich begründete Kritik an der aktuellen Ausgestaltung der Energiewende, verharnt allerdings im Protest gegen den Windkraftausbau, anstatt sich konstruktiv für eine soziale Umgestaltung der Energiewende zu engagieren. Für diesen Punkt werden im Folgenden zwei mögliche Ursachen diskutiert. Die eine Ursache könnte ein unterschiedliches Verständnis von gelingender Energiewende zwischen dieser Arbeit und der IG Hohe Heide sein: Mit „gelingend“ ist in dieser Arbeit eine fristgerechte Erreichung der Klimaziele gemeint, die Interviewpersonen ziehen hingegen weitere Merkmale hinzu, die eine bestimmte Qualität der Energiewende beschreiben, zum Beispiel eine gerechte, sprich dezentrale Verteilung erneuerbarer Energieanlagen. Dadurch ergeben sich zusätzliche Ziele, die teilweise einer fristgerechten Erreichung der Klimaziele entgegenstehen können, beispielsweise die Verhinderung des weiteren Windkraftausbaus im Pritzwalker Raum. Die andere Ursache könnten Anzeichen von Energiewende-Populismus sein, die in den Aktivitäten und Äußerungen der IG Hohe Heide sichtbar werden. Beispiele dafür sind der Protest gegen den Status quo, die Kritik an der angeblichen Lobbysteuerung der Energiewende und die Gegenüberstellung einer kleinen profitierenden Elite gegenüber der breiten leidtragenden Masse. Diese Darstellung ist zudem anti-pluralistisch, da die Vielfalt der Einstellungen unter den Prignitzer*innen gegenüber dem Windkraftausbau nicht anerkannt wird. Es gibt keinen homogenen Volkswillen unter den Prignitzer*innen gegenüber einem Stopp des Windkraftausbaus, wie die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen. Zudem lassen die mangelnde Kompromissbereitschaft der IG Hohe Heide und das Verharren im Protest keinen konstruktiven Diskurs zu. Nicht zuletzt kooperiert die IG Hohe Heide mit *Vernunftkraft*, einem politischen Energiewende-Populismus-Akteur (REUSSWIG & KÜPPER 2022). Die IG zeigt jedoch nicht durchgängig alle in der Literatur beschriebenen Merkmale eines Energiewende-Populismus. REUSSWIG ET AL. (2021) zeigen, dass lokaler Protest entweder durch populistischen Energiewende-Diskurs beeinflusst wird oder durch die allmähliche Übernahme des populistischen Narrativs durch einzelne lokale Aktive. Häufig liegen Mischformen vor. Auf Basis dieser Argumentation lässt sich die These aufstellen, dass der Protest der IG Hohe Heide auf realen Kritikpunkten fußt, allerdings um populistische Züge angereichert ist. Letztere wirken eher unkonstruktiv und verursachen eine Beeinträchtigung des Energiewende-Erfolgs in der Prignitz. Es bleibt zu diskutieren, ob sich einzig diese populistischen Züge beeinträchtigend auswirken, sprich, ob ohne die populistischen Züge die Aktivitäten der IG Hohe Heide förderlich auf eine gelingende Energiewende in der Prignitz wirken würden. Die Begründung seitens der IG Hohe Heide, bei der Kritik zu verbleiben, ist, dass zurzeit keine ideale Lösung für die vorgebrachten Kritikpunkte und für eine vollständig funktionierende Energiewende existiert. Es bleibt die Frage, wie damit umzugehen ist: Soll grundsätzlich an der Energiewende festgehalten und auf Kritikpunkte eingegangen werden? Oder soll die Energiewende pausiert werden, bis eine optimale Lösung gefunden ist? Die IG Hohe Heide scheint zu Letzterem zu tendieren.

In Kap. 4.2.5 ist das Gefühl des nicht ernstgenommen Werdens als mögliche Ursache für eine geringe Beteiligung in Fall 2 beschrieben. M3 vermutet, dass manche Prignitzer*innen während des Ideenfindungsworkshops das Gefühl hatten, ihre Vorschläge werden von der Stadtverwaltung nicht ernstgenommen oder umgesetzt. Zudem ist es möglich, dass einige erst gar nicht am Workshop teilgenommen haben, weil sie in vorigen Beteiligungsprojekten bereits diese Erfahrung gemacht haben. Theoretisch hätte ZUGG deren Gelegenheit sein können, eine Umsetzung ihrer Projektidee zu garantieren, indem die Bürger*innen diese Umsetzung selbst in die Hand nehmen. Durch das mit- und selbst Gestalten könnten die Beteiligten dann Selbstwirksamkeitserfahrungen machen und einen gewissen Zukunftspessimismus auflösen (GRAF ET AL. 2018; BEST ET AL. 2023; LUH & SIEBERT 2024; FRÖHLICH ET AL. 2022). Die offene Frage in Bezug auf Fall 2 lautet also, warum die Bürger*innen dieses Potenzial wenig genutzt haben. Um diese Frage zu beantworten, wurde Literatur zu Beteiligung herangezogen und exemplarisch wurden zwei Studien ausgewählt: SCHIPPERGES UND DENK (2024) teilen die weniger Beteiligungsaffinen in sogenannte Sozialfiguren ein. Diese beschreiben allerdings eher den grundsätzlichen Beteiligungswillen verschiedener Einstellungstypen und erklären weniger die Abnahme in der Beteiligung während eines Projekts. In REICHE ET AL. (2024) sind zwar spezifische Gründe für die kontinuierliche Beteiligung an Reallaboren zu nachhaltigen Mobilitätsprojekten aufgeführt, wie Spaß an der Teilnahme oder ein erfolgversprechendes Projekt. Selbst diese Gründe eignen sich jedoch nicht zur Erklärung der oben aufgeworfenen Frage, weil nicht spezifisch auf den Wegfall zwischen Ideenfindungs- und Umsetzungsphase eingegangen wird, sondern nur auf das generelle Dranbleiben und auf die Verstetigung nach Projektende. Als hilfreicher erweisen sich die Interviewaussagen, die im Kontext der abnehmenden Beteiligung getätigt wurden. Anhand dieser werden im Folgenden drei Thesen formuliert: Eine unpassende Projektauswahlmethode (These 1), ein Missverständnis über die Beteiligungsform (These 2) und eine Servicementalität beziehungsweise ein divergierendes Partizipationsverständnis (These 3). These 1 lautet, dass die individuelle Motivation, das gewählte Projekt mit umzusetzen, durch persönliches Interesse an der gewählten Projektidee gespeist wird. Die Lastenradleihe war zwar für viele vorstellbar und möglicherweise der kleinste gemeinsame Nenner, aber von wenigen das Herzensprojekt. Die Mehrheitsabstimmung zur Projektauswahl, spricht eine unpassende Entscheidungsfindungsmethode, könnte also eine weitere Erklärung für den Teilnehmendenschwund sein (M2, Z. 245-249). Der Schwund an Teilnehmenden ereignete sich nämlich vor allem im Übergang von der Ideenfindung zur Umsetzung. Auch These 2 setzt an diesem Zeitpunkt an, allerdings mit einer anderen Erklärung: Die Einladung zum Beteiligungsprozess wurde missverstanden, nämlich, dass nur Ideen zu nachhaltiger Mobilität gefragt sind, aber nicht, dass diese im Anschluss umgesetzt werden sollen (M3, Z. 358-362). Folglich wurden Vorschläge eingebracht, bei denen die Möglichkeit einer Umsetzung im Projekt nicht mitgedacht wurde. Gleichzeitig haben dadurch möglicherweise Prignitzer*innen teilgenommen, die am Einbringen ihrer Ideen interessiert waren, aber nicht an einer eigenständigen Umsetzung. „Als sie dann ihren Frust abgeladen hatten bei uns, war das Thema für sie auch durch. Die wollten da nichts umsetzen und sind dann auch nicht wiedergekommen.“ (M3, Z. 380f.) An diese Aussage knüpft auch These 3 an, die von divergierenden Partizipationsverständnissen zwischen dem vom Projektteam vorausgesetzten und dem tatsächlichen Verständnis der Beteiligten ausgeht. Die Verantwortung zur Umsetzung solcher Vorschläge sehen die Ausgeschiedenen bei Politik und Verwaltung, sie sind also durch eine gewisse Servicementalität gegenüber Politik und Verwaltung charakterisiert. Diese Vermutung wird durch folgendes Zitat veranschaulicht: „[...] die Leute wollen ihre Meinung sagen, die Leute wollen dann auch, dass ihre Ideen umgesetzt werden. Aber in der Regel wollen sie mit der Umsetzung nichts zu tun haben. Sie wollen, dass es dann jemand anders macht, zum Beispiel die Stadtverwaltung.“ (M3, Z. 342-345) Die Anspruchshaltung gegenüber Politik und Verwaltung, die die Beteiligten in diesem Beteiligungsprozess zeigen, beschreibt HEIDENREICH (2022) als gesellschaftlichen Trend, der ursächlich für die aktuelle Entfremdung zwischen Staat und Bürger*innen ist. Er sieht die Ursache dieser Entfremdung weniger in einer mangelnden Responsivität der Politiker*innen, sondern mehr in der Haltung der

Bürger*innen. Die Kehrseite der Servicementalität ist dementsprechend ein Partizipations- beziehungsweise Demokratieverständnis der Beteiligten, das die Rolle der Bürger*innen in der Artikulation ihrer Interessen sieht und eher den Staat als die Bürger*innen in der Verantwortung zur Umsetzung dieser Wünsche. In diesem Zusammenhang beschreibt Heidenreich aktuelle Tendenzen zur Ökonomisierung der Politik. Damit ist eine Übernahme von ökonomischen Metaphern in die politische Sphäre gemeint: Demokratie beziehungsweise Beteiligung wird zum Konsum und „die Politik“ soll „liefern“ (HEIDENREICH 2023, S. 21), also Bürger*innenwünsche unmittelbar umsetzen. Wie in Kap. 1.1 erwähnt, ist insbesondere in Ostdeutschland ein Demokratieverständnis festzustellen, das die Vorstellung einer unmittelbaren Durchsetzung des Volkswillens beinhaltet (MAU 2024).

Diese Servicementalität beziehungsweise dieses Partizipationsverständnis schienen in den Fallstudien auch in anderen Kontexten auf. Zu nennen sind hier zum einen die Vorschläge zur Erhöhung des Beteiligungswillens für Fall 2, die die Projektleitungen in die Pflicht nehmen und auf eine noch niedrigschwelligere Ansprache abzielen sowie auf das Bieten von Vorteilen im Gegenzug zu Beteiligung und Engagement. Zum anderen wurden in den Kapiteln 4.2.6 und 4.3.6 Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in der Prignitz genannt, für die fallübergreifend und fast ausnahmslos Projektleitungen, Politik oder Verwaltung in der Verantwortung stehen, nur bei wenigen Vorschlägen die Prignitzer*innen selbst. Es bleibt die Frage zu diskutieren, wie viel den Bürger*innen im Namen der Demokratie zugemutet werden darf und kann und wie groß der Service sein soll, den die Bürger*innen erhalten sollen. Eine Lösung sieht HEIDENREICH (2022) in einer Umkehr des Anspruchs: Nicht nur Bürger*innen sollen Ansprüche an den Staat haben, sondern der Staat darf auch die Bürger*innen in Anspruch nehmen und Demokratie soll den Bürger*innen wieder zugemutet werden.

Nach der Diskussion der zwei ausgewählten Fragestellungen werden nun die für ostdeutsche ländliche Räume speziellen Ergebnisse diskutiert. Die in der Arbeit erhobenen ostdeutschen Besonderheiten lassen sich in den folgenden drei Punkten zusammenfassen: Zum einen fühlen sich viele Prignitzer*innen durch die DDR- und Wendezeit abgehängt, enttäuscht von der Politik und wütend und formulieren einen Wunsch nach Aufarbeitung. Zum zweiten spiegeln sich diese Wut und Enttäuschung in den Wahlergebnissen und im Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien wider. An dieser Stelle wird auf den überdurchschnittlichen Anteil der verdrossenen Populisten in Ostdeutschland verwiesen, der zu Beginn dieses Kapitels erläutert wurde. Drittens gibt es Unterschiede zwischen der Art und Weise, wie Probleme in der DDR gelöst wurden, und wie Zugezogene aus akademischen Ober- und Mittelschicht-Milieus Beteiligungsprozesse gestalten. Diese Unterschiede sind immer noch erkennbar und bei der Gestaltung von Beteiligungsangeboten ist darauf zu achten, alle mitzunehmen und auf verschiedene Weisen der Problemlösung einzugehen. In Bezug auf die immer noch bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West, hier die Punkte zwei und drei, formuliert MAU (2024) den Vorschlag, im Osten über andere und neue Demokratieformen nachzudenken. Die Eigenschaft der Prignitz als sehr ländlich und dünn besiedelt, wirkt sich in den beiden Fällen unterschiedlich aus: In Fall 1 sind damit verschiedene Ungerechtigkeitsformen verbunden, wie die Verteilungsgerechtigkeit in Bezug auf Kosten und Nutzen des Windenergieausbaus, die Verfahrensgerechtigkeit aufgrund geringerer Stimmenanzahl in der Regionalen Planungsgemeinschaft und die Stadt-Land-Ungleichheit. Gleichzeitig ist die Prignitz aufgrund ihrer ländlichen Lage zwischen Berlin und Hamburg in Kombination mit der guten Verkehrsanbindung attraktiv für urbanen Zuzug. In Fall 2 zeigen diese Zugezogenen eine große Offenheit gegenüber nachhaltigen Mobilitätsformen. Im Gegensatz zu Fall 1 ist der Einfluss der Ländlichkeit der Prignitz in Fall 2 eher förderlich. Wie Fall 2 deutlich macht, kann bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum einen wichtigen Beitrag zur Errichtung klimafreundlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge leisten. Damit bestätigen die in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse, dass das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende in ostdeutschen ländlichen Räumen besondere Rahmenbedingungen findet (s. Kap. 1.1).

5.4 Übertragbarkeit und Limitationen

In diesem Unterkapitel wird das Vorgehen in der Untersuchung kritisch reflektiert, die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse wird diskutiert und Forschungsdesiderata werden aufgezeigt. Die kritische Reflexion des Vorgehens ist gegliedert in eine Diskussion des Forschungsdesigns, in eine Diskussion des Vorgehens beim Erheben der Demokratiesituation in der Prignitz und in eine Diskussion des Vorgehens in Bezug auf die Fälle. Anschließend werden die angesprochenen Inkonsistenzen innerhalb der Fälle, zwischen den Fällen und zwischen Vorab- und Fall-Interviews aufgegriffen und diskutiert.

Die vorliegende Arbeit ist eine qualitativ explorative Studie mit geringem Stichprobenumfang. Dementsprechend konnte das Forschungsfeld lediglich erkundet, aber keine Zusammenhänge getestet und nachgewiesen werden. Statt eines hohen Stichprobenumfangs ist bei qualitativer Forschung eher die Qualität der Fallauswahl entscheidend für eine Verallgemeinerbarkeit (FLICK 2019). Da es sich um eine explorative Forschung handelt, war zum Zeitpunkt der Fallauswahl nicht ersichtlich, welche Fälle typisch für die demokratische Verhandlung von Klimawende in der Prignitz sind. Daher war auch keine Auswahl typischer Fälle möglich, was die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse einschränkt. Auch die Durchführung zweier Fallstudien sehr unterschiedlicher Fälle hat nicht, wie von FLICK (2019) beschrieben, zu einer größeren Verallgemeinerbarkeit beigetragen, sondern im Gegenteil die Einzigartigkeit der Fälle gezeigt. Im Gegenteil wurden die Fälle gezielt nach maximaler Variation ausgewählt, um durch die Vielfalt das Feld im Rahmen der Masterarbeit möglichst umfassend zu erkunden (EBD.). Ob diese Einzigartigkeit auf die spezifischen Fallbedingungen oder auf grundlegende Unterschiede zwischen der demokratischen Verhandlung von Energie- und Mobilitätswende zurückgeführt werden können, konnte nicht nachgewiesen werden. Eventuell hätte die Entscheidung für eine Wende innerhalb der Klimawende und die Durchführung mehrerer Fallstudien zu dieser Wende zu vergleichbareren Ergebnissen geführt. Genau das könnte in einer nächsten Studie untersucht werden. Qualitative Studien bieten das Potenzial, aufgeworfene Zusammenhänge in einer quantitativen Folgestudie zu testen (EBD.). So könnten in einer quantitativen Befragung in Bezug auf die Fälle die Demokratie-Aspekte nach Gewichtung abgefragt werden oder die Bedeutung der wirkmächtigsten Aspekte für Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in den Fällen überprüft werden. Bei einer solchen Befragung sollte jedoch Raum für die Ergänzung weiterer Wirkungsketten gelassen werden. Schließlich wurden durch den geringen Stichprobenumfang auch im letzten Interview pro Fall teilweise sehr neue Erkenntnisse geliefert, sprich keine theoretische Sättigung erreicht.

Die Demokratiesituation in der Prignitz vorab zu erheben, erwies sich als sehr sinnvoll. Die Ergebnisse unterstützten ein sensibles Vorgehen in den Fall-Interviews und das Stellen spezifischer Fragen. In Schaubildern zusammengefasst, boten die Demokratie-Ergebnisse in den Fall-Interviews Erzählanlässe. Die befragten Demokratie-Expert*innen können alle den Demokratie-engagierten Akteur*innen zugeordnet werden, kennen sich teilweise persönlich und brachten sehr ähnliche Perspektiven ein. Durch die starke Trennung der Lebenswelten hätten die Demokratie-engagierten Expert*innen möglicherweise keine verallgemeinerbaren Aussagen über die nicht-engagierten Prignitzer*innen treffen können. Bei *Demokratie sucht das Wort* konnte, anders als in den Expert*innen-Interviews, nicht nur über Prignitzer*innen gesprochen werden, sondern auch mit ihnen und deren Perspektiven konnten einbezogen werden. Es stellte sich also als nützlich heraus, die Ergebnisse von *Demokratie sucht das Wort* auszuwerten. Möglicherweise haben sich bei der Veranstaltung nur bestimmte Menschen auf ein Gespräch eingelassen, wodurch nur bestimmte Themen und Sorgen thematisiert wurden und die Ergebnisse nur begrenzt verallgemeinerbar sind. Auch hier ist nicht von einer theoretischen Sättigung auszugehen. Dies ist an der Dokumentation sichtbar, da weitere Gespräche neue Erkenntnisse brachten, auch wenn sich Schwerpunkte in den Themen und Sorgen der Prignitzer*innen abzeichneten.

In den Fallstudien spielte die Frage nach der Fallgrenze immer wieder eine Rolle (FLICK 2019). Insbesondere Fall 1 musste mehrfach nachgeschärft werden und in der Folge konnten erhobene Daten teilweise

nicht in die Auswertung einbezogen werden. Je nach Fallgrenze ergeben sich andere Ergebnisse. Zum Beispiel hätte die Gruppe der peripher Beeinflussenden außen vor gelassen werden können, weil sie, wie anhand der Bezeichnung erkennbar, nur eine periphere Rolle im Fall spielen. Informationen in Zusammenhang mit der LAG Storchenland Prignitz nahmen einen sehr großen Raum in den Ergebnissen ein, vor allem unter den förderlichen Wirkungen. Statt dieser Daten beispielsweise eine zweite gegnerische Bürger*inneninitiative einzubeziehen, hätte sich sicher auf die Ergebnisse ausgewirkt. In Kap. 4.2.2 und 4.3.2 wurden bereits die Eigenschaften der Dokumente der Dokumentenanalyse beschrieben. Insbesondere bei den Online-Artikeln und der Webseite der IG Hohe Heide fallen gehäufte rhetorische Stilmittel, Kontrastierungen, dramatisierende Formulierungen und die häufige Beschreibung emotionaler Reaktionen auf. Dadurch scheint die Vertrauenswürdigkeit dieser Dokumente reduziert. Auch die eher einseitig negative Darstellung der Energiewende in Fall 1 und die fehlende Differenzierung zwischen unterschiedlichen Einstellungen der Prignitzer*innen gegenüber der Energiewende in der Prignitz sollten kritisch betrachtet werden. Schließlich zeigen die Interviewergebnisse, dass unterschiedliche Einstellungen unter den Prignitzer*innen vorhanden sind. Anders herum sah der Leitfaden der Fall-Interviews keine Möglichkeit vor, sich gegen eine demokratische Ausgestaltung der Klimawende zu äußern. Das könnte die Ergebnisse zugunsten einer eindeutigen Vereinbarkeit von Demokratie und Klimawende verzerrt haben. Zudem war für die meisten Fall-Expert*innen mindestens Demokratie oder Klimawende ein Wert, für manche explizit beides. Es stellt sich die Frage, ob sich durch diese, wenn auch unvorhersehbare, Zusammensetzung der Stichprobe eher eine Vereinbarkeit von Demokratie und Energie- beziehungsweise Mobilitätswende ergeben hat. Dies könnte überprüft werden, indem gezielt Antidemokrat*innen zum Spannungsfeld interviewt würden.

In Kap. 4.4 wurde die fallübergreifende Bedeutung der Demokratie-Aspekte Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement beschrieben. Dieses Ergebnis ist jedoch kein Zufall und es sollte nicht auf eine fallunabhängige Bedeutung von diesen Aspekten für Energie- und Mobilitätswende in der Prignitz geschlossen werden: Die Fallauswahl fand zu einem Zeitpunkt statt, bevor die zu untersuchenden Demokratie-Aspekte ausgewählt waren. Laut Exposé spielten bei der Fallauswahl das Vorhandensein von Beteiligung, aktiver Zivilgesellschaft, bürgerschaftlichem Engagement und demokratischer Entscheidungsfindung eine große Rolle. Es bleibt zu überprüfen, ob dieses Ergebnis in Wirklichkeit mehr über die Fallauswahl als über die tatsächliche Bedeutung dieser Aspekte aussagt. Wie in Kap. 4.1.4 angekündigt, wird an dieser Stelle die Kommentierung der Demokratie-Ergebnisse durch die Fall-Expert*innen diskutiert. Vielen Fall-Expert*innen scheint es leichter gefallen zu sein, die im Schaubild vorgelegten Punkte mit Zustimmung oder Widerrede zu kommentieren, als die Auswirkungen dieser Punkte auf Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in den Fällen herauszuarbeiten. Das hat zur Folge, dass vor allem die Aspekte von Demokratie ausführlich beschrieben sind, die sich auf Energiewende auswirken, aber weniger detailliert deren konkrete Wirkungen auf Energiewende. Mögliche Ursachen werden im Folgenden diskutiert. Nicht nur mir erschienen die Interviewfragen während des Interviews lang und voraussetzungsvoll, sondern auch die Interviewpersonen äußerten Schwierigkeiten, diese zu beantworten. Um die Fragen zu beantworten, reichte es nicht aus, aus dem Fall und von der eigenen Position darin zu erzählen. Darüber hinaus war eine hohe Transferleistung und Verknüpfung verlangt. Die Expert*innen waren schließlich Expert*innen für den Fall und nicht für die Verbindungen zwischen Demokratie und Energie- beziehungsweise Mobilitätswende. Dementsprechend hatten die Fall-Expert*innen über diese Verknüpfungen nicht bereits vorher in dem Ausmaß reflektiert wie beispielsweise die Demokratie-Expert*innen zur Demokratiesituation in der Prignitz, welche auf Gedanken, Formulierungen und Dokumentationen zurückgreifen konnten. Das erforderte von den Fall-Expert*innen eine höhere kognitive Leistung während des Interviews selbst. Möglicherweise hätte dem eine andere Datenerhebungsmethode Abhilfe geschaffen. Eine Gruppendiskussion zum Beispiel hätte es den Interviewpersonen erleichtert, sich vom persönlichen Leben zu lösen, sich mehr der Expert*innenrolle zuzuwenden und Gedanken weiterzuführen. Die Dynamik innerhalb einer

Gruppendiskussion wäre allerdings schwer mit der Konflikthaftigkeit in Fall 1 vereinbar gewesen. Auch in Fall 2 haben die Interviewpersonen Persönliches anvertraut und Kritik geübt, was in einer Gruppendiskussion eventuell nicht geäußert worden wäre (FLICK 2019). Es wären auch eher episodische Interviews denkbar, in denen die Interviewpersonen offener von Erfahrungen aus dem Projekt erzählen (EBD.) und es anschließend Aufgabe des/der Forscher*in wäre, selbst den Transfer zu leisten und die Wirkungsketten herauszuarbeiten. Hierfür wäre jedoch viel Interpretation notwendig, für die es eventuell zu wenige verlässliche Anhaltspunkte gäbe.

Gleichzeitig ergab sich in den Fall-Interviews die Schwierigkeit, dass diese häufig vom eigentlichen Fall abgekommen sind hin zu einer allgemeinen Energie- und insbesondere Mobilitätswende in der Prignitz. Auch wenn ich immer wieder nachgefragt habe, ob entsprechende Aussagen auch den Fall betreffen, konnten viele Daten nicht ausgewertet werden. Gründe dafür könnten die vorausgehende Erläuterung des Interviewhintergrundes und die Einstiegsfragen sein, in denen die Klimawende und die Energiebeziehungsweise Mobilitätswende in der Prignitz thematisiert wurden. Der Interviewleitfaden hätte folgendermaßen angepasst werden können (Entwurf s. Anhang 31): Statt in der Erläuterung des Interviewhintergrundes die Klimawende zu nennen oder nach der Energiebeziehungsweise Mobilitätswende im Fall zu fragen, hätte die Ausweisung von Windvorranggebieten beziehungsweise Einrichtung der Lastenradleihe explizit benannt werden können. Die Einstiegsfrage zum persönlichen Verständnis einer gelingenden Mobilitätswende könnte ans Interviewende verschoben werden, um direkt in den Fall einsteigen zu können. Stattdessen wurde nämlich gleich zu Interviewbeginn der Ausbau von ÖPNV und die Umstellung auf E-Mobilität genannt, worauf die Interviewpersonen bei den folgenden Fragen wieder eingegangen sind. Das Abschweifen vom Fall wurde auch durch die allgemeinen Nachfragen (s. Anhang 7) veranlasst, die insbesondere in Fall 2 größeren Raum einnahmen, da die Bedeutung von Demokratie für Mobilitätswende scheinbar offensichtlich war, die Einrichtung der Lastenradleihe durch Bürger*innenbeteiligung in wenigen Sätzen erläutert war und noch Interviewzeit blieb.

Im folgenden Abschnitt werden die in Kap. 4.2.5 angesprochenen Inkonsistenzen innerhalb der Fälle, zwischen den Fällen und zwischen Vorab- und Fall-Interviews diskutiert, beginnend mit letzterem. Die meisten Kommentare der Demokratie-Ergebnisse durch die Fall-Expert*innen waren Zustimmungen, teils mehrfache. An einigen Stellen wurden eigene Punkte hinzugefügt oder Einzelaspekte relativiert. Die Widersprüche zwischen den Vorab- und den Fall-Interviews werden im Folgenden explizit genannt und diskutiert. Während D4 eine Konfliktscheue der Stadt Wittenberge beschreibt, nimmt M1 eine Kompromissbereitschaft der Stadt wahr. An dieser Stelle muss ergänzt werden, dass die Konfliktscheue eher auf eine fehlende klare Linie in der Außenkommunikation bezogen war (D4, Z. 107-113), die Kompromissbereitschaft aber auf im Projekt gemachte Erfahrungen der Zusammenarbeit (M1, Z. 76-79). Die beiden Aussagen beziehen sich zwar auf denselben Demokratie-Aspekt, aber auf unterschiedliche Facetten desselben und sind daher kein echter Widerspruch. Als ein weiterer scheinbarer Widerspruch kann auch das Gefühl der eingeschränkten Meinungsfreiheit im Vergleich zu den vorhandenen Orten zum Einbringen von Anliegen eingeordnet werden. Mit dem Gefühl der eingeschränkten Meinungsfreiheit war das Gefühl einiger Prignitzer*innen gemeint, sich nicht offen über gesellschaftliche und politische Themen äußern zu können, ohne der Diskriminierung oder der Verwendung politisch inkorrekt Sprache bezichtigt zu werden (D3, Z. 119-126). M3 hingegen nennt Orte in Wittenberge und Perleberg, an denen Prignitzer*innen ihre Anliegen und Verbesserungswünsche einbringen können, zum Beispiel das Stadtlabor in Perleberg (M3, Z. 129-133). Zudem handelt es sich beim Gefühl der eingeschränkten Meinungsfreiheit eben um ein Gefühl, beim Vorhandensein der genannten Orte aber um eine Tatsache. Gefühle und Tatsachen müssen jedoch nicht zwingend übereinstimmen und trotz dieser Orte können einige Prignitzer*innen das Gefühl haben, nicht mitgenommen zu werden, wie M3 selbst einräumt (Z. 133-136). In eine ähnliche Richtung zielt der folgende scheinbare Widerspruch: W1 argumentiert gegen die Angst vor Krisen, dass Krisen nichts Neues seien und dass W1 sich weigert, in diese krisenhafte

Stimmung einzusteigen (Z. 289-300). Dies ist aber kein echtes Gegenargument, sondern ein Fehlschluss (PFISTER 2013). Außerdem ist die Weigerung von W1 keine verallgemeinerbare Expert*innenaussage über die Prignitzer*innen, sondern eine persönliche Haltung, die zudem anerkennt, dass eine Krisenstimmung in der Gesellschaft existiert. Ein weiterer kritischer Kommentar bezieht sich auf das Ergebnis, dass die Demokratie in der Prignitz auf der Kippe steht. Das Argument von M3 hinter dieser Kritik ist, dass die Zustimmung zur AfD in der Prignitz nicht anders als im ostdeutschen Vergleich abschneidet (Z. 125-128). Auch das ist ein Fehlschluss: Theoretisch könnte die Demokratie in ganz Ostdeutschland auf der Kippe stehen (PFISTER 2013). Zudem führt M3 an einer anderen Stelle aus, in einer politisch aufgeklärten Blase aufgewachsen zu sein und wenig Kontakt zu in dieser Hinsicht anderen Lebenswelten gehabt zu haben (Z. 145-147). Der letzte Gegen-Kommentar wurde von W1 (Z. 238f.) eingebracht und kritisiert die von W2 bestätigte Aussage, dass es in der Prignitz gute Netzwerke und viel Kooperation gibt (Z. 262-265). W1 und W2 treffen diese Aussagen vor sehr unterschiedlichen Hintergründen: W1 möchte weitere Mitstreiter*innen gegen die derzeitige Energiewende finden (Z. 257f.), während W2 Teil der Demokratie-engagierten Akteur*innen ist und beruflich mit Vernetzung und Kooperation in Berührung ist (Z. 3-11). Der Punkt Vernetzung stammt auch von Demokratie-engagierten Expert*innen. Es waren keine Widersprüche zwischen Kommentaren von Expert*innen aus Fall 1 und denen aus Fall 2 zu finden. Eher konnte ein Schwerpunkt der Kommentare der Fall 2-Expert*innen auf Fall 2 bezogene Themen festgestellt werden, wie bürgerschaftliches Engagement, Bürger*innenbeteiligung und mangelhafte Mobilitätsangebote. Die Kommentierung der Demokratie-Ergebnisse durch die Fall-Expert*innen zeigt, dass einerseits die Demokratie-Aspekte teilweise verschiedene Facetten vereinen, zum Beispiel der Aspekt Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit. Andererseits ist die Ausprägung dieser Aspekte in der Prignitz komplex und die stichwortartige Beschreibung dieser Ausprägungen wie im Schaubild, das den Fall-Interviews zugrunde lag (Anhang 8), kann zu Missverständnissen führen. Zudem weicht die Wahrnehmung der Ausprägung dieser Aspekte je nach Lebenswelt der Interviewten und deren Hintergrundsituation und -erfahrung voneinander ab. Es konnte gezeigt werden, dass diese unterschiedliche Wahrnehmung auf einer tatsächlich unterschiedlichen Ausprägung der Demokratie-Aspekte in verschiedenen Lebenswelten und gesellschaftlichen Gruppen beruht.

Innerhalb der Fälle steht die zu Beginn dieses Kapitels beschriebene begrenzte Verallgemeinerbarkeit durch ähnliche Perspektiven einer begrenzten Zusammenfassbarkeit unterschiedlicher Perspektiven gegenüber. Für Fall 1 wurde in Kap. 4.2.5 eine Restkategorie für nicht eindeutig zuordenbare Aussagen gebildet. Dies wurde mit dem teils unterschiedlichen Verständnis einer gelingenden Energiewende der Interviewpersonen und deren persönlicher Ziele in Bezug auf den Fall begründet. Solche stark voneinander abweichenden Perspektiven waren in Fall 2 nicht zu finden, letzterer ist jedoch weniger konfliktreich und es gibt keine spezifisch gegnerischen Akteursgruppen wie in Fall 1. Die in Kap. 5.2 aufgeworfene Frage lautete, ob die Aktivitäten der gegnerischen Akteursgruppen den Fortschritt der Windkraftausbaus und in letzter Konsequenz das Erreichen der Klimaziele erschweren, oder ob sie letztlich erreichen, dass die Klimaziele mit einer bestimmten Qualität und höherer gesellschaftlicher Legitimierung erfüllt werden. Durch den Protest der IG Hohe Heide besteht nämlich das Potenzial einer partiellen Verhinderung des Windkraftausbaus. Aufgrund ihrer häufig sachlich begründbaren Kritik und ihrer politischen Partizipation zur Kommunikation dieser Kritik an die Verantwortlichen, existiert gleichzeitig die Möglichkeit einer gerechteren und transparenteren Ausgestaltung der Energiewende, die laut W1 mehr gesellschaftlichen Rückhalt finden würde und eventuell letztlich nachträglich weniger angefochten würde und damit nachhaltiger wäre. Möglicherweise könnte auch die Frage nach einer gelingenden Energiewende speziell in der Prignitz zu Inkonsistenzen geführt haben: Während in den Interviews teilweise eine gesamtdeutsche Energie- beziehungsweise Klimawende mitgedacht wurde, zu der die Prignitz ihren Beitrag leisten muss, wurde die Prignitz teilweise isoliert betrachtet. Beispielsweise wurden Flächenziele als in der Prignitz erfüllt betrachtet, die jedoch für die gesamte Planungsregion zusammen gelten. Auch die in der Prignitz produzierte Strommenge wird an dem Strombedarf der Prignitz

gemessen und nicht am deutschlandweiten Strombedarf. Zudem liegt der Fokus auf den Nutzen und Belastungen der Prignitzer*innen durch den Windkraftausbau statt auf einer Gesamtbetrachtung einer weltweiten Klimawende. Widersprüche innerhalb von Fall 1 könnten also auch von einem unterschiedlichen impliziten Bezugsraum zwischen den Aussagen der Interviewpersonen herrühren. In einer Gruppendiskussion hätten diese Konflikte durch Diskussionen eher sichtbar gemacht werden können oder die Perspektiven hätten sich aufeinander zubewegen und einen, wenn auch kleinen, gemeinsamen Nenner finden können (FLICK 2019).

Unterschiede in der Bedeutung einzelner Demokratie-Aspekte zwischen den Fällen wurden in Kap. 4.4 ausführlich beschrieben. Zu Beginn dieses Unterkapitels wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Unterschiede auf die einzigartigen Fallbedingungen oder auf grundlegende Unterschiede zwischen Energie- und Mobilitätswende zurückgeführt werden können. Diese Frage kann im Rahmen der Masterarbeit nicht beantwortet werden. Es kann jedoch festgehalten werden, dass die Fälle und die Wenden aufgrund dieser Unterschiede nicht zusammenfassbar sind. Um die Bedeutung von Demokratie für eine gelingende Klimawende in der Prignitz zu erfassen, braucht es die Untersuchung weiterer Fälle innerhalb der Energie- und Mobilitätswende und die Untersuchung aller Wenden der Klimawende. Nach einer intensiven Erkundung des Forschungsfeldes in der Prignitz könnten gezielt typische Fälle ausgewählt werden, um die Chancen auf Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse zu erhöhen (EBD.).

In Kapitel 5 wurden die Ergebnisse dieser Studie zusammengefasst, die Unterfragen und die Forschungsfrage entsprechend der Ergebnisse umformuliert und anschließend beantwortet. Es konnte gezeigt werden, dass in den Fällen nur funktionierende Demokratie-Aspekte eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende fördern und dass hauptsächlich nicht funktionierende Demokratie-Aspekte eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in den Fällen beeinträchtigen. Außerdem zielen die Vorschläge zur demokratischen Gestaltung einer gelingenden Energie- beziehungsweise Mobilitätswende darauf ab, funktionierende Demokratie-Aspekte auszubauen und vor allem, nicht funktionierende Demokratie-Aspekte zu beheben. Anschließend wurden die Ergebnisse unter Einbezug von Literatur interpretiert. Zuletzt wurde das Vorgehen in der Untersuchung kritisch reflektiert, die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse wurde diskutiert und Forschungsdesiderata wurden aufgezeigt. Der theoretische Beitrag dieser Arbeit besteht nicht nur in einer expliziten und differenzierten Betrachtung einzelner Aspekte einer Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform und in einer Unterscheidung zwischen den einzelnen Wenden der Klimawende, sondern auch in einer Verknüpfung der einzelnen Demokratie-Aspekte mit einzelnen Wenden der Klimawende.

6. Schlussfolgerungen, Ausblick

In diesem Kapitel werden aufbauend auf der Arbeit zuerst Schlussfolgerungen gezogen und Handlungsempfehlungen abgeleitet. Die Handlungsempfehlungen gliedern sich in eine Zusammenfassung des Forschungsbedarfs, in aus der Arbeit resultierende Vorschläge zur Demokratiestärkung in der Prignitz und in Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz. Im Anschluss wird ein Blick in die Zukunft unternommen. Im folgenden Unterkapitel wird zunächst der in Kap. 5.4 genannte Forschungsbedarf zusammengefasst. Es schließen sich Vorschläge zur Demokratiestärkung in der Prignitz und Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz an.

6.1 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Diese Masterarbeit ist eine qualitativ explorative Arbeit. Dementsprechend konnten lediglich erste Zusammenhänge und nur anhand konkreter Fallbeispiele herausgearbeitet werden. Die Ergebnisse sind also kaum verallgemeinerbar und es besteht weiterer Forschungsbedarf. Aus Kap. 5.4 kann folgendes Vorgehen geschlussfolgert werden: An diese Untersuchung könnte sich im Idealfall zunächst weitere qualitative Forschung anschließen, bevor darin erkennbare Zusammenhänge schließlich in einer quantitativen Studie getestet werden könnten. In qualitativen Untersuchungen könnten zuerst weitere Fälle innerhalb der Energie- und Mobilitätswende untersucht werden, um zu prüfen, ob die Ergebnisse dieser Arbeit typisch für Energie- und Mobilitätswende in der Prignitz sind, und, um verallgemeinerbarere Ergebnisse zu generieren. Auf diese Weise könnten alle übrigen Wenden in der Prignitz untersucht werden, also die Hauswärmewende, die Industriegewende und die Agrar- beziehungsweise Ernährungswende. Anhand dieser aller Ergebnisse könnten Vergleiche gezogen und überprüft werden, ob diese auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz verallgemeinerbar sind, oder ob die Wenden einzeln betrachtet und angegangen werden sollten. Bereits bei der Auswahl der Fälle ist, anders als in dieser Arbeit, darauf zu achten, dass nicht nur Fälle mit Bürger*innenbeteiligung oder bürgerschaftlichem Engagement ausgewählt werden, sondern auch auf andere Demokratie-Aspekte Wert gelegt wird, wie Freiheit oder Pluralismus. Neben den in Kap. 3.2 genannten Fallauswahlkriterien könnten die Demokratie-Aspekte ein Kriterium sein, die in den zu untersuchenden Fällen insgesamt gleichermaßen auftreten sollen. Erst dann kann ausgeschlossen werden, dass die Bedeutung der in dieser Arbeit als wirkmächtigsten herausgestellten Demokratie-Aspekte durch die Fallauswahl verursacht wird. Zudem sollte bei der Stichprobenziehung auf eine ausgeglichene Zusammensetzung aus Demokratie-Engagierten, nicht engagierten Prignitzer*innen und expliziten Antidemokrat*innen geachtet werden, ähnlich einem geschichteten Sampling oder einer Quotenstichprobe. Dadurch könnte vermieden werden, dass eine Vereinbarkeit von Demokratie und Klimawende in den Ergebnissen durch die einseitigen Demokratie-Einstellungen der Interviewpersonen verursacht wird. Gegebenenfalls könnte auch eine Untersuchung mit ausschließlich antidemokratischen Interviewpartner*innen durchgeführt werden, vergleichbar mit einer Kontrollgruppe bei experimentellen Studien. Falls die Expert*inneninterviews als Datenerhebungsmethode beibehalten werden, sollte der Interviewleitfaden angepasst werden (Entwurf s. Anhang 31). Es könnten allerdings auch andere Datenerhebungsmethoden wie ein Workshop oder narrative Interviews diskutiert werden. Bei einem Workshop sollte jedoch ein Umgang mit möglichen Konflikten in einzelnen Fällen vorausgedacht werden. Bei der Auswertung narrativer Interviews sollte darauf geachtet werden, nur begründet zu interpretieren und über die Wirkungen einzelner Demokratie-Aspekte auf Klimawende nicht zu spekulieren. Wie oben erwähnt, könnte auf dieser umfassenden qualitativen Erkundung des Forschungsfeldes eine quantitative Befragung aufgebaut werden. So könnte an einer größeren Stichprobe die Gewichtung der Demokratie-Aspekte abgefragt werden, deren Wirkungen auf eine gelingende Klimawende und weitere Wirkungsketten. In der statistischen Auswertung könnten dann die Zusammenhänge getestet werden.

Die Ergebnisse könnten schließlich mit regionalen Stakeholdern zum Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende diskutiert werden. Vorstellbar wäre ein Workshop mit Vertreter*innen aus Kommunalpolitik und -verwaltung, aus der Regionalen Planungsgemeinschaft, der LAG Storchland Prignitz, Klimaschutzbeauftragten und Energiemanager*innen, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und interessierten Prignitzer*innen. Falls sich herausstellen sollte, dass die Zusammenhänge je nach Wende variieren, könnten separate Workshops mit Stakeholdern der entsprechenden Wenden aus der Region veranstaltet werden. In Bezug auf die Mobilitätswende wären dann zum Beispiel eher die Radpat*innen der Lastenradleihe und Betreiber*innen der regionalen Verkehrsgesellschaft beteiligt, in Bezug auf die Energiewende eher Vertreter*innen der Regionalen Planungsgemeinschaft, Anlagen- und Netzbetreiber*innen und Bürger*inneninitiativen. Gemeinsam könnte dann eine Strategie für die Prignitz aufgestellt werden, ähnlich des Regionalen Energiekonzepts der Regionalen Planungsgemeinschaft. Der Fokus läge jedoch auf einer Verzahnung von Demokratie und Klimawende und die Strategie wäre ein Produkt demokratischer Aushandlung, also möglicherweise breiter gesellschaftlich legitimiert. In diesem Vorgehen würde die demokratische Gestaltung der Klimawende dementsprechend nicht nur auf einer theoretischen Ebene diskutiert, sondern gleichzeitig praktisch umgesetzt werden. Im Folgenden werden die zentralen Handlungsempfehlungen aus dieser Arbeit zusammengefasst, die in den genannten Workshops diskutiert werden könnten, selbstverständlich erweitert um die Ergebnisse der oben skizzierten weiteren Untersuchungen.

Auch, um die Klimawende zu fördern, sollten Maßnahmen zur Demokratiestärkung diskutiert werden. Dazu gehören politische Bildung, Information über politische Prozesse und Demokratiebildung. Demokratiebildung sollte nicht nur im Sinne von Aufklärung und Information verstanden werden, sondern darüber hinaus soll Demokratie erfahrbar gemacht werden. Durch Partizipation, beispielsweise in Bürger*innenräten oder an Bürgerhaushalten, könnte Demokratie gelebt und Selbstwirksamkeit erlebt werden. Die Prignitzer*innen könnten zudem erfahren, dass Demokratie mehr ist als die Artikulation von Interessen, die von Politik und Verwaltung unmittelbar umgesetzt werden sollen. Damit die unterschiedlichen Lebenswelten wieder in Verbindung kommen und der hohen Diskursbereitschaft der Prignitzer*innen Raum gegeben werden kann, sollen Kommunikationsräume geschaffen und Kommunikationskompetenzen gefördert werden. Zum Beispiel soll einander wirklich zugehört und Meinungen sollen akzeptiert werden. Insbesondere verschiedene in Kap. 4.1.2 genannte Möglichkeiten zur Stärkung der Bürger*innenbeteiligung und der Kooperation sollten diskutiert werden. Schließlich soll die DDR-Zeit aufgearbeitet und die DDR-Sozialisierung bei der Gestaltung von demokratischen Prozessen berücksichtigt werden. Diese Vorschläge könnten im Vorfeld der Workshops in der Bevölkerung abgefragt werden, zum Beispiel über eine online Umfrage. In diesem Zuge könnten die Prignitzer*innen eingeladen werden, im Rahmen des Workshops selbst an der Ausarbeitung ihrer Vorschläge mitzuwirken. In den Workshops könnte des Weiteren auf ein gemeinsames Verständnis einer gelingenden Klimawende beziehungsweise der gelingenden Wenden innerhalb der Klimawende hingearbeitet werden. Es könnten Transformationsansätze diskutiert und gezielt ausgewählt werden, die mit Demokratie in der Prignitz, oder sogar mit einer Demokratiestärkung in der Prignitz, kompatibel sind. Auch könnten, insbesondere in Bezug auf Energiewende, der Gerechtigkeitsbegriff und seine Bedeutungen thematisiert werden. Möglicherweise könnten sogar die in Kap. 5.3 aufgeworfenen Fragen diskutiert werden, nämlich, wie Bürgerinitiativen sinnvoll und konstruktiv eingebunden und wie deren sachliche Kritikpunkte ernstgenommen werden können, und, inwiefern Demokratie in der Prignitz eine Zumutung und inwieweit ein Service soll.

Zudem sollten den Prignitzer*innen Hintergrundinformationen über die Wenden kommuniziert werden, zum Beispiel in der Wochenzeitung oder im Rahmen von Infoveranstaltungen. Dabei könnten grundlegende Begriffe wie Nachhaltigkeit oder nachhaltige Mobilität geklärt werden, über die Planungs- und Genehmigungsverfahren könnte aufgeklärt werden, aber auch über Vorteile der

Prignitzer*innen durch die Energiewende. Zum Beispiel könnten die Einnahmen der Gemeinden aus erneuerbaren Energien sichtbar gemacht werden, und, was mit diesen wiederum finanziert werden konnte. Den Prignitzer*innen könnten Hebel aufgezeigt werden, über die sie sich selbst für eine gelingende Klimawende engagieren können. Das können Bürgerwindräder oder Carsharing-Modelle sein, aber auch Bürger- und Volksbegehren für Anliegen, die höhere Politikebenen betreffen. Um die Bürger*innen zu aktivieren, sind außerdem Vernetzungsveranstaltungen hilfreich und das Potenzial des Dörfernetzwerks könnte stärker genutzt werden.

Neben dem erläuterten Vorgehen könnte die Wirkung der Art und Weise der Berichterstattung genauer untersucht werden. In der Dokumentenanalyse der Online-Artikel fiel eine nicht neutrale, eher einseitige und weniger sachliche Darstellung auf. Es könnte umfassender überprüft werden, inwiefern diese Darstellung eine Wirkung auf die Leser*innen und letztlich auf den Diskurs über Energiewende in der Prignitz ausübt.

Die dargelegten Handlungsempfehlungen richten sich, mit Ausnahme des Forschungsbedarfs, an regionale Akteur*innen, die sich für Demokratie und/oder Klimawende einsetzen. Dazu gehören unter anderem die kommunale Politik und Verwaltung, die LAG Storchenland Prignitz, Partnerschaften für Demokratie, das Demokratieforum, *elblandwerker** und das TGZ Prignitz. Bei einem solch themenübergreifenden Projekt würde sich eine Kooperation zwischen verschiedenen Stakeholdern anbieten. Denkbar wäre, den Prozess mit der aktuell laufenden Aufstellung des integrierten Klimaschutzkonzepts im Landkreis Prignitz zu verknüpfen. Möglich wäre auch, einzelne Schritte, wie die Organisation des Workshops, an Studierendenprojekte der HNE Eberswalde, der Fachhochschule Potsdam oder der TH Brandenburg auszulagern. Neben diesen konkreten Zielgruppen sind jedoch im Allgemeinen die Prignitzer*innen gefragt, ihre Verantwortung, aber auch ihren Handlungsspielraum wahrzunehmen, sich zusammenzuschließen und sich auf vielfältige Art und Weise gemeinsam für eine gelingende Klimawende in der Region zu engagieren.

6.2 Ausblick in die Zukunft

Diese Arbeit wurde zu einem Zeitpunkt erstellt, an dem sich sowohl Demokratie als auch Klimawende in der Prignitz sowie global im Umbruch befinden: Es bleibt offen, wie sich die aktuell stärker werdenden Demokratiegefährdungen in der Prignitz, deutschlandweit und global auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz auswirken, darunter zunehmender Populismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Politikverdrossenheit. Auch die Konsequenzen aus dem Wahljahr 2024 werden sich noch zeigen, festgehalten werden kann jedoch, dass sowohl bei der Kommunal-, Landtags- und Europawahl als auch bei der Präsidentschaftswahl in den USA Tendenzen einer offen antidemokratischen Äußerung sichtbar wurden. Mögliche Effekte der Neuwahlen des deutschen Bundestags 2025 sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Etwas ausgleichend könnte sich der weitere Zuzug von Demokratie-Engagierten aus Großstädten in der Prignitz auswirken. Die Zuzügler*innen erhöhen die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit, das Demokratie- und Klima-Engagement und die gesellschaftliche Legitimierung für eine Klimawende in der Prignitz. Andererseits zieht ein weiterer Zuzug die größer werdende Herausforderung nach sich, die unterschiedlichen Lebenswelten zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen zu verbinden. Es gilt zu verhindern, dass Zugezogene alle deutungsmächtigen Ehrenämter übernehmen, und Konkurrenz- und Verdrängungsprozesse zu vermeiden.

Fraglich ist auch, wie sich die in der Arbeit aufgezeigten Dilemmata zwischen Demokratie und Energiebeziehungswise Mobilitätswende mit voranschreitender Zeit, dem Näherrücken der Flächenziele und der Fristen für die Klimaziele verschärfen werden. Beispielsweise ist mit dem weiteren Ausbau von Windkraft in der Prignitz ein erhöhter Widerstand durch Bürgerinitiativen denkbar. Falls die Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigt werden sollten, besteht die Gefahr, dass Bürger*innenbeteiligung weiter eingeschränkt wird und die gesellschaftliche Legitimierung abnimmt. Zum

Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit war die Öffentlichkeitsbeteiligung noch nicht gestartet, das heißt, es ist noch nicht absehbar, wie sich die Demokratie-Aspekte politische Partizipation und Bürger*innenbeteiligung weiter auswirken, und ob der Regionalplan rechtzeitig rechtskräftig wird, um das Teilflächenziel bis 2027 zu erreichen. Andernfalls wäre die Konsequenz, dass die Brandenburg spezifischen Abstandsregeln außer Kraft gesetzt würden, was weiteren Protest nach sich ziehen könnte. Andererseits wurden einzelne Kritikpunkte der Akteursgruppe Gegner*innen bereits berücksichtigt und umgesetzt, zum Beispiel die fairere Verteilung der Netzentgelte auf deutsche Stromkund*innen ab 2025. Es wird sich noch zeigen, ob und wie sich dies auf die gesellschaftliche Legitimierung der Energiewende in der Prignitz auswirken wird. Abzuwarten bleibt auch, wie sich das Dörfernetzwerk Prignitz weiterentwickelt, ob Potenziale zur Gestaltung der Energiewende in der Prignitz genutzt werden und, ob dies die gesellschaftliche Legitimierung der Energiewende erhöht.

Nicht zuletzt wirken sich die Verschärfung der Klimakrise, aber auch zunehmende Fortschritte in der Klimawende wiederum auf Demokratie aus, wie in Kap. 1.1 erläutert. In der Arbeit zeigten sich die Gefahr der Fundamentalisierung von Kritik und Protest an der Energiewende und die Resignation von Bürger*innen, deren Anliegen und Kritik nicht erkennbar und direkt umgesetzt werden, außerdem die Gefahr einer Abwendung von der Demokratie aus Gefühlen der Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit heraus. Zudem bieten Energiewendekonflikte und Klimaschutzmaßnahmen einen Angriffspunkt für Populismus. Hervorzuheben aus Kap. 1.1 sind in Bezug auf diese Arbeit, Bürger*innenbeteiligung nicht weiter zu reduzieren und trotz divergierender Interessen und Lebenswelten einen konstruktiven Dialog aufrecht zu erhalten, kurz: Die Herausforderung, bei allem Zeit- und Handlungsdruck demokratische Standards zu wahren. Gleichzeitig kann durch gut gemachte Klimapolitik die Demokratiequalität sogar verbessert werden und durch Governanceprozesse, Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement die Demokratie in der Prignitz weiterentwickelt werden. Im Idealfall könnte sich ein Gelingen der Klimawende positiv auf die Demokratiezufriedenheit auswirken.

In diesem Kapitel wurden Handlungsempfehlungen zum Forschungsbedarf, zur Demokratiestärkung in der Prignitz und zur demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz abgeleitet. Die Handlungsempfehlungen zusammengefasst, wurde die Vision einer gemeinsamen Strategie zur demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz gezeichnet, erarbeitet von Stakeholdern der Klimawende, beziehungsweise der Wenden innerhalb der Klimawende, unter breiter Bürger*innenbeteiligung. Der daran angeschlossene Blick in die Zukunft zeigte, dass künftige Veränderungen auf verschiedenen politischen Ebenen die Rahmenbedingungen beider Fälle beeinflussen sowie die Wirkung der Demokratie-Aspekte auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz. Anders herum könnten sich auch Klimakrise und Klimawende auf den Zustand der Demokratie in der Prignitz auswirken, sowohl negativ als auch positiv.

Zusammenfassung

In dieser Masterarbeit wird das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende betrachtet. Dieses ist durch die globale demokratische Regression und durch die Dringlichkeit der Erreichung der Klimaziele besonders zugespitzt: Es gilt, die Klimaziele zu erreichen, ohne die Demokratie weiter zu gefährden, und anders herum, die Demokratie zu erhalten oder sogar zu stärken, ohne den Klimaschutz zu vernachlässigen. Demokratie und Klimawende müssen jedoch nicht grundsätzlich unvereinbar sein, sondern können sich sogar gegenseitig fördern. Das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Klimawende findet in ostdeutschen ländlichen Räumen besondere Rahmenbedingungen. Der Landkreis Prignitz ist ein besonders anschauliches Beispiel für ostdeutsche ländliche Räume, wo sich ein relevanter Einfluss vom Zustand der Demokratie auf die Klimawende feststellen lässt.

In der vorliegenden Arbeit wird der Frage nachgegangen, wie die Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden kann. Das Demokratieverständnis dieser Arbeit ist Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform und umfasst elf Demokratie-Aspekte. Zudem wird auf die kommunale und regionale Politikebene fokussiert. Die demokratische Gestaltung der Klimawende in der Prignitz wird anhand zweier Fallstudien untersucht, in denen die Energie- beziehungsweise Mobilitätswende demokratisch verhandelt werden. In Fall 1 geht es um die Aufstellung des Sachlichen Teilplans *Windenergienutzung (2024)* und die Aktivitäten einer Bürger*inneninitiative, in Fall 2 um die Einrichtung einer Lastenradleihe in Wittenberge durch Bürger*innenbeteiligung. In der Arbeit werden nicht nur demokratische Ausgestaltungsmöglichkeiten der Klimawende, sondern zunächst die Bedeutung der Demokratie in der Prignitz für eine gelingende Klimawende analysiert. Hierzu werden fördernde und beeinträchtigende Wirkungen von Demokratie-Aspekten auf die Klimawende in der Prignitz betrachtet, um die folgenden Untersuchungsfragen zu beantworten: U1: Auf welche Aspekte einer funktionierenden Demokratie ist eine gelingende Klimawende in der Prignitz angewiesen? Und U2: Inwiefern erschweren Aspekte einer (nicht) funktionierenden Demokratie eine gelingende Klimawende in der Prignitz? Um diese Untersuchungsfragen beantworten zu können, wurde zunächst der Zustand der Demokratie in der Prignitz mithilfe von qualitativen Expert*inneninterviews und einer qualitativen Dokumentenanalyse erhoben. Darauf aufbauend, wurden qualitative Expert*inneninterviews zu beiden Fällen und je eine qualitative Dokumentenanalyse durchgeführt. Die Daten wurden mit einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet. Abschließend wurden die Fälle einander kontrastierend gegenübergestellt.

Die Ergebnisse zeigen, dass je nach Fall verschiedene Demokratie-Aspekte eine Rolle spielen und das mit einer unterschiedlichen Einflussstärke. Die wirkmächtigsten Demokratie-Aspekte sind in Fall 1 Gerechtigkeit, Bürger*innenbeteiligung und Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit, und zwar sowohl auf eine fördernde als auch auf eine beeinträchtigende Weise. In Fall 2 sind es die Aspekte Bürger*innenbeteiligung, bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement. In Bezug auf die Unterschiede zwischen den Fällen ist nicht klar, ob diese auf die spezifischen Fallbedingungen oder auf grundlegende Unterschiede zwischen der demokratischen Verhandlung von Energie- und Mobilitätswende zurückgeführt werden können. Selbst die wirkmächtigsten Aspekte haben nur eine sehr indirekte Wirkung. Fallübergreifend lässt sich zusammenfassen, dass nur funktionierende Demokratie-Aspekte förderlich wirken, und beeinträchtigend vor allem nicht funktionierende Demokratie-Aspekte. Anders formuliert, ist es bedeutend für den Energie- beziehungsweise Mobilitätswende-Erfolg in den Fällen, wenn auch nur indirekt, dass die Demokratie-Aspekte funktionieren. Die Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Klimawende zeigen, dass diese möglich und erwünscht ist. Insgesamt beziehen sich die Ergebnisse spezifisch auf eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in den Fällen und nicht allgemein auf eine Klimawende in der Prignitz. Rückschlüsse von den erhobenen Daten auf eine gelingende Klimawende in der Prignitz sind sehr vorsichtig zu ziehen bis nicht möglich. Aufgrund dessen und aufgrund der Indirektheit der Wirkungen konnten die Untersuchungsfragen nicht

beantwortet werden, sondern wurden anhand der vorhandenen Daten umformuliert und erst anschließend beantwortet.

Die Untersuchung verdeutlicht schließlich, dass eine funktionierende Demokratie und eine gelingende Energie- beziehungsweise Mobilitätswende in der Prignitz keine grundsätzlichen Widersprüche sein müssen, sondern überwiegend miteinander vereinbar sind. Dementsprechend zielen auch Vorschläge für eine demokratische Gestaltung der Energie- und Mobilitätswende in den Fällen darauf ab, funktionierende Demokratie-Aspekte auszubauen und vor allem, nicht funktionierende Demokratie-Aspekte zu beheben. Die Empfehlungen, die aus dieser Arbeit abgeleitet werden können, umfassen weiteren Forschungsbedarf, Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie in der Prignitz sowie Vorschläge zur demokratischen Gestaltung der Klimawende in der Prignitz. Insgesamt leistet die Arbeit einen theoretischen Beitrag durch die explizite Fokussierung auf Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform, durch die detaillierte Betrachtung einzelner Demokratie-Aspekte und die Verknüpfung dieser mit spezifischen Wendungen der Klimawende.

Quellenverzeichnis

ANKE, M. (2023a): Protest gegen Windkraft-Pläne. Neue Angst vor Windrädern im Wald zwischen Pritzwalk und Heiligengrabe. <<https://www.maz-online.de/lokales/prignitz/pritzwalk/neue-angst-vor-windraedern-im-wald-zwischen-pritzwalk-und-heiligengrabe-4J3R247PZFHEPJ4QDGR37K3P5U.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

ANKE, M. (2023b): Erneuerbare Energien. Windkraftgebiet im Wald zwischen Pritzwalk und Heiligengrabe sollte noch „geheim“ bleiben. <<https://www.maz-online.de/lokales/prignitz/pritzwalk/windkraftgebiet-im-wald-zwischen-pritzwalk-und-heiligengrabe-sollte-noch-geheim-bleiben-LBMIMFL7VBFKRDF3NXNHKZNDDEE.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

ANKE, M. (2023c): Erneuerbare Energien. Zwischen Heiligengrabe und Pritzwalk: Windparkbetreiber Green Wind Energy über die Vorteile von Windkraftanlagen im Wald. <<https://www.maz-online.de/lokales/prignitz/pritzwalk/windpark-zwischen-pritzwalk-und-heiligengrabe-das-sagt-betreiber-green-wind-energy-zu-den-vorteilen-7MA5VPKIHZFXPJLGMQIWAMXHE.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

ANKE, M. (2024a): Tagung am Donnerstag, 25. Januar. Wegen Windkraft im Wald: Pritzwalker und Kremmener protestieren in Kyritz. <<https://www.maz-online.de/lokales/prignitz/pritzwalk/wegen-windkraft-im-wald-pritzwalker-und-kremmener-protestieren-am-donnerstag-25-januar-in-kyritz-DO2WOH-ZOHZHWZACPMYWPI5FXAE.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

ANKE, M. (2024b): Regionalplanung dauert an. Neue Windparkgebiete: Bürger müssen weiteres Jahr auf Entscheidung warten. <<https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/heiligengrabe/neue-gebiete-fuer-windparks-in-prignitz-ostprignitz-ruppin-oberhavel-buerger-muessen-weiteres-jahr-M4QESDU5CFAN7FMXCRR4YQHXBQ.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

ANKE, M. (2024c): Stillstand wegen Netzüberlastung. Windkraft in Prignitz und OPR: Immer mehr Millionen Euro für ungenutzten Ökostrom. <<https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/heiligengrabe/windkraft-in-prignitz-und-opr-immer-mehr-millionen-euro-fuer-ungenutzten-oekostrom-64ZWL7HTND7FPS4UAH3Q7X64I.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

ANKE, M. (2024d): Protest aus Pritzwalk. Ungerecht gerechnet? Furcht in Prignitz und OPR vor noch mehr Fläche für Windkraft. <<https://www.maz-online.de/lokales/prignitz/pritzwalk/ungerecht-gerechnet-furcht-in-prignitz-und-opr-vor-noch-mehr-flaeche-fuer-windkraft-LUWWZZKAXNE7RFD-DIZ4TFX745M.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

ANKE, M. (2024e): Windparkplanungen in Wäldern. Heiße Phase für den Windkraftprotest: Demo in Heiligengrabe steht bevor. <<https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/heiligengrabe/protest-gegen-windparks-in-waeldern-von-prignitz-opr-und-oberhavel-demo-in-heiligengrabe-6AAKEUYOEFF37A4U2FZJAGUCXU.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

ANKE, M. (2024f): Planentwurf liegt vor. Überraschung mit Konfliktpotenzial: Das sollen die neuen Windgebiete in Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel werden – mit Karten! <<https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/neuruppin/windparks-windraeder-das-sollen-die-neuen-windgebiete-werden-in-prignitz-ostprignitz-ruppin-und-5SGTQKHILZDR5FZ6NVJBGJ5NKE.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

INTERESSENGEMEINSCHAFT HOHE HEIDE (o.J.): Kein Windpark im Wald der Hohen Heide. <<http://ig-hohe-heide.waregrafik.com/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LAG STORCHENLAND PRIGNITZ (o.J.a): Herzlich willkommen! Perleberg.

LAG STORCHENLAND PRIGNITZ (o.J.b): Regionalforum am 08.05.2023. Regionale Wertschöpfung mit erneuerbaren Energien. Perleberg.

LAIS, K.; REICHE, M.; SCHREIBER, J.; THOMSEN, C.; UNGER, N.; FRANKE, P. (2024): Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen zu Bürgerbeteiligung, Lastenradleihe, selbstgebauten Stadtmöbeln und Bürgermärkten. Ergebnisse der Projektpartner im Forschungsprojekt „Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten“. Berlin/Wittenberge.

MAYR, R. (2023a): Windkraft. Pritzwalk: Widerstand gegen Windräder in der Hohen Heide wächst. <<https://www.maz-online.de/lokales/prignitz/pritzwalk/pritzwalk-widerstand-gegen-windraeder-in-der-hohen-heide-waechst-JFRCH25YABDUFJBEGWQRH64GTY.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

MAYR, R. (2023b): Widerstand gegen Windkraft. Bayern blockiert Windräder – und baut sie in Brandenburg. <<https://www.maz-online.de/lokales/prignitz/windkraft-bayern-blockiert-windraeder-und-baut-sie-in-brandenburg-FFF6X2GCEBFP7HVNIJSQVFNAL.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT PRIGNITZ-OBERHADEL (o.J.a): Regionalpläne. <<https://www.prignitz-oberhavel.de/regionalplaene.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

STEPHAN, K. (2024a): Die Aufarbeitung der DDR (unveröffentlicht). O.O.

STEPHAN, K. (2024b): Veranstaltungen für die Befragten (unveröffentlicht). O.O.

STEPHAN, K. (2024c): Wunsch politische Bildung globale und Bundesthemen (unveröffentlicht). O.O.

STEPHAN, K.; ANONYM (2024): Ergebnisse in Tabellenform (unveröffentlicht). O.O.

TGZ PRIGNITZ GMBH (o.J.a): Bürgerteams Wittenberge. <<https://wir-machen-prignitz.de/buergerteam-wittenberge/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

TGZ PRIGNITZ GMBH (o.J.b): Lastenradleihe Wittenberge. <<https://wir-machen-prignitz.de/lastenradleihe/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

TGZ PRIGNITZ GMBH (o.J.c): Forschung. <<https://wir-machen-prignitz.de/forschungsprojekt/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

VEREIN REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. (o.J.): Regionalforum am 08.05.2023 in Bad Wilsnack. <<https://www.leader-prignitz.eu/seite/639796/regionalforen.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

VOGEL, A. (2024): Windkraft in der Prignitz. Windräder im Wald: Die Initiative „Hohe Heide“ befürchtet „neues Unheil“. <<https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/heiligengrabe/windraeder-im-wald-initiative-hohe-heide-stellt-sich-gegen-den-bau-neuer-anlagen-in-opr-prignitz-WLVGN3J34RFLBMBPROACE5WSUU.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

WAGENER, B. (2024): Widerstand. Heiligengrabe: Demo vor dem Kloster gegen Windkraft im Wald. <<https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/heiligengrabe/demo-gegen-windkraft-im-wald-in-heiligengrabe-DVHJUJ6MFRB7TA3UMB2GS733V4.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

WEBER, M.; DEGREIF, S.; SCHREIBER, J.; RANDRIANARISOA, J. (2022a): Reallabore: eine praxis-orientierte Näherung in wenigen Worten am Beispiel des Forschungsprojektes „Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten (ZuGG)“. Berlin.

WEBER, M.; SCHREIBER, J.; UNGER, N.; DEGREIF, S. (2022b): Treiber und Hemmnisse in Reallaboren. Erkenntnisse zu nachhaltiger Mobilität, Innenstadtbelebung und Partizipation. Berlin/Wittenberge.

WIGANKOW, G. (2024): *Ohne Titel* [Foto] (unveröffentlicht). O.O.

Literaturverzeichnis

Gedruckte Texte

AMLINGER, C.; NACHTWEY, O. (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin.

APCC (2023a): Technische Zusammenfassung. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 35-104.

APCC (2023b): Zusammenfassung für Entscheidungstragende. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 1-17.

BARTH, R.; EWEN, C.; SCHÜTTE, S.; ZIEKOW, J. (2018): Konfliktdialog bei der Zulassung von Vorhaben der Energiewende. In: KNOBLAUCH, D.; RUPP, J. (Hrsg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München, S. 583-595.

BÄTZING, W. (2020): Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform. München.

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist.

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.) (2021): Raumordnungsbericht 2021. Wettbewerbsfähigkeit stärken. Bonn.

BEDNAR-FRIEDL, B.; RADUNSKY, K.; BALAS, M.; BAUMANN, M.; BUCHNER, B.; GAUBE, V.; HAAS, W.; KIENBERGER, S.; KÖNIG, M.; KÖPPL, A.; KRANZL, L.; MATZENBERGER, J.; MECHLER, R.; NAKICENOVIC, N.; OMANN, I.; PRUTSCH, A.; SCHARL, A.; STEININGER, K.; STEURER, R.; TÜRK, A. (2014): Emissionsminderung und Anpassung an den Klimawandel. In: Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14). Austrian Panel on Climate Change (APCC). Wien, S. 707–770.

BEECROFT, R.; TRENKS, H.; RHODIUS, R.; BENIGHAUS, C.; PARODI, O. (2018): Reallabore als Rahmen transformativer und transdisziplinärer Forschung: Ziele und Designprinzipien. In: DEFLA, R.; DI GIULIO, A. (Hrsg.): Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung. Wiesbaden, S. 75-99.

BEGRICH, D. (2022): Heißer Herbst gegen die Demokratie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 11/22. S. 9-12.

BEGRICH, D. (2024): Ostdeutschland. Was nach den Demos kommen muss. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 3/202, S. 9-12.

BERG, T. (2024): Koordination InNoWest Transferort Wittenberge, Technische Hochschule Brandenburg (THB), pers. Mitt. 01.07.2024.

BEST, V.; DECKER, F.; FISCHER, S.; KÜPPERS, A. (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Bonn.

BLUM, M.; COLELL, A.; TREICHEL, K. (2022): Deliberation: Neue Räume für die Aushandlung von Politikoptionen. In: ZILLES, J.; DREWING, E.; JANIK, J. (Hrsg.): Umkämpfte Zukunft. Soziale Bewegung und Protest Band 7. Bielefeld, S. 293-311.

BMWK (2023): Klimaschutzprogramm 2023 der Bundesregierung. O.O.

- BÖCHER, M.; KROTT, M.; TRÄNKNER, S. (2008): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. In: DIES. (Hrsg.): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv“. Wiesbaden, S. 11-22.
- BOESE, V. (2022): Demokratie in Gefahr? In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Repräsentation – Identität – Beteiligung. Zum Zustand und Wandel der Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte (Band 10871). Bonn, S. 306-319.
- BOGNER, A. (2022): (Pseudo-)Wissenschaft und Demokratie im Krisenzeitalter. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Wissenschaft, Öffentlichkeit, Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, S. 14-20.
- BOGUMIL, J.; HOLTkamp, L. (2023): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bundeszentrale für politische Bildung (Band 10844). Bonn.
- BORCHERS, D.; HRACH, M. (2018): Was kostet Gerechtigkeit? Die Gerechtigkeitsproblematik der Strompreisgestaltung im Kontext der Energiewende und mögliche Alternativen zum Status Quo. In: KNOBLAUCH, D.; RUPP, J. (Hrsg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München, S. 437-451.
- BORNEMANN, B. (2022): Nachhaltigkeitstransformationen in Zeiten des Populismus: Ansatzpunkte einer integrierten Betrachtung. In: GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B.; MÜLLER, C. (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden, S. 93-116.
- BRAND, U. (2020): Freiheit statt Egoismus: Die Klimabewegung nach Corona. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 10/2020.
- BRAND, U.; BRAD, A. (2023): Theorien zu Staat und Governance. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 705-708.
- BRAND, U.; KRAMS, M. (2023): Imperiale Lebensweise. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 696-698.
- BRANDENBURGISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.) (2024): Stadt, Land, Klima. Klimawandel und Nachhaltigkeit in Brandenburg. Potsdam.
- BRUDERMANN, T. (2023): Verhaltensökonomische Ansätze. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 656-657.
- BUCHSTEIN, H. (2016): Typen moderner Demokratietheorien. Überblick und Sortierungsvorschlag. Wiesbaden.
- Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 235) geändert worden ist.
- DEFILA, R.; DI GIULIO, A. (2018): Reallabore als Quelle für die Methodik transdisziplinären und transformativen Forschens – eine Einführung. In: DIES. (Hrsg.): Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung. Wiesbaden, S. 9-33.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2020): Sachstand. Rechtliche Einzelfragen des Mindestabstands von Windenergieanlagen zu Wohngebieten. O.O.

DIERKSMEIER, C. (2022): Freiheit und Nachhaltigkeit. In: GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B.; MÜLLER, C. (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden, S. 51-72.

DIETZ, T.; FUCHS, D.; SCHÄFER, A.; VETTERLEIN, A. (2023): Introduction: Mapping the research field on the democracy–sustainability Nexus. In: Politische Vierteljahresschrift 2023 (64), S. 695–714. Doi: <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00511-0>

DÖRING, N.; BORTZ, J. (2016): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. 5. Auflage. Berlin/Heidelberg.

DÖRRE, K. (2023): Grün als Bedrohung: Warum die Klimapolitik die Arbeiter verliert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6/2023. S. 43-46.

EITH, U. (2022): Dialogische Bürgerbeteiligung – Potenziale und Grenzen von Bürgerräten. In: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.): Demokratie in Krisenzeiten – Herausforderungen und Chancen. Deutschland und Europa 39 (84), S. 81-85.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 327) geändert worden ist.

EWALD, J.; HÜNNEMEYER, V.; KEMPERMANN, H. (2024): Ländliche Regionen als Rückgrat für den Umbau der deutschen Wirtschaft? Ergebnisse des IW-Regionalrankings 2024. IW-Report 28/2024.

FLICK, U. (2019): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg.

FRÖHLICH, P.; MANNEWITZ, T.; RANFT, F. (2022): Die Übergangenen. Strukturschwach & erfahrungsstark. Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation. Berlin/Bonn.

FUCHS, A.; DAHM, J. (2023): Vorwort. In: BEST, V.; DECKER, F.; FISCHER, S.; KÜPPERS, A. (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Bonn, S. 2-3.

GEELS, F. (2004): From sectoral systems of innovation to socio-technical systems. Insights about dynamics and change from sociology and institutional theory. In: Research Policy 2004 (33), S. 897–920. Doi: <https://doi.org/10.1016/j.respol.2004.01.015>

GEELS, F. (2011): The multi-level perspective on sustainability transitions: Responses to seven criticisms. In: Environmental Innovation and Societal Transitions 2011 (1), S. 24-40. Doi: <https://doi.org/10.1016/j.eist.2011.02.002>

GEMEINSAME LANDESPLANUNGSABTEILUNG BERLIN-BRANDENBURG (2019): Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29. April 2019. Berlin/Potsdam.

GESANG, B. (2022): So könnte eine Demokratie aussehen, die Nachhaltigkeit kann. In: GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B.; MÜLLER, C. (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden, S. 169-191.

Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl.I/12, [Nr. 13]) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 20]).

Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (Brandenburgisches Flächenzielgesetz – BbgFzG) vom 2. März 2023.

Gesetz zur Zahlung einer Sonderabgabe an Gemeinden im Umfeld von Windenergieanlagen (Windenergieanlagenabgabengesetz - BbgWindAbgG) vom 19. Juni 2019 (GVBl.I/19, [Nr. 30]).

GRAF, A.; SONNBERGER, M.; RUDDAT, M. (2018): Transformation gestalten oder verwalten? Zivilgesellschaft und Energiewende. In: KNOBLAUCH, D.; RUPP, J. (Hrsg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München, S. 485-505.

GRAF STRACHWITZ, R.; PRILLER, E.; TRIEBE, B. (2020): Handbuch Zivilgesellschaft. Bonn.

GROSS, P. (2017): Partizipation und Nachhaltigkeit – Warum wir die repräsentative Demokratie in Deutschland reformieren müssen. In: SOMMER, J. (Hrsg.): Kursbuch Bürgerbeteiligung. Band 2. Berlin, S. 297-314.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl.I S. 2478) geändert worden ist.

GRUNWALD, A. (2022): Verantwortliches Klimahandeln: Konsumentenverantwortung ist nötig, reicht aber nicht. In: GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B.; MÜLLER, C. (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden, S. 73-91.

GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B. (2022): Demokratische Nachhaltigkeitspolitik im Anthropozän. In: GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B.; MÜLLER, C. (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden, S. 9-33.

HACKE, J. (2021): Freiheit in ökologischer Verantwortung. Plädoyer für einen ethisch sensiblen Liberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 12/2021.

HANUSCH, F. (2020): Demokratie und Klimawandel. In: BECKER, R.; BOHN, I.; DÜRR-OBERLIK, T.; HAFENEGER, B.; KÜPPER, B.; REINFRANK, T. (Hrsg.): Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Wochenschau-Verlag. 5. Jahrgang, Heft 2/2020.

HEIDENREICH, F. (2021): Von «Governance» zurück zu «Government»? Vier Antinomien des guten Regierens in der Demokratie. In: HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (Hrsg.): Gutes Regieren. Maßstäbe und Kriterien in der liberalen Demokratie. Band 62 der Schriftenreihe Demokratie. Berlin, S. 22-29.

HEIDENREICH, F. (2022): Demokratie als Zumutung. Für eine andere Bürgerlichkeit. Stuttgart.

HEIDENREICH, F. (2023): Demokratie und Nachhaltigkeit. Eine politische Theorie. Berlin.

HELFFERICH, C. (2011): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden.

HILDEBRAND, J.; RAU, I.; SCHWEIZER-RIES, P. (2018): Akzeptanz und Beteiligung – ein ungleiches Paar. In: KNOBLAUCH, D.; RUPP, J. (Hrsg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München, S. 195-209.

HIMMELMANN, G. (2016): Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach.

HOLZMANN, S.; WOLF, I. (2023): Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit. Wie die deutsche Bevölkerung Zielkonflikte in der Transformation wahrnimmt. BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.). Gütersloh.

IGLAUER, T.; SCHUPP, J.; PRIEM, M. (2021): Subjektives Wohlbefinden und Sorgen. In: STATISTISCHES BUNDESAMT (DESTATIS); WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG (WZB); BUNDESINSTITUT FÜR

BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BIB) (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 409-419.

IHK POTSDAM (2019): Wirtschaftsprofil und Gewerbeflächengutachten 2025 Prignitz. Potsdam.

INSTITUT FÜR TRANSFORMATIVE NACHHALTIGKEITSFORSCHUNG (IASS) (2018): Stellungnahme auf Einladung des Landtages Brandenburg Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger stärken – Einrichtung einer Servicestelle Windenergie im Land Brandenburg. Potsdam.

INSTITUT FÜR TREND- UND ZUKUNFTSFORSCHUNG (2015): Trendanalyse Potenzialregion Prignitz. Heidelberg.

IPCC (2023): Sections. In: Climate change: Synthesis report. Contribution of working groups I, II and III to the sixth assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate. Genf.

JONAS, M.; NOVY, A.; BÄRNTHALER, R.; KARABACZEK, V.; PLANK, L.; SCHINKO, T. (2023): Theorien des Wandels und der Gestaltung von Strukturen: Bereitstellungsperspektive. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg.

KAMLAGE, J.; RICHTER, I.; NANZ, P. (2018): An den Grenzen der Bürgerbeteiligung: Informelle dialogorientierte Bürgerbeteiligung im Netzausbau der Energiewende. In: KNOBLAUCH, D.; RUPP, J. (Hrsg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München, S. 627-642.

KANNENGIEßER, S. (2022): Zwischen politischer Partizipation und kritischem Konsum: Die Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen für die Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft. In: GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B.; MÜLLER, C. (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden, S. 137-147.

KAUSMANN, C.; BURKHARDT, L.; RUMP, B.; KELLE, N.; SIMONSON, J.; TESCH-RÖMER, C. (2019): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: KRIMMER, H. (Hrsg.): Datenreport Zivilgesellschaft. Berlin, S. 55-91.

KERKER, N.; KUHLMANN, L.; MARG, S.; MOKROS, N.; KÜPPER, B.; TEUNE, S.; MICHEL, M. (2022): Die Unbeteiligten in lokalen Energiewendekonflikten. Göttingen/Mönchengladbach/Potsdam.

KERSTING, N.; ROTH, R. (2018): Bürgerbeteiligung und Energiewende. In: KNOBLAUCH, D.; RUPP, J. (Hrsg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München, S. 1147-1164.

KIM, J.; SOYSAL, Y.; CEBOLLA BOADO, H.; SCHIMMÖLLER, L. (2023): Inhibiting or contributing? How global liberal forces impact climate change scepticism. Scripts working paper no. 29. Berlin.

KLEIN, A.; LEGRAND, H.; LEIF, T.; ROOSE, J. (Hrsg.) (2020): Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft 33 (1).

KRÜGER, T. (2021): Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende. In: Z Politikwiss (2021) 31. S. 539–563. Doi: <https://doi.org/10.1007/s41358-021-00289-w>

KUBECZKO, K.; KRISCH, A. (2023): Netzgebundene Infrastrukturen. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 591-609.

KUBECZKO, K.; ORNETZEDER, M. (2023): Soziotechnische Systeme und Nachhaltigkeitstransition. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 665-667.

KUBECZKO, K., TÖDTLING, F.; ORNETZEDER, M.; NOVY, A.; FANKHAUSER, J.; EXNER, A. (2023): Theorien des Wandels und der Gestaltung von Strukturen: Innovationsperspektive. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 663-674.

KÜBLER, L.; LEGGEWIE, C.; NANZ, P. (2022): Demokratische Innovation durch Bürgerräte. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Repräsentation – Identität – Beteiligung. Zum Zustand und Wandel der Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte (Band 10871). Bonn, S. 74-85.

KÜPPER, B.; SANDAL-ÖNAL, E.; ZICK, A. (2023): Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: ZICK, A.; KÜPPER, B.; MOKROS, N. (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 91-135.

KÜPPER, P.; MILBERT, A. (2023): Typisierungen ländlicher Räume für Politik und Wissenschaft in Deutschland. In: BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.): Die Abgrenzung des ländlichen Raums – ein (un)mögliches Unterfangen? Dokumentation des BBSR-Online-Workshops am 29. April 2022. Bonn, S. 9-24.

LANDWEHR, C. (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. Theorien deliberativer Demokratie. In: LEMBCKE, O.; RITZI, C.; SCHAAL, G. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 355-386.

LANDWEHR, C. (2022): Der Wert demokratischer Partizipation. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Repräsentation – Identität – Beteiligung. Zum Zustand und Wandel der Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte (Band 10871). Bonn, S. 12-22.

LAUTH, H.; LEMM, L. (2022): Die Entwicklung der Qualität der Demokratie und die Akzeptanz demokratischer Institutionen in Europa. In: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.): Demokratie in Krisenzeiten – Herausforderungen und Chancen. Deutschland und Europa 39 (84), S. 28-35.

LEMBCKE, O.; RITZI, C.; SCHAAL, G. (2012): Zwischen Konkurrenz und Konvergenz Eine Einführung in die normative Demokratietheorie. In: DIES. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 9-32.

LEPENIES, P. (2022): Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens. Berlin.

LILJEBERG, H.; KRAMBEER, S. (2022): Deutschland-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland. In: DER BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR OSTDEUTSCHLAND (Hrsg.): Bericht 2022. Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Berlin, S. 90-116.

LINKS, C.; VOLKE, K. (Hrsg.) (2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland. Berlin.

LOEW, N. (2019): Wie hältst du's mit der Demokratie? Populismus und Liberalismus im Wettbewerb der Politikverständnisse. Discussion Paper. Berlin.

LÜBKE, C. (2021): Klimawandel und Klimaschutz im Bewusstsein der Menschen. In: STATISTISCHES BUNDESAMT (DESTATIS); WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG (WZB); BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BiB) (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 455-461.

- LÜTTRINGHAUS, M. (2009): Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer – Grundvoraussetzungen für Aktivierung und Partizipation. Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2009 vom 09.10.2009.
- LUH, V.; SIEBERT, J. (2024): Unsere Energiewende? Wie Beteiligung vor Ort die Transformation gestaltbar macht. Berlin.
- MARSCHALL, S. (2014): Demokratie. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Band 1426). Bonn.
- MAU, S. (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin.
- MAU, S.; LUX, T.; WESTHEUSER, L. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.
- MEHR DEMOKRATIE E.V.; BÜRGERBEGEHREN KLIMASCHUTZ E.V. (Hrsg.) (2020): Handbuch Klimaschutz. Wie Deutschland das 1,5-Grad-Ziel einhalten kann. München.
- MERKEL, W. (2022): Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Repräsentation – Identität – Beteiligung. Zum Zustand und Wandel der Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte (Band 10871). Bonn, S. 332-345.
- MILBERT, A. (2023): Sind Abgrenzungen von Stadt und Land noch zeitgemäß? In: BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.): Die Abgrenzung des ländlichen Raums – ein (un)mögliches Unterfangen? Dokumentation des BBSR-Online-Workshops am 29. April 2022. Bonn, S. 7-8.
- MLUK (2024): Klimaplan Brandenburg. Potsdam.
- MOKROS, N.; SCHATZSCHNEIDER, J. (2022): »Teuer, ungerecht und elitär?« – Gesellschaftliche Konfliktlinien um die Energiewende und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit. In: ZILLES, J.; DREWING, E.; JANIK, J. (Hrsg.): Umkämpfte Zukunft. Soziale Bewegung und Protest (Band 7). Bielefeld, S. 267-290.
- MUENCH, S.; STOERMER, E.; JENSEN, K.; ASIKAINEN, T.; SALVI, M.; SCAPOLO, F. (2022): Towards a green & digital future. Key requirements for successful twin transitions in the European Union. Brüssel.
- NAGORNY-KORING, N. (2018): Kommunen im Klimawandel. Best Practices als Chance zur grünen Transformation? Diss., Univ. Frankfurt am Main. Bielefeld. Doi: <https://doi.org/10.14361/9783839446270>
- NEUBURGER, M. (2019): Entangles ruralities. Hierarchien, Verwobenheiten und Hybriditäten des Ländlichen. In: MIEßNER, M.; NAUMANN, M. (Hrsg.): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen. Münster, S. 42–57.
- NEWIG, J.; JAGER, N.; CHALLIES, E.; KOCHSKÄMPER, E. (2023): Does stakeholder participation improve environmental governance? Evidence from a meta-analysis of 305 case studies. In: Global Environmental Change 82 (2023) 102705. Doi: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2023.102705>
- NOETZEL, T.; KRUMM, T.; WESTLE, B. (2018): Dokumentenanalyse. In: WESTLE (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft. Baden-Baden, S. 370-381.
- NOVY, A.; FANKHAUSER, J. (2023): Theorien sozialer Innovation. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 668-669.
- NOVY, A.; HADERER, M.; KUBECZKO, K.; AIGNER, E.; BÄRNTHALER, R.; BRAND, U.; BRUDERMANN, T.; DANIEL, A.; EXNER, A.; FANKHAUSER, J.; GETZNER, M.; GÖRG, C.; JONAS, M.; OHNDORF, M.; ORNETZEDER, M.; PLANK, L.; SCHINKO, T.; SCHLITZ, N.; STRÜVER, A.; TÖDTLING, F. (2023): Perspektiven zur Analyse und Gestaltung von Strukturen klimafreundlichen Lebens. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.;

STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 195-213.

ORNETZEDER, M.; KUBECZKO, K. (2023): Strategisches Nischenmanagement und Transitionsmanagement. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 667-668.

OTTENI, C.; WEISSKIRCHER, M. (2022): AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland. In: FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 35(2), S. 317–335.

PENKER, M.; BRUNNER, K.; PLANK, C. (2023): Ernährung. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 245-269.

PICKERING, J. (2023): Can democracy accelerate sustainability transformations? Policy coherence for participatory co-existence. In: Int Environ Agreements (2023) 23, S. 141–148. Doi: <https://doi.org/10.1007/s10784-023-09609-7>

PICKERING, J.; BÄCKSTRAND, K.; SCHLOSBERG, D. (2020) Between environmental and ecological democracy: theory and practice at the democracyenvironment nexus. In: Journal of Environmental Policy & Planning 22 (1), S. 1-15. Doi: <https://doi.org/10.1080/1523908X.2020.1703276>

PIEPENBRINK, J. (2022): Editorial. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ökologie und Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, S. 3

PLANUNGSAUSSCHUSS (2024): Planungsausschuss 1/2024. Neuruppin, 21. MAI 2024. O.O.

PORNISCHLEGEL, S. (2019): Fünf Thesen für die Demokratie von morgen. Discussion Paper. Berlin.

PUHLE, H. (2020): Populism and democracy in the 21st century, Scripts working paper no. 2. Berlin.

RADTKE, J. (2022): Schnell oder demokratisch? Dilemmata demokratischer Beteiligung in der Nachhaltigkeitstransformation. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Ökologie und Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, S. 35-40.

RADTKE, J.; BARINGHORST, S.; DREWING, E.; HEINEN, A.; ROTH, O. (2023): DEMOKON – Policy Paper II. Die Akteure in lokalen Energiewendekonflikten. Lessons Learnt und Empfehlungen für die Praxis. Siegen.

RADTKE, J.; DREWING, E. (2020): Energiewende in Zeiten des Populismus. In: KLEIN, A.; LEGRAND, H.; LEIF, T.; ROOSE, J. (Hrsg.): Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft 33 (1), S. 161-169.

RADTKE, J.; RENN, O. (2022): Quo vadis, Deutschland? Stand und Perspektiven der Nachhaltigkeitspolitik. In: ZILLES, J.; DREWING, E.; JANIK, J. (Hrsg.): Umkämpfte Zukunft. Soziale Bewegung und Protest (Band 7). Bielefeld, S. 33-62.

RAGNITZ, J. (2022): Was ist die ostdeutsche Transformationserfahrung heute noch wert? ifo Dresden berichtet 3/2022. O.O., S. 26-28.

Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist.

RECKWITZ, A. (2020): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin.

REESE-SCHÄFER, W. (2018): Liberalismus. In: SALZBORN, S. (Hrsg.): Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge – Methoden – Strömungen. Stuttgart, S. 164-173.

REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. & CIMA BERATUNG + MANAGEMENT GMBH (2022): Regionale Entwicklungsstrategie (RES) der lokalen Aktionsgruppe (LAG) Storchenland Prignitz für den Förderzeitraum 2023-2027. Perleberg.

REICHE, M.; WEBER, M.; LE CORGUILLÉ, J.; SCHREIBER, J.; MINNICH, L. (2024). Evaluation von Wirkungen und Prozessen in den MobiQ-Reallaboren: Vorgehen und Erkenntnisse. Working Paper 2/2024 Öko-Institut e. V. Freiburg/Darmstadt/Berlin.

RENN, O. (2020): Bürgerbeteiligung in der Klimapolitik. Erfahrungen, Grenzen und Aussichten. In: KLEIN, A.; LEGRAND, H.; LEIF, T.; ROOSE, J. (Hrsg.): Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft 33 (1), S. 125-139.

REUSSWIG, F.; KÜPPER, B. (2022): Tyrannei der Minderheit? Energiewende und Populismus. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Ökologie und Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, S. 28-34.

REUSSWIG, F.; KÜPPER, B. (2023): Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine. In: ZICK, A.; KÜPPER, B.; MOKROS, N. (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 289-313.

REUSSWIG, F.; LASS, W.; BOCK, S. (2020): Abschied vom NIMBY. Transformation des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs. In: KLEIN, A.; LEGRAND, H.; LEIF, T.; ROOSE, J. (Hrsg.): Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft 33 (1), S. 140-160.

REUSSWIG, F.; LASS, W.; BOCK, S. (2021): Energiewende, Konfliktkultur und Populismus Potsdam.

REUSSWIG, F.; LASS, W.; BOCK, S. (2022): Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie. In: ZILLES, J.; DREWING, E.; JANIK, J. (Hrsg.): Umkämpfte Zukunft. Soziale Bewegung und Protest Band 7. Bielefeld, S. 183-202.

RICHTER, E. (2018): Republikanismus. In: SALZBORN, S. (Hrsg.): Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge – Methoden – Strömungen. Stuttgart, S. 208-219.

Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019 (ABl./19, [Nr. 49], S.1351) geändert durch Erlass der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg vom 14. Dezember 2022 (ABl./22, [Nr. 51], S.1015).

ROSE, C. (2024): Wissenschaftskommunikation und Transfermarketing, Technische Hochschule Brandenburg (THB), pers. Mitt., 01.07.2024.

SCHÄFER, A.; ZÜRN, M. (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

SCHAIBLE, J. (2024): Demokratie im Feuer. Warum wir die Freiheit nur bewahren, wenn wir das Klima retten – und umgekehrt. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

SCHIPPERGES, M.; DENK, A. (2024): Umweltpolitik im Dialog – Umwelt / Populismus / Demokratie. Ergebnisse des Arbeitspakets 1: Wissenschaftliche Grundlagen. Berlin/Heidelberg.

SCHNEIDEWIND, U. (2018): Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt am Main.

SCHREIER, M. (2014): Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. In: Forum qualitative Sozialforschung. 15 (1), Art. 18, o. S.

- SEEFRIED, E. (2022): Nachhaltigkeit und Demokratie. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Ökologie und Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, S. 15-20.
- SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG & MINISTERIUM FÜR INFRASTRUKTUR UND RAUMORDNUNG (2008): Landesentwicklungsprogramm 2007. Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Potsdam.
- SIEPKER, L. (2022): Die Ungleichverteilung von Engagement und Beteiligung in Deutschland – Herausforderung für eine gelingende Nachhaltigkeitstransformation. In: GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B.; MÜLLER, C. (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden, S. 119-136.
- SOMMER, B.; SCHAD, M.; KADELKE, P.; HUMPERT, F.; MÖSTL, C. (2022): Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- SOMMER, M.; HAUNSS, S. (2020): 12. Fridays for Future Eine Erfolgsgeschichte vor neuen Herausforderungen. In: HAUNSS, S.; SOMMER, M. (Hrsg.): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, S. 237-252.
- SOMMER, M.; HAUNSS, S.; GARDNER, B.; NEUBER, M.; RUCHT, D. (2020): 2. Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019. In: HAUNSS, S.; SOMMER, M. (Hrsg.): Fridays for Future. Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, S. 15-66.
- SPELLERBERG, A.; KIRCH, J. (2021): Regionale Disparitäten. In: STATISTISCHES BUNDESAMT (DESTATIS); WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG (WZB); BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BiB) (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 295-304.
- STADT WITTENBERGE (2007): Wittenberge – Elbestadt im Wandel. Integriertes Stadtentwicklungskonzept. Wittenberge.
- STEPHAN, K. (2024): Akademische Mitarbeiterin, Fachhochschule Potsdam (FH Potsdam), pers. Mitt., 10.04.2024.
- STEURER, R.; BUZOGÁNY, A.; SCHERHAUFER, P.; CLAR, C.; NASH, S. (2023): Governance und politische Beteiligung. In: GÖRG, C.; MADNER, V.; MUHAR, A.; NOVY, A.; POSCH, A.; STEININGER, K. W.; AIGNER, E. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, S. 389-402.
- TEICHLER, N.; GERLITZ, J.; CORNESSE, C.; DILGER, C.; GROH-SAMBERG, O.; LENGFELD, H.; NISSEN, E.; REINECKE, J.; SKOLARSKI, S.; TRAUNMÜLLER, R.; VERNEUER-EMRE, L. (2023): Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ. Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.
- TEUNE, S. (2022): Zwischen Unzufriedenheit und Gegnerschaft. Einstellungen und Engagement in der Energiewende. In: ZILLES, J.; DREWING, E.; JANIK, J. (Hrsg.): Umkämpfte Zukunft. Soziale Bewegung und Protest (Band 7). Bielefeld, S. 167-181.
- TREMMEL, J. (2011): Klimawandel und Gerechtigkeit. In: SCHÜTTEMEYER, S. (Hrsg.) (2011): Politik im Klimawandel. Keine Macht für gerechte Lösungen? Baden-Baden, S. 127-158.
- TREMMEL, J. (2022): Der Übergang ins Anthropozän erfordert eine Weiterentwicklung der Demokratie. In: GUMBERT, T.; BOHN, C.; FUCHS, D.; LENNARTZ, B.; MÜLLER, C. (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden, S. 193-215.

UMWELTINSTITUT MÜNCHEN E.V., BÜRGERBEGEHREN KLIMASCHUTZ E.V., MEHR DEMOKRATIE E.V. (Hrsg.) (2021): Klima Wende von unten. Wie wir durch direkte Demokratie die Klimapolitik in die Hand nehmen. Berlin/München.

UNITED NATIONS (2015a): Paris Agreement. Paris.

UNITED NATIONS (2015b): Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015. O.O.

VAN LUCKE, A. (2019): „Fridays for Future“: Der Kampf um die Empörungshoheit. Wie die junge Generation um ihre Stimme gebracht werden soll. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 3/2019.

VARWICK, J. (2022): Auf dem Weg in die „Ökodiktatur“? Klimaproteste als demokratische Herausforderung. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Ökologie und Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, S. 4-8.

Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021.

VON LUCKE, A. (2022): Demokratie am Kipppunkt: Die Ampel im Krisenjahrzehnt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 1/22. S. 5-8.

VON STORCH, H.; MEINKE, I.; CLAUßEN, M. (2018): Einleitung und Zusammenfassung. In: DIES. (Hrsg.): Hamburger Klimabericht. Wissen über Klima, Klimawandel und Auswirkungen in Hamburg und Norddeutschland. Ohne Ortsangabe, S. 1-11.

VORLÄNDER, H. (2020): Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN (2011): Factsheet Nr. 1 / 2011. Ein Gesellschaftsvertrag für die Transformation. O.O..

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Berlin.

ZICK, A.; MOKROS, N. (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: ZICK, A.; KÜPPER, B.; MOKROS, N. (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 53-89.

ZICK, A.; SANDAL-ÖNAL, E. (2023): Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und prodemokratischen Überzeugungen. In: ZICK, A.; KÜPPER, B.; MOKROS, N. (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 219-241.

ZILLES, J.; DREWING, E.; JANIK, J. (2022): Zurück in der Zukunft? Demokratie und Nachhaltigkeit zwischen fortgesetzter Gegenwart, Katastrophe und konkreter Utopie. Sieben Thesen zum Fazit. In: DIES. (Hrsg.): Umkämpfte Zukunft. Soziale Bewegung und Protest (Band 7). Bielefeld, S. 405-423.

Internetquellen

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (o.J.): Siedlungsstruktureller Kreistyp. <<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/siedlungsstrukturelle-kreistypen/kreistypen.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

BOESE, V. (2021): Demokratie in Gefahr? <<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335439/demokratie-in-gefahr/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.): Pluralismus. <<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18012/pluralismus/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

BRANDENBURGISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.): Was ist Demokratie? <<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/demokratie/was-ist-demokratie>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

BUNDESNETZAGENTUR (o.J.a): Zusammenhang von Strompreis und Netzentgelt. <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/BK08/BK8_06_Netzentgelte/BK8_NetzE.html> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

BUNDESNETZAGENTUR (o.J.b): Leitfaden Einspeisemanagement. <<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/ErneuerbareEnergien/Einspeisemanagement/start.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

BUNDESNETZAGENTUR (2023): Eckpunkte zur gerechteren Verteilung von Netzkosten für den Ausbau der Erneuerbaren. <https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/20231201_EckpunkteNetzkosten.html> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

BUNDESNETZAGENTUR (2024): Bundesnetzagentur entscheidet zur fairen Verteilung von Netzkosten aus der Integration Erneuerbarer Energien. <https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/20240830_Netzkosten.html> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

DORFBEWEGUNG BRANDENBURG E.V. (o.J.): Prignitz. <<https://lebendige-doerfer.de/prignitz/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

DVS (o.J.): Leader – kurz erklärt. <<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/dorf-region/leader/leader-kurz-erklart/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

E.DIS AG (2024): Vorläufige Netzentgelte Strom sinken bei E.DIS für Haushaltskunden um 20 Prozent. <<https://www.e-dis.de/de/ueber-uns/e-dis-aktuell/pressemitteilungen/vorlaeufige-netzentgelte-strom-sinken-bei-e-dis-fuer-haushaltsku.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

FACHHOCHSCHULE POTSDAM (2024): „Eistüten für soziale Gerechtigkeit“ InNoWest und FHP Mobil bei lokalen Veranstaltungen in Brandenburg. <<https://innowest-brandenburg.de/eistueten-fuer-soziale-gerechtigkeit-innowest-und-fhp-mobil-bei-lokalen-veranstaltungen-in-brandenburg/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

GEIßEL, B. (2012): Politische (Un-)Gleichheit und die Versprechen der Demokratie. <<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/144109/politische-un-gleichheit-und-die-versprechen-der-demokratie/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LANDESWAHLLEITER BRANDENBURG (2024a): Kreistagswahlen/Wahlen der Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte. <https://wahlergebnisse.brandenburg.de/12/200/20240609/kreistagswahl_land/ergebnisse_kreis_70.html> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LANDESWAHLEITER BRANDENBURG (2024b): Landtagswahl. 01 – Prignitz I. <https://wahlergebnisse.brandenburg.de/12/500/20240922/landtagswahl_land/ergebnisse_wahlkreis_01.html> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LANDESWAHLEITER BRANDENBURG (2024c): Landtagswahl. 02 – Prignitz II/ Ostprignitz-Ruppin II. <https://wahlergebnisse.brandenburg.de/12/500/20240922/landtagswahl_land/ergebnisse_wahlkreis_02.html> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LANDKREIS PRIGNITZ (2015): Ranking der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien (EE). <https://www.landkreis-prignitz.de/de/wirtschaft/erneuerbare_energie/ranking_stromerzeugung.php> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LANDESAMT FÜR UMWELT (2024): Nationale Naturlandschaften stehen für Vielfalt und Demokratie. <<https://www.elbe-brandenburg-biosphaerenreservat.de/themen/biosphaerenreservat-flusslandschaft-elbe/nationale-naturlandschaften-stehen-fuer-vielfalt-und-demokratie/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (o.J.a): Demokratie in der Krise? Was läuft schief und wie können wir die Demokratie verbessern? <<https://www.lpb-bw.de/krise-der-demokratie>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (o.J.b): Demokratische Werte. <<https://www.lpb-bw.de/demokratische-werte#c76014>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (o.J.c): Bürgerbeteiligung. Mach mit! <<https://www.lpb-bw.de/beteiligung#c62090>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

NORDKURIER (2024): Der III. Weg sagt: „Wir misten aus“ – und erinnert damit an die Nazi-Zeit. <<https://www.nordkurier.de/regional/prignitz/der-iii-weg-sagt-wir-misten-aus-und-erinnert-damit-an-die-nazi-zeit-2583108>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

NTV (2024): "Grüne werden nicht bedient"-Plakat ruft Staatsanwaltschaft auf den Plan. <https://www.n-tv.de/der_tag/Gruene-werden-nicht-bedient-Plakat-ruft-Staatsanwaltschaft-auf-den-Plan-article24742094.html> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (2022): Planungen und Genehmigungen beschleunigen, Transformation voranbringen. Pressemitteilung 212. <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/planungen-und-genehmigungen-beschleunigen-transformation-voranbringen-2053076>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT PRIGNITZ-OBERHAVEL (o.J.b): Gremien und Sitzungen. <<https://www.prignitz-oberhavel.de/gremien-und-sitzungen.html#section-id-16>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

SOULT, C. (o.J.): Herzlich Willkommen, wir sind die elblandwerker*. Eine Kooperative für Arbeit, Leben und Wandel in der Prignitz. <<https://elblandwerker.de/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

STADT WITTENBERGE (2024): Demokratie sucht das Wort: Gesprächsangebot am 75. Jahrestag des Grundgesetzes. <<https://www.wittenberge.de/news/1/943262/nachrichten/demokratie-sucht-das-wort-gespr%C3%A4chsangebot-am-75.-jahrestag-des-grundgesetzes.html>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

UNFCCC SECRETARIAT (o.J.): The Paris Agreement. What is the Paris Agreement? <<https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

VERNUNFTKRAFT E.V. (2024a): Unsere Mission. <<https://www.vernunftkraft.de/mission/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

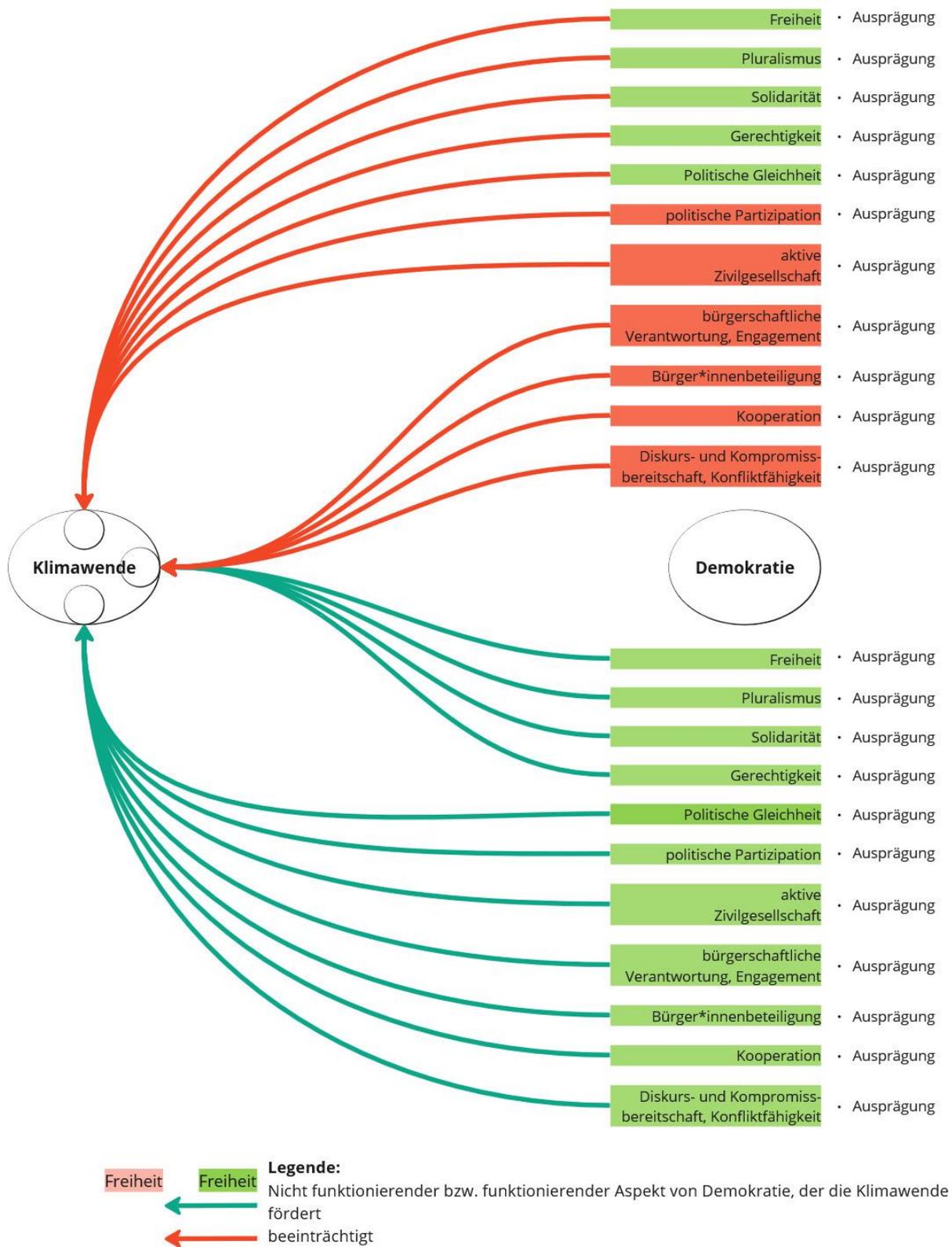
VERNUNFTKRAFT E.V. (2024b): Der 6-seitige Vernunftkraft-Flyer beschreibt die zentralen Irrtümer der Energiewende. <<https://www.vernunftkraft.de/materialien/>> Letzter Zugriff am 04.12.2024.

Anhang

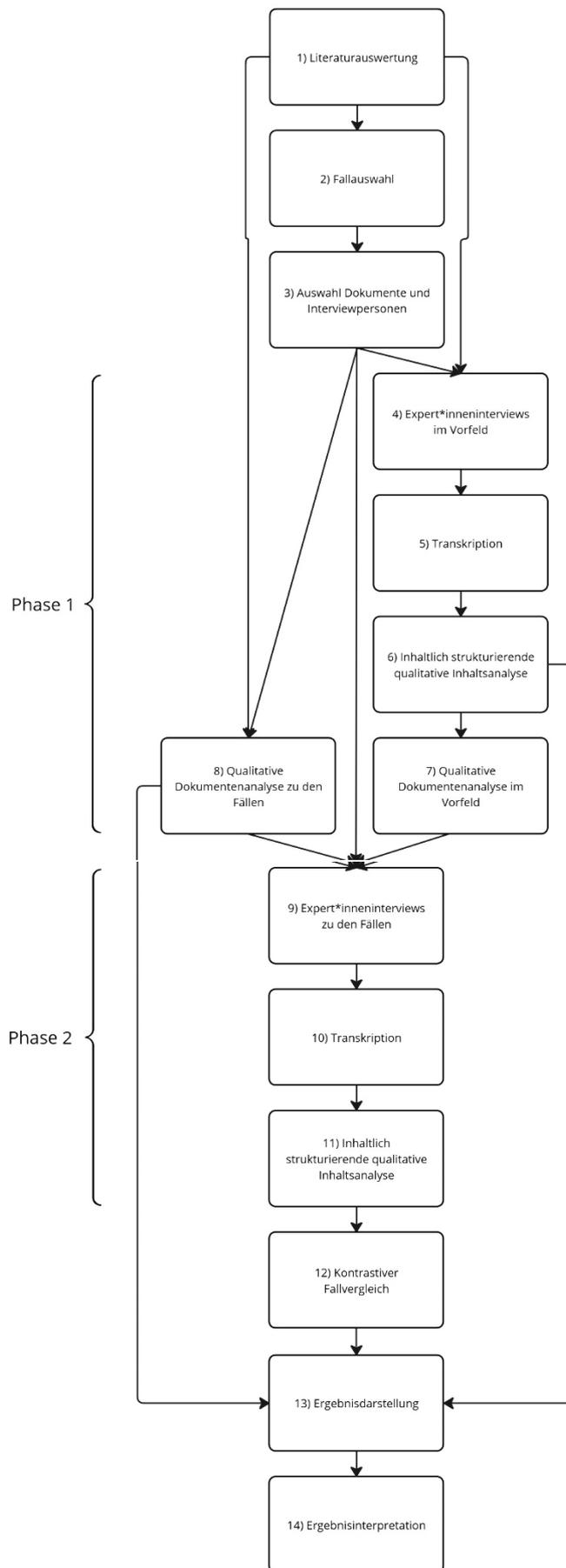
Inhalt

Anhang 1: Visualisierung des Untersuchungsrahmens.	112
Anhang 2: Vorgehensweise.	113
Anhang 3: Interviewleitfaden Vorab-Interviews.	114
Anhang 4: Bedeutungskärtchen Demokratie.	115
Anhang 5: Interviewprotokoll Vorlage.	115
Anhang 6: Interviewleitfaden Fall-Interviews Fall 1.	116
Anhang 7: Interviewleitfaden Fall-Interviews Fall 2.	118
Anhang 8: Schaubild zur Demokratiesituation in der Prignitz.	120
Anhang 9: Schaubild zu den Vorschlägen zur Demokratisierung in der Prignitz.	121
Anhang 10: Liste Treiber und Hemmnisse in Reallaboren.	122
Anhang 11: Vorlage Dokumentenanalyse.	123
Anhang 12: Vorlage letzte Schritte Dokumentenanalyse.	124
Anhang 13: Auszug aus einem Interviewtranskript.	125
Anhang 14: Ergebnisse letzte Schritte Dokumentenanalyse Vorab-Dokumente.	127
Anhang 15: Kategoriensystem Demokratiesituation in der Prignitz.	129
Anhang 16: Kodierleitfaden Demokratiesituation in der Prignitz.	130
Anhang 17: Ergebnisse letzte Schritte Dokumentenanalyse Fall 1-Dokumente.	135
Anhang 18: Kategoriensystem Fall 1 Ergebnisse zu U1.	138
Anhang 19: Kodierleitfaden Fall 1 Ergebnisse zu U1.	139
Anhang 20: Kategoriensystem Fall 1 Ergebnisse zu U2.	141
Anhang 21: Kodierleitfaden Fall 1 Ergebnisse zu U2.	142
Anhang 22: Kategoriensystem Fall 1 Ergebnisse zu F1.	147
Anhang 23: Kodierleitfaden Fall 1 Ergebnisse zu F1.	148
Anhang 24: Ergebnisse letzte Schritte Dokumentenanalyse Fall 1-Dokumente.	151
Anhang 25: Kategoriensystem Fall 2 Ergebnisse zu U1.	152
Anhang 26: Kodierleitfaden Fall 2 Ergebnisse zu U1.	153

Anhang 27: Kategoriensystem Fall 2 Ergebnisse zu U2.	156
Anhang 28: Kodierleitfaden Fall 2 Ergebnisse zu U2.	157
Anhang 29: Kategoriensystem Fall 2 Ergebnisse zu F1.	160
Anhang 30: Kodierleitfaden Fall 2 Ergebnisse zu F1.	161
Anhang 31: Entwurf überarbeiteter Interviewleitfaden Fall-Interviews.	164



Anhang 1: Visualisierung des Untersuchungsrahmens.



Kurz Hintergrund und Zweck des Interviews vorstellen

Grundlage für meine Forschung ist es, die demokratische Situation in der Prignitz genauer zu erfassen.

Warum wird die jeweilige Person interviewt?

Ich bin mir sicher, dass Ihre Perspektive als [...] interessant und hilfreich für mein Vorhaben ist.

Icebreaker-Fragen

- An welchen Punkten haben Sie in Ihrer Position/Beruf mit Demokratie in der Prignitz zu tun?
- Wenn Sie an Demokratie in der Prignitz denken, was fällt Ihnen als erstes ein (max. 3 Punkte)?

Definieren, wie ich Demokratie verstehe (Bedeutungskärtchen auslegen).

Allgemeine Situation in Bezug auf Demokratie

Erzählaufforderung:

- Wie nehmen Sie die Situation in der Prignitz in Bezug auf Aspekte der Demokratie wahr?

Nachfragefragen:

- Wie nehmen Sie die „Stimmung“ in der Region in Bezug auf Demokratie wahr?
- Was sind aus Ihrer Sicht Themen und Sorgen der Prignitzer*innen?
- Wie sind aus Ihrer Sicht Demokratiezufriedenheit und Einstellungen gegenüber Demokratie in der Prignitz ausgeprägt?
- Was sind aktuelle Ereignisse in der Prignitz in Bezug auf diese Aspekte, die Ihnen spontan einfallen?

Besonderheiten in der Prignitz

Erzählaufforderung:

- Wo sehen Sie in der Prignitz demokratische Besonderheiten, die anderswo vielleicht nicht existieren?

Nachfragefragen:

- Speziell auf ländliche Räume bezogen (Stichworte nennen, die auf die Prignitz zutreffen, z.B. dünn besiedelt, Schrumpfung, Aktionen gegen Grüne, ...)
- Speziell auf Ostdeutschland bezogen (Demokratieunzufriedenheit, politische Deprivation, III. Weg, Transformationserfahrung Wende, bevorstehende Landtagswahl, ...)

Ausblick, Nützliches für meine weitere Interviewplanung

- Ich würde jetzt gerne das Ende des Interviews einleiten. Ist Ihnen noch etwas wichtig, das Sie bis jetzt nicht erzählt haben?
- Zurückblickend auf das Gesagte: Wie würden Sie in wenigen Worten zusammenfassen, wie die Situation in der Prignitz in Bezug auf Demokratie ist?
- Können Sie mir etwas raten: Welche emotional aufgeladene Triggerpunkte, Reiz-/Tabuthemen in der Prignitz sollte ich bei meiner weiteren Forschung beachten?

Anhang 3: Interviewleitfaden Vorab-Interviews.

Freiheit	Politische Gleichheit
Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement	Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit
Kooperation	Politische Partizipation
	Pluralismus
Solidarität	Aktive Zivilgesellschaft
Bürger*innenbeteiligung	Gerechtigkeit

Anhang 4: Bedeutungskärtchen Demokratie.

<p>Verlauf der eigenen Gefühle</p> <p>Notizen mit einbeziehen</p> <p>Beobachtungen über das Zusammentreffen, den emotionalen und sonstigen Zustand des Informanten</p> <p>Sein Äußeres, seine Stimme und Redeweise</p> <p>Ort, Atmosphäre und Situation, in der das Gespräch stattfand</p> <p>Eigene Sympathien und Antipathien</p> <p>Alles, was vor Einschalten des Mikrofons passierte</p> <p>Vorgänge während des Interviews</p> <p>Alles, was nach Abschalten des Aufnahmegerätes gesprochen und getan wurde (Gedächtnisprotokoll des Nachgesprächs)</p> <p>Erste Eindrücke und Gedanken über die Person</p> <p>Erste spontane Antworten auf die Forschungsfrage</p>
--

Anhang 5: Interviewprotokoll Vorlage.

Kurz Hintergrund und Zweck des Interviews vorstellen

Mich interessiert, wie die Ausgestaltung der Demokratie die Klimawende beeinflusst und, wie eine Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden kann. Dieses Thema untersuche ich an konkreten Fallbeispielen in der Prignitz. Eines davon ist die Erarbeitung des Teilplans Windenergienutzung unter Öffentlichkeitsbeteiligung und das Engagement der Bürgerinitiative IG Hohe Heide.

Warum wird die jeweilige Person interviewt?

Ich bin mir sicher, dass Ihre Perspektive als [...] interessant und hilfreich für mein Vorhaben ist.

Icebreaker-Fragen

Wie sind/waren Sie in [...] beteiligt?

Welche Ziele haben Sie dabei persönlich verfolgt/ verfolgen Sie?

Was bedeutet eine gelingende Energiewende für Sie?

Bedeutung von Demokratie für eine gelingende Klimawende

Grundlage meiner Masterarbeit: Für eine gelingende Klimawende braucht es eine Energiewende bzw. den Ausbau von Windkraft. Die interessierende Frage ist also nicht das „ob“, sondern das „wie“.

Schaubild erklären (Aspekte von Demokratie, wie sie in der Masterarbeit definiert werden, und ihre Ausprägungen in der Prignitz = Ergebnisse aus der Literatur und von Experteninterviews) und kurz lesen

Erzählaufforderung:

- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern wirken sich folgende Punkte auf das Gelingen der Energiewende in diesem Fall aus? D.h. auf einen Ausbau der Windkraft.

Nachfragefragen:

- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern bringen Aspekte einer funktionierenden Demokratie die Energiewende in diesem Fall voran?
- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern erschweren Aspekte einer Demokratie die Energiewende in diesem Fall?

Demokratische Gestaltungsmöglichkeiten der Klimawende

Erzählaufforderung:

- Wie kann die Energiewende in diesem Fall aus Ihrer Perspektive demokratisch gestaltet werden?

Nachfragefragen:

- Wie können die Demokratie-Aspekte aus Ihrer Perspektive gezielt ausgestaltet werden, die die Energiewende in diesem Fall fördern? D.h. den Ausbau der Windkraft. (Antworten der Erzählaufforderung zusammenfassen)
- Wie können die Demokratie-Aspekte aus Ihrer Perspektive gezielt reduziert werden, die die Energiewende in diesem Fall beeinträchtigen? D.h. den Ausbau der Windkraft. (Antworten der Erzählaufforderung zusammenfassen)
- Welche Rahmenbedingungen bräuchte es aus Ihrer Sicht, damit alle Prignitzer die Energiewende akzeptieren und sich dafür engagieren?

- Was müsste aus Ihrer Sicht geschehen, damit die Prignitzer die Energiewende in diesem Fall als gerecht, transparent und mitgestaltbar wahrnehmen?
- Was wünschen sich aus Ihrer Perspektive die Prignitzer von Akteuren der Energiewende?
- Inwiefern können die vorliegenden Demokratisierungsvorschläge Ihrer Meinung nach zu einer gelingenden Energiewende beitragen? (*Schaubild erklären, entstanden aus Experteninterviews und Recherche*)

Fallspezifische Nachfragen

Fall 1: Teilplan Windenergienutzung und Bürgerinitiative

- Wären die Bürger konsequent informiert und beteiligt worden: Wäre es dann aus Ihrer Sicht zur Reaktivierung der IG gekommen?
- Wo genau liegt das Problem Ihrer Meinung nach in Bezug auf den Informationsfluss – daran, dass die Öffentlichkeit nicht einbezogen wurde? Oder daran, dass nicht-öffentliche Informationen vorzeitig öffentlich gemacht wurden?

Zusammenfassung

- Ich würde jetzt gerne das Ende des Interviews einleiten. Ist Ihnen noch etwas wichtig, das Sie bis jetzt nicht erzählt haben?
- Zurückblickend auf das Gesagte:
 - Wie würden Sie in wenigen Worten zusammenfassen, wie die Ausgestaltung der Demokratie die Klimawende beeinflusst?
 - In Bezug auf die demokratische Ausgestaltung der Energiewende: Welche drei Dinge sollten Ihrer Meinung nach bei einem nächsten Mal besser gemacht werden? (Angenommen, es gäbe ein nächstes Mal.)

Anhang 6: Interviewleitfaden Fall-Interviews Fall 1.

Kurz Hintergrund und Zweck des Interviews vorstellen

Mich interessiert, wie die Ausgestaltung der Demokratie die Klimawende beeinflusst und, wie eine Klimawende in der Prignitz demokratisch gestaltet werden kann. Dieses Thema untersuche ich an konkreten Fallbeispielen in der Prignitz. Eines davon ist die Gestaltung nachhaltiger Mobilität durch engagierte Bürger*innen im Rahmen des Projekts ZUGG.

Warum wird die jeweilige Person interviewt?

Ich bin mir sicher, dass Ihre Perspektive als [...] interessant und hilfreich für mein Vorhaben ist.

Icebreaker-Fragen

Wie sind/waren Sie in [...] beteiligt?

Welche Ziele haben Sie dabei persönlich verfolgt/ verfolgen Sie?

Was bedeutet eine gelingende Mobilitätswende für Sie?

Bedeutung von Demokratie für eine gelingende Klimawende

Grundlage meiner Masterarbeit: Für eine gelingende Klimawende braucht es eine Mobilitätswende bzw. die Umstellung des Mobilitätssektors. Die interessierende Frage ist also nicht das „ob“, sondern das „wie“.

Schaubild erklären (Aspekte von Demokratie, wie sie in der Masterarbeit definiert werden, und ihre Ausprägungen in der Prignitz = Ergebnisse aus der Literatur und von Experteninterviews) und kurz lesen

Erzählaufforderung:

- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern wirken sich folgende Punkte auf das Gelingen der Mobilitätswende in diesem Fall aus? D.h. auf eine Umstellung des Mobilitätssektors.

Nachfragefragen:

- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern bringen Aspekte einer funktionierenden Demokratie die Mobilitätswende in diesem Fall voran?
- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern erschweren Aspekte einer Demokratie die Mobilitätswende in diesem Fall?

Demokratische Gestaltungsmöglichkeiten der Klimawende

Erzählaufforderung:

- Wie kann die Mobilitätswende in diesem Fall aus Ihrer Perspektive demokratisch gestaltet werden?

Nachfragefragen:

- Wie können die Demokratie-Aspekte aus Ihrer Perspektive gezielt ausgestaltet werden, die die Mobilitätswende in diesem Fall fördern? D.h. die Umstellung des Mobilitätssektors. (Antworten der Erzählaufforderung zusammenfassen)
- Wie können die Demokratie-Aspekte aus Ihrer Perspektive gezielt reduziert werden, die die Mobilitätswende in diesem Fall beeinträchtigen? D.h. die Umstellung des Mobilitätssektors. (Antworten der Erzählaufforderung zusammenfassen)
- Welche Rahmenbedingungen bräuchte es aus Ihrer Sicht, damit alle Prignitzer die Mobilitätswende akzeptieren und sich dafür engagieren?

- Was müsste aus Ihrer Sicht geschehen, damit die Prignitzer die Mobilitätswende in diesem Fall als gerecht, transparent und mitgestaltbar wahrnehmen?
- Was wünschen sich aus Ihrer Perspektive die Prignitzer von Akteuren der Mobilitätswende?
- Inwiefern können die vorliegenden Demokratisierungsvorschläge Ihrer Meinung nach zu einer gelingenden Mobilitätswende beitragen? (*Schaubild erklären, entstanden aus Experteninterviews und Recherche*)

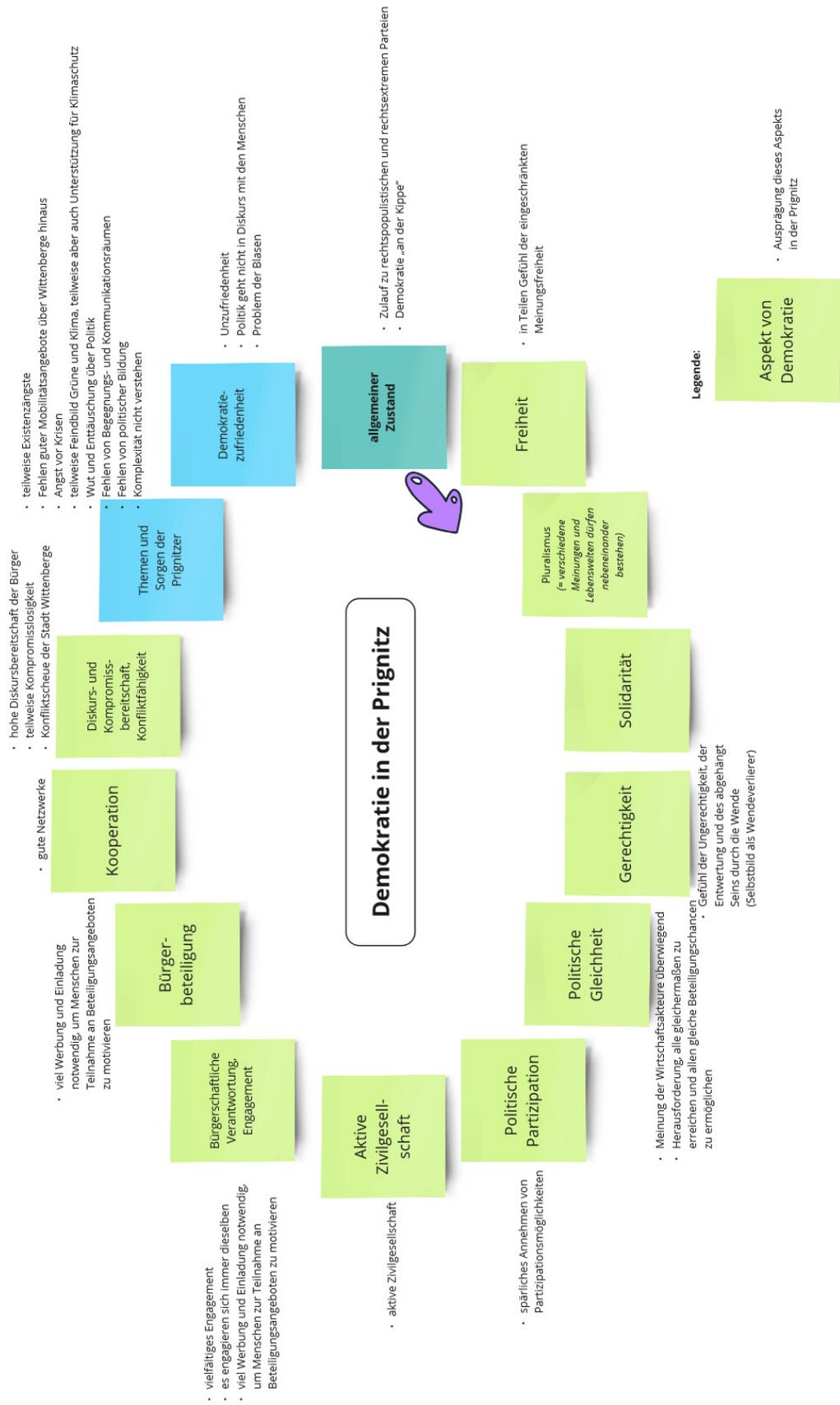
Fallspezifische Nachfragen

- Falls Zugezogene beteiligt waren: Wie würden Sie deren Rolle beschreiben?
- Was hat Ihr Engagement bei Ihnen persönlich bewirkt?
- Wie könnten aus Ihrer Sicht die Treiber konkret ausgestaltet und die Hemmnisse überwunden werden? → *vorlegen*

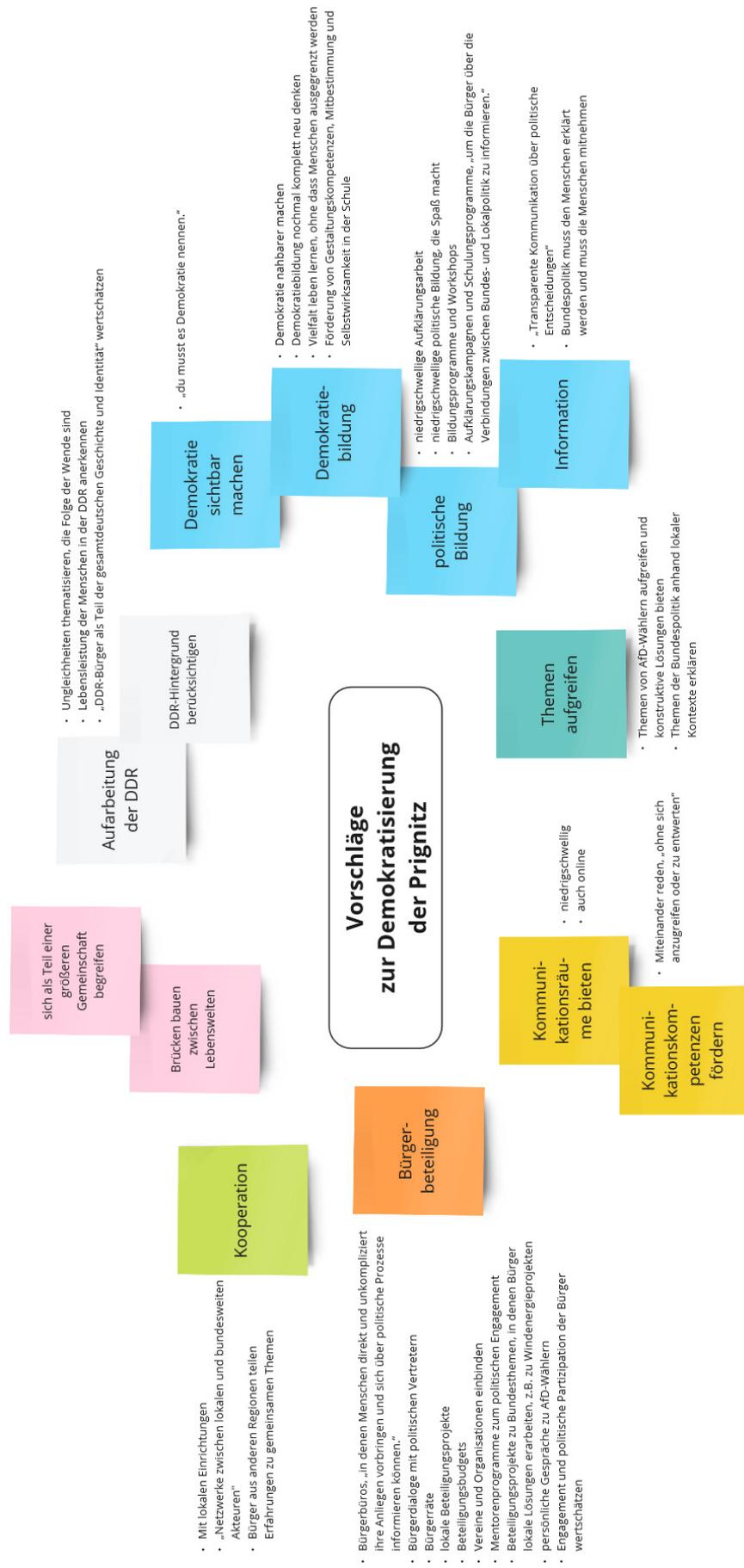
Zusammenfassung

- Ich würde jetzt gerne das Ende des Interviews einleiten. Ist Ihnen noch etwas wichtig, das Sie bis jetzt nicht erzählt haben?
- Zurückblickend auf das Gesagte:
 - Wie würden Sie in wenigen Worten zusammenfassen, wie die Ausgestaltung der Demokratie die Klimawende beeinflusst?
 - In Bezug auf die demokratische Ausgestaltung der Mobilitätswende: Welche drei Dinge sollten Ihrer Meinung nach bei einem nächsten Mal besser gemacht werden? (Angenommen, es gäbe ein nächstes Mal.)

Anhang 7: Interviewleitfaden Fall-Interviews Fall 2.



Anhang 8: Schaubild zur Demokratiesituation in der Prignitz.



Anhang 9: Schaubild zu den Vorschlägen zur Demokratisierung in der Prignitz.

Treiber und Hemmnisse in Reallaboren (zusammengefasst)

Treiber:

- „Identifikation und Betroffenheit“
- „Kontinuität und Ehrenamt“
- „Kooperation“

Hemmnisse:

- „Finanzierung und Grenzen des Ehrenamt“
- „Geringer Beteiligungswille“

Anhang 10: Liste Treiber und Hemmnisse in Reallaboren. WEBER ET AL. 2022, S. 13.

Einordnung formaler Kennzeichen		
Textart	Präskriptiv	<input type="checkbox"/>
	Deskriptiv	<input type="checkbox"/>
	Logisch-analytisch	<input type="checkbox"/>
	Evaluativ	<input type="checkbox"/>
	Ungekürzt	<input type="checkbox"/>
	Gekürzt	<input type="checkbox"/>
	Öffentlichkeitsgrad: Vertraulich	<input type="checkbox"/>
	Öffentlichkeitsgrad: Öffentlich	<input type="checkbox"/>
Textentstehung	Zeit	
	Ort	
	Anlass	
Textproduzent	Anonymer Autor	<input type="checkbox"/>
	Bekannter Autor	<input type="checkbox"/>
	Einzelner Autor	<input type="checkbox"/>
	Kollektiver Autor	<input type="checkbox"/>
Adressat	Formaler Adressat	
	Tatsächliche Empfänger	
Analyse und Interpretation		
Textgliederung	Aufbau	
	Klare Struktur	<input type="checkbox"/>
	Unklare Struktur	<input type="checkbox"/>
Textinhalt	Textaussage	
	Zentrale Informationen, Thesen, Argumente und Folgerungen	
	Schlüsselbegriffe/Codes und Zitate zu den Untersuchungsfragen	
Sprachbesonderheiten	Groß-/Kleinschreibung	
	Grammatik	
	Abkürzungen	
	Sprachstil: wissenschaftlich	<input type="checkbox"/>
	Sprachstil: umgangssprachlich	<input type="checkbox"/>
	Rhetorische Stilmittel	
Abschlussbewertung	Widersprüchlichkeiten im Dokument	
	Mögliche Wirkungen beim Empfänger	
	Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen?	
	Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung	

Anhang 11: Vorlage Dokumentenanalyse. Eigene Darstellung nach NOETZEL ET AL. 2018, S. 376.

Kriterium	Beschreibung	Wirkung, Schlussfolgerung
Textart		
Gekürzt?		
Öffentlichkeitsgrad		
Zeit		
Ort		
Anlass		
Textproduzent		
Adressat		
Textgliederung		
Groß-/Kleinschreibung		
Grammatik		
Abkürzungen		
Sprachstil		
Rhetorische Stilmittel		
Widersprüchlichkeiten im Dokument		
Mögliche Wirkungen beim Empfänger		
Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen?		
Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung		

Anhang 12: Vorlage letzte Schritte Dokumentenanalyse.

213 **I7** [00:30:06]: Ja, okay. Alles gut. Ja, dass die Gesellschaft an sich ziemlich gespalten ist. Und das... Viel-
214 leicht hat es auch was mit dieser Komplexität zu tun, dass viele Menschen... Also, Thema Energiewende
215 und das alles ist ja ein sehr komplexes Thema. Und das auf verständliche Weise irgendwie zu erklären,
216 ist, glaube ich, ja, gar nicht so einfach. Und dann gibt es ja auch noch das Problem der Desinformation.
217 Und dass bestimmte Fakten auch nicht mehr für voll genommen werden oder auch einfach als Fake
218 News abgestempelt werden. Also das ist, glaube ich, auch eine sehr große Gefahr für die Demokratie.
219 Weil wenn Fakten am Ende nichts mehr zählen, dann kann man sich ja alles Mögliche ausdenken,
220 [00:31:10] wenn man dafür eine große Masse begeistert, dann kann die Demokratie tatsächlich schnell
221 kippen. Und das Gleiche sehe ich auch für die Energiewende letztendlich. Also wenn da Fakten nichts
222 mehr wert sind, dann kann man sich das ja auch so zurechtlegen, dass eine Energiewende auch nicht
223 notwendig ist.

224 **T.O.** [00:32:03]: Möchten Sie zu den anderen Punkten noch was sagen oder sollen wir zur nächsten
225 Frage gehen?

226 **I7** [00:32:13]: Ja, also zum Thema Gerechtigkeit denke ich, ist so eine soziale Gerechtigkeit auch sehr
227 wichtig herzustellen. Auch im Zusammenhang mit der Energiewende. Man hat es ja an der Heizungs-
228 debatte gesehen, was hier vor Ort auch ein großes Thema war, auch sehr viele Ängste geschürt hat.
229 Von wegen müssen wir jetzt alle unsere Heizung rausreißen und da Wärmepumpen einbauen und wer
230 soll das bezahlen? Das kann uns doch keiner vorschreiben. Diese finanzielle Not ist auch irgendwo spür-
231 bar und auch natürlich durch die letzten Krisen und Krieg und Inflation und viele Menschen, die einfach
232 auch nicht auf Ersparnes zurückgreifen können, wo da natürlich das Thema Energiewende und wenn es
233 dann sozusagen ans eigene Portemonnaie geht [00:33:22] oder man Investitionen tätigen muss für die
234 Klimawende aus eigener Tasche, also dass es glaube ich für viele Menschen bewirkt, dass sie sich da
235 eher abwenden oder Ängste geschürt werden und sie sich nicht mitgenommen fühlen. Also da denke
236 ich, muss der Staat im besten Fall auch Lösungen bieten, was ja auch zum Teil passiert mit Fördermit-
237 teln, da zu unterstützen. Und das muss natürlich auch kommuniziert werden. Das nehme ich ja auch
238 immer wieder wahr, dass beispielsweise von bestimmten Förderprogrammen die Menschen nichts mit-
239 bekommen. Also da muss man sich wirklich aktiv mit beschäftigen [00:34:27] oder schon in der Materie
240 stecken oder wissen, wo man suchen muss oder Leute kennen, die einem davon erzählen. Aber klar
241 hat man natürlich auch als Bürger die Pflicht, sich ein Stück weit zu informieren und alles auf den Prä-
242 sentierteller zu bekommen, ist natürlich auch nicht realistisch. Ja, dann zu den politischen Partizipati-
243 onsmöglichkeiten. Ich denke, da fehlt vielen Menschen in der Region auch das Wissen, wie sie sich
244 politisch einbringen können. Ich glaube, viele sind auch sehr skeptisch, dass sie was bewegen können
245 oder dass ihre Stimme überhaupt gehört wird. [00:35:29] Und ich nehme auch ein großes Misstrauen
246 wahr in die Verwaltung und die Politik allgemein. Da würde ich mir wünschen, dass vielleicht auch von
247 klein auf in den Schulen eine stärkere Sensibilisierung stattfindet und Partizipationsmöglichkeiten auf-
248 gezeigt werden oder dass vielleicht auch mal nachgespielt wird im kleineren Rahmen und mehr Posi-
249 tivbeispiele aufgezeigt werden aus anderen Regionen vielleicht auch, was alles erreichbar ist. Ja, zu der
250 aktiven Zivilgesellschaft. Die gibt es auch auf jeden Fall. Aber ja, ich nehme auch wahr, dass das gefühlt
251 immer wieder die gleichen sind. Und man merkt auch den Wunsch, da noch mehr Menschen für sich
252 zu gewinnen, um bestimmte Prozesse anzuschieben. [00:36:42] Weil am Ende, wenn es dann nur an
253 bestimmten Akteuren immer hängt, dann geht denen irgendwann auch die Kraft aus. Also das ist auch
254 eine Gefahr hier in der Region, was sich auch so in der Vereinslandschaft widerspiegelt. Dass da fast
255 schon so ein bisschen, ich will jetzt nicht sagen Konkurrenzkampf, besteht, aber die Vereine kämpfen
256 auch sozusagen um jedes Mitglied mehr, was sie bekommen können. Und die Überalterung ist natürlich
257 auch ein Thema. Ja, und wenn man schon irgendwo engagiert ist, dann ist es natürlich, irgendwann ist
258 dann auch Schluss mit den zeitlichen Kapazitäten. Also man kann sich auch nicht unendlich für viele
259 Themen engagieren. Und wenn man dann sozusagen, oder anders gesagt für die Energiewende, ich

260 glaube das nebenbei zu machen, [00:37:59] wenn man sich schon anderweitig engagiert, da fehlt dann
261 glaube ich ein bisschen die Kraft, um Größeres zu bewirken. Ja, aber genau, das Potenzial mit den Ko-
262 operationen sehe ich auf jeden Fall, dass die Netzwerke hier ziemlich stark sind. Also man trifft be-
263 stimmte Leute immer wieder in verschiedenen Kontexten und man kann auf kurzem Wege auch schnell
264 Sachen klären im besten Fall. Und auch Kontakte aufbauen. Weil es hier alles schon gut vernetzt ist
265 irgendwo. [00:39:04] Ja, ich glaube. Vielleicht noch zu Diskurs- und Kompromissbereitschaft. Ja, das
266 nehme ich auch so wahr, dass die Menschen schon ein Bedürfnis haben zu diskutieren, zu reden über
267 bestimmte Themen, auch den Austausch suchen. Das merkt man auch bei unseren Veranstaltungen,
268 die sind dann auch immer sehr dankbar, so eine Möglichkeit gehabt zu haben, dann mal wieder mit
269 anderen Leuten zu sprechen. Aber auch so die Kompromisslosigkeit, die hier mit aufgeführt ist, finde
270 ich auch spürbar, dass viele Menschen schon recht eingefahrene Meinungen haben oder Sichtweisen,
271 die dann schwer aufzubrechen sind. Genau.

272 **T.O.** [00:40:13]: Auch der Energiewende gegenüber?

273 **I7** [00:40:20]: Ja, zum Teil auch. Aber auch natürlich andersrum. Es gibt natürlich auch Menschen, die
274 davon überzeugt sind und die das gut finden. Das ist nur die Frage, wie man die beiden Gruppen zu-
275 sammenführt und wie die voneinander auch lernen und profitieren können.

276 **T.O.** [00:40:48]: Okay. Danke. Dann passt es, wenn ich das Fenster jetzt schließe und wir so zu der
277 nächsten Frage gehen?

278 **I7** [00:41:02]: Ja, klar.

279 **T.O.** [00:41:04]: Okay. So. Genau. Meine nächste Frage, die mich interessiert, wie die Energiewende
280 denn demokratisch gestaltet werden kann. Also zum Beispiel, wie...

281 **I7** [00:41:35]: Ja, sagen Sie gerne.

282 **T.O.** [00:41:40]: Genau, also wie könnten zum Beispiel Demokratieaspekte gezielt ausgestaltet werden,
283 die die Energiewende fördern oder halt also den Ausbau von Windkraft? Oder auch wie könnten De-
284 mokratieaspekte reduziert werden, oder genau, die die Energiewende beeinträchtigen oder den Aus-
285 bau von Windkraft verhindern?

286 **I7** [00:42:11]: Mit den Aspekten meinen Sie jetzt die Kärtchen aus dem Schaubild, ne?

287 **T.O.** [00:42:16]: Genau. Ja, und auch wie die ausgeprägt sind in der Prignitz.

288 **I7** [00:42:19]: Ja. Zu der Frage, wie die Energiewende demokratisch gestaltet werden kann. Jetzt mal
289 allgemein gesprochen, aber es gibt ja die Dorfbewegung Brandenburg. Ich weiß nicht, ob Sie da schon
290 mit in Kontakt waren.

Anhang 13: Auszug aus einem Interviewtranskript.

Kriterium	Beschreibung	Wirkung, Schlussfolgerung
Textart	Fotos deskriptiv, Dokumente evaluativ	
Gekürzt?	Keine gekürzten Texte	-
Öffentlichkeitsgrad	Meist eher vertraulich, da persönlich erhalten. Fotos waren aber auch zur Öffentlichkeitsarbeit gedacht.	-
Zeit	23.05.2024 bis ca. 27.05.2024	Sehr aktuell
Ort	Wittenberge, vermutlich Potsdam	Prignitzer*innen und Externe schreiben über die Prignitz
Anlass	Dokumentation und Auswertung der Veranstaltung <i>Demokratie sucht das Wort</i>	-
Textproduzent	Immer bekannt: Fotos von Wigankow, Dokumente hauptsächlich von Stephan, teils unter Mitarbeit des Organisationsteams	-
Adressat	Vermutlich stimmen formaler Adressat und tatsächliche Empfänger überein. Fotos: Vermutlich Organisationsteam und Öffentlichkeit, Dokumente: Vermutlich Organisationsteam und politische Akteur*innen in der Prignitz	-
Textgliederung	Immer klare Struktur, aber kein Inhaltsverzeichnis oder so	Unterstricht die Sachlichkeit
Groß-/Kleinschreibung	Keine Besonderheiten, außer großgeschriebene Wahlforderungen	Unterstricht die Sachlichkeit
Grammatik	Teilweise einzelne kleine grammatikalische Fehler	-
Abkürzungen	Nur für „z.B.“, „max.“ und „DDR“	Niedrigschwelliger
Sprachstil	Fotos und Ergebnisse in Tabellenform, die direkter das Gesagte erfassen, sind eher umgangssprachlich, Dokumente, die aus den Ergebnissen des Tages abgeleitet sind, eher wissenschaftlich.	Mit den Rohdaten wurde gearbeitet, Handlungsempfehlungen stammen aus der Wissenschaft.
Rhetorische Stilmittel	Nur bei der Wahlforderung „Gute Pflege – gut für alle“	Unterstreicht die Sachlichkeit
Widersprüchlichkeiten im Dokument	Nur bei den Ergebnissen in Tabellenform gibt es teilweise Widersprüche, z.B. in der Haltung	Erhöht die Vertrauenswürdigkeit. Alle Dokumente sind hauptsächlich von einer Person. Widersprüchlichkeiten finden sich nur dort, wo

	gegenüber Migrant*innen. Sonst aber hohe Überschneidungen bzw. keine Widersprüche.	verschiedene Perspektiven unterschiedlicher Menschen aufeinander-treffen.
Mögliche Wirkungen beim Empfänger	Fotos: Zustimmung oder Ablehnung, Aufkommen weiterer Themen. Dokumente: Erkenntnisse, möglicherweise Ideen, wie die Aufarbeitungsmöglichkeiten umgesetzt werden könnten, teilweise Staunen und Überraschung.	Inspiration, Mut, ggf. folgen Umsetzungsversuche
Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen?	-	-
Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung	Informationen zu Themen der Prignitzer*innen und zu demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten in der Prignitz	-

Anhang 14: Ergebnisse letzte Schritte Dokumentenanalyse Vorab-Dokumente.

- Demokratiesituation
 - Allgemeiner Zustand
 - Aspekte von Demokratie
 - Freiheit
 - Pluralismus
 - Solidarität
 - Gerechtigkeit
 - Politische Gleichheit
 - Politische Partizipation
 - Aktive Zivilgesellschaft
 - Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement
 - Bürger*innenbeteiligung
 - Kooperation
 - Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit
 - Themen und Sorgen der Prignitzer*innen
 - Demokratiezufriedenheit und Einstellungen gegenüber Demokratie
 - Aktuelle Ereignisse
 - Demokratische Besonderheiten
 - Sonstige Herausforderungen
 - Vorschläge zur Demokratisierung
 - Demokratie sichtbar machen
 - Demokratiebildung
 - Politische Bildung
 - Information
 - Themen aufgreifen
 - Kommunikationsräume bieten
 - Kommunikationskompetenzen fördern
 - Bürger*innenbeteiligung
 - Kooperation
 - Brücken bauen zwischen Lebenswelten
 - Sich als Teil einer größeren Gemeinschaft begreifen
 - Aufarbeitung DDR
 - DDR-Hintergründe berücksichtigen
 - Sonstige Vorschläge
- Triggerpunkte

Anhang 15: Kategoriensystem Demokratiesituation in der Prignitz.

Titel	Definition	Ankerbeispiel	Textstellen
Allgemeiner Zustand	Allgemeiner Zustand der Demokratie in der Prignitz, ohne Beschreibung der Ausprägung einzelner Aspekte.	„[...] ich war immer so stolz drauf, zu sagen, gerade dieser Zipfel, die Prignitz von Brandenburg ist noch nicht braun oder blau. Das ändert sich gerade. Wir werden langsam auch davon eingeholt, dass populistische Parteien hier immer weiter vorankommen.“ (D1, Z. 157-160)	
Freiheit	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der Freiheit in der Prignitz.	„Freiheit im Sinne von Freiheit, in erster Linie sagen zu können, was man tatsächlich meint und denkt. Das ist eine ganz große Freiheit. Viele sagen ja, man darf ja heutzutage gar nichts sagen. Doch, gerade, man darf. Auf jeden Fall. Schon alleine, dass man das sagt, straft demjenigen Lügen.“ (D1, Z. 350-353)	
Pluralismus	Ausprägung des Demokratie-Aspekts des Pluralismus in der Prignitz.	„[...] das ist glaube ich faktisch sicherlich weniger gegeben als in der Großstadt hier, ganz klar. Und ich glaube, das hat auch Auswirkungen auf Vorurteile, auf Klischees, das definitiv, also da hapert es glaube ich schon noch ein bisschen dran.“ (D2, Z. 68-70)	
Solidarität	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der Solidarität in der Prignitz.	„Also innerhalb dieser Blase merken sie [...] die hohe Solidarität [...]“ (D3, Z. 89f.)	
Gerechtigkeit	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der Gerechtigkeit in der Prignitz.	„[...] also ich sag mal so, ein Teil ist mit Sicherheit wütend. Wütend, enttäuscht, A, von der Politik“ (D1, Z. 302f.)	
Politische Gleichheit	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der politischen Gleichheit in der Prignitz.	„[...] die Wirtschaftsakteure sind hier massiv stark, genau, die Meinungen, die aus der Wirtschaft kommen, sind absolut überwiegend. Also, wenn du dir auch die Zeitung anguckst, du wirst sehen, die Themen, die irgendwie so aus der Wirtschaft kommen, haben einen viel größeren Raum als andere Bereiche vielleicht.“ (D4, Z. 353-357)	
Politische Partizipation	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der politischen Partizipation in der Prignitz.	„Politische Partizipation ist für mich ganz klar die Wahl. Also Beteiligung an den Wahlen ist für mich politische Partizipation. Unsere Wahl, ich möchte jetzt nicht lügen, aber es war 68 Prozent Wahlbeteiligung, 68,2 glaube ich, im Landkreis.“ (D1, Z. 219-222)	
Aktive Zivilgesellschaft	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der aktiven Zivilgesellschaft in der Prignitz.	„Wir haben sehr viel aktive Zivilgesellschaft, obwohl man manchmal denkt, es sind immer dieselben in den gleichen Runden.“ (D1, Z. 205f.)	
Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der bürgerschaftlichen Verantwortung und	„[...] von Vereinen, von freiwilligem Engagement für Kinder und Jugendliche, aber auch für alte Menschen. Also ich glaube, das ist hier ganz elementar und ganz wichtig, um so ein Wir-Gefühl und so eine	

	des bürgerschaftlichen Engagements in der Prignitz.	Solidarität auch zu schaffen und das nehme ich auch so wahr und sicherlich haben Vereine das auch nicht immer leicht, Thema Abwanderung und dass eben junge Leute nicht nachkommen und das übernehmen, aber trotzdem ist es hier ein ganz wichtiges Standbein einfach.“ (D2, Z. 55-60)	
Bürger*innenbeteiligung	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der Bürger*innenbeteiligung in der Prignitz.	„Bürgerbeteiligung ist ein schweres Unterfangen. Da schließe ich natürlich Jugendbeteiligung mit ein. Wir versuchen es immer, wir haben auch Erfolge damit, aber es ist trotzdem schwer, die Leute dahin zu bekommen. Wenn man es bunt mit Musik füllt, wenn man tolle Ideen hat, drumherum schmückt, dann kriegt man die Leute tatsächlich.“ (D1, Z. 238-241)	
Kooperation	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der Kooperation in der Prignitz.	„[...] und da bilden sich ja auch Kooperationen, also da kommen einfach sehr viele unterschiedliche Akteure zusammen bei diesem Demokratieforum, was alle paar Wochen stattfindet. Aus dem sozialen Bereich, aus dem Behördenbereich, also Stadt, Prignitz, aus der Politik [...].“ (D2, Z. 114-117)	
Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit	Ausprägung des Demokratie-Aspekts der Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit in der Prignitz.	„Ich empfinde die Region als ein bisschen konfliktscheu. So, also ich würde mir wünschen, dass man manchmal einfach auch mal miteinander streitet und dass es vielleicht auch wirklich mal eine klare Gegenposition zu irgendwas gibt.“ (D4, Z. 100-103)	
Themen und Sorgen der Prignitzer*innen	Zentrale Themen und Sorgen, die die Prignitzer*innen aktuell beschäftigen.	„Also dieses ganze Energiethema ist eine Riesensorge, also das merkt man immer wieder, dass die Menschen dort beschäftigt, dass einfach eine Energiewende stattfindet. Und deswegen auch bestimmte Parteien verteufelt werden, weil das heißt, dass die und die Energiemethoden abgeschafft werden und ersetzt werden müssen durch neue, ob man sich das überhaupt leisten kann [...]“ (D2, Z. 73-76)	
Demokratiezufriedenheit und Einstellungen gegenüber Demokratie	Ausprägung der Demokratiezufriedenheit und Einstellungen gegenüber Demokratie der Prignitzer*innen.	„[...] es geht ja noch mal um Demokratiezufriedenheit hier, Ost und West klaffen weiter auseinander. Also die Schere wird immer weiter. Und das ist ein Problem. Und das hat was mit dieser sozialen Lage zu tun, die total ausschlaggebend ist dafür.“ (D1, Z. 411-413)	

Aktuelle Ereignisse	Aktuell geschene oder bevorstehende Ereignisse in Bezug auf Demokratie bzw. Aspekte von Demokratie in der Prignitz.	„Das sind die Landtagswahlen, die wir jetzt haben im September, das darf man nicht vergessen. Das sind ja Wahlen, die Auswirkungen auf die ganze, also auf ganz Deutschland [...]“ (D3, Z. 381f.)	
Demokratische Besonderheiten	Besonderheiten der Prignitz in Bezug auf Demokratie bzw. Aspekte von Demokratie, die in anderen Regionen nicht (so) ausgeprägt sind.	„Und sie haben einen unglaublichen Transformationsprozess geschafft.“ (D3, Z. 480)	
Sonstige Herausforderungen	Herausforderungen, Probleme, Defizite in Bezug auf Demokratie bzw. Aspekte von Demokratie in der Prignitz, die nicht den obigen Kategorien zuordenbar sind.	„Und hier die AfD baut die Argumentation auf diese kollektiven Erinnerungen auf. Die sind schlau, die setzen sich beim Bäcker hin und hören den Leuten zu. Ganz einfach, sie setzen den lieben langen Tag, trinken Kaffee und sprechen die Leute an. Und hören ihnen zu, das wollen die Leute.“ (D1, Z. 342-344)	
Demokratie sichtbar machen	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Demokratie sichtbar machen.	„Das ist glaube ich so abstrakt teilweise, aber auch für Leute. Vielleicht muss es auch ein bisschen nahbarer, erlebbarer, Demokratie wirklich erlebbar durch Projekte in der Stadt und dann muss man das eben immer ganz klar labeln mit, das war jetzt ein demokratisches Projekt oder wie auch immer.“ (D4, Z. 161-164)	
Demokratiebildung	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Demokratiebildung.	„[...] es ist noch Luft für ganz viele Projekte, auch, keine Ahnung, so was wie BürgerInnen machen mal Politik und dürfen irgendwie versuchen über politische Entscheidungen mitzubestimmen. Sowas passiert ja jetzt halt irgendwie auch - Also wir tauschen mal so die Perspektive, das Rathaus lädt ein, da gibt es glaube ich super viele kreative Ideen, von denen ich auch nur einen Bruchteil wüsste, weiß, da kann man hier schon glaube ich noch durchaus mehr machen.“ (D4, Z. 193-198)	
Politische Bildung	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Politische Bildung.	„Schulungsprogramme: Bieten Sie Schulungsprogramme an, um die Bürger über politische Prozesse und deren Auswirkungen auf lokaler Ebene zu informieren.“ (STEPHAN 2024c, o.S.)	
Information	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Information.	„Transparente Kommunikation über politische Entscheidungen“ (STEPHAN 2024b o.S.)	
Themen aufgreifen	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Themen aufgreifen.	„Analyse und Anpassung: Identifizieren Sie Bundethemen, die lokale Relevanz haben, und passen Sie sie an lokale Kontexte an. Zum Beispiel könnte eine bundesweite Diskussion über Klimapolitik durch	

		lokale Beispiele wie den Bau von Windkraftanlagen oder den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs konkretisiert werden.“ (STEPHAN 2024c, o.S.)	
Kommunikationsräume bieten	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Kommunikationsräume bieten.	„Social Media: Verwenden Sie soziale Medien, um aktuelle Informationen über Bundes- und Lokalthemen zu teilen und Diskussionen zu fördern.“ (STEPHAN 2024c, o.S.)	
Kommunikationskompetenzen fördern	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Kommunikationskompetenzen fördern.	„Dann Kompetenzen miteinander in unterschiedlichen Positionen miteinander zu reden, ohne sich anzugreifen oder zu entwerten“ (D3, Z. 301f.)	
Bürger*innenbeteiligung	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Bürger*innenbeteiligung.	„Bürgerräte: Richten Sie Bürgerräte ein, in denen zufällig ausgewählte Bürger, darunter auch AfD-Wähler, an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und Empfehlungen erarbeiten.“ (STEPHAN 2024b, o.S.)	
Kooperation	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Kooperation.	„Kooperationen: Arbeiten Sie mit lokalen Organisationen, Vereinen und Schulen zusammen, um Bürgerforen zu veranstalten. Diese Partnerschaften können helfen, ein breiteres Publikum zu erreichen.“ (STEPHAN 2024c, o.S.)	
Brücken bauen zwischen Lebenswelten	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Brücken bauen zwischen Lebenswelten.	Dann das Thema, wie kann Vielfältigkeit respektvoll miteinander verbunden werden ohne dass Leute ausgegrenzt werden oder Gruppen ausgegrenzt werden. Also wie lebe ich und wie kann ich Diversität in Gruppen, in Projekten, in Prozessen, in Betrieben initiieren und was brauche ich da für ein Handwerkszeug, um das zu machen. Und dann, also wie schaffe ich das, verschiedene Vernetzungsstrukturen aufzubauen, um viele Leute zusammen zu kriegen, die miteinander dann gemeinsam was positiv gestalten wollen. (D3, Z. 304-309)	
Sich als Teil einer größeren Gemeinschaft begreifen	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Sich als Teil einer größeren Gemeinschaft begreifen.	„[...] sich so als Teil von Gruppen betrachten, die einfach größer sind als so der eigene Freundes- und Wirkungskreis, sondern sich irgendwie als so eine Community, die halt aus Gründen vielen Menschen jeglicher Herkunft besteht oder vielleicht wirklich als Stadt oder was auch immer, also als Gesellschaft irgendwie zu betrachten, so sich gegenseitig zu helfen [...]“ (D4, Z. 252-256)	

Aufarbeitung DDR	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt Aufarbeitung der DDR.	„Ungleichheiten: Thematisierung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten, die durch die Wende und die Wiedervereinigung entstanden sind.“ (STEPHAN 2024a, o.S.)	
DDR-Hintergründe berücksichtigen	Demokratisierungsvorschläge zum Aspekt DDR-Hintergründe berücksichtigen.	„Also das muss man auch gucken, wie werden die Moderationsprozesse gemacht, wie wird geredet, was sind die Regeln in so einem Kontext.“ (D3, Z. 460f.)	
Sonstige Vorschläge	Sonstige Vorschläge in Bezug auf Demokratie und Klimawende.	„49 euro ticket behalten“ (STEPHAN ET AL. 2024, o.S.)	
Triggerpunkte	Reizthemen bzw. sensible Themen in der Prignitz, die ich bei meiner weiteren Forschung beachten sollte.	„Ich glaube, was das Thema Nachhaltigkeit und Klima angeht, das kann schon ein Reizthema sein, aber wie gesagt, es kommt immer daran, mit wem man darüber redet. Ich glaube schon, dass sich rund um diese Themen und rum um die Partei Die Grünen ein Feindbild aufgebaut hat bei Menschen.“ (D2, Z. 186-189)	

Anhang 16: Kodierleitfaden Demokratiesituation in der Prignitz.

Kriterium	Beschreibung	Wirkung, Schlussfolgerung
Textart	Hauptsächlich deskriptiv, kaum präskriptiv oder evaluativ, gar nicht logisch-analytisch	Gemeinsam mit Groß-/Kleinschreibung, Sprachstil, Rhetorischen Stilmitteln, mögliche Wirkungen beim Empfänger, Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen: Eher einseitige und unsachliche Darstellung → Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung kritisch betrachten. Einfluss des Dokuments auf den Diskurs?
Gekürzt?	Keine gekürzten Texte	
Öffentlichkeitsgrad	Öffentlich (Online-Artikel, Webseiten oder Dokumente, die auf öffentlichen Webseiten verlinkt sind)	
Zeit	Recht aktuell, z.B. Zeitungsartikel max. 1 Jahr alt, andere Webseiten laufend aktualisiert	Eher aktuell, die Inhalte der Artikel jedoch verlieren teils schnell an Aktualität
Ort	Regional, z.B. Sitz der Lokalredaktion, Sitz der Planungsgemeinschaft und des Regionalmanagements	Eher: Prignitzer*innen schreiben über die Prignitz
Anlass	Meist Information, nur einmal Aufruf zum Unterschreiben oder Wissenstransfer oder Willkommen heißen oder Zusammenfassung	
Textproduzent	Immer bekannt. Bei Artikeln einzelner Autor, meist Matthias Anke. Bei anderen Dokumenten kollektiver Autor, z.B. Interessengemeinschaft, Regionale Planungsgemeinschaft, Regionalmanagement	
Adressat	Vermutlich stimmen formaler Adressat und tatsächliche Empfänger überein. Bei den Artikeln sind es MAZ-Leser*innen, bei den meisten anderen Dokumenten die interessierte Öffentlichkeit. Nirgends sind die Adressaten genannt.	
Textgliederung	Immer klare Struktur, aber kein Inhaltsverzeichnis o.Ä.	
Groß-/Kleinschreibung	Keine Besonderheiten, außer auf Website der IG Hohe Heide	Unterstricht die Wirkung und den Inhalt

		Gemeinsam mit Textart, Sprachstil, Rhetorischen Stilmitteln, mögliche Wirkungen beim Empfänger, Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen: Eher einseitige und unsachliche Darstellung → Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung kritisch betrachten. Einfluss des Dokuments auf den Diskurs?
Grammatik	Fehler in der Zeichensetzung auf der Website der IG Hohe Heide, kleinere grammatikalische Fehler in manchen Zeitungsartikeln	Zeitungsartikel: Arbeiten meist unter Zeitdruck. Reduziert die Vertrauenswürdigkeit
Abkürzungen	Nur, wenn vorher eingeführt oder Abkürzungen, die den Lesenden vertraut sein müssten	Niedrigschwelliger
Sprachstil	Auf den Seiten der Regionalen Planungsgemeinschaft: Fachlich. Seite der IG Hohe Heide und Online-Artikel: Gemischt Fachwörter mit rhetorischen Stilmitteln, keine Angabe von Quellen für Hintergrundinformationen. Dokumente der LAG: Sachlich, Fachwörter, teilweise umgangssprachlich oder rhetorische Stilmittel, keine Quellen für Hintergrundinformationen	Rhetorische Stilmittel zielen auf eine Wirkung ab Gemeinsam mit Textart, Groß-/Kleinschreibung, Rhetorischen Stilmitteln, mögliche Wirkungen beim Empfänger, Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen: Eher einseitige und unsachliche Darstellung → Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung kritisch betrachten. Einfluss des Dokuments auf den Diskurs?
Rhetorische Stilmittel	Auf der Seite der IG Hohe Heide: Gegenüberstellung vom Nutzen der Flächeneigentümer und Windindustrie und den Kosten der Prignitzer*innen; Höhenvergleiche; Verwendung von dramatisierenden Formulierungen; Ausrufe, Appelle; Verwendung von Gänsefüßchen für „nachhaltig“ und „Ökostrom“. Artikel: Wörtliche Rede, dramatisierende Formulierungen, Kontrastierungen, kaum Differenzierung zwischen den Menschen in der Region, Beschreibungen emotionaler Reaktionen.	Rhetorische Stilmittel zielen auf eine Wirkung ab, reduzieren die Vertrauenswürdigkeit Gemeinsam mit Textart, Groß-/Kleinschreibung, Sprachstil, mögliche Wirkungen beim Empfänger, Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen: Eher einseitige und unsachliche Darstellung → Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung kritisch betrachten. Einfluss des Dokuments auf den Diskurs?
Widersprüchlichkeiten im Dokument	keine	Erhöht die Vertrauenswürdigkeit
Mögliche Wirkungen beim Empfänger	Regionale Planungsgemeinschaft: Sachlich-nüchternes informiert-Werden	Gemeinsam mit Textart, Groß-/Kleinschreibung, Sprachstil, Rhetorischen Stilmitteln, Vorwegnahme (möglicher) Kritik und

	<p>IG Hohe Heide: Emotionale Wirkung, ggf. Handlungsimpuls</p> <p>Online-Artikel: Meist emotionale Wirkung, Zustimmung, Kopfschütteln</p> <p>Regionalmanagement: Interesse, Verlinkungen nachgehen</p>	<p>Gegenpositionen: Eher einseitige und unsachliche Darstellung → Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung kritisch betrachten. Einfluss des Dokuments auf den Diskurs?</p>
<p>Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen?</p>	<p>Regionale Planungsgemeinschaft und Regionalmanagement: Nicht erkennbar</p> <p>IG Hohe Heide: Gegenposition wird delegitimiert und kritisiert, z.B. „es ist unsinnig Wald zu zerstören, um „nachhaltigen“ Strom zu erzeugen“</p> <p>Online-Artikel: Teils nicht erkennbar, teils schon, teils Diskussion von Argumenten, teils sogar Delegitimierung und Kritisieren der Gegenposition</p>	<p>Gemeinsam mit Textart, Groß-/Kleinschreibung, Sprachstil, Rhetorischen Stilmitteln, mögliche Wirkungen beim Empfänger: Eher einseitige und unsachliche Darstellung → Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung kritisch betrachten. Einfluss des Dokuments auf den Diskurs?</p>
<p>Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung</p>	<p>Mindestens Grundlageninformationen für den Fall, meist auch für die Untersuchungsfragen, teils erweiterte Informationen</p>	<p>-</p>

Anhang 17: Ergebnisse letzte Schritte Dokumentenanalyse Fall 1-Dokumente.

- Pluralismus
- Gerechtigkeit
- Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement
- Bürger*innenbeteiligung
 - Förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung
 - Materielle Beteiligung
 - Informelle Beteiligung
- Kooperation
- Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit
 - Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft
 - Diskursbereitschaft der Bürger*innen
 - Kompromissbereitschaft
- Gesellschaftliche Legitimierung
- Gemeinwohlorientierung

Anhang 18: Kategoriensystem Fall 1 Ergebnisse zu U1.

Titel	Definition	Ankerbeispiel	Textstellen
Pluralismus	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt Pluralismus eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Schließlich lässt sich feststellen, dass es kein Patentrezept für eine gelingende regionale Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien gibt. Jede Region muss sich selbst analysieren, Stärken und Schwächen beleuchten und so ihren eigenen individuellen Weg finden und umsetzen.“ (VEREIN REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. o.J.)	
Gerechtigkeit	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt Gerechtigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördert.	„Man hat so Tortenstückartig angeordnet, um eben zu versuchen, dass alle Regionen sozusagen gleichem Belangen ausgeglichen von dieser Planungsgemeinschaft profitieren und eben auch Belastungen gleichermaßen aufteilen, sogenannte negative Belastungen. Das ist eben genau das Ziel, das ausgeglichen hinzubekommen, insbesondere jetzt was beispielsweise die Ausweisung von diesen Vorranggebieten Wind angeht.“ (W3)	
Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Mit der Veranstaltung möchte die LAG entsprechende Impulse in die Region geben, Informationen bereitstellen, Vernetzung ermöglichen und Synergien für unsere Region erzeugen.“ (VEREIN REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. o.J.)	
Förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördert.	„Stellungnahmen zum Entwurf des Regionalplans können dann in einem noch zu bestimmenden Zeitraum sowohl von Privatpersonen als auch von Trägern öffentlicher Belange abgegeben werden.“ (ANKE 2024f)	
Materielle Beteiligung	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt materielle Beteiligung des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördert.	„Potentiale [...] Gesetze zum Mieterstrom/ Direktverkauf ermögl.“ (LAG STORCHENLAND PRIGNITZ o.J.b)	
Informelle Beteiligung	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt informelle Beteiligung des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördert.	„Genau und dann haben wir noch im Handlungsfeld Regionale Agrar- und Wirtschaft, Regionale Wirtschaft stärken und oder Wertschöpfungsketten ausbauen und 32 regionale Energieerzeugung stärken. Ja, also das sind auch zwei Punkte, die man durchaus damit in Verbindung bringen kann.“ (W2)	
Kooperation	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt Kooperation eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördert.	„Ich glaube, der Hauptaspekt mit diesen Vernetzungsveranstaltungen, die wir auch anbieten, ich denke, das leistet schon mal einen gewissen Beitrag im besten Fall zur demokratischen Teilhabe.“	

		Vielleicht auch, wenn es zu dem Thema passt, zur Energiewende, wie bei dem Regionalforum [...].“ (W2)	
Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft des Demokratie-Aspekts Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördert.	„Ich habe das Gefühl, dass unsere Planungsgemeinschaft sich aktuell und neuerdings Mühe gibt, die Bürger mehr einzubeziehen. Die Leiterin der Planungsgemeinschaft hat zum Beispiel im Februar auf einer Podiumsdiskussion, die ich veranstaltet habe, die sind ansprechbar, man kann sie anrufen. Das ist schon alles ganz positiv.“ (W1)	
Diskursbereitschaft der Bürger*innen	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt Diskursbereitschaft der Bürger*innen des Demokratie-Aspekts Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördert.	„[...] zum Teil auch Vorbehalte, Ängste, ähm, ja, und da vielleicht auch so ein bisschen die Fronten abzubauen, weil man merkt, das Thema polarisiert sehr stark, ähm, und oft werden dann so auch pauschale Anschuldigungen fast so in den Raum geworfen, ähm, wo wir dann versuchen, das einfach, ja, anhand dieser, ähm, Beiträge auch nochmal faktenbasiert irgendwie, äh, aufzubereiten und, ähm, die Möglichkeit zu schaffen, sich auch nochmal tiefergehend mit dem Thema zu beschäftigen, ja, und genau, dass die Menschen dann auch, äh, vielleicht im besten Fall, ähm, besser informiert sind und auch, dass jetzt meine persönliche Meinung, meine, äh, offener werden dem Thema gegenüber [...].“ (W1)	
Kompromissbereitschaft	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt Kompromissbereitschaft des Demokratie-Aspekts Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördert.	„[...] dass da wohl „ein fauler Kompromiss“ ausgehandelt worden sei.“ (VOGEL 2024)	
Gesellschaftliche Legitimierung	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt gesellschaftliche Legitimierung eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Potentiale [...] Akzeptanz schaffen“ (LAG STORCHENLAND PRIGNITZ o.J.b)	
Gemeinwohlorientierung	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt Gemeinwohlorientierung eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Erfolgsfaktoren [...] Gemeinwohl dienende Maßnahmen“ (LAG STORCHENLAND PRIGNITZ o.J.b)	

Anhang 19: Kodierleitfaden Fall 1 Ergebnisse zu U1.

- Solidarität (funktionierend)
- Gerechtigkeit (nicht funktionierend)
 - Gerechtigkeitsformen nicht hergestellt
 - Entwertung des Lebenswerks von Anwohner*innen
 - Keine Entschädigung der Anwohner*innen
- Politische Partizipation (funktionierend)
- Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement
 - Akteure
 - Demokratische Mittel
 - Resignation der Bürger*innen (nicht funktionierend)
 - Begrenzte Kraft um Größeres zu bewirken (nicht funktionierend)
- Beteiligung (funktionierend)
- Bürger*innenbeteiligung (nicht funktionierend)
 - Bürger*inneninitiativen als Reaktion
 - Übersehene Ängste und Kritik
 - Verfahrensbeschleunigung als Verschärfung
- Kooperation (funktionierend)
- Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit (nicht funktionierend)
 - Intransparente und undifferenzierte Kommunikation
 - Mangelnde Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft
 - Diskursbereitschaft (teilweise funktionierend)
 - Kompromissbereitschaft
- Gesellschaftliche Legitimierung (nicht funktionierend)
 - Ländliche Bevölkerung
 - Ungerechtigkeit
 - Desinformation

Anhang 20: Kategoriensystem Fall 1 Ergebnisse zu U2.

Titel	Definition	Ankerbeispiel	Textstellen
Solidarität (funktionierend)	Art und Weise, wie der funktionierende Demokratie-Aspekt Solidarität eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Wir werden uns trotzdem weiterhin engagieren, etwa die neue Bürgerinitiative in Rosenwinkel unterstützen.“ (ANKE 2024f)	
Gerechtigkeitsformen nicht hergestellt	Art und Weise, wie der nicht funktionierende Teil-Aspekt Herstellung von Gerechtigkeitsformen eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Wir tragen bisher schon die Last für alle anderen. So kann das aber nicht weitergehen. Es muss gerecht verteilt werden“ (ANKE 2023b)	
Entwertung des Lebenswerks von Anwohner*innen	Art und Weise, wie eine Entwertung des Lebenswerks von Anwohner*innen als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Gerechtigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Also ich habe auch noch ein Beispiel für Gerechtigkeit. Ich habe auch kürzlich mit einem jungen Mann zusammengesessen, mit dem waren wir beim Landrat in Perleberg. Und der hat sich gerade für sich und seine Familie ein Haus gebaut in der Nähe von Perleberg. Und hinter diesem Haus soll jetzt ein Windpark entstehen. Das heißt, sein Lebenswerk, der war noch relativ jung, der war wahrscheinlich Mitte 30 oder so, wäre wahrscheinlich, also wenn das, das war auch direkt hinter seinem Haus, also 1000 Meter hinter seinem Haus. Kann er davon ausgehen, dass von dem, was er sich da erarbeitet hat, wofür er bislang sein Leben eingesetzt hat, wo er sich im Zweifel bis über beide Ohren verschuldet hat, und die nächsten 20 Jahre daran abzahlt, dass das auf einmal nur noch die Hälfte wert ist. Das wird von allen, von den Veröffentlichungen wird das verneint, weil die sagen, der Immobilienwert, der sinkt um 1% im Schnitt. Das ist nicht viel, 1 bis 3% oder so was habe ich glaube ich gelesen. Was da aber nicht mitgezielt wird, sind Leute, die einfach, so wie ich, wenn sie ein Haus suchen und Windräder in der Nähe sind, nicht mal anhalten, sondern sofort weiterfahren. Also die Entwertung von Häusern mit einem Windpark dahinter ist extrem. Plus, dieser Mann verliert sein gesundes Lebensumfeld für sich und seine Familie, für das er gerade jahrelang gearbeitet hat und vielleicht auch noch die nächsten Dekaden arbeiten wird, weil er sich verschuldet hat. Wenn man das unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit betrachtet, ist es einfach unerträglich.“ (W1, Z. 331-346)	

Keine Entschädigung der Anwohner*innen	Art und Weise, wie eine die nicht-Entschädigung der Anwohner*innen als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Gerechtigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Weil die weder die Legitimation der Bürger haben, noch sie entschädigen. So wie es ja zum Beispiel im Kohleabbau auch gemacht wird.“ (W1, Z. 363f.)	
Politische Partizipation (funktionierend)	Art und Weise, wie der funktionierende Demokratie-Aspekt politische Partizipation eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„[...] Arbeitsgemeinschaft Wind der Stadt Pritzwalk, die sich damit beschäftigt, einen weiteren Zubau von neuen Windindustrie Gebieten im Pritzwalker Raum zu stoppen. Und genau und die Rechtsgrundlage versucht dafür zu ermitteln.“ (W1, Z. 60-63)	
Akteure	Art und Weise, wie Akteur*innen des funktionierenden Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinträchtigen.	„Die IG macht mobil, seitdem voriges Jahr bekannt wurde, dass ein sogenanntes Windsuchgebiet im Wald zwischen Pritzwalk und Heiligengrabe ausgewiesen werden sollte.“ (ANKE 2024a)	
Demokratische Mittel	Art und Weise, wie demokratische Mittel des funktionierenden Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinträchtigen.	„Nun soll der Druck erhöht werden mittels einer bereits laufenden Unterschriftensammlung. Die Liste soll die nächste Stadtverordnetenversammlung am 20. September ab 18 Uhr im Kulturhaus Pritzwalk ebenso erreichen wie die regionale Planungsgemeinschaft.“ (ANKE 2023b)	
Resignation der Bürger*innen (nicht funktionierend)	Art und Weise, wie die Resignation der Bürger*innen als Beispiel des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Also ich habe das Gefühl, dass hier noch sehr so eine Stimmung vorherrscht, äh, dass die Menschen zum Teil sehr resigniert sind. Und ähm sich nicht als Teil der Lösung oder des Wandels begreifen. Ja. Also klar gibt es vereinzelt Menschen, die hier auch noch einiges anschieben wollen, aber ich glaube, das muss noch ein bisschen wachsen.“ (W2, Z. 95-98)	
Begrenzte Kraft um Größeres zu bewirken (nicht funktionierend)	Art und Weise, wie begrenzte Kraft um Größeres zu bewirken als Beispiel des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung,	„Und die Überalterung ist natürlich auch ein Thema. Ja, und wenn man schon irgendwo engagiert ist, dann ist es natürlich, irgendwann ist dann auch Schluss mit den zeitlichen Kapazitäten. Also man kann sich auch nicht unendlich für viele Themen engagieren. Und wenn man dann sozusagen, oder anders gesagt für die Energiewende, ich	

	Engagement eine gelingende Energie-wende in der Prignitz beeinträchtigt.	glaube das nebenbei zu machen, wenn man sich schon anderweitig engagiert, da fehlt dann glaube ich ein bisschen die Kraft, um Größeres zu bewirken.“ (W2, Z. 256-261)	
Beteiligung (funktionierend)	Art und Weise, wie der funktionierende Demokratie-Aspekt Beteiligung eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Die Stadt hat dann eine ablehnende Stellungnahme verfasst und die Regionale Planungsgemeinschaft hat das Gebiet aus ihren Planungen gestrichen.“ (ANKE 2023a)	
Bürger*inneninitiativen als Reaktion	Art und Weise, wie Bürger*inneninitiativen als Reaktion auf den nicht funktionierenden Demokratie-Aspekt Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Energie-wende in der Prignitz beeinträchtigen.	„Also es ist ein, es sind ungeheuer viele Informationen, wo auch eine schwierige Materie, wo sich wirklich viele Bürger dann nicht noch nicht mitgenommen fühlen. Also das ist tatsächlich der Fall, sonst würde es ja auch die die Bürgerinitiativen nicht geben, die sich so schnell gründen.“ (W3, Z. 148-151)	
Übersehene Ängste und Kritik	Art und Weise, wie übersehene Ängste und Kritik als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Energie-wende in der Prignitz beeinträchtigen.	„[...] das Landschaftsbild ist beeinträchtigt, weil ich überall Windkraftanlagen sehe, wenn ich in die eine Richtung schaue, in die andere Richtung schaue, die Anlagen werden immer höher, die Abstände bleiben die gleichen zwischen den Gebieten. Man hat Angst vor dem Schattenschlag, man hat Angst, dass die Umwelt beeinträchtigt wird. Und auch was Tourismus, das sind jetzt ja nicht die Tourismusregionen, aber wir haben ja doch auch Radtouristen hier und auch ein bisschen Tourismus, nicht der Spreewald und auch nicht die Ostsee, aber es ist tatsächlich auch ein Wirtschaftsfaktor. Da gibt es eben auch berechnete Ängste.“ (W3, Z. 176-182)	
Verfahrensbeschleunigung als Verschärfung	Art und Weise, wie eine Verfahrensbeschleunigung den nicht funktionierenden Demokratie-Aspekt Bürger*innenbeteiligung verschärft und eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Dann sagt man, ja, das ist irgendwie mit Absicht und wir sollen ja gar nicht beteiligt werden, wir haben gar nicht die Chance, uns einzuarbeiten. Das, denke ich, führt zu solchen, zu diesen Aussagen hier. Ja, Gefühl der Ungerechtigkeit, Abgehängt.“ (W3, Z. 219-221)	
Kooperation (funktionierend)	Art und Weise, wie der funktionierende Demokratie-Aspekt Kooperation eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinträchtigt.	„[...] eine entsprechende Arbeitsgemeinschaft aus Kommunalpolitikern. In diese entsendeten alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Mitglieder. [...] ,In der AG geht es zum einen um die Frage, wie sich die Stadt grundsätzlich zum Thema Windkraft positioniert, aber vorrangig natürlich darum, wie das Vorhaben zwischen	

		Pritzwalk und Heiligengrabe verhindert werden kann.' Dahingehend wollen sie sich auch ,rechtlich informieren'." (ANKE 2024a)	
Intransparente und undifferenzierte Kommunikation	Art und Weise, wie eine intransparente und undifferenzierte Kommunikation als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Ressourcenschonung ist auch wieder ein Thema, über das die Politik nicht gerne spricht, ganz im Gegensatz zu ihren Erfolgen in der angeblichen Energiewende. Aber Ressourcenschonung ist tatsächlich das essentielle Thema, über das wir in Zukunft sprechen müssen, weil ohne Ressourcenschonung und ein generelles Umdenken ist der Klimawandel nicht aufzuhalten.“ (W1, Z. 153-156)	
Mangelnde Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft	Art und Weise, wie eine mangelnde Diskursbereitschaft der Planungsgemeinschaft als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Aber kürzlich gab es zum Beispiel eine Veranstaltung, obwohl sie wissen, dass da Bürgerinitiativen kommen, mit so und so vielen Personen. Die hat in so einem kleinen Raum stattgefunden, dass wir vor der Tür saßen, dass wir nicht mehr reingekommen sind. Da konnten nur zehn Zuschauer rein. Und die wissen, dass immer 30, 40 Leute kommen. Das finde ich ärgerlich. Das könnte noch dringend verbessert werden.“ (W1, Z. 415-419)	
Diskursbereitschaft (teilweise funktionierend)	Art und Weise, wie eine teilweise funktionierende Diskursbereitschaft als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Dem Vernehmen nach soll es unter den Stadtverordneten Unmut angesichts der Art und Weise des Informationsflusses geben.“ (ANKE 2023b)	
Kompromissbereitschaft	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt nicht funktionierende Kompromissbereitschaft des Demokratie-Aspekts Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Kompromisse kämen dabei nicht in Frage. „Das große zusammenhängende Waldgebiet sollte uns heilig sein““ (ANKE 2024b)	
Ländliche Bevölkerung	Art und Weise, wie eine nicht vorhandene gesellschaftliche Legitimation durch die ländliche Bevölkerung eine	„Das quasi von der Politik so auszugestalten, das sind ja nicht nur die Leute im urbanen Raum, sondern es ist ja auch die Politik, die sagt, ihr müsst ein Auge zudrücken, 1000 Meter Abstand sollten ja wohl reichen. Eigentlich sind nur gesetzlich vorgeschrieben 500 Meter	

	gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	sogar in Brandenburg. Also zweimal die Höhe der Windkraftanlage zu dem Haus. Es ist hochgradig unsozial, es ist undemokratisch und es ist so einfach unerträglich.“ (W1, Z. 354-358)	
Ungerechtigkeit	Art und Weise, wie eine durch Ungerechtigkeit nicht vorhandene gesellschaftliche Legitimation eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	Und ich bin vor allen Dingen so empört über das Verhalten der linken Parteien, aber speziell der Grünen, dass so etwas Unsoziales und Ungerechtes und Naturschutzverachtendes durchgezogen wird.“ (W1, Z. 332-334)	
Desinformation	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt Desinformation des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts gesellschaftliche Legitimierung eine gelingende Energiewende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Und dann gibt es ja auch noch das Problem der Desinformation. Und dass bestimmte Fakten auch nicht mehr für voll genommen werden oder auch einfach als Fake News abgestempelt werden. Also das ist, glaube ich, auch eine sehr große Gefahr für die Demokratie. Weil wenn Fakten am Ende nichts mehr zählen, dann kann man sich ja alles Mögliche ausdenken, wenn man dafür eine große Masse begeistert, dann kann die Demokratie tatsächlich schnell kippen. Und das Gleiche sehe ich auch für die Energiewende letztendlich. Also wenn da Fakten nichts mehr wert sind, dann kann man sich das ja auch so zurechtlegen, dass eine Energiewende auch nicht notwendig ist.“ (W2, Z. 216-223)	

Anhang 21: Kodierleitfaden Fall 1 Ergebnisse zu U2.

- Gerechtigkeit
 - Gerechtigkeitsformen herstellen
 - Entschädigen
 - Begriff definieren
- Politische Partizipation
 - Potenzial der Dorfbewegung Brandenburg
 - Bürgerbegehren durchführen
- Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement
 - Wille von innen heraus
 - Identifikation
 - Strahlkraft
- Bürger*innenbeteiligung
 - Materielle Beteiligung
 - Informelle Beteiligung
- Kooperation
- Gesellschaftliche Legitimierung
 - Gerechte Ausgestaltung
 - Gerechte Ausgestaltung kommunizieren

Anhang 22: Kategoriensystem Fall 1 Ergebnisse zu F1.

Titel	Definition	Ankerbeispiel	Textstellen
Gerechtigkeitsformen herstellen	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Gerechtigkeit, die das Herstellen von Gerechtigkeitsformen beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Und die Veranstaltungen so auszugestalten, dass tatsächlich die Bürgerinitiativen und deren Einwände auch ernst genommen werden.“ (W1, Z. 421f.)	
Entschädigen	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Gerechtigkeit, die das Entschädigen von Anwohner*innen beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, weil die Energiewende würde besser funktionieren, wenn sie, wenn dann die sozialen Aspekte genau wie bei der, wie beim Kohleausstieg, beim Kohleabbau beachtet würden. Also wenn Anwohner zum Beispiel entschädigt würden, wenn neben ihrem Haus eine Anlage entsteht.“ (W1, Z. 98-102)	
Begriff definieren	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Teil-Aspekts Gerechtigkeitsbegriff definieren, die eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Deswegen muss man, denke ich, auch schauen, wie man den Begriff definiert in der Debatte. Das kann natürlich auch sehr individuell ausgelegt werden.“ (W2, Z. 342-344)	
Potenzial der Dorfbewegung Brandenburg	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Politische Partizipation, die das Potenzial der Dorfbewegung Brandenburg beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Das ist sozusagen, finde ich, ein ganz gutes Beispiel für niedrigschwellige demokratische Teilhabe in den Dörfern. Wo natürlich Energiewende auch mit Teil des, ja zum Beispiel als Arbeitsgruppe, Teil sein kann.“ (W2, Z. 292-294)	
Bürgerbegehren durchführen	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts politische Partizipation, die Bürgerbegehren beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„[...] da gibt es Instrumente, auch in der Kommunalverfassung, Bürgerentscheid und Bürgerbegehren, Bürgerentscheid, aber da sind wir auch sehr am Anfang, denke da haben wir noch, was Demokratie angeht und Beteiligung, viel Luft nach oben [...].“ (W3, Z. 342-344)	
Wille von innen heraus	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement, die einen Willen von innen heraus beinhalten und gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„[...] wenn diese Entwicklung vielleicht vom Dorf selbst käme, wir wollen das und wir entwickeln jetzt unseren eigenen Windpark oder Solarpark, vielleicht auch als Bürgergenossenschaft, dann ist ja der Wille sozusagen von innen heraus.“ (W3, Z. 166-168)	

Identifikation	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement, die die Identifikation der Bürger*innen beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„[...] anderen Dörfern oder Regionen, wo, ähm, wo von den Menschen selbst sozusagen, weiß ich nicht, ein Bürgerwindrad oder so aufgebaut wurde, ähm, da war ich auch schon bei einigen Vorträgen, das ist, ja, ganz, das wird ganz anders mitgetragen. Und das, damit identifizieren sich die Menschen auch ganz anders [...].“ (W2, Z. 52-55)	
Strahlkraft	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement, die die Strahlkraft eines Projekts beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Und auch, welche Möglichkeit sie haben, vielleicht selber aktiv zu werden und ähm vielleicht auch so eine Art Bürgerwindrad oder so, gibt es ja in anderen Dörfern auch. Wenn sich da eine kritische Masse finden würde, die sich das auch zutraut, sowas anzuschieben, ich glaube, da könnte dann vielleicht so ein Projekt dann auch eine Strahlkraft entwickeln, so das andere Dörfer dann auch mitzieht und ansteckt.“ (W2, Z. 87-91)	
Materielle Beteiligung	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung, die materielle Beteiligung beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Es gibt darüber hinaus aber zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, die haben sehr ausführliche Beteiligungsgesetze, wo dann auch die Bürger direkt partizipieren. Also nicht nur die Kommunen, sondern auch die Bürger direkt über Stromverträge, dass sie weniger bezahlen müssen, über Beteiligungsmodelle, dass man Aktien kaufen kann. Es muss den Bürgern angeboten werden, es muss. Sie müssen es nicht nehmen, aber sie können. Das sind Modelle darüber hinaus. Es geht tatsächlich nur in die Dorfgemeinschaftshäuser oder in die Straßenbeleuchtung. Es war ja schon festgelegt, dass es auch mit Energie zu tun hat. Oder in neue Bebauungspläne, wo man dann wieder zum Thema Energie Ausgaben tätigt oder PV-Anlagen auf Dächern fördert oder solche Sachen.“ (W3, Z. 258-266)	
Informelle Beteiligung	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung, die eine informelle Beteiligung beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Ich finde vor allem die Bürgerräte echt eine gute Idee. Die dann eben auch, deren Ergebnisse dann tatsächlich auch von der Politik aufgegriffen werden. Also dass man nicht in luftleerem Raum miteinander kommuniziert, sondern dass man wirklich das Gefühl hat, das, was dann dabei rauskommt, wird von der Politik auch umgesetzt.“ (W1, Z. 476-479)	
Kooperation	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Kooperation, die eine	„Und da ist denke ich auch ganz wichtig, so die Vernetzung und Kommunikationsebene, Information, und ja. Dass die Menschen sich	

	gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	einfach vielleicht auch ein bisschen mehr aus der Deckung trauen.“ (W2, Z. 93-95)	
Gerechte Ausgestaltung	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts gesellschaftliche Legitimierung, die eine gerechte Ausgestaltung beinhalten und eine gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Na ja, eine Energiewende, wie ich sie mir vorstelle, wäre gerecht. Und wäre sozial und wäre ökologisch. Das ist die Energiewende, wie ich sie mir vorstellen würde. Und ich glaube, die würde auch Unterstützung in der Bevölkerung finden. Und wäre auch demokratisch im Gegensatz zu dem, was jetzt passiert. Und würde dem Rechtsaußenspektrum den Boden entziehen. Weil die Leute sich wieder gesehen und beachtet fühlen. Und sehen, dass tatsächlich etwas gegen Klimawandel getan wird. Und dass tatsächlich eine soziale Umgestaltung und nicht eine Lobbyinteressen-gesteuerte stattfindet.“ (W1, Z. 325-331)	
Gerechte Ausgestaltung kommunizieren	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts gesellschaftliche Legitimierung, die das Kommunizieren der gerechten Ausgestaltung beinhalten und gelingende Energiewende in der Prignitz fördern.	„Aber ich würde mich da, glaube ich, erst mal fokussieren auf die Gemeinden, die ausbauen dürfen oder das schon getan haben. Und da zu schauen, wie man, wenn es das schon gibt, in der Kommunikation das besser darstellt. Dass die Menschen auch wissen, was mit dem erwirtschafteten Geld passiert für ihren Ort. Und ich denke, damit wäre schon viel getan.“ (W2, Z. 344-347)	

Anhang 23: Kodierleitfaden Fall 1 Ergebnisse zu F1.

Kriterium	Beschreibung	Wirkung, Schlussfolgerung
Textart	Hauptsächlich deskriptiv und logisch-analytisch, Studie auch evaluativ	Unterstreicht die Sachlichkeit
Gekürzt?	Keine gekürzten Texte	-
Öffentlichkeitsgrad	Öffentlich (Webseiten oder Dokumente, die auf öffentlichen Webseiten verlinkt sind)	-
Zeit	Recht aktuell, maximal seit 2022, Webseiten laufend aktualisiert	Eher aktuell, Aktualität aber unterschiedlich je nach Projektstand
Ort	Berlin/Wittenberge	Prignitzer*innen und Externe schreiben über die Prignitz
Anlass	Information, teilweise auch Wissenstransfer, voneinander lernen	Dadurch sollte der Text vertrauenswürdig sein und (selbst)kritisch (Lernen aus Fehlern)
Textproduzent	Immer bekannt und kollektiv (TGZ Prignitz und/oder Ökoinstitut e.V.)	-
Adressat	Vermutlich stimmen formaler Adressat und tatsächliche Empfänger überein. Meist interessierte Öffentlichkeit, bei der Studie sind die Adressaten explizit genannt	-
Textgliederung	Immer klare Struktur, teilweise mit Inhaltsverzeichnis	Unterstreicht die Sachlichkeit
Groß-/Kleinschreibung	Teilweise Überschriften groß formatiert, sonst keine Besonderheiten	Unterstreicht die Sachlichkeit
Grammatik	Einmal einzelne kleinere grammatikalische Fehler	-
Abkürzungen	Nur für Eigennamen oder nach vorheriger Einführung	Niedrigschwellig
Sprachstil	Meist wissenschaftlich, außer auf Webseiten des TGZ Prignitz (umgangssprachlich)	Unterstreicht die Sachlichkeit
Rhetorische Stilmittel	keine	Unterstreicht die Sachlichkeit
Widersprüchlichkeiten im Dokument	keine	Erhöht die Vertrauenswürdigkeit
Mögliche Wirkungen beim Empfänger	Meist Interesse, Verstehen, teils Staunen oder neue Erkenntnisse, Verlinkungen nachgehen und ggf. die Lastenradleihe nutzen	Gelungenes Beispiel macht Mut
Vorwegnahme (möglicher) Kritik und Gegenpositionen?	Nicht erkennbar	Texte meist selbstkritisch
Stellenwert des Dokuments für die Untersuchung	Grundlageninformationen für den Fall und für die Untersuchungsfragen	-

Anhang 24: Ergebnisse letzte Schritte Dokumentenanalyse Fall 1-Dokumente.

- Pluralismus
- Politische Gleichheit
 - Zugang zum Projekt
 - Gestaltungsmacht im Projekt
- Aktive Zivilgesellschaft
- Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement
 - Akteur*innen
 - Voraussetzungen
 - Begrenzte Wirkung
- Bürger*innenbeteiligung
 - Umsetzung im Projekt
 - Voraussetzungen
 - Wirkungen
- Kooperation
 - Netzwerke nutzen
 - Kompetenzaustausch und gegenseitige Unterstützung
- Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit
- Gesellschaftliche Legitimierung
- Gemeinwohlorientierung

Anhang 25: Kategoriensystem Fall 2 Ergebnisse zu U1.

Titel	Definition	Ankerbeispiel	Textstellen
Pluralismus	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt Pluralismus eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Zugezogene aus Großstädten (Berlin, Hamburg), die bereits andere Verkehrsmittel genutzt haben, sind aufgeschlossener. Sie bieten das Potenzial, neue Mobilitätsformen vorzuleben“ (LAIS ET AL. 2024, S. 53)	
Zugang zum Projekt	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt Zugang zum Projekt des Demokratie-Aspekts politische Gleichheit eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Der weitaus größere Teil wird nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Unser Ziel ist es, einen breiten Querschnitt der Bevölkerung abzubilden. So wollen wir sicherstellen, dass alle Interessen gleichermaßen in den Bürgerteams vertreten sind.“ (WEBER ET AL. 2022a, S. 4)	
Gestaltungsmacht im Projekt	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt Gestaltungsmacht im Projekt des Demokratie-Aspekts politische Gleichheit eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Zentral ist dabei der Aspekt der Partizipation. Gewissermaßen als Steigerung der Kollaboration setzt die partizipative Einbeziehung von Akteur:innen voraus, dass diese innerhalb des Reallabors als gleichwertige Partner angesehen werden und so eine vergleichbare Gestaltungsmacht haben (Defila & Di Giulio 2018).“ (WEBER ET AL. 2022a, S. 3)	
Aktive Zivilgesellschaft	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt aktive Zivilgesellschaft eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördert.	„Generell ist Lastenradleihe, glaube ich, auch in anderen Projekten, das sieht man ja auch bei der Flotte Brandenburg, viel an Vereine angedockt. Oder viele Lastenradinhaber sind Vereine, die dann ihr Lastenrad öffentlich zur Verfügung stellen. Vereinsarbeit ist ja auch ein Teil der funktionierenden Zivilgesellschaft. Ein Teil von Engagement, bürgerschaftlicher Verantwortung und Engagement.“ (M2, Z. 180-183)	
Akteur*innen	Art und Weise, wie Akteur*innen als Teil des Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Bürgerbeteiligung ist natürlich auch, bürgerschaftliche Engagement ist halt auch wichtig. Zum Beispiel hat auch, als wir in den Workshops zusammensaßen, im ersten, wo es um die Auswahl der Idee geht, war auch zum Beispiel der Seniorenbeirat vertreten. Und die haben als Idee, das haben sie ja dann auch selber angefangen umzusetzen, die haben versucht, den öffentlichen Personennahverkehr zu optimieren oder die Abfahrtszeiten besser von dem abzustimmen. Also sie saßen halt tatsächlich auch im Bus drin oder wollten sie sich da auch im Bus setzen. Und, ja, weiß nicht, ob mit von den Fahrgastzahlen oder Anschlüsse. Das ist natürlich auch bürgerschaftliches	

		Engagement, wenn sich Personen, Bürger um den öffentlichen Nahverkehr Gedanken machen.“ (M2, Z. 255-262)	
Voraussetzungen	Voraussetzungen des Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement, der eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördert.	„Und was jetzt die Räder betrifft oder was auch die Standorte betrifft. Und da waren wir auch ein bisschen in der Pflicht. Also wir mussten uns auch mit den Leuten zusammensetzen und versuchen die Räder da unterzubringen.“ (M1, Z. 82-84)	
Begrenzte Wirkung	Begrenztheit der Wirkung des Demokratie-Aspekts bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement auf eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz.	„Man kann die Mobilitätswende ja nicht ausschließlich mit ehrenamtlich Engagierten machen oder mit Projekten umsetzen, die durch die Bürger kommen. Das ist ja auch viel, was einfach politisch kommen muss.“ (M2, Z. 305-307)	
Umsetzung im Projekt	Art und Weise, wie die Umsetzung des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung im Projekt eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördert.	„Und das Bürgerteam Mobilität hat in einem Prozess von zwei Workshops, sich die Lastenradleihe ausgewählt [...]“ (M2, Z. 18f.)	
Voraussetzungen	Voraussetzungen des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung, der eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördert.	„Wir haben uns dann auch bewusst entschieden, das nicht so zu machen, sondern einfach eine andere Methode der Ansprache zu finden. Eben weil wir auch befürchtet haben, dass wir da nicht genug Leute erreichen. Wir haben auch mit unserer Methode Zufallsauswahl. Wir wollten es mit dem Melderegister machen, das ist uns allerdings verwehrt worden. Wir haben dann eine andere Form der Zufallsauswahl, nämlich mit einem Briefeinwurf an alle Haushalte mit Tagespost. Also eine Werbesendung, aber es war ein Brief des Bürgermeisters bzw. in Perleberg, der Bürgermeisterin.“ (M2, Z. 115-121)	
Wirkungen	Wirkungen des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung auf eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz.	„Es ist wirklich auch die Lastenradleihe ist nur ein ganz ganz kleines winziges Puzzleteil mit einem fraglichen Effekt. Wir haben es nicht herausfinden können, wie viel CO ₂ damit eingespart wurde.“ (M2, Z. 231-233)	
Netzwerke nutzen	Art und Weise, wie das Nutzen von Netzwerken als Teil des Demokratie-Aspekts Kooperation eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördert.	„Kooperation, ja da haben wir erstmal das Wir machen Prignitz-Netzwerk mitgenutzt. Über die ganzen Gruppen hinweg immer gegenseitig so ein bisschen Werbung genutzt und so weiter. Auch bei Fragen.“ (M1, Z. 73-75)	

Kompetenzaustausch und gegenseitige Unterstützung	Art und Weise, wie Kompetenzaustausch und gegenseitige Unterstützung als Teil des Demokratie-Aspekts Kooperation eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Und wir haben auch Leute aus Berlin zum Beispiel bei. Und haben zum einen Ideen geliefert. Aber da war größtenteils der Vorteil, die hatten Kenntnis von der Materie. Also es war zum Beispiel ein Radbauer, der von den Fahrrädern Ahnung hatte. Und darauf muss man achten. Und man hat so ein bisschen Hintergrundwissen bekommen. Und auch mal jemand, wenn jetzt irgendwie da ist irgendwas, wie krieg ich das schnell mal repariert. Oder dann konnte man jemanden ansprechen.“ (M1, Z. 260-265)	
Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt Diskurs- und Kompromissbereitschaft und Konfliktfähigkeit eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördern.	„Zudem sind Meinungsverschiedenheiten nicht immer schlecht für den Projektfortschritt und zeigen sich als demokratische Aushandlungsprozesse. In Diskussionen können Arbeitsschritte überdacht und gegebenenfalls verbessert werden.“ (LAIS ET AL. 2024, S. 42)	
Gesellschaftliche Legitimierung	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt gesellschaftliche Legitimierung eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Sofern Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Ziel gesehen wird, bedarf es einer gesellschaftlichen Legitimierung ebenso wie einer Gemeinwohlorientierung.“ (WEBER ET AL. 2022a, S. 4)	
Gemeinwohlorientierung	Art und Weise, wie der Demokratie-Aspekt Gemeinwohlorientierung eine gelingende Klimawende in der Prignitz fördert.	„Sofern Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Ziel gesehen wird, bedarf es einer gesellschaftlichen Legitimierung ebenso wie einer Gemeinwohlorientierung.“ (WEBER ET AL. 2022a, S. 4)	

Anhang 26: Kodierleitfaden Fall 2 Ergebnisse zu U1.

- Pluralismus (funktionierend)
- Freiheit (nicht funktionierend)
- Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement (nicht funktionierend)
 - Begrenzte Freizeit
 - Niedrige Priorität
 - Kein Bezug
- Bürger*innenbeteiligung (nicht funktionierend)
 - Mangelnde Kontinuität
 - Mangelnde Selbständigkeit
 - Mangelnde Betroffenheit
 - Sich nicht ernstgenommen fühlen
 - Sättigung
- Gesellschaftliche Legitimierung (nicht funktionierend)
 - Mobilitätswende nicht gefordert
 - Abwehrhaltung der Alteingesessenen zu Klimaschutz

Anhang 27: Kategoriensystem Fall 2 Ergebnisse zu U2.

Titel	Definition	Ankerbeispiel	Textstellen
Pluralismus (funktionierend)	Art und Weise, wie der funktionierende Demokratie-Aspekt Pluralismus eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Konflikte und Meinungsverschiedenheiten in Bürgerteams bleiben nicht immer aus und können den Prozessfortschritt hemmen.“ (LAIS ET AL. 2024, S. 42)	
Freiheit (nicht funktionierend)	Art und Weise, wie der nicht funktionierende Demokratie-Aspekt Freiheit eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Da muss jeder wahrscheinlich einschränkend bereit sein, sich einzuschränken. Damit betrifft es vielleicht den Punkt Freiheit, aber eben auf einer sehr persönlichen Ebene. Dass man halt sagt, ich stehe mit meinen eigenen Bedürfnissen, stecke ich zurück. Um dann halt in Kauf zu nehmen, dass man zum Beispiel schlechter wegkommt, aber eben Bus fährt und das klimaneutraler macht. Das ist das, woran ich nicht glaube, dass die Menschen da bereit sind, in ihren eigenen Bedürfnissen, Ansprüchen zurückzustellen für ein höheres Ziel.“ (M2, Z. 168-173)	
Begrenzte Freizeit	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt begrenzte Freizeit des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Man hat nur eine begrenzte Freizeit und in der Freizeit hat man Familie, Freunde, Hobbys und nicht immer die Möglichkeit, sich selber noch einzubringen.“ (M3, Z. 246-248)	
Niedrige Priorität	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt niedrige Priorität des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Da ist wieder, was ist mir wichtig. Weil die Leute sagen auch, jede Woche zum Arbeitskreis. Ne, das ist mir nichts. Aber jeden Sonntag zum Fußball schaffen sie. So dieses, was ist mir wichtig. Und da glaube ich, kann man nicht wirklich was dran ändern.“ (M1, Z. 302-304)	
Kein Bezug	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt kein Bezug des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Ich glaube es muss nochmal gegenwärtiger werden, nochmal bewusster werden, die Notwendigkeit einer Klimakrise oder einer Mobilitätswende. Ich glaube das ist im Moment gerade das Problem, dass die Notwendigkeit, zwischen bestimmten Sachen einfach kein Bezug stellt. Ich fahre mit meinem Auto und irgendwo regnet es so stark aufgrund der Wetterveränderung, aber das hat keinen direkten Bezug. Ich merke die Auswirkungen nicht.“ (M2, Z. 198-203)	

Mangelnde Kontinuität	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt mangelnde Kontinuität des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Was mir nämlich so ein bisschen noch stark am Hinterkopf geblieben ist, ist das mit viel Werbung und dass die Leute schwer zu mobilisieren sind. Und haben wir auch gemerkt. Wir haben am Anfang am Bismarckplatz, im Stadtsalon waren wir, da war der Raum voll. Und nachher sind bloß noch eine Handvoll Leute davon übergeblieben beim zweiten und dritten Treffen. Also mal wieder den Hintern hochkriegen und weiter dranbleiben ist schwer. Also da hat man schon gemerkt, Bürgerbeteiligung, ja mal reinhören und vielleicht gibt da was zu essen. Ist leider so.“ (M1, Z. 67-72)	
Mangelnde Selbständigkeit	Art und Weise, wie der Teil-Aspekt mangelnde Selbständigkeit des teilweise funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement eine gelingende Klimawende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Keines der drei ursprünglichen Bürgerteams hat im Laufe des Projekts die Organisation ihres Pilotvorhabens eigenständig übernommen. [...] Die Bereitschaft, Zeit zu investieren, um mitzudiskutieren und mitzuentcheiden, war sehr groß. Aus Sicht der Bürgerteammitglieder blieb es ein ‚Ich mache mit‘ und wurde nicht zu einem ‚Ich mache es (selbst)!‘“ (LAIS ET AL. 2024, S. 17)	
Mangelnde Betroffenheit	Art und Weise, wie mangelnde Betroffenheit als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„[...] wenn es um das Thema geht, wo die Leute wirklich eine persönliche Betroffenheit haben, dann kommen die auch heraus und bringen ihre Meinung ein, beteiligen sich. Aber von unserem Projekt war keiner persönlich betroffen und deswegen konnten wir das, was das für uns schwieriger.“ (M3, Z. 120-123)	
Sich nicht ernstgenommen fühlen	Art und Weise, wie das sich nicht ernstgenommen Fühlen als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Wir haben natürlich auch diese Themen weitergegeben, aber die Leute haben nichts mehr davon gehört. Die kamen in diesen Workshop. Es war ein Vertreter der Stadtverwaltung glaube ich dabei während des gesamten Workshops. Aber die können da ja auch nur bedingt was machen. Die nehmen die Themen auch mit, mit den Bahnschienen, wissen auch, dass es ein Problem ist. Aber dann ist das Thema vorbei. Ich glaube, die haben sich damals nicht ganz aufgehoben, gefühlt und nicht ernst genommen. In diesem Workshop, was auch ein bisschen ein Problem war. [...] Da hätte man auch gucken müssen, wie man das anders gestaltet, um auch diese Leute mitzunehmen.“ (M3, Z. 373-381)	

Sättigung	Art und Weise, wie Sättigung als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Einfach weil die Leute wurden, die waren zum Teil wirklich ein bisschen gesättigt von den ganzen Umfragen, die es die Jahre zuvor gab.“ (M3, Z. 220f.)	
Mobilitätswende nicht gefordert	Art und Weise, wie eine nicht geforderte Mobilitätswende als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts gesellschaftliche Legitimierung eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Ich glaube nämlich, dass Mobilitätswende jetzt gar nicht von vielen Leuten dort gefordert wird. Die sind glücklich und zufrieden, wie es aktuell ist. Oder glücklich und zufrieden ist vielleicht das falsche Wort. Sie sind mit der Situation einfach klargekommen, können damit umgehen [...]“ (M3, Z. 317-319)	
Abwehrhaltung der Alteingesessenen zu Klimaschutz	Art und Weise, wie eine Abwehrhaltung der Alteingesessenen zu Klimaschutz als Teil des nicht funktionierenden Demokratie-Aspekts gesellschaftliche Legitimierung eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz beeinträchtigt.	„Und ja, das Thema Nachhaltigkeit ist für viele dann erstmal abschreckend, gerade diese Alteingesessenen oder die Ursprungsprignitzer, die auch nicht weggegangen sind, sehr negativ behaftet. Das passt ja dann auch zusammen, die Grünen werden als Feindbild gesehen [...]“ (M3, Z. 107-110)	

Anhang 28: Kodierleitfaden Fall 2 Ergebnisse zu U2.

- Gerechtigkeit
- Politische Gleichheit
- Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement
- Bürger*innenbeteiligung
 - Informelle Beteiligung
 - Ansprache gezielt gestalten
 - Interessante Beteiligungsangebote bieten
- Kooperation
 - Stakeholder
 - Horizonterweiterung
 - Engagierte unterstützen
- Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit
- Gesellschaftliche Legitimierung
 - Infrastruktur bieten
 - Aufklärung, offene Kommunikation
 - Vorteile bieten, Gegenwert schaffen

Anhang 29: Kategoriensystem Fall 2 Ergebnisse zu F1.

Titel	Definition	Ankerbeispiel	Textstellen
Gerechtigkeit	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Gerechtigkeit, die eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Es müsste auch Gerechtigkeit geben, wenn beispielsweise der Benzinpreis so stark steigt, dass sich nur noch Leute mit gutem Einkommen leisten können, mit dem Auto zu fahren. Möglicherweise steigen dann einige auf den öffentlichen Nahverkehr um, aber gerecht ist es nicht, weil es dann eher die einkommensschwachen Personen sein werden.“ (M2, Z. 194-198)	
Politische Gleichheit	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Politische Gleichheit, die eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Also wir haben, ich sage jetzt mal, Ausländer haben wir überhaupt nicht erreicht. Das hat auch damit zu tun mit der Sprache. Wir haben komplett in Deutsch kommuniziert, was dann vielleicht auch nicht jeder versteht. Man hätte da noch mehr machen können, diese Leute auch mitzunehmen. Wir haben auch versucht an die Schulen ranzugehen, war nicht immer ganz leicht, wenn man dann noch mehr Kapazitäten, mehr Zeit gehabt hätte, hätte man gerade auch zum Beispiel mit der Sekundarschule Kontakt aufnehmen können, um auch diese Schüler mitzunehmen, die ja in der Regel eher aus diesen Schichten kommen, wo die politische Bildung eher weiter weg ist. Das hätte man im Projekt noch als nächsten Schritt machen können, machen sollen.“ (M3, Z. 396-403)	
Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Bürgerschaftliche Verantwortung, Engagement, die eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Aber da kommt vielleicht wieder der kleine Bonus dazu. Was dann wieder die Hemmschwelle senken, Ehrenamt zu übernehmen.“ (M1, Z. 324f.)	
Informelle Beteiligung	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung, die informelle Beteiligung beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Es gibt, ich weiß nicht, ob es wirklich stimmt, aber gehört habe ich es, in der Schweiz fast jedes Wochenende eine Volksabstimmung wegen irgendeinem Krempel. So extrem muss es hier nicht sein, aber zumindest mal ein bisschen häufiger einfach die Bevölkerung fragen. Wie stellt ihr euch das vor, wie wollt ihr das?“ (M1, Z. 184-187)	
Ansprache gezielt gestalten	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung, die eine gezielte Ansprache der	„Man muss viel werben und Ansprache machen, um sich zu motivieren. Man muss aber auch alternative Methoden der Ansprache finden.“ (M2, Z. 132f.)	

	Bürger*innen beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.		
Interessante Beteiligungsangebote bieten	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Bürger*innenbeteiligung, die das Bieten interessanter Beteiligungsangebote beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Es muss natürlich auch ein Angebot geben. Das hängt von beiden Seiten zusammen. Dass es auch interessante Angebote gibt.“ (M2, Z. 134-136)	
Stakeholder	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Kooperation, die Stakeholder beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Kooperation finde ich durchaus wichtig. Kooperation zwischen der Stadt, den Bürgern, zum Beispiel auch den Betreibern der Busgesellschaft, die den öffentlichen, ja, dass man da an einem Strang zieht.“ (M2, Z. 307-309)	
Horizontenerweiterung	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Kooperation, die eine Horizontenerweiterung der Beteiligten beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Ich glaube, am ehesten wäre der Punkt, sich jetzt Teil einer größeren Gemeinschaft zu begreifen, in meinen Augen wichtig. Dass man halt wegkommt von seinem eigenen Denken, seinen eigenen Bedürfnissen, sondern auch das große Ganze sieht. Sich auch mit anderen Personen vernetzt und erlebt, dass sich Dinge verändern können oder dass man zusammen Dinge verändern kann.“ (M2, Z. 336-339)	
Engagierte unterstützen	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Kooperation, die das Unterstützen von Engagierten beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Und da haben wir ja im Nachhinein festgestellt, hätten wir diese Kooperationen oder diese Initiativen, Vereine angesprochen, dann hätte man, die haben ja schon ihre Ideen, dann hätte man wirklich das Geld nehmen können, gleich loslegen können, noch mehr machen können. Wäre für die Zukunft auch noch eine Idee, das nochmal weiter zu verfolgen [...]“ (Z. 406-409)	
Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts Diskurs- und Kompromissbereitschaft, Konfliktfähigkeit, die eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.	„Dass man auch andere Meinungen hört, dass man denen auch zuhört oder akzeptiert. Das könnte einen Einfluss darauf haben, dass es einen Schritt in Richtung Mobilitätswende geben kann.“ (M2, Z. 240f.)	
Infrastruktur bieten	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts gesellschaftliche Legitimierung, die das Bieten von zugänglicher,	„Da ist sehr viel Überzeugungsarbeit nötig. Also da bin ich mir schon sicher. Auf jeden Fall müsste auch erstmal ein vernünftiger ÖPNV her.“ (M1, Z. 108f.)	

	<p>klimaneutraler Infrastruktur beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.</p>		
<p>Aufklärung, offene Kommunikation</p>	<p>Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts gesellschaftliche Legitimierung, die Aufklärung und offene Kommunikation den Bürger*innen gegenüber beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.</p>	<p>„Aber wie gesagt, das ist auch die Aufklärung und die Kommunikation. Dass die Leute informiert sind und nicht, ist jetzt so, fertig.“ (M1, Z. 115f.)</p>	
<p>Vorteile bieten, Gegenwert schaffen</p>	<p>Ausgestaltungsmöglichkeiten des Demokratie-Aspekts gesellschaftliche Legitimierung, die das Bieten von Vorteilen und Gegenwert für die Bürger*innen beinhalten und eine gelingende Mobilitätswende in der Prignitz fördern.</p>	<p>„Aber wenn sie dann wissen, gut, ich kann davon profitieren, ich habe meine Vorteile und gut, an anderer Stelle müsste ich vielleicht einstecken.“ (M1, Z. 348-350)</p>	

Anhang 30: Kodierleitfaden Fall 2 Ergebnisse zu F1.

Kurz Hintergrund und Zweck des Interviews vorstellen

Mich interessiert, wie die Ausgestaltung der Demokratie die Einrichtung der Lastenradleihe in ZUGG beeinflusst und, wie die Einrichtung der Lastenradleihe demokratisch gestaltet werden kann.

Warum wird die jeweilige Person interviewt?

Ich bin mir sicher, dass Ihre Perspektive als [...] interessant und hilfreich für mein Vorhaben ist.

Icebreaker-Fragen

Wie sind/waren Sie in [...] beteiligt?

Welche Ziele haben Sie dabei persönlich verfolgt/ verfolgen Sie?

Bedeutung von Demokratie für eine gelingende Klimawende

Schaubild erklären (Aspekte von Demokratie, wie sie in der Masterarbeit definiert werden, und ihre Ausprägungen in der Prignitz = Ergebnisse aus der Literatur und von Experteninterviews) und kurz lesen

Erzählaufforderung:

- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern wirken sich folgende Punkte auf die Einrichtung der Lastenradleihe aus?

Nachfragefragen:

- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern bringen Aspekte einer funktionierenden Demokratie die Einrichtung der Lastenradleihe voran?
- Aus Ihrer Sicht: Inwiefern erschweren Aspekte einer Demokratie die Einrichtung der Lastenradleihe?

Demokratische Gestaltungsmöglichkeiten der Klimawende

Erzählaufforderung:

- Wie kann die Einrichtung der Lastenradleihe aus Ihrer Perspektive demokratisch gestaltet werden?

Nachfragefragen:

- Wie können die Demokratie-Aspekte aus Ihrer Perspektive gezielt ausgestaltet werden, die die Einrichtung der Lastenradleihe fördern? (Antworten der Erzählaufforderung zusammenfassen)
- Wie können die Demokratie-Aspekte aus Ihrer Perspektive gezielt reduziert werden, die die Einrichtung der Lastenradleihe beeinträchtigen? (Antworten der Erzählaufforderung zusammenfassen)
- Welche Rahmenbedingungen bräuchte es aus Ihrer Sicht, damit alle Prignitzer die Lastenradleihe akzeptieren und sich dafür engagieren?
- Inwiefern können die vorliegenden Demokratisierungsvorschläge Ihrer Meinung nach zur Einrichtung einer Lastenradleihe beitragen? (*Schaubild erklären, entstanden aus Experteninterviews und Recherche*)

Fallspezifische Nachfragen

- Falls Zugezogene beteiligt waren: Wie würden Sie deren Rolle beschreiben?
- Was hat Ihr Engagement bei Ihnen persönlich bewirkt?

- Wie könnten aus Ihrer Sicht die Treiber konkret ausgestaltet und die Hemmnisse überwunden werden? → *vorlegen*

Zusammenfassung

- Ich würde jetzt gerne das Ende des Interviews einleiten. Ist Ihnen noch etwas wichtig, das Sie bis jetzt nicht erzählt haben?
- Zurückblickend auf das Gesagte:
 - Wie würden Sie in wenigen Worten zusammenfassen, wie die Ausgestaltung der Demokratie die Einrichtung der Lastenradleihe beeinflusst?
 - In Bezug auf die demokratische Ausgestaltung der Einrichtung der Lastenradleihe: Welche drei Dinge sollten Ihrer Meinung nach bei einem nächsten Mal besser gemacht werden? (Angenommen, es gäbe ein nächstes Mal.)
- Was bedeutet eine gelingende Mobilitätswende für Sie?

Anhang 31: Entwurf überarbeiteter Interviewleitfaden Fall-Interviews, beispielhaft für Fall 2.

Persönliche Erklärung

Hiermit versichere ich, Tessina Ott, die vorliegende Abschlussarbeit selbstständig erstellt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet zu haben. Alle Angaben von Dritten (wörtlich oder sinngemäß) sind ordnungsgemäß belegt. Die Arbeit wurde in dieser oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfstelle vorgelegt. Außerdem versichere ich ausdrücklich, dass die gedruckte und die digitale Fassung meiner Abschlussarbeit identisch sind. Ist dies nicht der Fall, wird die Arbeit mit 5,0 bewertet. Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt herausstellen, dass die Fassungen nicht identisch sind und ist die Abschlussarbeit bereits bestanden und die damit verbundene Qualifikation erlangt, können diese nachträglich aberkannt werden.

06.12.2024

Tessina Ott

Datum, Unterschrift